Willy Klages

Die Geheimorganisationen des globalen NWO-Terrorimperiums

2.000 Jahre Gewaltherrschaft der Antichristen von Mai 1933 bis Dezember 1934

NWO-Sonderheft Nr. 67

2.000 Jahre Gewaltherrschaft der Antichristen von Mai 1933 bis Dezember 1934

NWO-Sonderheft Nr. 67

Terror der Antichristen vom 01.05.1933-31.12.1934

Inhaltsverzeichnis	**Seite**
Berichte und wissenschaftliche Publikationen über die Gewaltherrschaft der Antichristen von Mai 1933 bis Dezember 1934	2-96
Hinweise für den Leser Quellen- und Literaturnachweis	97-99

Berichte und wissenschaftliche Publikationen über die Gewaltherrschaft der Antichristen von Mai 1933 bis Dezember 1934

> Ich glaube nicht an ein Schicksal, das über den Menschen hereinbricht, egal wie er handelt. Aber ich glaube an ein Schicksal, das über Menschen hereinbricht, wenn sie nicht handeln.
> *Gilbert Keith Chesterton (1874-1936, englischer Dichter)*

1933

Der 1. Mai wurde im Jahre 1933 gesetzlicher Feiertag ("Tag der Nationalen Arbeit").
Hitler erfüllte damit eine langjährige Forderung der freien Gewerkschaften und der linken Parteien.
Joseph Goebbels berichtete am 1. Mai 1933 (x032/50): >>Der große Tag des deutschen Volkes ist angebrochen ... richtiges Hitlerwetter.<<
Reichskanzler Hitler erklärte am 1. Mai 1933 während einer Massenveranstaltung auf dem Tempelhofer Feld in Berlin (x032/50): >>Deutsches Volk, vergiß 14 Jahre des Verfalls, hebe Dich empor zu 2.000 Jahren deutscher Geschichte! ...
Herr, das deutsche Volk ist wieder stark in seinem Willen, stark in seiner Beharrlichkeit, stark im Ertragen aller Opfer.
Herr, wir lassen nicht von Dir! Nun segne unseren Kampf um unsere Freiheit und damit unser deutsches Volk und Vaterland!<<
Der Präsident des deutschen Industrie- und Handelstages telegrafierte am 1. Mai 1933 an Reichskanzler Hitler (x032/50): >>Der Deutsche Industrie- und Handelstag spricht Ihnen, Herr Reichskanzler, den wärmsten Dank für den großen Gedanken des deutschen 1. Mai aus. Möge in gegenseitigem Verstehen der Leistungen und Bedürfnisse aller Träger der Arbeit daraus eine unzerbrechliche, unverbrüchliche starke Volksgemeinschaft der nationalen Arbeit für Größe, Freiheit und Wohlfahrt des deutschen Volkes erwachsen.<<
Der französische Botschafter schrieb damals über diese Maifeier auf dem Tempelhofer Feld (x032/50): >>Ja, es ist wirklich ein schönes, ein wundervolles Fest! Die Deutschen und die Ausländer, die ihm beiwohnten, nehmen den Eindruck mit, daß ein Hauch der Versöhnung und der Einigkeit über das Dritte Reich weht!<<
Das preußische Innenministerium erteilte am 2. Mai 1933 folgende geheime Weisung (x243/-48): >>An alle Oberpräsidenten, Landräte, Regierungspräsidenten. – Der ... Aktion der NSDAP gegen die freien Gewerkschaften ist ... nicht entgegenzutreten. ...<<

Am 2. Mai 1933 ließ Hitler alle Führer der 36 Arbeitergewerkschaften und der 6 Angestelltenverbände in "Schutzhaft" nehmen. Die Gewerkschaftshäuser wurden durch SA-Verbände besetzt und sämtliche Gewerkschaften zerschlagen.
Die Gewerkschaften wurden später in der NS-Zwangorganisation "Deutsche Arbeitsfront" (DAF) zusammengefaßt (1934). Danach übernahm die NSDAP auch die "gleichgeschalteten" 200 Arbeitgeberverbände und 48 Handelsvereinigungen.
Ein Kommunist berichtete über die Zeit nach der NS-Machtergreifung in Köln (x067/134): >>... Dieser Rückschlag, der 1933 kam, war eigentlich unfaßbar für mich. Ich hätte nie gedacht, daß die organisierte Arbeiterschaft in Deutschland, die starken Gewerkschaften – der ADGB – schon damals riesige Gewerkschaften, daß die in der entscheidenden Stunde versagen würden. ...
Wir waren uns damals auch noch nicht klar darüber, mit welcher Brutalität die Faschisten gegen uns vorgehen würden. Wir haben die Faschisten gekannt aus den Kämpfen vor 1933. Wir haben mit ihnen Auseinandersetzung gehabt, und es ist auch zu blutigen Zusammenstößen gekommen. Wir haben aber auch viel mit ihnen diskutiert auf den Straßen. Wir haben diese unmenschlichen Methoden, die nachher angewendet wurden, ich muß von mir aus sagen, daß ich die nicht in diesem Maße vorausgeahnt habe. ...
Wir haben unseren Widerstand anfangs verhältnismäßig offen geführt. Wir haben die konspirativen Regeln, die man gegenüber einem solchen brutalen Feind anwenden muß, die haben wir nicht in dem Maß beachtet; das halte ich für die Hauptursache für die schweren Verluste, die wir erlitten haben.
Denn es sind eine Masse Spitzel in die Partei eingeschleust worden, von schwankenden Menschen, von Menschen, die sich kaufen ließen, die es immer gibt; fast hinter jedem Prozeß in Köln stand irgendein Spitzel, der in der Arbeiterbewegung organisiert gewesen ist. Dann wurden die Genossen in einer Weise gequält, daß Kettenreaktionen, d.h., also Verhaftungen, Verhaftungswellen erfolgen konnten. Also, wenn ein Genosse nicht ganz fest war in der Haft, dann war es für ihn schwer, all diesem standzuhalten. ...<<
"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtete später über die "Gewerkschaften" (x051/-213-214): >>Gewerkschaften, im 19. Jahrhundert entstandene Arbeitnehmerorganisationen zum Kampf für wirtschaftliche und soziale Interessen der Lohnabhängigen.
Die deutschen Gewerkschaften, die nach einem "Burgfrieden" 1914 erst 1916 staatliche Anerkennung erlangten, nahmen nach Ende des Ersten Weltkrieges einen steilen Aufstieg. Die weitaus größte Gruppe waren die sozialdemokratischen Freien Gewerkschaften, die sich zum Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund (ADGB) zusammenschlossen, 1923 erweitert um den Afabund, es folgten die Christlichen Gewerkschaften, die liberalen Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine und kleinere Gruppierungen.
Durch die Anerkennung der Tarifautonomie in der Weimarer Republik, die endgültige Durchsetzung des Achtstundentages und die solidarische Abwehr des Kapp-Putsches (1920) durch einen Generalstreik wuchs der Einfluß der Gewerkschaften und ihre Mitgliederzahl (über zehn Millionen). Der Trend kehrte sich um, als mit beginnender Weltwirtschaftskrise (1929-32) die Beschäftigung zurückging und auch manche soziale Errungenschaft beschnitten wurde (1932 unter sieben Millionen organisierte Arbeiter und Angestellte).
Zu einer gemeinsamen Haltung konnten sich die politisch und weltanschaulich gebundenen Richtungsgewerkschaften nicht durchringen, auch nicht gegenüber den Bedrohungen durch die aufkommenden kommunistischen und nationalsozialistischen Rivalen (u.a. Nationalsozialistische Betriebszellenorganisation). Selbst der 1931 noch 4,6 Millionen Mitglieder starke ADGB, beteiligt an der Kampforganisation der Eisernen Front, verlor mit dem tariflichen auch den politischen Handlungsspielraum und versagte sich der von Reichskanzler Schleicher geplanten Gewerkschaftsachse.

Da eine Aktionsgemeinschaft mit den Kommunisten vollends ausgeschlossen war, setzten fast alle Gewerkschaften nach der Machtergreifung trotz aller Alarmzeichen auf ein Arrangement mit den Nationalsozialisten. Obwohl schon am 8./9.3.33 die sogenannten Volkshäuser der Freien Gewerkschaften von SA besetzt wurden, nahm die ADGB-Führung das Gespräch mit der NSBO auf. Die Betriebsratswahlen im April 33 wiegten mit 73,4 % für die Freien Gewerkschaften und nur 11,7 % für die NSBO die Funktionäre zudem in Sicherheit, führten aber nur zur Beschleunigung der nationalsozialistischen Pläne zur "Zerschlagung" der Gewerkschaften.
Als geschickter Schachzug erwies sich dabei die vom ADGB ausdrücklich begrüßte Erhebung des 1. Mai zum "Tag der nationalen Arbeit" (Maifeiertag), wofür die Arbeiterbewegung seit Generationen opfervoll gekämpft hatte. Noch bevor jedoch die Paraden begannen, erging am 21.4.33 der Befehl an SA und SS "zur Besetzung der Gewerkschaftshäuser und zur Inschutzhaftnahme der in Frage kommenden Persönlichkeiten", Stichdatum: "Dienstag, den 2. Mai 1933, 10 Uhr".
Die Gleichschaltung der Gewerkschaften wurde pünktlich ausgeführt und traf auf keinen nennenswerten Widerstand, ein zuvor unter Ley gebildetes "Aktionskomitee zum Schutze der deutschen Arbeit" übernahm die Geschäfte, am 10.5. wurde die Deutsche Arbeitsfront (DAF) gegründet, am 12.5. beschlagnahmte man das Vermögen der Gewerkschaften wegen angeblicher Unregelmäßigkeiten, am 28.6. waren alle Arbeiter- und am 1.7. alle Angestelltenorganisationen in die DAF eingegliedert.<<
Die "Schwarzwälder Kreiszeitung" berichtete am 3. Mai 1933 (x243/48): >>Inbesitznahme des Gewerkschaftshauses durch die nationale Erhebung.
(Im Rahmen der) Vereinheitlichung der Gewerkschaften durch das ganze Reich ... wurde gestern ... durch die SA das hiesige Gewerkschaftshaus aufs neue und für immer besetzt. ...
Auch die Gewerkschaftsbüros, die in Privatwohnungen verlegt wurden, (sind durchsucht worden), doch nicht im Sinne einer Organisation gegen die organisierte Arbeiterschaft.
Die Leitung dieser Gleichschaltung liegt in den Händen des Kreisleiters der NSBO. ... Mit der Leitung des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes wurde Parteigenosse K. beauftragt. ...<<
Der "Reutlinger Generalanzeiger" berichtete am 3. Mai 1933 (x243/48): >>Gleichschaltung im Musikverein Reutlingen – Zu einer außerordentlichen Mitgliederversammlung zum Zwekke der Umstellung auf nationale Grundlage hat der Musikverein ... seine Mitglieder ... eingeladen. In Abwesenheit des Kommissars waren als Vertreter die Herren S. ... und K. von der NSDAP erschienen.
Nach Erledigung der allgemeinen Tagesordnung trat der geschäftsführende Vorstand zurück. ... Mit begeisterten Worten für Volk und Vaterland und einem dreifachen "Sieg heil!" auf Adolf Hitler konnte der Vertreter der NSDAP die Leitung des Vereins dem von ihm ernannten Vorstand übergeben. Derselbe begrüßte dann die inzwischen erschiene Kapelle, die geschlossen zum Stahlhelm übergetreten ist, und konnte nach kurzer Ansprache die harmonisch verlaufende Versammlung schließen. "Gut Klang".<<
>>Bekanntmachung!
1. Sämtliche Gaststätteninhaber werden ersucht, künftig in ihren Lokalen keine Jazzmusik mehr spielen zu lassen. Entstehen hinsichtlich des Begriffes "Jazzmusik" Zweifel, so entscheidet SA-Obermusikmeister K. endgültig.
2. Sämtliche Gaststätteninhaber werden ersucht, in ihren Lokalen an gut sichtbarer Stelle Plakate mit folgender Aufschrift aufzuhängen: Die deutsche Frau raucht nicht! –
Der Sonderkommissar – Sch. ... –
Sturmbannführer.<<

Goebbels berichtete am 6. Mai 1933 über die Zukunft des deutschen Films (x032/52):
>>Deutsche Geistigkeit und deutsche Musikalität und Frische, durch keine unnötigen Fesseln eingeengte Unternehmungslust, unterstützt durch eine großzügige und verständnisvoll arbeitende Zensur, sollen einen deutschen Film schaffen, welcher in der deutschen Heimat eine Quelle der ernsten und heiteren Unterhaltung und Belehrung, im In- und Auslande eine würdige filmische Vertretung des neuen deutschen Geistes darstellt.<<
"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtete später über den "Film" (x051/176-177):
>>Film, von den Nationalsozialisten mit Vorrang materiell gefördertes und politisch funktionalisiertes künstlerisches Medium: "Wir sind der Überzeugung, daß der Film eines der modernsten und weitreichendsten Mittel zur Beeinflussung der Masse ist" (Goebbels).
Der deutsche Film hatte in seinen Anfängen durch künstlerisch herausragende Produktionen Weltgeltung erworben und gehörte trotz wirtschaftlicher Krisen 1933 noch zu den wichtigsten Konkurrenten Hollywoods. Der von wenigen Großkonzernen (Tobis, UFA) beherrschte deutsche Markt war national orientiert und bot der NSDAP schon früh Gelegenheit zur Zusammenarbeit mit Produzenten und Kinobesitzern.
Die Partei produzierte schon seit 1927 eigene Propagandafilme, popularisierte das eher großstädtische Medium durch "Kinomobile" auf dem Land und organisierte nach der Machtübernahme über die "Gaufilmstellen" verstärkt Dorf-Filmabende, Schulvorführungen und Freilichtveranstaltungen (z.T. mit bis zu 20.000 Besuchern).
1933 bestanden somit günstige Voraussetzungen für die Gleichschaltung und Überführung des Filmwesens in einen Einheitskonzern, was durch das besondere Interesse des Propagandaministeriums am Film forciert wurde: Nach ersten Verboten, Lösung von Verträgen mit jüdischen und linken Regisseuren begünstigte das "Vergnügungssteuergesetz" (7.6.33) durch Neuregelung der staatlichen Filmprädikate den Film im nationalsozialistischen Geist als "staatspolitisch wertvoll" mit erheblichen Steuervorteilen; mit dem "Reichslichtspielgesetz" und der Errichtung der Stelle eines "Reichsfilmdramaturgen" entstanden 1934 gesetzliche Grundlagen für Vorzensur oder Verbot.
Noch vor Gründung der Reichskulturkammer begann der "ständische Aufbau der Filmwirtschaft" über eine Filmkammer, in der Mitglied zu sein Voraussetzung war für jegliche filmische Berufstätigkeit. Da jüdische und sozialkritische Regisseure und Darsteller ausgesperrt blieben, Goebbels zudem über eine Filmkreditbank als großzügiger Geldgeber Einfluß auf neue Produktionen nehmen konnte, verlief die Gleichschaltung sehr zügig. Seit 1934 übernahm das Reich systematisch Kapitalanteile der großen Filmfirmen, ein "Reichsbeauftragter für die deutsche Filmwirtschaft" (Max Winkler) konnte 1937/38 weitgehend die Überführung des deutschen Films in einen Einheitskonzern unter Federführung der UFA mit einem "Reichsfilmintendanten" (Fritz Hippler) an der Spitze abschließen.
Die Filmproduktion blühte im nationalsozialistischen Deutschland; nach Kriegsbeginn konnten im besetzten Ausland neue Produktionsstätten und Absatzmärkte erschlossen werden. Insgesamt entstanden 1933-45 ca. 1.100 Spielfilme, davon etwa 15 % direkt zu Propagandazwecken: Besonders in der Frühphase wurden verklärende Parteifilme gedreht wie "SA-Mann Brandt", "Hans Westmar", "Hitlerjunge Quex" (alle 1933), denen die künstlerisch aufwendigeren Arbeiten von Leni Riefenstahl folgten ("Triumph des Willens", 1934; "Olympia", 1936). Zur Flankierung der Judenverfolgung kamen 1940 antisemitische Hetzfilme in die Kinos: "Jud Süß", "Der ewige Jude". Nach Kriegsbeginn sollte eine wachsende Zahl von Kriegsfilmen Optimismus verbreiten.
Mehr noch aber setzte Goebbels auf indirekte Propaganda und förderte den "guten Unterhaltungsfilm", denn "unser Volk bei guter Laune zu halten, das ist auch kriegswichtig".
Er sah im Film "kein bloßes Unterhaltungs-", sondern "ein Erziehungsmittel", hielt es aber für "sehr ratsam, diese pädagogische Aufgabe zu verschleiern". Das gelang mit den meisten vor-

dergründig unpolitischen Spielfilmen: Heroische Filme, die große Deutsche erzählerisch verklärten ("Bismarck", 1940), aufwendig ausgestattete Operetten- und Revuefilme ("Stern von Rio", 1939/40), Komödien ("Münchhausen", 1943) und komödiantische Gesellschaftsfilme, Abenteuerstreifen mit Hans Albers oder Harry Piel ("Ein Unsichtbarer geht durch die Stadt", 1933).
Orientierte sich der Propagandafilm des Dritten Reiches besonders am Realismus und sozialen Pathos des proletarischen Films (Eisenstein, Dudow), so folgte der Spielfilm dem Vorbild des bürgerlichen Unterhaltungsfilms. Die zur Identifikation einladenden Filmhelden demonstrierten vor allem Gehorsam, Schicksalsergebenheit, Anpassung an Herrschaftsstrukturen, Vorrang der Gemeinschaft vor individuellen Interessen sowie "moralische Sauberkeit". Neben der Vermittlung erwünschter Leitbilder stand die Ablenkungsfunktion: Der "kleine Mann" sollte nach Goebbels' Wunsch im Kino "den Krieg für wenige Stunden vergessen".
Durch die politisch-propagandistische Bedeutung des Mediums waren die Nationalsozialisten auf dem Filmsektor stärker als anderswo zu ideologischen und materiellen Zugeständnissen bereit.
So liefen bis 1940 neue Hollywood-Filme in deutschen Kinos (selbst Micky-Maus). Populäre Schauspieler halb- oder vierteljüdischer Abstammung oder mit jüdischen Partnern erhielten Arbeitssondergenehmigungen (u.a. Paul Henkels, Theo Lingen, Heinz Rühmann); Filmschauspieler waren die bestbezahlten Künstler des Dritten Reiches (Spitzenverdiener wie Hans Albers, Heinrich George, Hans Moser kamen auf Jahreseinkommen von über 200.000 RM); aufgrund geschickter filmischer Umsetzung der nationalsozialistischen Weltanschauung erhielten die Regisseure Karl Ritter, Veit Harlan, Hans Steinhoff, Wolfgang Liebeneiner die meisten Aufträge.
Mit Fortdauer des Krieges ging auch in der Filmindustrie das Produktionsvolumen zurück, "Gefolgschaftsmitglieder" wurden eingezogen, Material wurde knapp, Zensurmaßnahmen häuften sich. Obwohl in den Studios bis in die letzten Tage des Dritten Reiches gedreht wurde, mußten seit 1944 zahlreiche Produktionen ein- oder zurückgestellt werden; mit Vorrang sollten "kriegsnahe Filme" wie "Kolberg" gezeigt werden. Doch selbst in der Schlußphase konnten noch, z.T. mit Behinderungen, unkonventionellere Arbeiten entstehen wie z.B. der Käutner-Film "Unter den Brücken" (1945).
Insgesamt war der Film das einzige künstlerische Medium, das während des Dritten Reiches durch Nutzung inhaltlicher und formaler Freiräume vielschichtigere, auch ästhetisch komplexere Werke hervorbrachte, die dem deutschem Film trotz aller ideologischen Fragwürdigkeit im Ausland Ansehen erhalten und verschafft haben.
An die Erfolge der Kriegs- und Vorkriegszeit konnte die deutsche Filmindustrie nach 1945 nicht anknüpfen. In der SBZ/DDR wurden die Reste des Einheitskonzerns 1946 in der DEFA (Deutsche Film-AG) zusammengefaßt, in den Westzonen entstanden 1946-48 etwa 40 Produktionsgesellschaften, da die Westalliierten die Gründung eines neuen deutschen Großkonzerns durch Liquidationsmaßnahmen verhinderten.<<
"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtete später über den "Revuefilm" (x051/493-494): >>Revuefilm, populäres Genre filmischer Unterhaltung, bei dem die Handlung nur als roter Faden für Musik- und Tanzszenen dient; im Dritten Reich äußerst erfolgreich.
Die Anfänge des Tonfilms schufen Ende der 20er Jahre die Voraussetzungen für den Revuefilm, der in Deutschland die Operetten- und Varietétraditionen fortführte, sich aber auch nach 1933 am Vorbild des Hollywood-Musicals orientierte (amerikanische Ausstattungsrevuen liefen bis 1939 in deutschen Großstadtkinos).
Der deutsche Revuefilm litt darunter, daß internationale Stars nach 1933 Deutschland mieden oder als "Nichtarier" nicht auftreten durften, so daß er eher hausbackene Publikumslieblinge wie Marika Rökk oder Johannes Heesters hervorbrachte. Die deutschen Revuefilmkomponi-

sten mußten hinter dem Schwung der amerikanischen Vorbilder zurückbleiben, da selbst winzige Anleihen beim Jazz zu Beanstandungen führen konnten. Bei Ausstattung, Kostümen und Kulissen aber wurden keine Kosten gescheut ("Der weiße Traum", 1943, gehörte mit über zwei Millionen RM zu den teuersten Produktionen).
Der Revuefilm diente, insbesondere im Krieg, der Ablenkung vom Alltag, entsprach mit seinen rhythmischen Massenszenen dem nationalsozialistischen Kollektivismus und stellte die Frau in der erwünschten Mischung von erotischem Stimulans und dienender Weiblichkeit dar, u.a. im erfolgreichsten Film des Dritten Reiches (27 Millionen Zuschauer), "Die große Liebe" (1942), mit Zarah Leander.
Die meisten Regisseure, Komponisten und Darsteller des deutschen Revuefilms konnten ihre Arbeit in den 50er Jahren bruchlos fortsetzen (Film).<<
Der "Völkische Beobachter" berichtete am 6. Mai 1933 (x032/52): >>Die Volksbüchereien enthalten immer noch zahlreichen zersetzenden Giftstoff ... Diesem unerträglichen Zustand soll nun ein Ende gemacht werden ... Es sind danach aus der Volksbücherausleihe alle Bücher, Zeitschriften und Zeitungen zurückzuziehen, die ihrem Charakter nach geeignet sind, das von der Reichsregierung und den Staatsregierungen unternommene Werk der nationalen Erziehung zu stören, zu verzögern oder zu verhindern.<<
Der Gesamtvorstand des Börsenvereins für den deutschen Buchhandel erklärte am 6. Mai 1933 (x032/53): >>In den zahlreichen uns aus allen Teilen des Reiches zugehenden Meldungen über bereits erfolgte oder in Aussicht gestellte Beschlagnahme von Büchern in den Sortimentsbuchhandlungen teilen wir mit:
Wir haben Verhandlungen mit den zentralen Regierungsstellen aufgenommen, um eine einheitliche Regelung für die jetzt vom Vertrieb auszuschaltenden Werke herbeizuführen.
Bis zu dieser Regelung ist allen Sondermaßnahmen gegenüber auf diese Verhandlungen zu verweisen. Gegenüber unzulässigen Eingriffen ist der Schutz der örtlichen zuständigen Verwaltungsstellen anzurufen.
Es darf als selbstverständlich vorausgesetzt werden, daß unsere Mitglieder solche Werke, die als in nationaler oder kultureller Hinsicht zersetzend anzusehen sind, bereits aus dem Vertrieb gezogen haben.<<
Evangelische Theologen und Pfarrer schalteten sich am 9. Mai 1933 in die Diskussion um eine evangelische Reichskirche und um die Wahl eines NS-Reichsbischofs ein.
Hanns Lilje, Generalsekretär der Deutschen Christlichen Studentenvereinigung, und Berliner Geistliche, die sich als Jungreformatoren bezeichneten, forderten, daß kirchliche Entscheidungen allein aus dem Wesen der Kirche heraus, d.h. vom Bekenntnis her getroffen werden könnten. Die Einführung des Arierparagraphen wurde im kirchlichen Raum strikt abgelehnt.
"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtete später über den "Arierparagraph" (x051/-38-39): >>Arierparagraph, Bestimmung zum Ausschluß von Juden aus Vereinen, Verbänden, Parteien und schließlich dem gesamten öffentlichen Leben.
Zurückgehend auf antisemitische Vereinssatzungen und Parteiprogramme Ende des 19. Jahrhunderts (z.B. Deutsch-soziale Partei 1889), tauchte der Arierparagraph im Dritten Reich erstmals bei der Formulierung des Berufsbeamtengesetzes auf. Er bestimmte, daß im öffentlichen Dienst - insbesondere als Beamter - nur beschäftigt werden durfte, wer arischer Abstammung sei, also keinen jüdischen Großeltern- oder Elternteil habe (Abstammungsnachweis).
Der Arierparagraph wurde schon am 25.4.33 im "Gesetz gegen die Überfüllung deutscher Schulen und Hochschulen" auf die Ausbildung ausgeweitet und am 30.6.33 dahingehend verschärft, daß bereits die Ehe mit einem "Nicht-Arier" zum Ausschluß von der Laufbahn im Staatsdienst genügte.
Auf Druck der NSDAP übernahmen im Zug der Gleichschaltung zahlreiche Verbände und

Organisationen den Arierparagraphen; so versperrte er Juden die kassenärztliche Zulassung, entzog ihnen öffentliche Ehrenämter, vertrieb sie aus den Redaktionen (Schriftleitergesetz) und Theatern (Reichskulturkammer), nahm ihnen die Bauernfähigkeit (Erbhofgesetz) und steigerte sich in den Nürnberger Gesetzen zur "endgültigen Scheidung des Judentums vom deutschen Volke".
Gab es anfangs noch Ausnahmen von dieser Diskriminierung (Frontkämpfer, Verdienste um die Nationale Erhebung, Ehrenarier u.a.), so traf nun alle Juden und "jüdischen Mischlinge" (ein) fast totales Berufsverbot. Der Arierparagraph wurde weitgehend ohne Proteste hingenommen, nur in der evangelischen Kirche kam es über ihn zur Abspaltung der Bekennenden Kirche.<<
Am 10. Mai 1933 ließ Göring alle SPD-Niederlassungen, Druckereien und Zeitungen sowie das gesamte Parteivermögen der SPD beschlagnahmen. Die Polizei- und SA-Einheiten umstellten vielerorts komplette Gebäudekomplexe und durchsuchten alle Räume nach Waffen und "staatsfeindlichen Schriften".
Der NS-Staat ordnete am 10. Mai 1933 im gesamten Land öffentliche Bücherverbrennungen an.
Professor Hans Naumann (1886-1951, Ordinarius für Literaturgeschichte an der Universität Bonn) erklärte am 10. Mai 1933 während der öffentliche Bücherverbrennung auf dem Bonner Marktplatz (x058/351): >>So verbrenne denn, akademische Jugend deutscher Nation, heute zur mitternächtigen Stunde an allen Universitäten des Reiches, - verbrenne, was du gewiß bisher nicht angebetet hast, aber was doch auch dich wie uns alle verführen konnte und bedrohte.
Wo Not an den Mann geht und Gefahr im Verzug ist, muß gehandelt werden ohne allzu große Bedenken. Fliegt ein Buch heute nacht zu viel ins Feuer, so schadet das nicht so sehr, wie wenn eines zu wenig in die Flammen flöge. Was gesund ist, steht schon von alleine wieder auf. ...
Wir wollen eine symbolische Handlung begehen. ... Wir schütteln eine Fremdherrschaft ab, wir heben eine Besetzung auf. Von einer Besetzung des deutschen Geistes wollen wir uns befreien. ...
Genauso hat es unser oberster Führer bei jenem gewaltigen Appell verlangt am 8. April dieses Jahres von jedem Einzelnen der Hunderttausende seiner SA und SS aus Deutschland und Österreich. Nichts Allzumenschliches soll in uns bleiben. ... Wir greifen in unsere Herzen, wie wir in unsere Schränke gegriffen haben. ... Wir wollen nicht mehr die Untergrabung der Autorität. ... Wir wollen ... die Unterordnung. ...
Wir wollen ein Schrifttum, dem Familie und Heimat, Volk und Blut, das ganze Dasein der frommen Bindung wieder heilig ist. Das uns zum sozialen Gefühl und zum Gemeinschaftsleben erzieht, sei es in der Sippe, sei es im Beruf, sei es in der Gefolgschaft oder in Stamm oder Nation. Das zum Staat erzieht und zum Führertum und zur Wahrhaftigkeit, ein Schrifttum, das also im besten und edelsten Sinne politisch ist. ...
Heil denn also dem neuen deutschen Schrifttum!
Heil dem obersten Führer!
Heil Deutschland!<<
Als "Literatur des undeutschen Geistes" wurden am 10. Mai 1933 die Bücher folgender Autoren ausgesondert (x032/54): >>... Max Adler, August Bebel, Iljitsch Lenin, Rudolf Hilferding, Karl Liebknecht, Karl Marx, Walther Rathenau, Hugo Preuss, Max Brod, Lion Feuchtwanger, Walter Hasenclever, Egon Erwin Kisch, Thomas und Heinrich Mann, Klaus Mann, Erich Maria Remarque, Alfred Schirokauer, Arthur Schnitzler, Ernst Toller, Kurt Tucholsky, Arnold und Stefan Zweig, Otto Bauer, Peter Lampel, Upton Sinclair, van de Velde, Josef Stalin, Bertha von Suttner, Richard Coudenhove-Kalergi und andere.
Unter den besonders empfohlenen Autoren werden neu angeschafft: Hans Grimm, Ernst Jün-

ger, Gregor Strasser, Adolf Hitler, Hanns Johst, Oswald Spengler und andere.<<
Der deutsche Schriftsteller Oskar Maria Graf (1894-1967, emigrierte 1933 in die USA), dessen Bücher zunächst weiterhin von der NSDAP empfohlen wurden, protestierte später in einem offenen Brief gegen die öffentlichen Bücherverbrennungen (x092/870): >>... Und die Vertreter dieses barbarischen Nationalismus, der mit Deutschsein nichts, aber auch schon gar nichts zu tun hat, unterstehen sich, mich als einen ihrer "Geistigen" zu beanspruchen, mich auf ihre soggenannte weiße Liste zu setzen, die vor dem Weltgewissen nur eine schwarze Liste sein kann!
Diese Unehre habe ich nicht verdient!
Nach meinem ganzen Leben und nach meinem ganzen Schreiben habe ich das Recht zu verlangen, daß meine Bücher der reinen Flamme des Scheiterhaufens überantwortet werden und nicht in die blutigen Hände und die verdorbenen Hirne der braunen Mordbanden gelangen.<<
Dr. Horst Heidtmann schrieb später über die "Bücherverbrennung" durch die NSDAP (x051/-93): >>Bücherverbrennung, rituelle Vernichtung von Büchern "entarteter und jüdischer Literaten" in fast allen deutschen Universitätsstädten am Abend des 10.5.33.
Die Bücherverbrennung war Höhepunkt einer Reihe von Aktionen "wider den undeutschen Geist", maßgeblich getragen von der Deutschen Studentenschaft, die auch als örtliche Veranstalter die Bücherverbrennung organisierte: Studenten und Professoren, Untergliederungen der NSDAP und nationale Verbände versammelten sich dazu, allein in Berlin auf dem Opernplatz, wo Goebbels selbst (vom Rundfunk übertragen) sprach, 40.000; Lastwagen oder Ochsenkarren brachten Bücher, die "Ältesten" der Studentenschaft und Professoren der Germanistik im Talar hielten Ansprachen, dann flogen die Werke von Philosophen (Marx, Bloch), Wissenschaftlern (Freud, Hirschfeld), klassischen humanistischen Dichtern (Heine) und zeitgenössischen Autoren ins Feuer:
"Gegen Dekadenz und moralischen Verfall! Für Zucht und Sitte in Familie und Staat! Ich übergebe der Flamme die Schriften von Heinrich Mann, Ernst Glaeser, Erich Kästner."
Neben Sozialisten wie Brecht und Pazifisten wie Remarque überwogen kritische bürgerliche Schriftsteller (Kerr, Schnitzler) und ausländische "Zersetzer" (Barbusse, Hemingway, London). Die Verdikte reichten von "Gesinnungslumperei und politischer Verrat" bis zu "volksfremder Journalismus".
Nationale Gruppen hatten schon in der Weimarer Republik einen immer erbitterter werdenden Kampf gegen demokratische und linke Literatur geführt und eine "Schmutz- und Schundgesetzgebung" auch für Zensur und Verbot von politisch unliebsamen Büchern genutzt.
Nach der Machtergreifung verschärften sich sofort die Maßnahmen gegen kritische Publizisten, die aus Akademien, Berufsvereinigungen und öffentlichem Dienst entfernt wurden. Bis zum 30.5.33 beschlagnahmte die Politische Polizei allein in Berlin 10.000 Zentner "marxistische" Literatur.
Der Kampf gegen politische "Schmutzschriften" wurde am eifrigsten an den Universitäten, die sich als "Hort des deutschen Volkstums" verstanden, geführt. Antirepublikanische Studenten und Professoren legten schwarze Listen an; nach der Machtübernahme erstellten fast alle NSDAP-Gliederungen, von der HJ bis zum Lehrerbund, eigene Säuberungsverzeichnisse für Buchhandel und Bibliotheken; aufgrund von Presseaufrufen lieferten zahlreiche Bürger "undeutsche" Literatur aus privaten Beständen für die Scheiterhaufen des 10.5. an.
Die Veranstalter sahen in der Bücherverbrennung einen symbolischen Akt; wie man in der Vorzeit dem Feuer eine reinigende, krankheitsaustreibende Wirkung zusprach, so sollten in den Flammen "die geistigen Grundlagen der verhaßten Novemberrepublik zu Boden" sinken, sollte zum Ausdruck kommen, "daß in Deutschland die Nation sich innerlich und äußerlich gereinigt hat" (Goebbels).
Der "Reinigungsprozeß" der deutschen Literatur wurde nach dem Mai 33 durch regionale Bü-

cherverbrennungen fortgeführt. Tausende von "unzuverlässigen" und "nichtarischen" Autoren erhielten Berufs- oder Veröffentlichungsverbot, kamen ins KZ oder gingen ins Exil. Obwohl nicht von staatlichen Stellen oder der NSDAP selbst initiiert, war die Bücherverbrennung eine entscheidende Zäsur: Die Provinzialität der Literatur des Dritten Reiches war damit besiegelt, eine Weiterentwicklung der deutschen Literatur konnte es nur noch im Exil geben.
Gegen die Bücherverbrennung regte sich in Deutschland kaum nennenswerter Widerstand. Buchhandel und Verlagswesen reagierten opportunistisch, von Seiten der nichtverbrannten Autoren gab es nur vereinzelt so weitgehende Solidarität wie von O. M. Graf: "Verbrennt mich!" (Brief vom 12.5.33).
Vom gebildeten deutschen Bürgertum wurde die Bücherverbrennung als "studentischer Bierulk" aufgenommen und auch im Ausland reagierte man vielfach mit "Amüsiertheit" auf diesen "Ausdruck studentischen Übereifers" und deutete die Bücherverbrennung nur selten warnend im Sinne Heines: "Dort wo man Bücher verbrennt, verbrennt man am Ende Menschen."<<
Der deutsche Historiker Klaus Vondung schrieb später über die NS-Literatur (x051/357-358):
>>Literatur. Als nationalsozialistische Literatur im weitesten Sinne wird diejenige Literatur bezeichnet, die zentralen Inhalten der nationalsozialistischen Ideologie Ausdruck verlieh und auf die sich politische und kulturelle Institutionen, anerkannte Literaturkritiker und Literaturwissenschaftler des Dritten Reiches als "artgemäße" zeitgenössische Dichtung beriefen.
Mit dieser Bestimmung werden nicht nur diejenigen ideologiekonformen Werke als nationalsozialistische Literatur erfaßt, die während des Dritten Reiches produziert wurden, sondern auch zahlreiche Werke, die vor 1933 erschienen, z.T. sogar solche, die bereits vor 1918 entstanden sind. Andererseits wird die Bestimmung nicht allen Schriftstellern oder allen ihrer Werke gerecht; Grenz- und Sonderfälle wie Carossa, Ernst Jünger oder Benn müssen je für sich beurteilt werden.
Die eingangs vorgenommene Bestimmung der nationalsozialistischen Literatur folgt ideologischen und literaturpolitischen Kriterien. Eine ausschließlich ästhetischen Gesichtspunkten folgende Bestimmung wäre schwierig, wenn nicht unmöglich. Auch Wertungs-Kriterien führen allenfalls zu dem Urteil, daß die nationalsozialistische Literatur generell von mittelmäßiger, wenn nicht miserabler ästhetischer Qualität ist, aber damit ist weder eine hinreichende Bestimmung gewonnen, noch erübrigt ein solches Urteil die Auseinandersetzung mit der nationalsozialistischen Literatur.
Die bevorzugten Genres lassen sich drei hauptsächlichen Typen zuordnen, je nachdem, welcher ideologische Inhalt in ihrem Zentrum steht oder welcher Funktion sie nachkommen:
Die Heimatromane, speziell die Bauernromane (Bauerndichtung) und mit ihnen die meisten historischen Romane kreisen um die Idee des "Volkstums"; die Weltkriegsromane und die nationalsozialistische Marsch- und Kampflyrik verherrlichen und propagieren "Heldentum"; chorische Dichtungen, eine bestimmte Art von "Weltanschauungs-Lyrik" und Thingspiele geben dem "Glauben" an den Nationalsozialismus Ausdruck und fordern zu "Bekenntnissen" auf.
Diese Dreiteilung kann sich auf die Selbstinterpretation nationalsozialistischer Schriftsteller, Politiker und zeitgenössischer Literaturwissenschaftler stützen, derzufolge die nationalsozialistische Literatur als "volkhafte Dichtung", "heldische Dichtung" und "Weihedichtung" erscheint. Die mit diesen Begriffen ebenfalls angesprochenen ideologischen Inhalte und Funktionen liegen allerdings nicht nur dem jeweiligen literarischen Typus zugrunde, sondern sind Wesensmerkmale der gesamten nationalsozialistischen Literatur oder sollen dies - programmatischen Äußerungen zufolge - zumindest sein.
So kann unter "volkhafter Dichtung" speziell der Heimat- und Bauernroman begriffen werden, generell aber ist alle nationalsozialistische Literatur "volkhafte Dichtung", insofern sie "das Schicksal des Volkes als den höchsten Gegenstand der Kunst proklamiert" (A. Mulot).

Die Forderung, Kunst müsse sich aus den "Kräften des Volkstums" speisen (Goebbels), bedeutete letztlich, daß Kunst und Literatur nach dem Kriterium der "blutsmäßigen Substanz" (Schumann) beurteilt wurden. Demgemäß erfolgte der Kampf gegen "bloßes Artistentum" (Goebbels) nicht nur aus ästhetischen Gründen, er war zugleich rassistisch motiviert. Die "volkhafte Dichtung" hatte also auch eine politische Funktion, und zwar eine doppelte:
Einerseits propagierte sie beim Leser "Rassenbewußtsein", andererseits diente die Berufung auf ihre angeblich schutzwürdigen Werte als Rechtfertigung für die Verfolgung des "rassefremden Literatentums" (Rosenberg).
Auch "heldische Dichtung" bezeichnet nicht nur einen besonderen Typus mit bestimmten Genres, vielmehr ist Heroismus den literarischen Programmen zufolge eine grundlegende Qualität der nationalsozialistischen Literatur: Ihr Ausdruck, Stil und ihre generelle "Haltung" sollten heroisch bestimmt sein, inhaltlich hatte sie heldische Menschen zu zeigen.
Hieraus ergab sich ebenfalls eine politische Doppelfunktion: Einerseits war die Konsequenz des heroischen Prinzips die Unterdrückung der sogenannten dekadenten und defätistischen Literatur und ihrer Autoren, andererseits förderte die "heldische Dichtung" beim Leser den "Geist der Wehrhaftigkeit".
Das gepriesene "Heldentum" trat in der Literatur mit der Ideologie des "Volkstums" in Wechselwirkung: In den Weltkriegsromanen, die noch vor 1933 erschienen waren, wurde die soldatische Gemeinschaft der Front als Kern einer zukünftigen Volksgemeinschaft gezeichnet und deren Ordnung nach dem Vorbild der Kampfgemeinschaft von Führer und Gefolgschaft entworfen; die Literatur nach 1933 propagierte die Verwandlung der Volksgemeinschaft in eine Kampfgemeinschaft, die Literatur wurde zur "Waffe".
Schließlich hat auch der Begriff "Weihedichtung" doppelte Bedeutung: Im engeren Sinne bezeichnet er die verschiedenartigen liturgischen Texte für die nationalsozialistischen Feiern einschließlich der Thingspiele; insofern diese Texte den Führer und die Ideologie des Nationalsozialismus sakralisierten, dem "Glauben" an den Nationalsozialismus Ausdruck verliehen und für entsprechende "Bekenntnisse" Formeln bereitstellten, kann ebenso gut von "religiöser Dichtung" gesprochen werden.
Religiöse Qualität (im Sinne einer "politischen Religiosität") hatte jedoch, zumindest tendenziell, alle nationalsozialistische Literatur, da die Ideologie nicht nur die politischen und gesellschaftlichen Verhältnisse regeln, sondern auch spirituelle Sinngebung ermöglichen sollte. Kolbenheyer schrieb der nationalsozialistischen Literatur "transzendente Bedeutung" zu, Böhme erklärte den nationalsozialistischen Dichter zum "Künder" eines "neuen Glaubens". Hatte die "heldische Dichtung" die Funktion, die Volksgemeinschaft zur Kampfgemeinschaft zu schmieden, so sollte die "Weihedichtung" die Volksgemeinschaft in eine "Glaubensgemeinschaft" (Johst), in eine bedingungslose Gefolgschaft verwandeln.
Eine Reihe von Werken, die im Dritten Reich als vorbildhafte nationalsozialistische Literatur galten und die auch vorher schon beträchtlichen Publikumserfolg hatten, entstand bereits vor 1918, v.a. Heimatromane und historische Romane von Bartels, Bloem, Burte, Frenssen, Kolbenheyer, Stehr, außerdem einige nicht minder erfolgreiche, meist antisemitisch geprägte kulturhistorische und kulturtheoretische Werke: die "Deutschen Schriften" von Lagarde, "Rembrandt als Erzieher" von Langbehn, "Die Grundlagen des 19. Jahrhunderts" von H. S. Chamberlain, die "Geschichte der deutschen Literatur" von Bartels, "Die Sünde wider das Blut" von Dinter.
Diese Literatur wird in der Regel als Vorläufer der nationalsozialistischen Literatur betrachtet und als völkisch-nationale Literatur bezeichnet, da es den Nationalsozialismus als politische Bewegung noch nicht gab. Doch die ideologischen Inhalte des Nationalsozialismus waren in dieser Literatur, die ebenfalls als "völkische", "heldische" und "religiöse Dichtung" erschien, bereits präsent, so daß gefolgert werden muß:

Der Nationalsozialismus hat nicht die nationalsozialistische Literatur hervorgebracht, vielmehr hat diese den Nationalsozialismus mitgeschaffen; sie hat dazu beigetragen, die Ideologie bereitzustellen und zu propagieren, die mit dem Nationalsozialismus identifiziert wird.
Die ideologischen Positionen, die schon vor 1918 entwickelt worden waren, verschärften sich allenfalls in den folgenden Jahren unter dem Eindruck des verlorenen Krieges und im Kampf gegen die gehaßte Republik von Weimar. Die Tradition des "volkhaften" Heimatromans und historischen Romans (E. Strauß, Blunck, Vesper, Kolbenheyer), auch des Kolonialromans (H. Grimm), setzte sich fort. Ein neues Genre des "heldischen" Literaturtyps stellten die zahlreichen Weltkriegsromane dar, die fast alle in einem Schub Ende der 20er Jahre erschienen (Beumelburg, Wehner, Dwinger, Schauwecker, Zöberlein).
Der nationalsozialistische Schriftsteller und Publizist Vesper prägte das Wort von den "zwei Literaturen" dieser Zeit; er behauptete, die linke und bürgerlich-liberale Literatur habe die andere, die "echte deutsche Dichtung" unterdrückt. In Wahrheit erzielten die dem Nationalsozialismus nahe stehenden Heimat- und Kriegsromane auch schon vor 1933 recht erhebliche Auflagezahlen.
Nach 1933 wurde der Erfolg der nationalsozialistischen Literatur mit politischen und administrativen Mitteln durchgesetzt. Der Ertrag an neuen Werken war während des Dritten Reiches relativ bescheiden. Die "junge Garde" nationalsozialistischer Schriftsteller, die überwiegend erst nach 1933 an die Öffentlichkeit trat (Anacker, Baumann, Böhme, Eggers, Menzel, Schumann u.a.), schrieb vorzugsweise Marsch- und Kampflyrik, "Weltanschauungs-Lyrik", chorische Dichtungen für die nationalsozialistischen Feiern und Thingspiele. Der funktionale Aspekt der Literatur rückte in den Vordergrund.
Es ist symptomatisch, daß diese jungen Schriftsteller fast ohne Ausnahme zugleich Funktionäre in den verschiedensten staatlichen und parteiamtlichen Lenkungsorganen waren, vom Präsidialrat der Reichsschrifttumskammer über Reichspropagandaleitung, Reichsjugendführung und Oberster SA-Führung bis zum Rasse- und Siedlungshauptamt der SS.<<
In Chicago und New York protestierten am 10. Mai 1933 erstmalig nordamerikanische Juden gegen die "Inquisition in Deutschland" und forderten den Wirtschaftsboykott Deutschlands (x032/54): >>... Nieder mit dem Hitlerismus, dem Zerstörer der deutschen Arbeiterbewegung und der Gefahr für den Weltfrieden. ... Öffnet den deutschen Juden die Tore der Vereinigten Staaten. ...<<
"Das kleine Blatt" berichtete in Wien am 12. Mai 1933 über die öffentlichen Bücherverbrennungen im NS-Staat (x092/870): >>... Denn schauerlich ist die Verirrung eines Volkes, dessen geistige Höhe einmal in der ganzen Welt bewundert und beneidet wurde. Schauerlich diese Exekution und ihr Drum und Dran. ...
Wir töricht und wie bombastisch diese Regie, die für Aktionen von Barbaren den szenischen Apparat von Kulturmenschen bemüht.<<
Hitler erklärte am 17. Mai 1933 vor dem Reichstag (x149/87): >>Unser Nationalismus ist ein Prinzip, daß uns an Weltanschauung grundsätzlich allgemein verpflichtet. Indem wir in grenzenloser Liebe und Treue an unserem eigenen Volkstum hängen, respektieren wir die nationalen Rechte auch der anderen Völker aus dieser selben Gesinnung heraus und möchten aus tiefernstem Herzen mit ihnen in Frieden und Freundschaft leben. Wir kennen daher auch nicht den Begriff des "Germanisierens". ...
Wenn Deutschland heute die Forderung nach einer tatsächlichen Gleichberechtigung im Sinne der Abrüstung der anderen Nationen erhebt, dann hat es dazu ein moralisches Recht durch seine eigene Erfüllung der Verträge. ...
Deutschland ist nun jederzeit bereit, auf Angriffswaffen zu verzichten, wenn auch die übrige Welt ihrer entsagt. ...<<
Die britischen Gewerkschaften forderten am 25. Mai 1933 wegen der Judenverfolgungen er-

neut zum Boykott deutscher Waren auf (x032/59).
Da die Jungreformatoren Friedrich von Bodelschwingh (1877-1946) maßgeblich förderten, wählte ihn die überwältigende Mehrheit der 28 evangelischen Landeskirchen am 27. Mai 1933 zum ersten Reichsbischof. Hitlers Kandidat, Pfarrer Ludwig Müller (1883-1945), verlor klar (91:8 Stimmen).
Hitler erklärte im Mai 1933 während eines Gespräches mit einem NSDAP-Mitglied (x256/-124): >>... Mit den Konfessionen, ob nun diese oder jene: das ist alles gleich. Das hat keine Zukunft mehr. Für die Deutschen jedenfalls nicht.
Der Faschismus mag in Gottes Namen seinen Frieden mit der Kirche machen. Ich werde das auch tun. Warum nicht?
Das wird mich nicht abhalten, mit Stumpf und Stiel, mit allen seinen Wurzeln und Fasern das Christentum in Deutschland auszurotten. – Eine deutsche Kirche, ein deutsches Christentum ist Krampf. Man ist entweder Christ oder Deutscher. Beides kann man nicht sein. ...
Die Pfaffen werden anstatt des Blutes ihres bisherigen Erlösers das reine Blut unseres Volkes zelebrieren; sie werden die deutsche Ackerfrucht als heilige Gabe empfangen und zum Symbol der ewigen Volksgemeinschaft essen. ...<<
Otto Wels (1873-1939, seit 1931 SPD-Vorsitzender) emigrierte im Mai 1933 in die Tschechoslowakei und floh 1938 nach Frankreich.
Am 1. Juni 1933 trat das "Gesetz zur Verminderung der Arbeitslosigkeit" in Kraft.

Hitlers Kampf gegen die Arbeitslosigkeit

Im Frühjahr 1933 lag die Zahl der Arbeitslosen (einschließlich der "unsichtbaren Arbeitslosen", die in den Statistiken der Arbeits- und Wohlfahrtsämter nicht mehr geführt wurden) noch bei ca. 7,8 Millionen Arbeitslosen (x051/35). Danach entspannte sich die Weltwirtschaftskrise jedoch allmählich, so daß sich die deutsche Wirtschaft ungewöhnlich schnell erholte. Im Jahre 1934 ging die Arbeitslosigkeit bereits auf 2,7 Millionen Arbeitslose zurück (Jahresdurchschnitt 1933 = ca. 4,8 Millionen) und das Heer der Arbeitslosen löste sich langsam aber sicher auf.
Das NS-Regime beseitigte die große Massenarbeitslosigkeit hauptsächlich durch die Schaffung von sogenannten "Partei-Arbeitsplätzen" für NSDAP-Mitglieder, den verstärkten Wiederaufbau der deutschen Rüstungsindustrie und mit Hilfe von staatlichen Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen (Gründung großer Reichswerke, Reichsautobahnbau, Notstandsarbeiten u.a.). Viele Pläne und Maßnahmen der Weimarer Republik wurden dabei lediglich von der NSDAP übernommen und erweitert. Die Pläne für den Autobahnbau stammten z.B. vom "Verein zur Vorbereitung der Autobahnstraße Hamburg-Frankfurt-Basel" (HAFRABA), der schon im Jahr 1926 gegründet wurde.
Ab März 1935 mußte jeder Deutsche (ab 18 Jahre) 6 Monate beim Reichsarbeitsdienst (RAD) arbeiten. Der RAD wurde zunächst beim Bau von Wegen und zur Trockenlegung von Mooren oder Sümpfen eingesetzt (die Mädchen arbeiteten überwiegend auf Bauernhöfen). Im NS-Staat waren Streiks verboten. Die Löhne und Gehälter wurden festgelegt und Arbeitsplätze durften grundsätzlich nur mit Genehmigung des Arbeitsamtes gewechselt werden.
Seit 1936 wurden alle Arbeitslosen systematisch "durchkämmt" und zur Arbeit gezwungen (Arbeitsdienstpflicht). Wer schwere körperliche Arbeiten beim Straßen- und Wohnungsbau oder in der Land- und Forstwirtschaft ablehnte oder die Anforderungen des Arbeitseinsatzes nicht erfüllte ("politisch Unzuverlässige" etc.), erhielt keine finanzielle Unterstützung. Der Abbau der Massenarbeitslosigkeit führte schließlich wieder zur Vollbeschäftigung (Jahresdurchschnitt 1936 = 2,5 Millionen Arbeitslose, 1937 = 0,6 Millionen Arbeitslose und 1938 = 0,4 Millionen Arbeitslose).
Hitler hatte damals das Glück, daß allen bemühten und redlichen Staatsmännern der Weimarer Republik versagt geblieben war. Ohne eigene Leistungen, errang der selbsternannte "Führer"

scheinbar mühelos in wenigen Jahren glänzende innen- und außenpolitische Erfolge. Stresemann und Brüning hatten jahrelang vergeblich für die Beendigung der Reparationen gekämpft, während das NS-Regime nachweislich durch den Reparationsverzicht im Jahre 1932 entscheidend entlastet wurde. Ab 1933 konnte Hitler nur aufgrund konsequenter staatlicher Wirtschaftslenkung und durch unverantwortliche Schuldenpolitik viele "großartige Scheinerfolge" erzielen.
Nicht wenige europäische Nachbarn blickten bewundernd oder ungläubig auf das erstaunliche "Wirtschaftswunder" des NS-Regimes. Die Mehrheit der deutschen Bevölkerung war natürlich ebenfalls begeistert. Meistens durchschauten nur Wirtschaftsexperten Hitlers Riesenbetrug. Da das Deutsche Reich finanziell äußerst schwach war, konnte Hitler seine innenpolitischen Erfolge größtenteils nur zu Lasten einer katastrophalen Staatsverschuldung (z.B. durch die Ausgabe von Mefo-Wechseln) erzielen.
In den Jahren der NS-Diktatur erreichte die Staatsverschuldung des Dritten Reiches unvorstellbare Größenordnungen (Verschuldung 1932 = 11,4 Milliarden, Ende 1938 = 30,0 Milliarden und Mai 1945 = ca. 380,0-400,0 Milliarden RM). Bereits 1938/39 waren die letzten deutschen Gold- und Devisenreserven fast vollständig verbraucht.
Die deutsche Historikerin Birgit Wulff schrieb später über die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit (x051/33-34): >>Arbeitsbeschaffung ... Die Arbeitsbeschaffung gehörte nach der Machtergreifung zu den Hauptaufgaben der Nationalsozialisten, die mit dem Versprechen angetreten waren, Arbeit und Brot für alle zu schaffen.
Die Regierung Hitler konnte dabei an die Arbeitsbeschaffungsprogramme der Vorgänger anschließen. In der Arbeitsbeschaffung waren bisher zwei Wege beschritten worden:
1. indirekte Maßnahmen wie Gewährung von Steuererleichterungen oder Vergabe von Darlehen zur Erhöhung der privaten Investitionsbereitschaft;
2. direkte Maßnahmen durch Vergabe öffentlicher Aufträge durch den Staat selbst und dazu Einstellung vor allem von Arbeitslosen.
Die Regierung Papen führte ein solches staatliches Programm in Höhe von 302 Millionen RM durch, in erster Linie aber setzte sie auf indirekte Maßnahmen durch Vergabe von Steuergutscheinen. Das Kabinett Schleicher legte das Sofort- oder Gereke-Programm vor, mit dem 500 Millionen RM für öffentliche Aufträge zur Verfügung gestellt wurden.
Die Wege zur Arbeitsbeschaffung waren daher für die Nationalsozialisten geebnet. Die Regierung Hitler beschränkte sich zunächst auf die Fortführung des Sofort-Programms, das sie um 100 Millionen aufstockte und in den Dienst der Aufrüstung stellte.
Erst am 1.6.33 wurde mit dem 1. Gesetz zur Verminderung der Arbeitslosigkeit ein eigenes nationalsozialistisches Arbeitsbeschaffungsprogramm veröffentlicht. Nach dem 1. Abschnitt, der die direkten Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen umfaßte, sollten für eine Milliarde RM Instandsetzungs- und Ergänzungsarbeiten an privaten und öffentlichen Gebäuden, der Bau von Kleinsiedlungen, Tiefbauarbeiten u.a. ausgeführt werden. Zudem waren Sachleistungen an Hilfsbedürftige, Ehestandsdarlehen, eine Spende zur Förderung der nationalen Arbeit und Steuerbefreiungen vorgesehen.
Am 21.9.33 wurde ein 2. Gesetz zur Verminderung der Arbeitslosigkeit verabschiedet. Es umfaßte 500 Millionen RM und förderte durch Zuschüsse und Zinsbeihilfen Instandsetzungs- und Ergänzungsarbeiten an Gebäuden. Außerdem gewährte es Steuersenkungen für die Landwirtschaft und für Neubauten.
Auch zur Finanzierung der Programme griffen die Nationalsozialisten auf Bewährtes zurück: Sie bedienten sich der Vorfinanzierung auf Wechselbasis über die an den Programmen mitwirkenden Kreditinstitute (u.a. Deutsche Gesellschaft für öffentliche Arbeiten). Die Wechsel waren bei der Reichsbank rediskontfähig und konnten verlängert werden. Das Reich hatte sich verpflichtet, die Wechsel in bestimmten Fristen einzulösen. Die Deckung erfolgte durch soge-

nannte Arbeitsschatzanweisungen.
Die beiden nationalsozialistischen Arbeitsbeschaffungsprogramme wurden durch weitere Maßnahmen ergänzt: Reichsbahn und -post unterstützten durch Vergabe eigener Aufträge die Arbeitsbeschaffungspolitik der Regierung, das Gesetz zur Errichtung des Unternehmens Reichsautobahnen vom 27.6.33 diente ebenfalls der Arbeitsbeschaffung.
Dem schlossen sich steuerliche Maßnahmen zur Konjunkturbelebung an. Parallel dazu sollte durch die Lenkung des Arbeitseinsatzes eine Verminderung des Angebots an Arbeitskräften erreicht werden.
Zur Arbeitsbeschaffung trugen zudem Notstandsarbeiten der Länder und Gemeinden bei, die z.T. durch die Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung gefördert wurden. Das Gesamtvolumen der Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen dürfte auf ca. 5,5-6 Milliarden RM zu beziffern sein.
Die Wirkung der Programme auf den Arbeitsmarkt läßt sich nicht genau abschätzen, weil daneben noch weitere Faktoren, z.B. Rüstungsanstrengungen, konjunkturelle Langzeitentwicklung der Weltwirtschaft usw., für den Rückgang der Arbeitslosigkeit maßgebend waren. Hoch zu veranschlagen jedoch ist der Beitrag der Arbeitsbeschaffung, deren Erfolge propagandistisch geschickt genutzt wurden, zur Integration eines Teiles der Arbeiterschaft in das System.<<
Die deutsche Historikerin Birgit Wulff schrieb später über den "Reichsarbeitsdienst" (x051/-472-473): >>Reichsarbeitsdienst (RAD), mit Gesetz vom 26.6.35 eingeführte allgemeine Dienstpflicht von männlichen Arbeitskräften im Alter von 18-25 Jahren in geschlossenen Einheiten zur Bewältigung gemeinnütziger Aufgaben.
Neben vereinzelten Ansätzen vor dem Ersten Weltkrieg ging die Idee des Arbeitsdienstes und der Arbeitsdienstpflicht v.a. auf das Vorbild des "Vaterländischen Hilfsdienstes" 1916/17 zurück. Die Diskussion um einen Arbeitsdienst war in der Weimarer Republik immer eng mit wirtschaftlichen Krisenzeiten verbunden, so z.B. in der ersten Nachkriegszeit. Durch die Weltwirtschaftskrise erhielt sie erneut Auftrieb.
V.a. die Jugendarbeitslosigkeit sollte auf diese Weise bekämpft werden. Die Arbeitsdienstpflicht wurde u.a. vom Stahlhelm, den Artamanen und dem Jungdeutschen Orden gefordert. 1930 bildete sich eine Reichsarbeitsgemeinschaft für die Deutsche Arbeitsdienstpflicht (RADA). Ebenfalls 1930 konstituierte sich der Volksbund für den Arbeitsdienst. Mit der Notverordnung vom 5.6.31 wurde die gesetzliche Grundlage für den freiwilligen Arbeitsdienst geschaffen, die Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung übernahm die Förderung der Arbeiten.
Die Teilnahme an den Arbeitsdienstlagern war auf 20 Wochen begrenzt. Träger dieses freiwilligen Dienstes war u.a. auch die NSDAP. Teilnehmen durften anfangs nur Arbeitslose, später aber alle Jugendlichen zwischen 18 und 25 Jahren. Die Tätigkeiten sollten sich insbesondere auf Bodenkulturarbeiten erstrecken.
Nach der Machtübernahme berief Hitler am 31.3.33 den Oberst a.D. Hierl zum Leiter des Arbeitsdienstes (später Reichskommissar) im Rang eines Staatssekretärs zunächst im Reichsarbeits-, dann im Reichsinnenministerium.
Erst 1943 wurde der Arbeitsdienst eine Oberste Reichsbehörde, die Hitler unmittelbar unterstand. Hitler sah im Reichsarbeitsdienst eine ideale Möglichkeit zur Ausrichtung der jungen Menschen im nationalsozialistischen Sinne; ihre paramilitärische Ausbildung sollte der Wehrmacht später zugute kommen.
Der Reichsarbeitsdienst litt jedoch unter einem ständigen Mangel an geeigneten Führern, so daß die vorgesehene politische Schulung kaum geleistet wurde. Dennoch wurde er als Aushängeschild des "deutschen Sozialismus" genutzt: Beim Reichsparteitag 1934, bei dem 52.000 einheitlich uniformierte Arbeitsdienstmänner aufmarschiert waren, verkündete Hitler: "Durch eure Schule wird die ganze Nation gehen." Die Dauer des "Ehrendienstes am deutschen Volk"

wurde auf ein halbes Jahr festgesetzt.
Hierl schaltete die konfessionellen und anderen Träger des Arbeitsdienstes aus und gestaltete ihn um zu einer nationalsozialistischen Organisation. Er teilte den Reichsarbeitsdienst ein in 30 Arbeitsgaue, 182 RAD-Gruppen und 1.260 RAD-Abteilungen. Bereits 1934 wurde eine halbjährige Dienstpflicht für Abiturienten eingerichtet. Am 1.4.36 wurde der weibliche Arbeitsdienst, der auf freiwilliger Basis beruhte, dem RAD angegliedert. Erst von 1939 an wurde ein Dienstjahr für Frauen obligatorisch.
Einschließlich Stammpersonal betrug die RAD-Gesamtstärke am 1.10.35 rund 200.000, bis zum 1.10.39 wurde sie auf jährlich 350.000 erhöht. Mit einem Etat von RM 1,70 täglich pro Person praktizierte der Reichsarbeitsdienst besonders Landeskulturarbeiten. Auch beim Autobahnbau und zur Errichtung des Westwalls wurde der RAD eingesetzt. Die "Arbeitsmaiden" halfen hauptsächlich der "überlasteten deutschen Mutter in den Siedlungsgebieten" und in der Landwirtschaft.
Nach Kriegsausbruch geriet der RAD weitgehend unter die Regie der Wehrmacht; schon die Einberufung erfolgte durch die Wehrkreiskommandos. Arbeitsdienstmänner werkten mit Spaten und Gewehr vom Nordkap bis zu den Kykladen, standen an Flugabwehrgeschützen, bauten V1-Abschußrampen und wurden 1944/45 beim Volkssturm eingesetzt.
War der Arbeitsdienst ursprünglich als ein Mittel zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit konzipiert, entwickelte er sich unter den Nationalsozialismus zu einem Instrument der Jugenderziehung im Sinne der "Volksgemeinschaft" und v.a. zur Vorbereitung auf den Krieg.<<
Die deutsche Historikerin Birgit Wulff schrieb später über die Entwicklung der "Arbeitslosigkeit" nach der NS-Machtergreifung (x051/36): >>(Arbeitslosigkeit) ... Nach der Machtübernahme sank die Arbeitslosigkeit im Reich rapide ab. Das war einmal auf die insgesamt verbesserte konjunkturelle Lage, auf die Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung und vor allem auf die anlaufende Rüstungsproduktion zurückzuführen.
1933 betrug die Arbeitslosigkeit im Jahresdurchschnitt 4,8 Millionen, 1934 nur noch 2,7 Millionen Dieser Rückgang konnte 1935 durch die Einführung des Reichsarbeitsdienstes und der Wehrpflicht verstärkt werden. Doch die Abnahme der Quoten war auch auf Änderungen der Berechnungsgrundlage der Statistiken zurückzuführen. Vorübergehend beschäftigte jugendliche Landhelfer, in den Arbeitsdienst eingetretene Jugendliche oder bei staatlichen Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen eingesetzte Arbeitslose wurden z.T. nicht mehr aufgeführt, obwohl ihre Beschäftigung nur zusätzlich oder vorübergehender Art war und die Entlohnung nicht über dem Niveau der Wohlfahrtsunterstützung lag.
Nach diesen Maßstäben sank die Arbeitslosigkeit bis 1937 auf einen Jahresdurchschnitt von 0,9 Millionen Der Rest der Arbeitslosen wurde seit 1936 im Zeichen des Arbeitskräftemangels "durchkämmt" und verstärkt für den Arbeitseinsatz herangezogen. Unter Neuformulierung des Begriffs "arbeitslos" wurde eine weitere Reduzierung der Zahlen erreicht. Als arbeitslos galt nur noch, wer dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stand und "politisch zuverlässig" war. Wer den Anforderungen des Arbeitseinsatzes nicht entsprach, fiel aus der Arbeitslosenunterstützung heraus. ...
Die Beseitigung der Arbeitslosigkeit trug dann entsprechend zur Stabilisierung des nationalsozialistischen Herrschaftssystems bei.<<
Der ehemalige sowjetische Volkskommissar Leo Trotzki (1929 aus der Sowjetunion ausgewiesen) publizierte am 10. Juni 1933 in der Türkei seine Denkschrift "Porträt des Nationalsozialismus" (x245/319-323): >>... Zu Beginn seiner politischen Laufbahn zeichnete sich Hitler vielleicht nur durch größeres Temperament, eine lautere Stimme und selbstsichere geistige Beschränktheit aus. Er brachte in die Bewegung keinerlei fertiges Programm mit – wenn man den Rachedurst des gekränkten Soldaten nicht zählt.
Hitler begann mit Verwünschungen und Klagen über die Versailler Bedingungen, über das

teure Leben, über das Fehlen des Respekts vor dem verdienten Unteroffizier, über das Treiben der Bankiers und Journalisten mosaischen Bekenntnisses. Heruntergekommene, Verarmte, Leute mit Schrammen und frischen blauen Flecken fanden sich genug. Jeder von ihnen wollte mit der Faust auf den Tisch hauen. Hitler verstand das besser als die anderen. Zwar wußte er nicht, wie der Not beizukommen sei. Aber seine Anklagen klangen bald wie Befehl, bald wie Gebet, gerichtet an das ungnädige Schicksal.

Todgeweihte Klassen werden – ähnlich hoffnungslosen Kranken – nicht müde, ihre Klagen zu variieren und Tröstungen anzuhören. Alle Reden Hitlers sind auf diesen Ton gestimmt. Sentimentale Formlosigkeiten, Mangel an Disziplin des Denkens, Unwissenheit bei buntscheckiger Belesenheit – all diese Minus verwandelten sich in ein Plus. Sie gaben ihm die Möglichkeit, im Bettelsack "Nationalsozialismus" alle Formen der Unzufriedenheit zu vereinen und die Masse dorthin zu führen, wohin sie ihn stieß.

Von den eigenen Improvisationen des Beginns blieb im Gedächtnis des Agitators nur das haften, was Billigung fand. Seine politischen Gedanken waren die Frucht der rhetorischen Akustik. So ging die Auswahl der Losungen vonstatten. So verdichtete sich das Programm. So bildete sich aus dem Rohstoff der "Führer". ...

Der Kleinbürger ist dem Entwicklungsgedanken feind, denn die Entwicklung geht beständig gegen ihn – der Fortschritt brachte ihm nichts als unbezahlbare Schulden.

Der Nationalsozialismus lehnt nicht nur den Marxismus, sondern auch den Darwinismus ab. Die Nazis verfluchen den Materialismus, weil die Siege der Technik über die Natur den Sieg des großen über das kleine Kapital bedeuten.

Die Führer der Bewegung liquidieren den "Intellektualismus" nicht so sehr deshalb, weil sie selbst mit einem Intellekt zweiter und dritter Sorte versehen sind, sondern vor allem, weil ihre geschichtliche Rolle es ihnen nicht gestattet, irgendeinen Gedanken zu Ende zu führen.

Der Kleinbürger braucht eine höchste Instanz, die über Natur und Geschichte steht, gefeit gegen Konkurrenz, Inflation, Krise und Versteigerung. Der Evolution, dem "ökonomischen Denken", dem Rationalismus – dem zwanzigsten, neunzehnten und achtzehnten Jahrhundert – wird der nationale Idealismus als die Quelle des Heldischen entgegengestellt. Die Nation Hitlers ist ein mythologischer Schatten des Kleinbürgertums selbst, sein pathetischer Wahn vom tausendjährigen Reich auf Erden.

Um die Nation über die Geschichte zu erheben, gab man ihr als Stütze die Rasse. ... Die Eigenschaften der Rasse werden ohne Bezug auf die veränderlichen gesellschaftlichen Bedingungen konstruiert. Das niedrige "ökonomische Denken" ablehnend, steigt der Nationalsozialismus ein Stockwerk tiefer, gegen den wirtschaftlichen Materialismus beruft er sich auf den zoologischen.

Die Rassentheorie – wie besonders geschaffen für einen anspruchsvollen Autodidakten, der nach einem Universalschlüssel für alle Geheimnisse des Lebens sucht – sieht im Licht der Ideengeschichte besonders kläglich aus.

Die Religion des rein Germanischen mußte Hitler aus zweiter Hand beim französischen Diplomaten und dilettierenden Schriftsteller Gobineau entlehnen.

Die politische Methodologie fand Hitler fertig bei den Italienern vor. Mussolini hat sich ausgiebig der Marxschen Theorie des Klassenkampfes bedient.

Der Marxismus selbst war die Frucht einer Verbindung deutscher Philosophie, französischer Geschichtsschreibung und englischer Ökonomie. In der Genealogie der Ideen – selbst der rückschrittlichsten und stumpfsinnigsten – findet sich vom Rassismus keine Spur. ...

Auf der Ebene der Politik ist der Rassismus eine aufgeblasene und prahlerische Abart des Chauvinismus, gepaart mit Schädellehre. Wie herabgekommener Adel Trost findet in der alten Abkunft seines Bluts, so besäuft sich das Kleinbürgertum am Märchen von den besonderen Vorzügen seiner Rasse.

Es verdient Beachtung, daß die Führer des Nationalsozialismus nicht germanische Deutsche sind, sondern Zugewanderte: aus Österreich, wie Hitler selbst, aus den ehemaligen baltischen Provinzen des Zarenreichs, wie Rosenberg, aus den Kolonialländern, wie der augenblickliche Stellvertreter Hitlers in der Parteileitung, Heß, und der neue Minister Darré.
Es bedurfte der Schule barbarischer nationaler Balgerei in den kulturellen Randgebieten, um den Führern die Gedanken einzuflößen, die später ein Echo im Herzen der barbarischsten Klassen Deutschlands fanden.
Die Persönlichkeit und die Klasse – der Liberalismus und der Marxismus – sind das Böse. Die Nation ist das Gute. Doch an der Schwelle des Eigentums verkehrt sich diese Philosophie ins Gegenteil.
Nur im persönlichen Eigentum liegt das Heil. Der Gedanke des nationalen Eigentums ist eine Ausgeburt des Bolschewismus. Obwohl er die Nation vergottet, will der Kleinbürger ihr doch nichts schenken. Im Gegenteil erwartet er, daß die Nation ihm selbst Besitz beschert und diesen dann gegen Arbeiter und Gerichtsvollzieher in Schutz nimmt.
Vor dem Hintergrund des heutigen Wirtschaftslebens – international in den Verbindungen, unpersönlich in den Methoden – scheint das Rassenprinzip einem mittelalterlichen Ideenfriedhof entstiegen. Die Nazis machen im voraus Zugeständnisse: Im Reich des Geistes wird Rasseneinheit durch den Paß bescheinigt, im Reich der Wirtschaft aber muß sie sich durch Geschäftstüchtigkeit ausweisen. Unter heutigen Bedingungen heißt das: durch Konkurrenzfähigkeit. So kehrt der Rassismus durch die Hintertür zum ökonomischen Liberalismus – ohne politische Freiheiten – zurück.
Praktisch beschränkt sich der Nationalismus in der Wirtschaft auf – trotz aller Brutalität – ohnmächtige Ausbrüche von Antisemitismus. ...
Der deutsche wie der italienische Faschismus stiegen zur Macht über den Rücken des Kleinbürgertums, das sie zu einem Rammbock gegen die Arbeiterklasse und die Einrichtungen der Demokratie zusammenpreßten.
Aber der Faschismus, einmal an der Macht, ist alles andere als eine Regierung des Kleinbürgertums. Mussolini hat recht, die Mittelklassen sind nicht fähig zu selbständiger Politik. In Perioden großer Krisen sind sie berufen, die Politik einer der beiden Hauptklassen bis zur Absurdität zu treiben. Dem Faschismus gelang es, sie in den Dienst des Kapitals zu stellen.
Solche Lösungen wie die Verstaatlichung der Trusts und die Abschaffung des "arbeits- und mühelosen Einkommens" waren nach Übernahme der Macht mit einem Mal über Bord geworfen. Der Partikularismus der deutschen Länder, der sich auf die Eigenarten des Kleinbürgertums stützte, hat dem politischen Zentralismus Platz gemacht, den der moderne Kapitalismus braucht. Jeder Erfolg der nationalsozialistischen Innen- und Außenpolitik wird unvermeidlich Erdrückung des kleinen Kapitals durch das große bedeuten.
Das Programm der kleinbürgerlichen Illusionen wird dabei nicht abgeschafft, es wird einfach von der Wirklichkeit abgetrennt und in Ritualhandlungen aufgelöst. Die Vereinigung aller Klassen läuft hinaus auf die Halbsymbolik der Arbeitsdienstpflicht und die Beschlagnahme des Arbeiterfeiertages "zugunsten des Volkes". ...
Indem er das Programm der kleinbürgerlichen Illusionen auf elende bürokratische Maskeraden reduziert, erhebt sich der Nationalsozialismus über die Nation als reinste Verkörperung des Imperialismus.
Die Hoffnung darauf, daß die Hitlerregierung heute oder morgen als Opfer ihres inneren Bankrotts fallen werde, ist völlig vergeblich. Das Programm war für die Nazis nötig, um an die Macht zu kommen, aber die Macht dient Hitler durchaus nicht dazu, das Programm zu erfüllen. Die gewaltsame Zusammenfassung aller Kräfte und Mittel des Volkes im Interesse des Imperialismus – die wahre geschichtliche Sendung der faschistischen Diktatur – bedeutet die Vorbereitung des Krieges; diese Aufgabe duldet keinerlei Widerstand von innen und führt

zur weiteren mechanischen Zusammenballung der Macht.
Den Faschismus kann man weder reformieren noch zum Abtreten bewegen. Ihn kann man nur stürzen. Der politische Weg der Naziherrschaft führt zur Alternative Krieg oder Revolution.
Der erste Jahrestag der Nazidiktatur steht bevor. Alle Tendenzen des Regimes haben sich inzwischen klar und deutlich entfalten können. Die "sozialistische" Revolution, die den kleinbürgerlichen Massen die unentbehrliche Ergänzung der "nationalen" schien, wurde offiziell verdammt und liquidiert.
Die Klassenverbrüderung gipfelt darin, daß – an einem eigens von der Regierung bestimmten Tage – die Reichen zugunsten der Armen auf Vor- und Nachtisch verzichten. Der Kampf gegen die Arbeitslosigkeit hat dazu geführt, daß man die halbe Hungerration noch einmal teilt. Alles übrige ist Produkt der manipulierten Statistik. Die "geplante" Autarkie erweist sich als ein neues Stadium wirtschaftlichen Zerfalls.
Je weniger das Polizeiregime der Nazis ökonomisch leistet, desto größere Anstrengungen muß es auf außenpolitischem Gebiet unternehmen. Dies entspricht völlig der inneren Dynamik des durch und durch aggressiven deutschen Kapitals. Das Umschwenken der Naziführer auf Friedensdeklarationen kann nur Dummköpfe irreführen. Hitler hat kein anderes Mittel, die Schuld an inneren Schwierigkeiten auf äußere Feinde abzuwälzen und die Sprengkraft des Imperialismus unter dem Druck der Diktatur zu steigern.
Dieser Teil des Programms, der noch vor der Machtergreifung der Nazis offen angekündigt wurde, realisiert sich jetzt mit eiserner Logik vor den Augen der ganzen Welt.
Die Zeit, die uns bis zur nächsten europäischen Katastrophe bleibt, ist befristet durch die deutsche Aufrüstung. Das ist keine Frage von Monaten, aber auch keine von Jahrzehnten. Wird Hitler nicht rechtzeitig durch innerdeutsche Kräfte aufgehalten, so wird Europa in wenigen Jahren neuerlich in Krieg gestürzt. ...<<
Die Volkszählung für das Deutsche Reich (ohne Saargebiet) ergab am 16. Juni 1933 folgendes Ergebnis (x032/64): >>65,3 Millionen Einwohner. 31,7 Millionen Einwohner sind männlichen Geschlechts, 33,6 Millionen weiblichen Geschlechts (Zunahme seit Juni 1925 um 2,7 Millionen = 4,4 %). Es gibt 41.080.024 Personen evangelischer Religionszugehörigkeit, 21.760.065 römisch-katholischen Glaubens, 13.086 orthodoxe Christen, 22.049 Altkatholiken, 502.799 Glaubensjuden, 153.297 Mitglieder von Weltanschauungsgemeinschaften, 2.441.714 Gemeinschaftslose und 56.414 Personen, die keine näheren Angaben machen.<<
Der ungarische Ministerpräsident Gyula Gömbös von Jàkfa (1886-1936, ein rechtsradikaler Politiker und fanatischer Antisemit) war der erste ausländische Regierungschef, der Hitler am 17. Juni 1933 offiziell besuchte (x051/221).
Hitler ernannte Baldur von Schirach am 17. Juni 1933 zum Jugendführer des Deutschen Reiches. Schirach erhielt damit die Aufsicht über die gesamte NS-Jugendarbeit.
In Karlsbad berichtete am 18. Juni 1933 die erste Ausgabe der sozialdemokratischen Wochenzeitung "Neuer Vorwärts" (x032/64-65): >>**Zerbrecht die Ketten!**
Der Welt die Wahrheit zu sagen und dieser Wahrheit auch den Weg nach Deutschland zu öffnen, ist unsere Aufgabe.
Die Geschlagenen von heute werden die Sieger von morgen sein!
Brecht die Ketten!
Vorwärts!<<
Wegen fehlender Reichskirchenverfassung wurde die Wahl des evangelischen Reichsbischofs nicht anerkannt. Hitler ließ am 24. Juni 1933 einen NS-Staatskommissar einsetzen, um die kirchlichen Angelegenheiten zu regeln.
Reichsbischof Friedrich von Bodelschwingh kapitulierte danach vor dem Druck des NS-Regimes und trat zurück.
Am 29. Juni 1933 wurde der ehemalige Reichskanzler Gustav Bauer (1870-1944, 1912-28

SPD-Reichstagsabgeordneter, 1919/20 erster Reichskanzler der Weimarer Republik) verhaftet.
In den folgenden Tagen wurden etwa 3.000 sozialdemokratische Politiker interniert (x032/68). Bis Ende Juni 1933 ließ Hitler alle 32 Parteien des ehemaligen Deutschen Reichstages verbieten oder auflösen (wie z.B. die SPD am 22.06.1933, DNVP = ehemaliger Koalitionspartner der NSDAP am 27.06.1933).
Dr. Wolfgang Petter schrieb später über die "Sturmabteilung (SA)" in den Jahren 1933-1945 (x051/570): >>Sturmabteilung (SA) ... Von März bis Herbst 33 konnte die SA dann, hauptsächlich aus Beschäftigungslosen bestehend und gelegentlich sogar kriminell infiltriert, hemmungslos Rache an ihren politischen Gegnern und ideologischen Feinden nehmen (ca. 50.000 Häftlinge in eigenen, z.T. "wilden" KZ, Schutzhaft).
Ihren realen Macht- und Versorgungsansprüchen trat das Regime jedoch entgegen, das keinen Umsturz, sondern Gleichschaltung wünschte. Als die SA eine Zweite Revolution forderte, um überhaupt noch eine Aufgabe zu haben, wurde sie durch die Aktion des 30.6.34 (Röhm-Affäre) als Machtfaktor zugunsten der SS ausgeschaltet.
Der Ermordung von etwa 50 Führern durch die SS folgte eine rapide Schrumpfung. Sie sah sich nun von den kompromittierendsten Persönlichkeiten – Röhm an ihrer Spitze – befreit und konnte endlich diejenigen ausscheiden, die Moral und Justiz widersprachen.
Die hohen Zahlenrückgänge ergaben sich v.a. aus der Wiederausgliederung sowieso inaktiver Teile, wie des ehemaligen "Kyffhäuser-Bundes" mit 1,5 Millionen, und der Massenentlassung von Mitläufern und Versorgungssuchenden. SS und HJ, die dem Stabschef nominell unterstanden hatten, wurden auch formal unabhängig.
Eine echte Einbuße bedeutete dagegen die Verselbständigung des NSKK und die Eingliederung des SA-Feldjägerkorps in die Schutzpolizei. Durch Letzteres wurde die SA dem polizeilichen Zugriff und, durch endgültige Verweigerung einer eigenen Gerichtsbarkeit, der öffentlichen Justiz bzw. der SS unterworfen. Für Neuaufnahmen wurde ein Filter vorgeschaltet: Bewerber hatten vorher der HJ oder der Wehrmacht anzugehören. Der unkontrollierbare Massenzustrom mit seinen radikalisierenden Folgen war damit unterbunden. Von 4,5 Millionen im Juni 34 sank die Mitgliederzahl bis September 34 auf 2,6 Millionen, bis Oktober 35 auf 1,6 Millionen und bis 1938 auf 1,2 Millionen ab.
Mit ihrer vollständigen Entwaffnung und der Abgabe ihrer Waffenbestände an die Reichswehr, wo diese die Wiederaufrüstung spürbar voranbrachten, verlor die SA ihr Drohpotential. Die Beschränkung auf Selbstverteidigungsmittel für Führer und wenige Stabswachen hob nicht nur ihre Eigenschaft als paramilitärischer Verband auf, die sich unter Röhm wieder eingestellt hatte, sondern stufte auch ihre Ausbildung auf Sport mit Wehrbezug herab.
Das Ausscheiden des Rowdytums auf dem Disziplinarweg und die Einschmelzung des ehemaligen Stahlhelm veränderten die SA nur langsam. Gewalttätige Vorkommnisse und vor allem die maßgebliche Beteiligung am Pogrom vom 9.11.38 (Kristallnacht) zeigen, daß die terroristische Energie der nationalsozialistischen Bewegung mehr oder minder latent in der SA gebündelt und abrufbar blieb, bis ihr der Krieg auf andere Weise ein Ventil öffnete. So behielt die SA, im Kontrast zu ihrem Machtverfall unter Röhms Nachfolger Lutze (Stabschef 1934-43), eine wichtige politische Funktion, die ihre weitere Existenz für das Regime durchaus rechtfertigte.
Neben Aufmärschen, Sammelaktionen u.ä. fiel ihr die vormilitärische Wehrerziehung zu, in der der Nationalsozialismus eine seiner Hauptaufgaben sah. Dabei verstärkte sich der Einfluß der entsprechend geschulten ehemaligen Stahlhelm-Angehörigen, denn Lutze beseitigte die gewachsenen Einheiten von Alt-SA und Stahlhelm zugunsten herkunftsmäßig gemischter und größenmäßig normierter Einheiten.
Am 15.2.35 erneuerte Hitler die Stiftung des SA-Sportabzeichens (ab 19.1.39 SA-Wehrab-

zeichen) dergestalt, daß es auch von Nichtmitgliedern der SA erworben werden konnte. Daß diese Prüfung den Nachweis nationalsozialistischer "Gesinnung" ohne größere Aktivitäten in der "Bewegung" ermöglichte, verlieh der SA beträchtliche Attraktivität. Galt sie doch offen als "das politisch harmloseste Unternehmen der Partei" (Heeresadjutant Engel, 1939), das bis Kriegsausbruch 1,5 Millionen junge Männer zum Nachweis der Systemkonformität in Anspruch nahmen.
Mit Kriegsausbruch übernahm die SA die Ausbildung zurückgestellter Wehrpflichtiger, die in den "SA-Wehrmannschaften" stattfand und bis April 40 noch einmal 1,5 Millionen Freiwillige erfaßte. Zugleich rückten 60 % der Mannschaften und 80 % der Führer in die Wehrmacht ein, da der SA-Dienst nicht vom Wehrdienst freistellte.
Eigene SA-Feldverbände analog zur Waffen-SS wurden nicht gebildet; nur im Sudetenland und in Danzig formierten sich vorübergehend SA-Freikorps. Die Rest-SA erledigte Hilfsaufgaben für Wehrmacht, Polizei, Zoll und Grenzschutz, Luftschutz, SS u.a.m.; 80.000 Bewaffnete unterstanden ... den Gauleitern als Polizeiverstärkung gegen Aufstände.
Zur Bildung des Volkssturms 1944/45 trug sie nur noch als Personalreservoir bei. Ihr letzter Stabschef, Wilhelm Schepmann (1943-45), wurde bei der Organisation übergangen und brachte es auch nicht zum Reichsleiter in der Partei. Im Nürnberger Prozeß wurde die SA als nicht schuldig im Sinne der Anklagepunkte eingestuft.<<
Hitler informierte am 6. Juli 1933 während einer öffentlichen Rede über die Ausschaltung und Auflösung aller demokratischen Parteien (x149/73): >>Die politischen Parteien sind jetzt endgültig beseitigt. Dies ist ein geschichtlicher Vorgang, dessen Bedeutung und Tragweite man sich vielleicht noch gar nicht bewußt geworden ist. Wir müssen jetzt die letzten Überreste der Demokratie beseitigen, insbesondere auch die Methoden der Abstimmung und der Mehrheitsbeschlüsse, wie sie bis heute noch vielfach bei den Kommunen, in wirtschaftlichen Organisationen und Arbeitsausschüssen vorkommen, und die Verantwortung der Einzelpersönlichkeit überall zur Geltung bringen.<<
In allen NS-Reichsbehörden wurde am 13. Juli 1933 der "deutsche Gruß" eingeführt (Erheben des rechten Armes mit den Worten "Heil Hitler" oder "Heil").
"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtete später über den Deutschen Gruß (x051/-119): >>Deutscher Gruß (Hitlergruß), Erhebung des ausgestreckten rechten Arms bis in Augenhöhe bei geöffneter Handfläche zu den Worten "Heil Hitler!"
Der Deutsche Gruß, schon in der sogenannten Kampfzeit bei den Nationalsozialisten üblich, wurde seit 1933 in der deutschen Öffentlichkeit als einzige Grußform durchgesetzt; er wurde auch im Schriftverkehr verlangt in der Schlußformel "Mit deutschem Gruß Heil Hitler!" oder nur als Hitlergruß.
Die Propaganda leitete den Deutschen Gruß von der germanischen Akklamation her; die offene Hand sei Zeichen des waffenlosen Vertrauens unter "freien Menschen", der Deutsche Gruß habe "alles Unterwürfige" abgestreift.
Wie wenige amtliche Vorschriften des nationalsozialistischen Regimes stieß der Deutsche Gruß auf Widerstand, da er in vielen, insbesondere katholischen Gegenden an die Stelle religiöser Grußformen trat und daher als gotteslästerlich empfunden wurde.
Trotz mancher Verurteilung wegen Verweigerung des Deutschen Grußes blieb seine Unterlassung oder die Art der Ausführung (z.B. Verballhornung als "Drei Liter!") ein oft genutztes Ventil für die sonst nicht mögliche Kritik am Regime. Eine Nebenform des Deutschen Grußes ersetzte zunehmend auch Sondergrußformen wie "Glückauf!", "Waldmanns Heil!", an ihre Stelle trat ein einheitliches "Sieg Heil!"
In der Wehrmacht war der Deutsche Gruß statt des militärischen Grußes vorgeschrieben, wenn keine Kopfbedeckung getragen wurde, nach dem Attentat vom Zwanzigsten Juli 44 insgesamt obligatorisch.<<

Das NS-Regime erließ am 14. Juli 1933 ein "Gesetz gegen die Neubildung von Parteien" (x032/72): >>... In Deutschland besteht als einzige politische Partei die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei. ...<<
Das NS-Regime erläßt am 14. Juli 1933 ferner ein "Gesetz über die Verfassung der deutschen evangelischen Kirche", um die evangelische Kirche in das NS-System einzuordnen.
Goebbels berichtete am 14. Juli 1933 in seinem Tagebuch (x191/188): >>Ich habe auch kein Mittel unversucht gelassen, um wenigstens die personelle Reform des Rundfunks an der Spitze absolut durchzuführen. ...
Ich habe dabei festgestellt, daß solche Reformen nur von Menschen durchgeführt werden können, die eine große Portion von Grausamkeit in sich tragen. ...
Ich habe mich letzten Endes entschlossen und diesen Entschluß schon immer gehabt, die Schlüsselstellungen beim Rundfunk mit 100 %igen Nationalsozialisten zu besetzen. ...<<
Die katholische Kirche war bis zur Machtübernahme Hitlers zwar ein entschiedener Gegner der NS-Bewegung, aber die Katholiken zeigten sich schon bald kompromißbereit. Am 20. Juli 1933 schlossen Papst Pius XI. und das NS-Regime in Rom ein feierliches Konkordat. In diesem Vertrag mit der katholischen Kirche garantierte der NS-Staat "die Freiheit des Bekenntnisses und die Ausübung der katholischen Religion".
Der französische Historiker und Schriftsteller Edmond Paris (1894-1970) berichtete später über das Abkommen zwischen dem Vatikan und der NSDAP vom 20. Juli 1933 (x1.001/7): >>… Joseph Rovan (1918-2004, französischer Historiker und Journalist) … kommentiert das diplomatische Abkommen zwischen dem Vatikan und dem faschistischen (nach dem Führerprinzip organisierten, nationalistischen, antidemokratischen, rechtsradikal regierten) Deutschen Reich am 20. Juli 1933: "Das Konkordat (staatliches Abkommen mit dem Vatikan) brachte der, fast überall als aus Usurpatoren ("Thronräubern"), wenn nicht gar Banditen bestehend angesehenen, nationalsozialistischen Regierung die Zustimmung zu einem Vertrag mit der ältesten internationalen Macht (dem Vatikan). In gewisser Weise war es die Entsprechung einer Urkunde über internationale Ehrenhaftigkeit (… Der politische Katholizismus in Deutschland, Paris 1956, S. 231 …)."
Somit unterstützte der Papst, nicht zufrieden mit seiner "persönlichen" Unterstützung Hitlers, auf diese Weise moralisch auch das faschistische Deutsche Reich!
Zur gleichen Zeit, als jenseits des Rheins der Terror zu regieren begann und stillschweigend akzeptiert und gebilligt wurde, hatten die sogenannten "Braunhemden" bereits 40.000 Personen in KZs gesteckt. Die Pogrome vermehrten sich, während der Nazimarsch: "Und wenn das Blut von den Messern spritzt, fühl' ich mich noch mal so gut." (Horst-Wessel-Lied) erklang.
In den folgenden Jahren sah Papst Pius XII. noch schlechter, ohne beunruhigt zu sein. Es ist nicht überraschend, daß die katholischen Oberhäupter Deutschlands in ihrer Unterwürfigkeit gegenüber dem NS-Regime miteinander wetteiferten, ermutigt wie sie durch ihren römischen "Meister" waren. …<<
Der deutsche Historiker Bernd-Jürgen Wendt schrieb später über das "Konkordat" zwischen dem NS-Regime und der katholischen Kirche (x051/323-324): >>Konkordat (Reichskonkordat), Vertrag zwischen der deutschen Reichsregierung und dem Heiligen Stuhl vom 20.7.33.
Das Konkordat kam nach mehreren vergeblichen Anläufen in der Weimarer Republik durch seit April 33 zwischen Papen, Prälat Kaas und dem Kardinalstaatssekretär Pacelli (Pius XII.) laufende Verhandlungen zustande.
Das am 10.9.33 in Kraft getretene und die bestehenden Länderkonkordate (1924 Bayern, 1929 Preußen, 1932 Baden) weiter garantierende Vertragswerk sah u.a. vor:
Gewährleistung der "Freiheit des Bekenntnisses und der öffentlichen Ausübung der katholischen Religion" (Artikel 1), Garantien für das freie Besetzungsrecht der Kirche für alle Kirchenämter und Benefizien (Artikel 14), für Orden und Religionsgemeinschaften (Artikel 15),

für das kirchliche Eigentum (Artikel 17), für die Erhaltung der katholisch-theologischen Fakultäten an den staatlichen Hochschulen (Artikel 19), die Errichtung neuer philosophischer und theologischer Lehranstalten für den Klerus (Artikel 20), die Anerkennung des katholischen Religionsunterrichts an den öffentlichen Schulen (Artikel 21), die Beibehaltung und Neueinrichtung von katholischen Bekenntnisschulen (Artikel 23), den Schutz katholischer Organisationen und Verbände, "die ausschließlich religiösen, rein kulturellen und karitativen Zwecken dienen" (Artikel 31, dessen konkrete Ausfüllung Verhandlungen mit dem deutschen Episkopat vorbehalten bleiben sollte), das Verbot einer Mitgliedschaft für Geistliche und Ordensleute in politischen Parteien (Artikel 32).
Ein geheimes Zusatzprotokoll regelte die Stellung der Geistlichen bei Wiedereinführung der allgemeinen Wehrpflicht.
Gegen Preisgabe der gewerkschaftlichen und politischen Organisationen des deutschen Katholizismus (4./5.7.33 Selbstauflösung des Zentrums und der Bayerischen Volkspartei) hoffte der Vatikan angesichts der fortschreitenden totalitären Gleichschaltungsbestrebungen des Regimes durch ein Konkordat dem drohenden Kirchenkampf Einhalt gebieten und eine rechtlich abgesicherte Verteidigungsstellung für die Selbstbehauptung der katholischen Kirche, ihre Eigenständigkeit und den Schutz des wichtigen Laienelements schaffen zu können.
Die Vermutung, der Vatikan habe in einer Art "Dolchstoß" das Zentrum bereits im Wissen um einen bevorstehenden Abschluß eines Konkordats am 23.3.33 zur Zustimmung zum Ermächtigungsgesetz gedrängt, um es dann unmittelbar danach fallen zu lassen, ist nicht eindeutig zu belegen.
Für Hitler bedeutete das Konkordat außenpolitisch Anerkennung und Prestige v.a. gegenüber katholischen Ländern, eine völkerrechtliche Verbriefung seiner Vertragswürdigkeit und eine Durchbrechung der Isolierung Deutschlands, innenpolitisch einen beachtlichen Legitimitäts- und Loyalitätsgewinn bei den Katholiken, eine Anerkennung des Regimes durch den Vatikan sowie die Zerschlagung des politischen Katholizismus und eine Entpolitisierung der Geistlichkeit.
Das Konkordat konnte sofort einsetzende einseitige Verstöße besonders gegen die Artikel 15, 17, 19, 23, 31 - Verfolgung der katholischen Jugendverbände und Standesorganisationen, Offensive gegen die katholische Bekenntnisschule, Prozesse gegen Ordensgeistliche (Priesterprozesse), Diskriminierung der "Caritas" u.a. - nicht verhindern. Sie führten trotz laufender Proteste des Vatikans zur Verschärfung des Kirchenkampfes und am 14.3.37 zur päpstlichen Enzyklika "Mit brennender Sorge".
Die Beurteilung des Konkordats ist zwiespältig: Es spielte zwar eine wichtige Rolle bei der inneren und äußeren Stabilisierung des Regimes und der Ausschaltung seiner Gegner; andererseits rettete es aber für die katholische Kirche einen gewissen Freiraum der Selbstverteidigung und Nichtanpassung gegenüber den Eingriffen und Ansprüchen des Regimes und eine Rechtsgrundlage im Kirchenkampf und setzte damit dem Prozeß der allgemeinen Gleichschaltung des gesellschaftlichen und religiösen Lebens doch gewisse Grenzen.
Nach einem Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 26.3.57 ist das Konkordat für die Bundesrepublik weiterhin gültig.<<
Die Liste der evangelischen Jungreformatoren "Evangelium und Kirche" trat zwar am 23. Juli 1933 bei den Kirchenwahlen an, aber dank Hitlers massiver Unterstützung, der alle Machtmittel des NS-Regimes einsetzen ließ, konnte der Wahlsieg der Deutschen Christen nicht verhindert werden.
Nach dieser Niederlage bereitete der Berliner Pfarrer Martin Niemöller (1892-1984) die Gründung eines "Pfarrernotbundes" vor.

Der evangelische Widerstand gegen die NS-Reichskirche

Innerhalb der evangelischen Kirche, die nach dem Ersten Weltkrieg und dem Untergang der

Monarchie in 3 Gruppen (Lutheraner, Reformierte und Unierte) zersplittert war, bildeten protestantische Geistliche (wie der ehemalige Wehrkreispfarrer Ludwig Müller) eine rechtsradikale Glaubensbewegung ("Deutsche Christen" - DC).
Die "Deutschen Christen", zum größten Teil handelte es sich um national und konservativ gesinnte Pastoren, schlossen sich der NS-Volksbewegung an, um angeblich die Rechte der evangelischen Kirchengemeinden zu schützen, die Spaltung der 28 selbständigen Landeskirchen zu überwinden und mit Hilfe des NS-Regimes eine kirchliche Erneuerung durchzusetzen. Für Hitler war die Gründung der evangelischen NS-Reichskirche jedoch lediglich ein Mittel, um die evangelischen Kirchen gleichzuschalten und die diktatorische "NS-Kirchenpolitik" durchzusetzen.
Der von der NS-Partei unterstützte Reichsbischof Ludwig Müller übernahm ab September 1933 die Leitung der "Deutschen Christen". Müller setzte Hunderte von Pastoren ab, so daß sich immer mehr evangelische Gemeinden und Landeskirchen gegen die "Deutschen Christen" wehrten.
Obgleich die lutherische Tradition Gehorsamkeit gegenüber der staatlichen Obrigkeit forderte (sogenannte "Zwei-Reich-Lehre" vom göttlichen und weltlichen Reich), veranlaßte die Einschränkung der kirchlichen Tätigkeit durch das NS-Regime und die Einsicht in die Unvereinbarkeit von Christentum und NS-Absolutheitsanspruch immer mehr wagemutige Pastoren, dem NS-Regime öffentlich zu widersprechen und entschiedenen Widerstand zu leisten.
Viele evangelische Theologen, wie Karl Barth (1886-1968), lehnten jegliche Zusammenarbeit mit den "Deutschen Christen" bzw. mit Hitlers NS-Reichskirche ab.
Barth schrieb z.B. im Juni 1933 in seiner Streitschrift "Theologische Eristenz heute" (x199/-240): >>Ich halte dafür, daß das Ende der evangelischen Kirche gekommen wäre, wenn diese Lehre, wie es der Wille der "Deutschen Christen" ist, in ihr zur Alleinherrschaft kommen würde. Ich halte dafür, daß die evangelische Kirche lieber zu einem kleinsten Häuflein werden und in die Katakomben gehen sollte, als daß sie mit dieser Lehre auch nur von Ferne Frieden schlösse. ...<<
Im Juli 1933 schlugen Martin Niemöller, Hanns Lilje und andere Pfarrer eine von 2.000 Pastoren unterzeichnete Erklärung in den Kirchen an, die sich gegen die Diktatur der "Deutschen Christen" wendete (x199/241): >>In dieser ernsten Stunde, da wir aus schwerer Gewissensnot diesen Protest aussprechen müssen, geloben wir vor Gott, alle unsere Kräfte daran zu setzen, daß die Heilsbotschaft rein und lauter unter uns verkündet werde als die Offenbarung des lebendigen Gottes in Christus. ...<<
Drei Monate später gründeten Pastor Niemöller mit anderen Pastoren in Berlin-Dahlem den "Pfarrernotbund", der sich gegen die Gleichschaltung der evangelischen Kirche wehrte und im Mai 1934 die Bekennende Kirche ins Leben rief.
Im Jahre 1935 übernahm Pfarrer Dietrich Bonhoeffer (1906-1945) die Leitung des Predigerseminars der Bekennenden Kirche. Bonhoeffer, eine führende Persönlichkeit des kirchlichen Widerstandes, bestand nicht allein auf dem Recht freier Kirchenarbeit, sondern er war auch bereit, sein Leben als Christ zu opfern. Bonhoeffer kritisierte den rein kirchlichen Widerstand und nahm später Kontakt mit politischen Widerstandsgruppen auf, um den "Antichristen" Hitler auszumerzen. Er beabsichtigte, "nicht nur Opfer unter dem Rad zu verbinden, sondern dem Rad selbst in die Speichen zu fallen".
Bonhoeffer war schon frühzeitig davon überzeugt, daß der kirchliche Widerstand ein Weg des Leidens sein würde (x199/244-45): >>Wer in die Nachfolge Jesu eintritt, gibt sich in den Tod Jesu, das ist von Anfang an so.
Nachfolge ist Bindung an den leidenden Christus. Darum ist das Leiden des Christen nichts Befremdliches. Es ist vielmehr lauter Gnade und Freude. Die Berichte über die ersten Märtyrer der Kirche bezeugen es, daß Christus den Seinen den Augenblick des höchsten Leidens

verklärt durch die unbeschreibliche Gewißheit seiner Nähe und Gemeinschaft. So wurde ihnen mitten in der furchtbaren Qual die höchste Freude zuteil.<<
In den folgenden Jahren wurden die Gewaltmaßnahmen des NS-Regimes ständig heftiger. Das kirchliche Leben wurde planmäßig behindert. Die Jugendarbeit und das kirchliche Schrifttum wurden vielerorts lahmgelegt. Amtsenthebungen oder Inhaftierungen vieler Pfarrer und Theologieproffessoren, Verbote von Veröffentlichungen und Zeitungen der Kirchen waren an der Tagesordnung. Eingriffe des NS-Regimes in Verwaltung und Vermögen der evangelischen Kirche konnten ebenfalls nicht verhindert werden.
Die Bekennende Kirche sammelte im Laufe der Jahre ungeachtet aller Schikanen die Mehrheit der evangelischen Pastoren um sich, die sich eindeutig hinter Bibel und Bekenntnis stellten und trotz aller Gefahren Widerstand leisteten.
Friedrich Weißler (1891-1937, juristischer Mitarbeiter in der Kirchenleitung der Bekennenden Kirche) wurde am 8. Oktober 1936 von der Gestapo verhaftet, am 13. Februar 1937 ins Konzentrationslager Sachsenhausen eingeliefert und nach nächtelangen Folterungen am 19. Februar 1937 ermordet. Friedrich Weißler, der erste Märtyrer des evangelischen Kirchenkampfes, war jüdischer Herkunft. Pastor Bonhoeffer, Pastor Schneider und viele andere Märtyrer sollten später folgen.
"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtete später über den "Kirchenkampf" gegen das NS-Regime (x051/310): >>Kirchenkampf, kirchenhistorische Epochenbezeichnung für die Geschichte v.a. der beiden großen Konfessionen im Dritten Reich.
Kirchenkampf (auch Kirchenstreit, -wirren) meinte Ende 33 zunächst nur das Ringen in der evangelischen Kirche um das wahre Bekenntnis und die Abwehr der Irrlehren der Deutschen Christen, dehnte sich dann auf den weltanschaulichen Konflikt mit dem Nationalsozialismus aus und wurde so auch auf den Kampf der katholischen Kirche um Selbstbehauptung und Verkündigung übertragen.
Umgekehrt bezeichnet Kirchenkampf die Gesamtheit der nationalsozialistischen Maßnahmen und Pläne zur Disziplinierung, Gleichschaltung, Zurückdrängung und letztlich Vernichtung der Kirchen und des Christentums.<<
Hitler erklärte am 25. Juli 1933 während des 15. Deutschen Turnfestes in Stuttgart (x032/75): >>Im Dritten Reich lebt nicht nur das Wissen, sondern auch die Kraft, und schönstes Ideal ist uns der Menschentypus der Zukunft, bei dem strahlender Geist sich findet in herrlichem Körper. ...<<
Die "Schwarzwälder Kreiszeitung" berichtete am 28. Juli 1933 (x243/49): >>Oberbürgermeister Dr. H. ... seines Amtes enthoben. ... Die Führung der Amtsgeschäfte ist ... in die Hand des Fraktionsführers der NSDAP ... gelegt. ...<<
Am 31. Juli 1933 befanden sich bereits 26.789 NS-Regimegegner (politische Gefangene, Schriftsteller und Pastoren) in der NS-Schutzhaft (x032/76).
Gegen die willkürliche Verhängung der Schutzhaft und Einweisung in Konzentrationslager gab es gemäß "Reichstagsbrandverordnung" keine Einspruchsmöglichkeit.
Die "Schwarzwälder Kreiszeitung" berichtete am 31. Juli 1933 (x243/49): >>Das Kultusministerium hat ... angeordnet, daß Schüler ... den Lehrern ... in der Schule künftig den Hitlergruß zu erweisen haben. ...<<
Die "Schwarzwälder Kreiszeitung" berichtete am 3. August 1933 (x243/49): >>Der stellvertretende Stadtvorstand erklärt vor dem mit Hitlergruß eröffneten Gemeinderat: ... "Ich bekam am Freitag von der Regierung in Stuttgart den Auftrag, auf das Rathaus zu gehen und die Geschäfte der Stadt zu übernehmen. Dies geschah dann auch im Beisein des stellvertretenden Kreisleiters." ...
Eine besondere Begründung für die Dienstentlassung des bisherigen Stadtvorstandes zu geben, habe man keine Veranlassung. ... Man habe sich davon überzeugt, daß Oberbürgermeister

Dr. H. ... nicht für den Nationalsozialismus in der gegebenen Weise einzutreten bereit war. ...<<

Die "Schlesische Tageszeitung" berichtete am 7. August 1933 (x050/75): >>Die Kreisleitung Breslau teilt mit, daß Frauen mit geschminktem Gesicht der Zutritt zu allen Veranstaltungen der NSDAP verboten ist. Die Amtsleiter sind angewiesen, eine entsprechende Kontrolle durchzuführen.<<

DAF-Leiter Robert Ley (1890-1945, Selbstmord) erklärte in der Zeitung der Deutschen Arbeitsfront vom 13. August 1933 (x243/56): >>... Unser Staat ist ein autoritärer Staat. ... Während der alte Staat ein Nachtwächterstaat war, ist unser Staat ein Erziehungsstaat. ... Er läßt die Menschen nicht los. Von der Wiege bis zum Grabe.

Und so fangen wir schon beim Kinde von 3 Jahren an, sobald es anfängt zu denken, bekommt es ein Fähnchen zu tragen. Alsdann folgt die Schule, die HJ, die SA, der Wehrdienst.

Wir lassen die Menschen nicht los, und wenn das alles vorbei ist, kommt die Deutsche Arbeitsfront und nimmt die Menschen immer wieder auf und läßt sie nicht mehr los bis zum Grabe, mögen sie sich auch dagegen wehren. ...<<

Die "Frankfurter Zeitung" berichtete am 22. August 1933 (x050/75): >>Der Erfurter Polizeipräsident hat, wie berichtet, die Inhaber von Gaststätten, Cafés usw. aufgefordert, in ihren Lokalen Schilder mit der Aufschrift "Damen werden gebeten, nicht zu rauchen" anzubringen. ...

Sollte das irgendwo nicht der Fall sein, würde er sich veranlaßt sehen, die Namen der betreffenden Gaststätten öffentlich bekanntzugeben.<<

Die "Frankfurter Zeitung" berichtete am 23. August 1933 (x050/130): >>Der Inspektor West im Jugendherbergsverband hat für alle westdeutschen Jugendherbergen die Aufführung von modernen Tänzen und das Spielen von Schlagern verboten. In Zukunft sollen in den Jugendherbergen nur noch deutsche Weisen zu hören und alte Volkstänze zu sehen sein.<<

Reichspropagandaminister Goebbels erklärte am 28. August 1933 (x191/61): >>... Wir setzen unsern ganzen Stolz darein, uns selbst zu helfen. ... Diesen schweren Winter werden wir überwinden! Wir werden uns mit ganzer Kraft gegen die Not und gegen das Elend auflehnen. Die Stärkeren werden die Schwächeren mitziehen, und im nächsten Frühjahr fangen wir dann wieder an, aufs neue die Offensive gegen die Arbeitslosigkeit zu ergreifen. ...<<

In Wittenberg berief die erste deutsche evangelische Nationalsynode der Deutschen Christen Landesbischof Ludwig Müller am 2. September 1933 zum ersten Reichsbischof der Deutschen Evangelischen Kirche.

Im "Börsenblatt" vom 2. September 1933 forderte der Reichsstand des Deutschen Handels (x032/84): >>Die Führung des Reichsstandes des Deutschen Handels erwartet von jedem deutschen Kaufmann, daß er Neueinstellungen von Angestellten vornehmlich aus den Kreisen der SA und SS vornimmt.

Mit dem heutigen Tag wird zu diesem Zweck in jedem Ort eine besondere Arbeits-Vermittlungsstelle errichtet.<<

Hitler erklärte am 3. September 1933 auf dem NS-Reichsparteitag in Nürnberg (x149/74): >>... Die Nation aber fühlt allmählich die Entstehung einer neuen politischen Führung, der sie sich steigernd mehr und mehr ergibt. ...

Zu ihrer Gedankenwelt aber bekennt sich als Anhänger heute die überwältigende Mehrheit aller Deutschen. ...<<

Der französische Botschafter in Berlin, Andre Francois-Poncet, berichtete später über diesen NS-Reichsparteitag in Nürnberg (x149/74): >>Der Reichsparteitag in Nürnberg, der "Reichsparteitag des Sieges" vom Anfang September; zeigt Deutschland fertig, vollkommen, triumphierend.

Bei der Partei gehen Beitrittsanträge in Massen ein, sie muß den Eintritt sperren, um nicht überflutet zu werden. Das erstaunliche an dieser Revolution ist die Schnelligkeit, mit der sie

vor sich ging, aber auch die Leichtigkeit, mit der sie sich überall vollzog, der geringe Widerstand, dem sie begegnete. ...<<
Ein Zeitzeuge berichtete später über die NS-Reichsparteitage in Nürnberg (x191/74-75): >>Mir fiel jedesmal wieder von neuem auf, mit welchem Gesichtsausdruck einer fast biblischen Hingabe die Menschen Hitler wie verzückt und verzaubert ansahen. Es war wie ein Massentaumel, der Tausende und Abertausende den ganzen langen Weg über beim Anblick Hitlers erfaßte. Wie im Delirium streckten die Menschen ihm die Arme entgegen und begrüßten ihn mit lauten Schreien und Heilrufen. ...
Irgendwie wurde auch die geistige Widerstandskraft gelähmt – man hatte fast das Gefühl, als müsse man an sich halten, um nicht auch mit in den Jubel einzustimmen.<<
Der Sicherheitsdienst (SD) meldete am 15. September 1933 aus Bayern (x149/80): >>Verschiedene Personen mußten in Schutzhaft genommen werden wegen Beleidigung des Herrn Reichskanzlers und der nationalen Regierung.<<
Der Regierungspräsident von Ober- und Mittelfranken berichtete am 20. September 1933 (x149/83): >>Die Stimmung gegen die Juden auf dem flachen Lande findet ihren Ausdruck in vielfachen Verboten von Ortspolizeibehörden gegen die Juden.
Anschläge an den Ortseingängen "Juden unerwünscht", "Zutritt zum Viehmarkt für Juden verboten", Ausschluß aus öffentlichen Bädern, Anschläge von "Prangerlisten" mit Namen von Personen, die bei Juden kaufen, sind vielfach im Land, aber auch in den Städten ... zu finden.<<
Die Berliner Pfarrer Niemöller, Jacobi und von Rabenau gründeten am 21. September 1933 den Pfarrernotbund, um gegen die "neue kirchliche NS-Ordnung" und vor allem gegen das Eindringen von NS-Gedankengut zu kämpfen. Jeder evangelische Pfarrer, der Mitglied des Pfarrernotbundes wurde, mußte eine Erklärung unterschreiben.
"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtete später über den "Pfarrernotbund" (x051/-442): >>Pfarrernotbund, am 21.9.33 vom Berliner Pfarrer Niemöller und seinen Amtskollegen Jacobi und von Rabenau gegründete Vereinigung evangelischer Geistlicher, die sich gegen die neue kirchliche Ordnung unter einem Reichsbischof (L. Müller), vor allem aber gegen das Eindringen von nationalsozialistischem Gedankengut in die Kirche wandten.
Beim Eintritt in den Pfarrernotbund unterschrieben die Seelsorger folgende Erklärung:
"1. Ich verpflichte mich, mein Amt als Diener des Wortes auszurichten und allein in der Bindung an die Heilige Schrift und an die Bekenntnisse der Reformation als die rechte Auslegung der Heiligen Schrift.
2. Ich verpflichte mich, gegen alle Verletzung solchen Bekenntnisstandes mit rückhaltlosem Einsatz zu protestieren.
3. Ich weiß mich nach bestem Vermögen mit verantwortlich für die, die um solchen Bekenntnisses willen verfolgt werden.
4. In solcher Verpflichtung bezeuge ich, daß eine Verletzung des Bekenntnisstandes mit der Anwendung des Arierparagraphen im Raum der Kirche Christi geschaffen ist."
Diese radikale Besinnung auf das Bekenntnis war im Sommer 33 eingeleitet worden durch die Schrift von Barth "Theologische Existenz heute" und richtete sich gegen den staatlichen Versuch, die Kirche für politische Zwecke zu instrumentalisieren. Zudem wollte der Pfarrernotbund verhindern, "daß sich ein unevangelischer Führerbegriff bei uns einschleicht".
Aus dem Bund, dem bereits am 15.1.34 mit 7.036 Mitgliedern fast die Hälfte der evangelischen Geistlichen angehörte, ging der Reichsbruderrat hervor, der die Barmer Bekenntnissynode einberief und damit den Anstoß gab zur Organisierung der Bekennenden Kirche. Trotz nie abreißender Verfolgung während des Kirchenkampfes, trotz KZ-Haft Niemöllers (1937-45) gelang es den Behörden nie, den Pfarrernotbund ganz auszuschalten.<<
Am 23. September 1933 begann südlich von Frankfurt/Main der Autobahnbau.

Bis September 1937 stellte man schon 1.450 km fertig (x032/383). Ende 1938 waren insgesamt 3.000 Autobahn-Kilometer fertiggestellt. Im Volksmund hießen die Reichsautobahnen später "Hunger- oder Elendsstraßen", weil sie häufig ausgestorbenen Geisterbahnen ähnelten. Aus der 3.870 km langen "Reichsautobahn" entwickelte sich später ein über 8.000 km langes Straßennetz, das heute noch zu den leistungsfähigsten Schnellstraßen der Welt zählt.
Hitlers Kirchenbeauftragter Ludwig Müller wurde am 27. September 1933 zum Reichsbischof gewählt. Müller versuchte danach, die Opposition mit Suspendierungen und "Maulkorberlassen" zum Schweigen zu bringen.
Das NS-Schriftleitergesetz vom 4. Oktober 1933 gewährleistete, daß nur noch rechtsradikale Journalisten leitende Positionen übernehmen durften (x023/133): >>Die im Hauptberuf oder auf Grund der Bestellung zum Hauptschriftleiter ausgeübte Mitwirkung an der Gestaltung des geistigen Inhalts der im Reichsgebiet herausgegebenen Zeitungen und politischen Zeitschriften durch Wort, Nachricht oder Bild ist eine in ihren beruflichen Pflichten und Rechten vom Staat durch dieses Gesetz geregelte öffentliche Aufgabe.
Niemand darf sich Schriftleiter nennen, der nicht nach diesem Gesetz dazu befugt ist. ...
Schriftleiter sind in Sonderheit verpflichtet, aus den Zeitungen alles fernzuhalten, was ... geeignet ist, die Kraft des Deutschen Reiches nach außen oder im Inneren ... zu schwächen ...<<
"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtete später über das "Schriftleitergesetz" des NS-Regimes (x051/521): >>Schriftleitergesetz, am 4.10.33 erlassenes Gesetz zur Gleichschaltung der deutschen Presse, das die "Mitwirkung an der Gestaltung des geistigen Inhalts der im Reichsgebiet herausgegebenen Zeitungen und politischen Zeitschriften durch Wort, Nachricht und Bild" als durch "Gesetz geregelte öffentliche Aufgabe" bestimmte.
Schriftleiter konnte nur sein, wer "arischer" Abstammung "und nicht mit einer Person nichtarischer Abstammung verheiratet" war, die deutsche "Reichsangehörigkeit" und die "Fähigkeit zur Bekleidung öffentlicher Ämter" besaß, dazu alle "Eigenschaften, ... die die Aufgabe der geistigen Einwirkung auf die Öffentlichkeit erfordert".
Nach dem Schriftleitergesetz und seinen Durchführungsverordnungen sollte der Journalist im Dritten Reich "in erster Linie Diener der Volksgemeinschaft und erst in zweiter Angestellter eines privaten Verlags" sein. Die Schriftleiter wurden durch das Schriftleitergesetz zum "Reichsverband der Deutschen Presse" (über 20.000 Mitglieder) zusammengeschlossen, der als öffentlich-rechtliche Körperschaft der Reichspressekammer angehörte.<<
Pastor Paul Schneider (1897-1939, evangelischer Pastor der Kirchengemeinde Hochelheim bei Wetzlar) wurde wegen seiner Kritik an der NS-Weltanschauung und den "Deutschen Christen" am 8. Oktober 1933 durch Bischof Müller gerügt.
Als Hitlers Wunsch nach Rüstungsgleichheit abgelehnt wurde und das Deutsche Reich weitere 4 Jahre warten sollte, gab Hitler am 14. Oktober 1933 seinen Beschluß bekannt, die Genfer Abrüstungskonferenz zu verlassen und aus dem Völkerbund auszutreten.
Hitler forderte damals eigentlich nichts, was man dem Deutschen Reich im Rahmen der internationalen Gleichberechtigung gerechterweise längst hätte zugestehen müssen, denn die Deutschen wurden seit dem Ersten Weltkrieg militärisch wehrlos gehalten und waren fast unbewaffnet. Das Deutsche Reich war seit Jahren von hochgerüsteten Staaten "eingekreist" und hatte keine Verbündeten.
Hitler erläuterte am 14. Oktober 1933 in einer Rundfunkrede den Austritt aus dem Völkerbund (x032/92): >>Als Kanzler des deutschen Reiches und Führer der Nationalsozialistischen Bewegung bin ich überzeugt, daß die ganze Nation geschlossen wie ein Mann hinter ein Bekenntnis und einen Entschluß treten wird, die ebensosehr der Liebe zu unserem Volk und der Achtung seiner Ehre entspringen, wie auch der Überzeugung, daß die für alle so notwendige endliche Weltbefriedung nur erreicht werden kann, wenn die Begriffe Sieger und Besiegte abgelöst werden von der tragbaren Anwendung der gleichen Lebensrechte aller.<<

Nach dem Völkerbundsaustritt begann verstärkt die "heimliche Aufrüstung".
Die "New York Times" berichtete am 15. Oktober 1933 über Hitlers "legale Machtübernahme" und würdigen die "Leistungen" des NS-Regimes (x025/130): >>Hitler tut viel für Deutschland, seine Einigung der Deutschen, seine Schaffung eines spartanischen Staates, der durch Patriotismus belebt ist, seine Einschränkung der parlamentarischen Regierungsweise, die für den deutschen Charakter so ungeeignet ist, sein Schutz der Rechte des Privateigentums - all dieses ist gut. ...<<
Um die Machtposition des NS-Regimes nicht zu gefährden, ließ Hitlers Stellvertreter Rudolf Heß (1894-1987) am 17. Oktober 1933 einen sogenannten Duldungserlaß herausgeben, der Benachteiligungen wegen kirchlicher Zugehörigkeit ausdrücklich untersagte. Gleichzeitig begannen jedoch massive Drohungen und Einschüchterungsversuche gegen widerspenstige Geistliche.
Um die Arbeitslosigkeit nachhaltig zu bekämpfen, versuchte das NS-Regime, die Frauenarbeit zu reduzieren.
Der "Völkische Beobachter" meldete am 23. Oktober 1933 (x050/63): >>Die Frau in das Hauswesen, der Mann an die Arbeitsstätte! ...
Im Kampf um die Arbeitslosigkeit ist die Zurückführung der Frau von der Arbeitsstätte in den Haushalt, wo das irgendwie angängig ist, eine der wichtigsten Aufgaben unserer Wirtschaft.
Die Reichsregierung hat in dem Gesetz zur Verminderung der Arbeitslosigkeit den Weg dazu bereitet, indem sie für die Förderung der Eheschließungen ein Ehestandsdarlehen bis zu 1.000 RM in Aussicht stellte. ...<<
Hitler erklärte am 24. Oktober 1933 während einer Rede im Berliner Sportpalast (x023/201): >>Wir kennen nur ein Ziel auf der Welt: Nicht Haß anderen Völkern, sondern Liebe zu der deutschen Nation. –
Ich bitte das ganze deutsche Volk, wenn ich mich jemals ... irren würde, oder wenn das Volk einmal glauben sollte, meine Handlungen nicht decken zu können, dann kann es mich hinrichten lassen. Ich werde ruhig standhalten!<<
Walter Ulbricht (1893-1973) emigrierte im Oktober 1933 nach Paris und 1938 nach Moskau). Ulbricht war wie viele andere Emigranten nicht bereit, Gesundheit oder Leben für den deutschen Freiheitskampf zu gefährden bzw. zu opfern.
"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtete später über die "Innere Emigration" (x051/277): >>Innere Emigration, von Thieß 1933 geprägte Bezeichnung für die Widerstandshaltung von in Deutschland nach der Machtergreifung verbliebenen Schriftstellern.
Der Begriff innere Emigration wurde später ausgeweitet auf alle, die sich dem Nationalsozialismus verweigerten, aber ihre Heimat nicht verlassen wollten.
Zwischen Emigration und Innerer Emigration kam es bald zu Kontroversen, die auch nach dem Krieg nicht verstummten, zumal nun auch der bloße Rückzug ins Private von vielen als innere Emigration ausgegeben wurde. Hinzu kam der Vorwurf, daß Bleiben - u.a. durch Steuerzahlen, Konsum, Wehrdienst - jeden in Teilbereichen zum Komplizen des Unrechtsregimes machte.
Was gebliebene Gegner des Nationalsozialismus als Widerstand meinten, sah zudem von außen kaum danach aus, da es sich im gleichgeschalteten Staat sprachlich raffiniert - u.a. durch Anleihen beim Gegner, Teilzustimmung - tarnen mußte.<<
Der Turnlehrer Konrad Henlein gründete im Oktober 1933 die "Sudetendeutschen Heimatfront" (ab 1935 Sudetendeutsche Partei = SDP), um die deutsche "Kultur- und Schicksalsgemeinschaft" zu verteidigen.
Nach Hitlers Machtergreifung reagierte die tschechische Regierung mit panikartigen Reaktionen. Ab 1933 beschleunigte man die bisherigen Enteignungsmaßnahmen und verstärkte die wirtschaftliche und soziale Ächtung der Sudetendeutschen. Die sudetendeutschen Politiker

und deutschen Einrichtungen wurden danach noch drastischer bekämpft. Hochverratsprozesse, Zwangsauflösungen von deutschen Vereinen und Zeitungen sowie sonstige Schikanen waren an der Tagesordnung. Die Tschechoslowakei nahm jedoch gleichzeitig reichsdeutsche Emigranten auf. Der Exilvorstand der SPD ließ sich damals in Prag nieder.
Obgleich die sudetendeutschen Parteien bis 1938 ständig im tschechoslowakischen Parlament vertreten waren und ihre Bereitschaft zur Loyalität erklärten, gelangen keine wesentlichen Annäherungen. Die staatlich gelenkten Zwangsmaßnahmen, willkürliche Benachteiligungen und diskriminierende Herabsetzungen verursachten unentwegt neue Spannungen, so daß die tschechisch-deutschen Beziehungen später immer unversöhnlicher wurden.
Goebbels erklärte während der Eröffnung der NS-Reichskulturkammer am 1. November 1933 (x121/34): >>Die Revolution, die wir gemacht haben, ist eine totale. Sie hat alle Gebiete des öffentlichen Lebens erfaßt und von Grund auf umgestaltet. Sie hat die Beziehungen der Menschen zum Staat und zu den Fragen des Daseins vollkommen geändert und neugestaltet. ...<<
Die Zeitung "Wiesent-Bote" berichtete am 6. November 1933 über eine NS-Wahlversammlung (x149/88): >>Unter starkem Beifall erklärte der Redner: Wer am 12. November sich nicht mit einem Ja hinter die deutsche Regierung stellt, ist ein Verräter am deutschen Volk, ist ein Judas Ischariot und nicht wert, daß ihn die deutsche Erde trägt, denn er ist dann nicht für den Frieden und die Verständigung, sondern für den Bolschewismus und ein Feind Deutschlands.
(Jeder Deutsche könne mit Ja stimmen,) weil Hitler nicht den Krieg, sondern den Frieden, und ein freies und geachtetes Deutschland will. ...<<
Die Reutlinger Lokalpresse berichtete am 8. November 1933 (x243/51): >>Anordnung der Kreisleitung. – Der Führer und die deutsche Arbeiterschaft demonstrieren für Friede und Gleichberechtigung. ...
Adolf Hitler spricht ... am 10. November im Siemenswerk Berlin. ...
Anordnung an alle!
Punkt 13 Uhr heult die Sirene im Siemenswerk, und Punkt 13 Uhr sind in ganz Deutschland sämtliche Sirenen und andere Alarmgeräte in Tätigkeit zu setzen. In allen Fabriken, Betrieben, ... Amtsstuben, Kaufhäusern, Werkstätten versammeln sich um 13 Uhr ... die Belegschaften um die Lautsprecher ... und hören die Rede des Führers gemeinsam mit ihren Arbeitgebern an. ...<<
Bei den Wahlen zum Reichstag und der Volksabstimmung am 12. November 1933 stimmten 92,1 % der wahlberechtigten Deutschen für die NSDAP und 95,1 % bestätigten die Ziele der NS-Außenpolitik (x032/99).
Während einer Massenkundgebung im Berliner Sportpalast forderte der radikale Flügel der Deutschen Christen am 13. November 1933 die Übernahme des Arierparagraphen, die Lösung vom jüdischen Alten Testament und die Entlassung von nichtarischen Mitarbeitern der Kirche.
Die Reutlinger Lokalpresse berichtete am 13. November 1933 über die Reichstagswahl und die Volksabstimmung (x243/51): >>Vor den Wahllokalen, die um 9 Uhr geöffnet wurden, standen die Wähler bereits Schlange. ... Mancher Wahlbezirk konnte schon um 12 Uhr feststellen, daß nahezu 90 % aller Wahlberechtigten ihrer Pflicht genügt haben.
Um so intensiver konnten die Wahlhelfer der NSDAP (dar)angehen, die restlichen Wähler zur Urne zu holen. ... (Es wurde) ein großartiger Schlepperdienst organisiert. ...
Ganze Familien sah man (vor der Wahlkoje) Schlange stehen. ... Wer einen Bleistift bei sich hatte, ... schrieb auf dem nächsten besten Fenstersims seine beiden Kreuze in die richtigen Kreise.
Vor dem Wahllokal wurden dann wie angekündigt schöne Plaketten abgegeben, die die Wähler sichtbar ansteckten. Auf dieser Weise konnte jeder kontrolliert werden. ...

In unermüdlichem Eifer waren die SA- und SS-Leute sowie die übrigen Formationen der NSDAP und des Stahlhelms bestrebt, den letzten Mann zur Wahl zu bewegen. In den Wirtschaften wurden Kontrollen abgehalten, insbesondere standen auf dem Bahnhof und an den Ortsausgängen Kontrollposten, um die Wegreisenden an ihre Pflicht zu gemahnen. ...<<

Vizekanzler Franz von Papen gratulierte Hitler am 14. November 1933 während einer Sitzung des NS-Reichskabinetts zur erfolgreichen "Reichtagswahl" (x032/98): >>... Wir, Ihre nächsten und engsten Mitarbeiter, stehen noch vollkommen unter dem Eindruck des einzigartigsten, überwältigendsten Bekenntnisses, das jemals eine Nation ihrem Führer abgelegt hat.

In 9 Monaten ist es dem Genie Ihrer Führung und den Idealen, die Sie neu vor uns aufrichteten, gelungen, aus einem innerlich zerrissenen und hoffnungslosen Volk ein in Hoffnung und Glauben an seine Zukunft geeintes Reich zu schaffen.

Auch die, die bisher noch abseits standen, haben sich nun eindeutig zu Ihnen bekannt, weil sie fühlten, daß es ihr großer Wunsch war, alle Volksgenossen - gleich wo sie früher standen - unter Ihrer Führung zu vereinen.

Damit ist die nationalsozialistische Bewegung zum totalen Staat geworden. ...

Aus historischer Perspektive dieser Tage betrachtet, wird der 12. November ein Wendetag der deutschen Geschichte sein, weil von hier aus innere, soziale Wirkungen im Kampf für die abendländische Kultur weit über die deutschen Landesgrenzen hinaus ausstrahlen werden ...

Der Traum von den zwei Deutschlands, die man gegeneinander ausspielen könnte, ist endgültig ausgeträumt. ...<<

Nordamerika nahm am 16. November 1933 wegen der japanischen Expansion im Fernen Osten diplomatische Beziehungen mit der Sowjetunion auf (x041/93).

Am 27. November 1933 gründete die "Deutsche Arbeitsfront" (DAF) in Berlin die nationalsozialistische Freizeitorganisation "Kraft durch Freude" (KdF).

Die KdF-Freizeitorganisation plante danach die Freizeitgestaltung der deutschen Volksgenossen. Man veranstaltete z.B. Theateraufführungen, Konzerte und Urlaubsreisen, um die NS-Arbeiter für "zukünftige Aufgaben" zu stärken.

Dr. Reinhard Barth schrieb später über die NS-Freizeitorganisation "Kraft durch Freude" (x051/327-328): >>Kraft durch Freude (KdF) Freizeitorganisation im Rahmen der Deutschen Arbeitsfront (DAF), gegründet 27.11.33; der Name soll auf einen Vorschlag Hitlers zurückgehen.

Nach dem Vorbild der italienischen faschistischen Organisation Dopolavoro war KdF dazu bestimmt, durch ein reichhaltiges Angebot an Freizeitgestaltung v.a. die dem Nationalsozialismus noch fernstehende Arbeiterschaft zu gewinnen. Dabei griff man ebenso auf die bewährte sozialistische Praxis (z.B. Arbeiterbildungsvereine) zurück, wie man sich der Einrichtungen und des Vermögens der Gewerkschaften bediente.

KdF umfaßte folgende Ämter: 1. Amt "Feierabend" veranstaltete Theateraufführungen, Konzerte u.a., die bis 1938 von ca. 38 Millionen Menschen besucht wurden; dazu politische Kurse des Deutschen Volksbildungswerks;

2. das Sportamt leitete den Betriebssport zur "Wehrertüchtigung" und "rassischen Vervollkommnung";

3. das Amt "Schönheit der Arbeit" bemühte sich um Verbesserung der Arbeitsbedingungen und ästhetische Gestaltung des Arbeitsplatzes;

4. im Amt "Wehrmachtsheime" wurde eine Verbindung zu Wehrmacht und Reichsarbeitsdienst hergestellt;

5. das Amt "Reisen, Wandern und Urlaub" organisierte (bis 1938) für ca. zehn Millionen Menschen Urlaubsreisen, v.a. in touristisch wenig erschlossene Gebiete wie Bayerischer Wald oder Masuren, aber auch ins Ausland (Italien) und über See. Vor allem diese Kreuzfahrten trugen zur Popularität von KdF bei; die weiße "Flotte des Friedens" der KdF-Schiffe (u.a.

"Wilhelm Gustloff") wurde bei Auslandsreisen bewußt als Botschafterin des Nationalsozialismus eingesetzt.
Die weitergehenden Ziele des hoch subventionierten Freizeitunternehmens im Rahmen der Kriegsvorbereitung wurden von führenden Funktionären nach Kriegsbeginn offen zugegeben: "Wir schickten unsere Arbeiter nicht auf eigenen Schiffen auf Urlaub oder bauten ihnen gewaltige Seebäder, weil uns das Spaß machte ... Wir taten das nur, um (sie) gestärkt und neu ausgerichtet an (ihren) Arbeitsplatz zurückkehren zu lassen" (DAF-Pressereferent Starcke, 1940).
Die Einrichtungen von KdF erwiesen sich auch als brauchbar für Kriegszwecke. Die Passagierdampfer wurden als Truppentransporter eingesetzt, die Ferienburgen an der See zu Lazaretten umgebaut, das KdF-Auto (Volkswagen), auf das 300.000 Besteller sparten, verließ das KdF-Werk im späteren Wolfsburg (damals: Stadt des KdF-Wagens) als Kübelwagen der Wehrmacht.<<
Am 1. Dezember 1933 wurde die NSDAP gemäß Gesetz zur deutschen Staatspartei ernannt (Körperschaft des öffentlichen Rechts, mit eigener Gerichtsbarkeit).
Die "Stellvertreter des Führers" (Rudolf Heß) und der SA-Chef (Ernst Röhm) wurden NS-Minister ohne Geschäftsbereich.
Prof. Dr. Reinhart Beck schrieb später über die "Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei" (x051/408-409): >>(Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei) ... Nachdem Hitler die finanzielle und politische Krise, in die die NSDAP Ende 32 geraten war, zu seinen Gunsten hatte entscheiden können (G. Strasser legte am 8.12.32 seine Parteiämter nieder), wurde er am 30.1.33 zum Reichskanzler ernannt (Machtergreifung). Die NSDAP war damit Regierungspartei.
Das Gesetz vom 14.7.33 (über das Verbot der Neubildung von Parteien) machte sie, die bei den Reichstagswahlen vom 5.3.33 die absolute Mehrheit verfehlt hatte (43,9 % der Stimmen und 288 Sitze von 647), zur Staatspartei, d.h. zur einzigen (zugelassenen) Partei, und das Deutsche Reich zu einem Einparteienstaat; das Gesetz "zur Sicherung der Einheit von Partei und Staat" vom 1.12.33 legalisierte diesen Zustand, der bis zur Kapitulation des Deutschen Reiches am 8.5.45 fortbestand (Gleichschaltung).
Ihre Mitgliederzahl stieg auf 2,5 Millionen (1935) und schließlich auf 8,5 Millionen (1945). In der nationalsozialistischen Diktatur hatten die NSDAP und ihre Gliederungen v.a. die Funktion, die Bevölkerung total zu erfassen und für die Ziele der nationalsozialistischen Politik zu mobilisieren, wobei den jährlich in Nürnberg stattfindenden Reichsparteitagen besondere Bedeutung zukam. Hitlers wichtigstes Machtinstrument war dabei, nach der Ausschaltung der SA 1934 (Röhm-Affäre), die von Himmler geführte SS.
Die Durchführung der Politik blieb im Wesentlichen Aufgabe der staatlichen Bürokratie; der (teilweise) Gegensatz und die Kompetenzkämpfe zwischen ihr und der Partei, aber auch die Rivalitäten innerhalb der NSDAP und ihre Verbürokratisierung waren ein Kennzeichen des nationalsozialistischen Herrschaftssystems ("Polykratie").
Am 10.10.45 wurde die NSDAP durch das Gesetz Nr. 2 des Alliierten Kontrollrats mit allen ihren Gliederungen und angeschlossenen Verbänden verboten und aufgelöst (Entnazifizierung).<<
In den Richtlinien der "Deutschen Christen", die am 11. Dezember 1933 in Thüringen festgelegt wurden, hieß es (x149/82): >>1. ... Wir sind durch Gottes Schöpfung hineingestellt in die Blut- und Schicksalsgemeinschaft des deutschen Volkes und sind als Träger dieses Schicksals verantwortlich für seine Zukunft. Deutschland ist unsere Aufgabe, Christus ist unsere Kraft. ...
3. Wie jedem Volke, so hat auch unserem Volke der ewige Gott ein arteigenes Gesetz eingeschaffen. Es gewann Gestalt in dem Führer Adolf Hitler und in dem von ihm geformten nationalsozialistischen Staat. Dieses Gesetz spricht zu uns in der aus Blut und Boden erwachsenen

Geschichte unseres Volkes. Die Treue zu diesem Gesetz fordert von uns den Kampf für Ehre und Freiheit. ...<<
Die evangelischen Jugendverbände wurden am 19. Dezember 1933 durch den evangelischen NS-Reichsbischof Müller aufgelöst und in die HJ-Organisation eingegliedert.
Im "Reichstagsbrand-Prozeß" wurde der Holländer van der Lubbe am 22. Dezember 1933 zum Tod verurteilt.
Der nach Karlsbad emigrierte Wilhelm Hoegner schrieb am 22. Dezember 1933 über die NS-Justiz (x032/106): >>Die Justiz ist zur Hure der Politik herabgesunken. ...<<
Der sowjetische Politiker Wjatscheslaw Michailowitsch Molotow (1890-1986, eigentlich W. M. Skrjabin, 1930-41 Vorsitzender des Rats der Volkskommissare, 1939-49 und 1953-56 Außenminister) berichtete am 28. Dezember 1933 in Moskau vor dem Zentralexekutivkomitee der KPdSU über die geplanten militärischen Expansionsbestrebungen des Nationalsozialismus.
Die Exilzeitschrift "Neuer Vorwärts" berichtete am 31. Dezember 1933 (x032/107-108): >>Heute erscheint uns jene Zeit der Verfolgung durch Otto von Bismarck als geradezu noch liberal. Denn nicht nur keine Morde, keine Mißhandlungen und keine Konzentrationslager, sondern es blieben auch die sozialdemokratischen Abgeordneten im Schutze der Immunität ... Es war infolgedessen innerhalb der gesetzlichen Grenzen auch eine gewisse Opposition und eine oppositionelle Presse möglich.<<

Der NS-Polizei- und Terrorstaat

Nach Hitlers Machtübernahme im Jahre 1933 errichtete das NS-Regime im Deutschen Reich einen Polizei- und Spitzelstaat, der alle bis dahin bekannten europäischen Überwachungs- und Terrormethoden (außer UdSSR) in den Schatten stellte. Da die politische Polizei den NS-Ansprüchen nicht genügte, ließen Hermann Göring (eigentlicher Gründer der geheimen Staatspolizei) und Heinrich Himmler im Jahre 1933 alle politischen Polizeiverbände der Länder gleichschalten und gründeten im April 1933 die Geheime Staatspolizei (Gestapo). Danach herrschte schnell "Ruhe und Ordnung", denn die Gestapo räumte überall gründlich auf.
Der "totale NS-Terrorstaat" kontrollierte und unterdrückte schon bald sämtliche Lebensbereiche. Die NS-Polizeimaschinerie war militärisch aufgebaut und gewährleistete eine lückenlose polizeiliche Überwachung des gesamten NS-Machtbereiches. Die geheime Staatspolizei (Gestapo = politische Polizei, z.T. ehemalige Kriminalpolizei) und der Sicherheitsdienst (SD und SIPO) gingen mit drakonischer Härte gegen alle vermeintlichen Gegner der NS-Diktatur vor. Das NS-Regime unterdrückte jeden Einwand, jegliche Kritik und jede aktive oder passive Opposition mit den härtesten Strafen.
Jeder Widerstand der deutschen Justiz, der Wissenschaft und der deutschen Intelligenz wurde mit brutalsten Mitteln gebrochen und ausgelöscht. Tausende von aufrechten Deutschen, die sich gegen die NS-Knebelung wehrten, wurden willkürlich als "Staatsfeinde" eingestuft und sofort ausgeschaltet. Sie landeten irgendwann im Konzentrationslager, falls sie nicht sofort liquidiert wurden oder rechtzeitig ins Ausland fliehen konnten.
Im Jahre 1933 ließ die NS-Justiz schon 75 % aller Todesurteile vollstrecken, während man 1932 keinen der 77 Todeskandidaten hingerichtet hatte (x074/1.103).
Der französische Historiker und Schriftsteller Edmond Paris (1894-1970) berichtete später über den Jesuitenorden und das NS-Regime (x1.001/126-133): >>… **Die Gestapo und die Gesellschaft Jesu**
Blieb Pius' des XI. und Pius' des XII. Wohlwollen und Freundlichkeit gegenüber dem Führer, den sie an die Macht gebracht hatten, nie aus, so müssen wir zugeben, daß letzterer sämtliche Bedingungen des Abkommens, durch das er dem Vatikan verpflichtet war, erfüllte. Da er ausdrücklich versprochen hatte, die Antiklerikalen zu "ersticken", folgten jene den Liberalen und Juden alsbald in die KZs. Wie der Chef des Dritten Reichs über das Schicksal der Juden ent-

schieden hatte, ist bekannt: sie wurden schlichtweg vernichtet oder, wo vorteilhafter, zur Arbeit bis zur Erschöpfung gezwungen und dann liquidiert. In welchem letzteren Falle sich die "Endlösung" lediglich verzögerte.
Schauen wir aber zunächst, wie die besonders "autorisierte", mit dem Christusorden ausgezeichnete Persönlichkeit Franco die gemeinsame Sache zwischen Vatikan und Nazis unmißverständlich bestätigte.
"Réforme" (französische Zeitschrift) zufolge hatte die Presse des spanischen Diktators (Franco) am 3. Mai 1945 … das Folgende veröffentlicht:
"Der Sohn der katholischen Kirche Adolf Hitler starb in der Verteidigung des Christentums. Es ist daher nur verständlich, daß Worte, derer sich der Würdigung seines Lebens so viele fanden, für die Trauer um seinen Verlust nicht hinreichen. Über seinen sterblichen Überresten steht seine siegreiche tugendhafte Gestalt. Mit der Märtyrerkrone verlieh Gott ihm die Siegeslorbeeren."
Diese Grabrede des Naziführers, eine Herausforderung für die siegreichen Alliierten, wird - unter dem Deckmantel von Francos Presse - vom Heiligen Stuhl höchstselbst ausgesprochen. Es ist eine vom Vatikan via Madrid gehaltene amtliche Pressemitteilung.
Natürlich hatte dieser nunmehr fehlende Held die Dankbarkeit der römischen Kirche mehr als verdient, und sie versucht es auch nicht zu verbergen. Er diente ihr in Treue: alle jene, die ihm besagte Kirche als ihre Gegner herausstellte, bekamen die Konsequenzen zu spüren. Und dieser gute "Sohn" scheute sich nicht, zuzugeben, was er seiner Heiligsten Mutter (der katholischen "Himmelskönigin") und vor allem den sich zu ihren Weltsoldaten gemacht Habenden schuldete.
Zitat Hitler: "Vor allem habe ich von den Jesuiten gelernt. … Die Welt hat niemals etwas annähernd so großartiges gesehen, wie die hierarchische Struktur der katholischen Kirche. Es gibt da so einige Dinge, die ich den Jesuiten für die Partei abgeschaut habe. … Ich will Ihnen ein Geheimnis sagen: Ich gründe einen Orden. … In meinen Ordensburgen wird eine Jugend heranwachsen, vor der sich die Welt erschrecken wird. … Aber es gibt noch Grade, von denen ich nicht sprechen darf."
Ein weiterer hoher Hitler-Funktionär, Walter Schellenberg (1910-1953), früherer Chef der deutschen Spionageabwehr, hat nach dem Kriege diese Vertraulichkeit des Führers vervollständigt:
"So wurde die SS-Organisation (die Organisation der Sicherungs- und Überwachungsformation der NSDAP) von ihm nach den Grundsätzen des Jesuitenordens aufgebaut. Als Grundlagen dienten die Dienstordnung und die Exerzitien des Ignatius von Loyola: das oberste Gesetz war das des absoluten Gehorsams, die Ausführung eines jeden Befehls ohne Widerspruch. Himmler (Heinrich Himmler, 1900-1945) selbst, als Reichsführer SS, war der Ordensgeneral.
Der Aufbau der Führerschaft lehnte sich an die hierarchische Ordnung der katholischen Kirche an. Bei Paderborn in Westfalen hatte er eine mittelalterliche Burg, die sogenannte Wewelsburg ausbauen lassen - sie war sozusagen das große "SS-Kloster", wohin der Ordensgeneral einmal jährlich das Geheimkonsistorium (Geheimtreffen der obersten Ordensführung zur Abhaltung von geistigen und Konzentrationsübungen) einberief."
Ihrerseits demonstrierten die besten theologischen Federn die Ähnlichkeit zwischen katholischen und nationalsozialistischen Lehren. Und in dieser Arbeit waren die Söhne Loyolas die Eifrigsten. Schauen wir beispielsweise, wie der Jesuitentheologe Michael Schmaus eine Reihe von Studien zu diesem Thema der Öffentlichkeit präsentierte:
"Reich und Kirche ist eine Schriftenreihe, die dem Aufbau des Dritten Reiches aus den geeinten Kräften des nationalsozialistischen Staates und des katholischen Christentums dienen soll. … Ich sehe nämlich in der nationalsozialistischen Bewegung den schärfsten und wuchtigsten Protest gegen die Geistigkeit des 19. und 20. Jahrhunderts. … Zwischen katholischem Glau-

ben und liberalistischem Denken gibt es keinen ideenmäßigen Ausgleich. … Nichts ist unkatholischer als eine extrem demokratische Wertung des Seins. …
Der heute wieder erwachte Sinn für eine straffe Autorität öffnet von neuem das Verständnis für die kirchliche Autorität. … In der katholischen Lehre von der Erbsünde liegt das Mißtrauen in die Freiheit begründet. … Die Tafeln des nationalsozialistischen Sollens und die der katholischen Imperative (Moralgebote) stehen freilich in verschiedenen Ebenen des Seins, jene in der natürlichen, diese in der übernatürlichen Ebene, jene besorgt um die natürliche Gesundheit des Volkes, diese bemüht um das übernatürliche Heil, wie es dem Zwecke der beiden entspricht. Aber sie weisen in dieselbe Wegrichtung. ..."
Dieses Ziel war das Europa von Hitler versprochene "neue Mittelalter". Die Ähnlichkeit zwischen dem leidenschaftlichen Antiliberalismus dieses Münchner Jesuiten und dem ebenbürtigen, bei dem "Weiheakt der FNC in der Montmartre-Kirche" zum Ausdruck gebrachten Fanatismus ist offensichtlich. Während der Besatzung schrieb Léon Merklen (1875-1949, La Croix-Leiter): "Dieser Tage scheint die Freiheit nicht mehr länger irgendeines Ansehens würdig."
Zitate wie dieses ließen sich in die Tausende fortsetzen. Ist nicht dieser Haß auf die Freiheit in allen seinen Formen das Wesen schlechthin des römischen Meisters? Leicht ist auch zu verstehen, wie die katholische "Lehre" und die "NS-Lehre" derart gut harmonisieren konnten. Der "Jesuit Michael Schmaus", der diese Übereinstimmung fähig demonstrierte, wurde zehn Jahre nach dem Kriege von "La Croix" der "große Münchner Theologe" genannt und es wird keinen mehr verwundern, zu erfahren, daß ihn Pius XII. zum "Kirchenfürsten" erhob.
Was angesichts dessen aus der "erbärmlichen" Enzyklika "Mit brennender Sorge" aus der Feder des angeblich den Nationalsozialismus verdammenden Pius XI. wird? Uns das zu sagen, bemühte sich kein Kasuist … wie auch anders!
Der "große Theologe" Michael Schmaus hatte viele Rivalen - so ein deutscher Autor, der im "Katholisch-konservativen Erbgut" das sonderbarste je von deutschen katholischen Verlagen herausgegebene Buch sah:
"Diese Anthologie bringt Texte von den wichtigsten katholischen Theoretikern Deutschlands zusammen, von Görres bis Vogelsang; sie macht uns glauben, daß der Nationalsozialismus schlicht und einfach aus katholischen Ideen geboren wurde."
Dem Autoren war, als er dies schrieb, nicht klar, welch perfekte Beschreibung er gab.
Eine weitere wohlinformierte Person und Triebfeder des Pakts zwischen Heiligem Stuhl und Berlin - der päpstliche Geheimkämmerer Franz von Papen - wurde noch deutlicher:
"Das Dritte Reich ist die erste Macht, die nicht nur die hohen Prinzipien des Papstes anerkennt, sondern auch praktiziert."
In Ergänzung hierzu das Ergebnis dieses "Praktizierens": 25 Millionen KZ-Opfer - die von den Vereinten Nationen herausgegebene offizielle Ziffer.
Hier finden wir es notwendig, etwas Gesondertes hinzuzufügen - für die Offenherzigen, die sich aber nicht darauf einlassen können, daß die organisierten Massenmorde eines der päpstlichen "hohen Prinzipien" gewesen seien. An der einen Offenheit hält man freilich sorgsam fest:
- "Derartige Barbarentaten gehören der Vergangenheit an!"
Wie es einige Apostel der Einfachheit halber sagen - achselzuckend - vor Nichtkatholiken, "für die die Feuer der Heiligen Inquisition immer noch brennen".
So sei es! Legen wir die überreichlichen Beweise der kirchlichen Grausamkeit vergangener Jahre beiseite, um das 20. Jahrhundert zu betrachten.
Wir wollen weder an die Heldentaten von Männern wie Stepinatz und Marcone in Kroatien, noch Tisos in der Slowakei erinnern, sondern uns auf die Untersuchung der Denkweise von gewissen "hohen Prinzipien" beschränken, die man so wunderbar "praktiziert" hatte.

Sind sie wirklich heutzutage veraltet - diese Prinzipien - verstoßen von einer "aufgeklärten Lehre", offiziell abgelehnt vom Heiligen Stuhl samt weiteren Fehlern einer dunklen Vergangenheit? Das ist leicht herauszufinden.
Schlagen wir doch beispielsweise die "Grande Apologétique" ("Große Rechtfertigung") von Abt Jean Vieujan auf, die, ist sie doch mit "1937" datiert, kaum als mittelalterlich beschrieben werden kann. Was lesen wir?
"Um das Prinzip der Inquisition zu akzeptieren, braucht man allein eine christliche Einstellung, und das ist es, was vielen Christen fehlt. … Die Kirche hat eine derartige Scheu nicht."
Besser kann es nicht formuliert werden.
Wird ein weiterer, nicht weniger konservativer und moderner Beweis gebraucht? Hören wir Hw. P. Janvier, einen berühmten Tagungsreferenten in Notre-Dame:
"Sollte die Kirche kraft ihrer indirekten Macht über zeitliche Fragen nicht das Recht haben, von katholischen Staaten zu erwarten, Ketzer selbst bis in den Tod hinein zu unterdrücken, um sie dieserart zu bekämpfen?
Hier meine Antwort:
Ich befürworte es freilich - selbst bis in den Tod hinein! … Und ich stütze mich zuvorderst auf die Praxis und alsdann auf die Lehre der Kirche schlechthin; und bin überzeugt, daß kein Katholik, ohne sich gewaltig zu irren, das Gegenteil sagen würde."
Eine Rätselsprache kann man dem Theologen nicht vorwerfen. Seine Rede ist klar und verständlich. Mehr mit weniger Worten kann man nicht sagen. Was das Recht betrifft, das sich die Kirche anmaßt, um jene, deren Glauben nicht dem ihrigen entspricht, auszurotten, so ist alles darin vorhanden: die sie zwingende "Lehre", das sie per Tradition legitimierende "Praktizieren", und sogar der "Aufruf an die christlichen Staaten", von dem der Hitlerfeldzug ein perfektes Beispiel gab.
Genauso wenig sind die folgenden, alles andere als zweideutige Worte in der Finsternis des Mittelalters ausgesprochen worden:
"Die Kirche kann Ketzer zum Tode verurteilen, da sich jegliche Rechte, die sie haben, in unserer Nachsicht begründen, und offensichtlich sind diese Rechte keine wirklichen."
Der dies verfaßte, war Franz Wernz (Jesuitengeneral von 1906-1915), und die Tatsache, daß er außerdem Deutscher war, macht diese Erklärung um so gewichtiger.
Ebenfalls im 20. Jahrhundert schrieb der bekannte Kirchenfürst Kardinal Lépicier (1863-1936): "Bekundet jemand öffentlich, Ketzer zu sein oder versucht, andere durch sein Reden oder Beispiel zu verderben, so kann er nicht nur exkommuniziert, sondern auch zu Recht getötet werden. ..."
"Ich verwandle mich in eine Pfeffermühle, wenn das kein klassischer Mordaufruf ist", so … Georges Courteline (französischer Bühnenschriftsteller, 1858-1929).
Den Beitrag des Oberhirten noch? Hier ist er, von einem modernen Papst, dessen "Liberalismus" kompromißlose Kleriker kritisierten, von Jesuitenpapst Leo XIII.: "Verdammt ist die Ansicht, der Heilige Geist wolle nicht, daß wir den Ketzer töten."
Welche höhere Autorität könnte nach dieser angerufen werden, außer dem Heiligen Geist?
Mag es auch jenen, die die Rauchwand (den Hinweis auf die während einer Papstwahl Rauchzeichen Ausgebenden) manipulieren, den Beschwichtigern unruhiger Gewissen, mißfallen, aber die "hohen Prinzipien" des Papsttums bleiben unverändert, und, neben anderem, ist die Ausrottung für den Glauben heute genauso gültig und kanonisch (und den Bestimmungen der katholischen Kirche entsprechend) wie ehedem. In Anbetracht der Geschehnisse in Europa zwischen 1939 und 1945 - ein Schluß von größter "Erleuchtung" - um ein Lieblingswort der Mystiker (gefühlsbetont nach unmittelbarer Verbindung mit übersinnlichen Mächten Strebenden) zu gebrauchen.
"Hitler, Goebbels, Himmler und die meisten Mitglieder der "alten Garde" der Partei waren

Katholiken." wie Frédéric Hoffet (französischer Pfarrer und Psychoanalytiker) uns wissen läßt. Nicht durch Zufall war es, daß, durch die Religion ihrer Chefs, die nationalsozialistische Regierung die katholischste war, die Deutschland je hatte. … Diese Verwandtschaft zwischen Nationalsozialismus und Katholizismus ist, wo wir uns eingehend mit den Propagandamethoden und der inneren Organisation der Partei befassen, nur zu auffällig. Zu diesem Thema ist nichts aufschlußreicher, als Joseph Goebbels' Werke.

Er genoß seine Erziehung in einem Jesuitenkolleg und war, ehe er sich der Literatur und Politik zuwendete, Seminarist (Priesteramtsauszubildender). … Jede Seite, jede Zeile seiner Schriften erinnert an die Lehre seiner Meister; und so betont er Gehorsam … die Mißachtung der Wahrheit. ..."Manche Lügen sind nützlich wie Brot!" verkündete er kraft eines den Schriften des Ignatius von Loyola entnommenen moralischen Relativismus (eine absolute Gültigkeit moralischer Werte ablehnenden Denkens). ..."

Die Lorbeeren des Jesuitismus verlieh Hitler seinem Propagandachef nicht, wohl aber, wie er es seinen Lieblingen erzählte, dem Chef der Gestapo: "Ich sehe Himmler als unseren Ignatius von Loyola an."

Um derart zu sprechen, mußte der Führer gute Gründe gehabt haben. Zuvorderst müssen wir bemerken, daß der Reichsführer von SS, Gestapo und Polizei - Heinrich Luitpold Himmler -, unter den katholischen Mitgliedern von Hitlers Gefolge das vom Klerikalismus imprägnierteste zu sein schien. Sein Vater war Direktor einer katholischen Schule in München, dann Erzieher des Prinzen Ruprecht von Bayern (1869-1955). Sein Bruder, ein Benediktinermönch, lebte im Kloster Maria Laach, einem der alldeutschen hohen Orte. Und er besaß einen Onkel, den Jesuiten Himmler, der am bayrischen Hof den nicht geringen Posten eines Domkapitulars (Kirchenbezirksgeistlichen) innehatte.

Der deutsche Autor Walter Hagen gibt uns zudem diese diskrete Auskunft: "Ein sehr verständnisvoller Förderer dieser Bestrebungen war der General des Jesuitenordens Graf Wlodzimierz Halke von Ledochowski. Dieser hatte auf Grund der Informationen, die sein weitverzweigter Orden zu sammeln in der Lage war, einen viel besseren Überblick über die weltpolitische und auch über die militärische Lage als die meisten anderen der hohen kirchlichen Würdenträger.

Er besaß eine lebendige Vorstellung von der Weltgefahr des Bolschewismus und machte sich keine Illusionen darüber, daß die Sowjetunion im Falle einer totalen Katastrophe Deutschlands das ganze westliche Europa unmittelbar bedrohen würde. Daher war er bereit, auf der gemeinsamen Grundlage des Antikommunismus eine Art Zusammenarbeit zwischen dem Jesuitenorden und dem deutschen Geheimdienst einzurichten."

Im Ergebnis dessen schuf man innerhalb des SS-Reichssicherheitshauptamtes eine Organisation, deren wichtigste Posten in schwarze SS-Uniformen gekleidete katholische Priester besetzten. Einer dieser übergeordneten Offiziere war Jesuitenpater Himmler.

Dieser wurde nach des Dritten Reichs Kapitulation verhaftet und in Nürnberg inhaftiert. Seine Anhörung durch den internationalen Strafgerichtshof wäre offensichtlich höchst interessant gewesen, doch da hatte die Vorsehung ein wachsames Auge: der Onkel Heinrich Himmlers erschien niemals vor jenem Gericht. Er wurde tot in seiner Zelle gefunden, eines Morgens, ohne daß der Grund seines Ablebens je öffentlich bekannt wurde.

Wir werden nicht das Andenken dieses Geistlichen beleidigen durch die Mutmaßung, er habe seine Tage, entgegen den reinen Lehren der römischen Kirche, willentlich beschlossen.

Nichtsdestotrotz war sein Tod so plötzlich und gelegen wie der ihm vorausgegangene eines anderen Jesuiten, des nicht wahrgenommenen "Mein Kampf-Verfassers" Pater Staempfle. Ein in der Tat seltsamer Zufall. …

Kommen wir aber zurück auf den Gestapo-Chef Heinrich Luitpold Himmler, der meinte, er habe des Regimes grundlegende Macht in den Händen. Waren es seine persönlichen Verdien-

ste, die ihm einen derart hohen Posten einbrachten? Sah Hitler in ihm, als er ihn mit dem Schöpfer des Jesuitenordens verglich, einen überlegenen Genius? Das freilich implizieren die Zeugenaussagen jener, die ihn kannten, nicht, da diese in Himmler nichts anderes als Mittelmäßigkeit wahrnahmen.
Schien jener Stern damals mit geliehener Helligkeit? War es wirklich Heinrich Luitpold Himmler, der als angeblicher Chef die Gestapo und die Geheimdienste eigentlich beherrschende? Wer war es, der damals Millionen von aus politischen Gründen Deportierten und Juden in den Tod schickte? War es der flachgesichtige Neffe - oder war es sein zu Ledochowskis Lieblingen und den übergeordneten SS-Offizieren zählender und vormaliger Domkapitular am bayrischen Hofe sowie Jesuitenpater gewesener Onkel?
Einen derart indiskreten Blick hinter die Geschichtskulissen zu werfen, mag tollkühn und sogar vermessen erscheinen. Das Stück läuft auf der Bühne, vor den Beleuchtungseinheiten der Vorder-, der Ober- und der Seitenlichter. So ist das normal bei jeder Show; und wer die Requisiten sehen will, kann leicht als lästig und schlecht erzogen angesehen werden.
Und doch ist der Ort, von dem die fesselnden Schauspieler kommen, an denen der Blick der Öffentlichkeit haftet, die Hinterbühne. Da, wo wir diese "Kirchenmonster" studieren und uns klar wird, daß sie weit entfernt davon sind, den Persönlichkeiten, die sie angeblich darstellen, zu gleichen, ist das nur zu offensichtlich.
Und so scheint es auch im Falle Himmler gewesen zu sein. Aber wäre es nicht richtig, selbiges von dem zu sagen, dessen rechte Hand er war - von Hitler?
Als wir Hitler gestikulierend auf den Leinwänden sahen oder seine hysterischen Reden brüllen hörten, hatten wir da nicht den Eindruck, die Bewegungen eines schlecht eingestellten Roboters mir überdehnten Federn zu sehen? Selbst seine einfachsten und ruhigsten Bewegungen erinnerten uns an eine mechanische Marionette. Und erst seine dumpfen und grobschlachtenen Augen, fleischige Nase, aufgedunsene Physiognomie (Erscheinung), deren Derbheit hinter jenem berühmten Haarteil und scheinbar unter seine Nüstern geklebten Bürstenbart nicht zurücktrat.
War dieser Kampfhund öffentlicher Versammlungen wirklich ein Chef?, der "wahre" Herr über Deutschland, ein "echter" Staatsmann, dessen Genialität im Begriffe war, die Welt aus den Angeln zu heben?
Oder war er nur ein schlechter Ersatz für all jenes? Eine schlau aufgebauschte Deckhaut, ein Massenausnutzungsphantom, ein Aufwiegler?
Er selbst gab es zu, als er sagte: "Ich bin nur ein Bote." Francois-Poncet (André Francois-Poncet, 1887-1978), damaliger französischer Botschafter in Berlin, bestätigt, daß Hitler sehr wenig arbeitete, kein Leser war und seinen Mitarbeitern ihren Willen ließ.
Den gleichen Eindruck von Leere und Unwirklichkeit vermittelten seine Gehilfen. Deren erster, der 1941 nach Schottland geflohene Rudolf Heß (NS-Politiker, 1894-1987) sah seiner eigenen Verurteilung in Nürnberg als gänzlich Fremder zu und wir haben nie erfahren, ob er vollständig geisteskrank oder nur ein Irrer war. Der zweite war der groteske, eitle und fette, die ungewöhnlichsten Phantasieuniformen tragende Vielfraß, Gemälderäuber und - als Krönung: morphiumsüchtige - Göring.
Die anderen maßgeblichen Parteipersönlichkeiten bargen dieselbe Ähnlichkeit und bei den Nürnberger Prozessen war die für die Journalisten überraschendste Meldung, daß diese NS-Helden - abgesehen von ihren persönlichen Macken - weder intellektuell noch charakterlich glänzten und sie mehr oder weniger unscheinbar waren.
Der einzige - nicht seines moralischen Wertes, sondern seines Scharfsinnes wegen - über jener rohen Horde Stehende war der Kämmerer Seiner Heiligkeit, Franz von Papen, "der Mann für alles" … der freilich freigesprochen werden mußte.
Kommt der Führer als merkwürdige Marionette daher, war da der, dem er sich nachempfand,

konsequenter? Rufen wir uns die lächerlichen Auftritte jenes "karnevalsreifen Cäsaren" (Mussolini) zurück, der seine großen schwarzen Augen unter jenem seltsamen mit Vorhangquasten geschmückten Hute funkeln lassen wollte! Und jene für die Propaganda gemachten Fotografien von seinen Füßen, und die alleinig seine gen Himmel weisenden Kinnladen zeigen, den Wundermann als unverrückbaren Felsen - Darstellung eines Willens, der keine Hindernisse kannte!
Was für ein Wille!
Aus den Vertraulichkeiten einiger seiner Gefährten bekommen wir das Bild eines stetig Unentschlossenen; dieser "furchterregende Mann", für den es hieß, mit Urgewalt "in alles eindringen" (um Kardinal Rattis, Achille Ratti, des späteren Pius XI. Begriffe zu verwenden), hat den ihm vom Jesuitenkardinal und Staatssekretär Gasparri im Namen des Vatikans gemachten Annäherungsversuchen nicht widerstanden.
Nach nur wenigen geheimen Treffen war der Revolutionär dazu überredet, unter des Heiligen Vaters Flagge mit Sack und Pack anzuheuern und die uns derart gut bekannte glänzende Karriere einzuschlagen - und so konnte der ebenfalls gut bekannte frühere Minister Carlo Sforza schreiben:
"Eines Tages, wenn die Zeit den Groll und Haß abgeschwächt haben wird, wird man - so hoffen wir - erkennen, daß die Orgie der grausamen Brutalitäten, die Italien zwanzig Jahre lang in ein Gefängnis verwandelte, und der Trümmerschutt des Zweiten Weltkriegs ihren Ursprung in einem nahezu einzigartigen historischen Fall genommen hatten: dem völligen Mißverhältnis zwischen der künstlich geschaffenen Legende um einen Namen und den wahren Eigenschaften der diesen Namen tragenden armseligen Kreatur, eines Mannes, dem Kultur kein Hindernis war."
Diese perfekte Formel ist anwendbar auf Hitler und Mussolini gleichermaßen: gleiches Mißverhältnis zwischen Legende und Eigenschaften, gleiche "Kulturlosigkeit" in jenen beiden mittelmäßigen Abenteurern mit nahezu identischen Vergangenheiten; erklären lassen sich ihre Blitzkarrieren letztlich nur durch ihre Gabe der sie ins Scheinwerferlicht der Öffentlichkeit rückenden Massenagitation.
Wenn man weiß, daß die Erscheinung des Führers auf den deutschen Leinwänden aus heutiger Sicht nichts weiter als ein großes Lachen hervorruft, dann zweifelt man an der "künstlich geschaffenen" Legende um so weniger.
War aber nicht gerade die Minderwertigkeit dieser "Männer der Vorsehung" der Grund, weshalb man sich dafür entschied, eben diese beiden an die Macht zu hieven? Tatsache ist, daß der gleiche Mangel an persönlichen Qualitäten in allen jenen, die das Papsttum zu seinen Verfechtern wählte, zu finden ist.
Es gab in Italien und Deutschland einige "echte" Staatsmänner, "echte" Chefs, die - unter Verzicht auf dieses wahnsinnige "Mystische" (gefühlsbetonte Streben nach unmittelbarer Verbindung mit übersinnlichen Mächten) - die Fähigkeit, das Ruder zu übernehmen, durchaus gehabt hätten. Nur war deren Intellekt zu aufgeweckt und zu unfügsam. Der Vatikan und insbesondere der "schwarze Papst" von Ledochowski konnte diese - der feurigen Formel entsprechend - nicht "als Stab in seiner Hand" halten und um jeden Preis bis zum Eintreten der Katastrophe seinen Zielen dienen lassen.
Wie der Revolutionär Mussolini von den Abgesandten des Heiligen Stuhls gleichsam einem Handschuh vollends umgekrempelt wurde, haben wir gesehen.
Als genauso formbar sollte sich der eiserne Hitler erweisen. Ledochowskis Plan bestand ursprünglich darin, eine Föderation katholischer Nationen in Mittel- und Osteuropa zu schaffen, in der Bayern und Österreich (regiert vom Jesuiten Seipel) die Vorrangstellung haben würden. Bayern galt es, von der deutschen Weimarer Republik zu separieren - und wie durch Zufall war der österreichischstämmige Agitator Hitler damals bayrischer Separatist.

Die Chance aber, diese Föderation zu verwirklichen und einen Habsburger an ihre Spitze zu setzen, wurde immer geringer, während sich der von München nach Berlin gezogene Nuntius Monsignore Pacelli infolge der kläglichen Unterstützung, die ihr die Alliierten gewährten, der Schwäche der Deutschen Republik immer bewußter wurde. Und so wurde im Vatikan die Hoffnung geboren, sich Deutschlands in seiner Gänze zu bemächtigen, und der Plan entsprechend geändert:
"Was verhindert werden mußte, war die Vorherrschaft des protestantischen Preußens, und da es das Reich war, das Europa beherrschen sollte - um den Föderalismus der Deutschen abzuwenden - galt es, ein neues Reich zu schaffen, in dem die Katholiken das Sagen hätten."
Das war ausreichend. Samt seinen "Braunhemden" völlig aufräumend, wurde der bis dahin bayrische Separatist Hitler über Nacht zum motivierten Verfechter des Großreichs.<<
Der deutsche Jurist Alexander von Brünneck schrieb später über die "Justiz" des NS-Regimes (x051/296-298): >>Justiz. Wie alle staatlichen Einrichtungen wurde auch die Justiz nach 1933 so umgestaltet, daß sie zu einem angepaßten Bestandteil des nationalsozialistischen Herrschaftssystems wurde. Sie verlor ihren Status als unabhängige Dritte Gewalt und wurde zunehmend ein Instrument der Politik.
Ein wirksames Mittel zur Einordnung der Justiz in den Herrschaftsapparat des Nationalsozialismus war die Personalpolitik. Bereits unmittelbar nach dem 30.1.33 wurden dem Nationalsozialismus mißliebige, v.a. sozialdemokratische und jüdische Richter entlassen, von denen nicht wenige später ermordet wurden.
Der Reichstagsbeschluß vom 26.4.42 (RGBl. I, S. 247) bestätigte das Recht der politischen Instanzen, jeden unzuverlässigen Richter "mit der ihm gebührenden Sühne zu belegen", insbesondere ihn aus dem Amt zu entfernen. Diese Praxis hatte eine disziplinierende Wirkung auf die im Amt verbliebenen Richter, weil sie bei einer kritischen Haltung zum Nationalsozialismus mit der Entlassung rechnen mußten, ohne daß die Voraussetzungen für eine Amtsenthebung klar definiert waren.
Nicht regimetreue Richter wurden schon 1933 über eine Veränderung der Geschäftsverteilung ihrer bisherigen Wirkungsmöglichkeiten beraubt. Nachdem 1935 alle Gerichte dem Reichsjustizministerium unterstellt worden waren, wurde 1937 die Selbstverwaltung der Gerichte beseitigt: Das Ministerium nahm jetzt nicht nur die Ernennung, sondern auch die Geschäftsverteilung vor. Nach 1935 war für Anstellungen und Beförderungen eine positive Stellungnahme der zuständigen Gauleitung erforderlich.
Seit 1935 wertete das Reichsjustizministerium die Rechtsprechung aufgrund von Berichten der Oberlandesgerichtspräsidenten systematisch aus. Die Ergebnisse waren Grundlage für eine allmählich stärker werdende Lenkung der Justiz. In Runderlassen, Konferenzen, Einzelgesprächen und gezielten Presseveröffentlichungen wurde den Richtern immer wieder die Auffassung des Ministeriums zu wichtigen Fragen vermittelt.
Seit 1942 stellte das Reichsjustizministerium allen Richtern auf dem Dienstweg die sogenannten Richterbriefe zu. Sie enthielten detaillierte Ausführungen über die Auslegung einzelner Gesetzesmerkmale, über das Strafmaß bei bestimmten Straftaten und über sonstige richterliche Entscheidungen. Diese Festlegungen des Ministeriums waren nicht formell, aber praktisch verbindlich. Außerdem wurden ab 1942 in den sogenannten Vor- und Nachschaubesprechungen unter Vorsitz des jeweiligen Oberlandesgerichts- oder Landgerichtspräsidenten die politisch wichtigsten Prozesse erörtert und im Ergebnis verbindliche Anweisungen über den Fortgang der Verfahren erteilt.
Durch eine Vielzahl von Änderungen griff der Nationalsozialismus in die Gerichtsverfassung und in das Prozeßrecht ein. Zur Aburteilung politischer Delikte wurde durch Verordnung vom 21.3.33 (RGBl. I, S. 136) in jedem Oberlandesgerichtsbezirk ein Sondergericht gebildet, das für Verstöße gegen die am 28.2.33 (RGBl. I, S. 83) erlassene Reichstagsbrandverordnung und

für Verstöße gegen die Heimtückeverordnung vom 21.3.33 (RGBl. I, S. 135) zuständig war. Später erweiterte sich die Zuständigkeit der Sondergerichte in politischen Strafsachen erheblich.
1934 entstand der Volksgerichtshof, auf den zunächst im wesentlichen die Zuständigkeiten des Reichsgerichts in politischen Sachen übergingen, nachdem der Reichstagsbrandprozeß nicht zur Zufriedenheit der Nationalsozialisten ausgegangen war. Die Sondergerichte und der Volksgerichtshof wurden mit politisch besonders zuverlässigen Richtern besetzt. Gegen ihre Urteile gab es für die Angeklagten keine Rechtsmittel.
Im Verwaltungsrecht und im Arbeitsrecht wurde der Rechtsweg zu den Gerichten eingeschränkt. Der Instanzenzug verkürzte sich in mehreren Verfahrensarten (besonders im Verwaltungsprozeß) für den Bürger, während er für die Vertreter des "öffentlichen" Interesses teilweise verlängert wurde. In Strafsachen wurden zwei neue Rechtsmittel gegen rechtskräftige Urteile im bisherigen Sinn eingeführt, die nur der Oberreichsanwalt einlegen konnte: der außerordentliche Einspruch und die Nichtigkeitsbeschwerde. Damit wurden zusätzlich Möglichkeiten zur Überprüfung nichtwillkommener Urteile geschaffen.
Zur wirksameren Kontrolle von Urteilen der unteren Gerichte ließ man auch die Erhöhung der Strafe in der höheren Instanz (reformatio in peius) wieder zu (Gesetz vom 28.6.35, RGBl. I, S. 844). Im übrigen wurden, besonders während des Krieges, zahllose Veränderungen im Prozeßrecht vorgenommen, die das Verfahren vereinfachen und beschleunigen sollten, aber gleichzeitig bisherige Sicherungen für die Betroffenen abbauten.
Die praktische Bedeutung der Justiz war im Nationalsozialismus dadurch stark eingeschränkt, daß das Rechtsprechungsmonopol der Gerichte aufgehoben wurde. Insbesondere zum Zweck der Herrschaftssicherung des Regimes erhielten andere Stellen die Möglichkeit, von sich aus, ohne richterliche Kontrolle, im bisherigen ausschließlichen Zuständigkeitsbereich der Gerichte konkurrierend tätig zu werden. Staatliche Behörden und Parteistellen, insbesondere die Gestapo und die SS, konnten die Einleitung der vorgeschriebenen justizförmigen Verfahren verhindern, in schwebende Verfahren eingreifen oder unabhängig vom Ausgang selbst rechtskräftig abgeschlossener Verfahren eigene Maßnahmen treffen.
Oft wurde damit ein gerichtlicher Ausspruch in sein Gegenteil verkehrt: Die Gestapo verhaftete z.B. den soeben freigesprochenen Angeklagten noch im Gerichtssaal und lieferte ihn in ein KZ ein. Um eine nachträgliche Korrektur durch die Behörden zu vermeiden, machten die Gerichte vielfach die Erwartungen der Verwaltungsinstanzen von vornherein zum Maßstab ihrer Entscheidungen.
Führende Nationalsozialisten, insbesondere Hitler selbst, ordneten von sich aus Strafen an, oft genug die Todesstrafe. Nationalsozialisten konnten gegen Gesetze verstoßen, ohne daß sie de facto oder (wegen mehrerer Amnestien) de jure verfolgt werden konnten. Zivilrechtsstreitigkeiten wurden den Gerichten entzogen, soweit unmittelbare Interessen des Regimes berührt waren. So konnte z.B. der Reichsminister des Innern Schadenersatzklagen zur eigenen Entscheidung an sich ziehen, wenn sie im Zusammenhang mit der Machtergreifung erhoben waren (Gesetz vom 13.12.34, RGBl. I, S. 1.235).
Die Aufhebung des Rechtsprechungsmonopols der Gerichte wurde durch gesetzliche Vorschriften sanktioniert. So hieß es z.B. in § 7 des Preußischen Gesetzes über die Gestapo vom 10.2.36 (Gesetzessammlung 1936, S. 21 mit Berichtigung S. 28): "Verfügungen in Angelegenheiten der Geheimen Staatspolizei unterliegen nicht der Nachprüfung durch die Verwaltungsgerichte."
Bei der zunehmenden Verfolgung der Juden unterstützte die Justiz unmittelbar die Durchsetzung eines wichtigen politischen Zieles des Nationalsozialismus. Die zur Realisierung der antisemitischen Vorstellungen des Regimes ergangenen Gesetze waren nur teilweise mit herkömmlicher Gesetzgebungstechnik so präzise gefaßt, daß sie konkrete Anweisungen an den

Richter enthielten.
Die Justiz entwickelte jedoch von sich aus beträchtliche Eigeninitiative und Phantasie, um die gegen die Juden gerichtete Gesetzgebung in die Wirklichkeit umzusetzen. Auf diese Weise beteiligten sich die Verwaltungs- und Zivilgerichte aktiv an der Entrechtung der Juden und an ihrer Hinausdrängung aus dem wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Leben als Vorstufen für ihre spätere Vertreibung und Ermordung.
Von Anfang an wirkte die Strafgerichtsbarkeit mit an der Unterdrückung der Gegner des Nationalsozialismus. Dafür wurden teils alte Strafgesetze ausgenutzt, teils neue Tatbestände angewandt, wie die Heimtückeverordnung oder die Volksschädlingsverordnung vom 5.9.39 (RGBl. I, S. 1.679). Dem Nationalsozialismus schien das herkömmliche Modell des Strafgesetzes wegen der jedenfalls tendenziellen Berechenbarkeit als Sanktionsinstrument nicht mehr ausreichend. In das materielle Strafrecht wurden daher die Generalklausel und die Analogie eingeführt. Der freien Konstruktion von strafbaren Handlungen nach politischer Zweckmäßigkeit war damit Tür und Tor geöffnet.
Der Strafrahmen wurde zum Teil erheblich erweitert. Die Militärgerichte konnten seit der Verordnung vom 5.5.44 (RGBl. I, S. 115) für jede Tat alle Strafen verhängen, "wenn der regelmäßige Strafrahmen nach gesundem Volksempfinden zur Sühne nicht ausreicht". Die Straftatbestände nahmen damit den Charakter von Ermächtigungsnormen an.
Insbesondere die Richter der Sondergerichte und des Volksgerichtshofs ließen sich in das terroristische System des Nationalsozialismus einspannen, indem sie von Generalklauseln und Analogien im Sinne des Regimes Gebrauch machten. Die ordentlichen Gerichte, die Sondergerichte und der Volksgerichtshof verhängten nach Schätzungen zwischen 1933 und 45 etwa 16.000 Todesurteile, davon etwa 15.000 während der Jahre 1941 bis 45. Über zwei Drittel dieser Urteile wurden vollstreckt. Außerdem verhängte die Militärjustiz schätzungsweise 16.000 Todesurteile, von denen wiederum zwei Drittel vollstreckt wurden.
In vielen Bereichen, besonders im Zivil-, Wirtschafts-, Gewerbe- und Steuerrecht, zum Teil sogar im Strafrecht, setzten die Gerichte nach 1933 zunächst ihre frühere Rechtsprechung fort, ohne daß auf den ersten Blick eine Beeinflussung durch den Nationalsozialisten erkennbar war. Notwendig war eine Normanwendung nach bisherigen Maßstäben insbesondere auf vielen Rechtsgebieten mit wirtschaftlichem Bezug. Denn das im Prinzip weiter privatwirtschaftlich organisierte ökonomische System blieb darauf angewiesen, daß die Einhaltung der Vertragsbezeichnungen und der staatlich gesetzten Rahmenbedingungen im Grundsatz weiter in herkömmlicher Weise gerichtsförmig gesichert wurde.
Auch hier mußten die Gerichte aber immer die Interessen der Gemeinschaft, wie sie die politischen Instanzen des Nationalsozialismus definierten, berücksichtigen. Ihre Grenze fand die Rechtsprechung nach überkommenen Maßstäben dort, wo die politischen Interessen des Nationalsozialismus berührt wurden.
Sobald es um die Bekämpfung der Gegner des Nationalsozialismus oder um die Durchsetzung seiner spezifischen Ziele wie die Rassenpolitik oder die Aufrüstung ging, endeten die Möglichkeiten zu einer Rechtsprechung im bisherigen Sinne. Die Justiz hatte damit einen Funktionswandel erfahren. Sie war nicht mehr ein Garant wirtschaftlicher, politischer und persönlicher Freiheit, sondern nur noch eine Instanz zur Regulierung derjenigen Konflikte, die ihr das Regime überlassen hatte.
Vereinzelt beteiligten sich Richter am Widerstand anderer Gruppen. Innerhalb der Justiz gab es aber keine aktiv arbeitenden Oppositionsgruppen. Immer wieder halfen zwar einzelne Richter in ihrem Amt Opfern des Systems, soweit sie konnten. So beeindruckend der persönliche Mut und das moralische Engagement dieser Richter waren, wegen der Korrekturpraxis der Gestapo erzielten sie kaum nachhaltige Wirkung.
Die Justiz wurde oft heftig angegriffen von der Parteipresse und führenden Repräsentanten

des Systems. Im Großen und Ganzen erfüllte sie jedoch ihre Aufgaben so, wie es von ihr erwartet wurde. Die Richter, die aktive Nationalsozialisten waren, erkannten die politische Rolle der Justiz klar. So schrieb der langjährige Hamburger Oberlandesgerichtspräsident und spätere Staatssekretär im Reichsjustizministerium, Rothenberger:
"Das Gesetz ist Führerbefehl. Der Richter, der dieses Gesetz anzuwenden hat, ist nicht nur an das Gesetz, sondern auch an die einheitlich geschlossene Weltanschauung des Führers gebunden. Aus dem neutralen, unpolitischen, staatsabgewandten Richter der liberalen Epoche ist daher geworden ein durch und durch politisch denkender, fest an die Weltanschauung des Gesetzgebers gebundener und an ihrer Verwirklichung mitarbeitender Nationalsozialist."
Nach den Worten Rothenbergers ist der Richter "einer der vornehmsten Vollstrecker des Führerwillens" (Die Stellung des Richters im Führerstaat, Deutsches Recht 1939, S. 831).
Viele Richter bekannten sich zwar nicht zu einer so unmittelbar politischen Rolle der Justiz. Sie suchten so viel wie möglich vom traditionellen Justizverständnis zu retten, indem sie sich auf eine enge Auslegung des Gesetzes beschränkten und es vermieden, mehr als unbedingt notwendig nationalsozialistische Gedanken in ihre Urteile eingehen zu lassen. Auch mit dieser Haltung konnten sie sich aber der ihnen zugedachten Rolle nicht entziehen. Denn sie durften nur soweit Normen anwenden, wie es der Nationalsozialismus zur Durchsetzung seiner politischen Ziele für zweckmäßig hielt. Alle andere richterliche Tätigkeit war rechtlich oder tatsächlich unmöglich.<<
Die deutsche Assessorin Christa Dopatka schrieb später über die "Sondergerichte" (x051/-544): >>Sondergerichte, 1933 als Spezialstrafkammern zur Ausschaltung politischer Gegner errichtet, im Krieg das typisch werdende Strafgericht des nationalsozialistischen Staates.
Ihre Anzahl stieg von anfänglich 26 bis Ende 42 auf 74. War die Zuständigkeit zunächst auf einzelne politische Verbrechen begrenzt, lag es ab 1938 im Ermessen der Anklagebehörde, ob eine Tat, trotz Zuständigkeit des Amts- oder Landgerichts, hier angeklagt wurde.
Von 1940 an ausschließlich für Kriegssonderstrafrecht und Straftaten im Sinne des Heimtückegesetzes zuständig. Schnelles Verfahren mit standgerichtlichem Charakter: kein gerichtliches Vorverfahren, kurze Ladungsfrist. Zunehmende Schwächung der Verteidigung bei gleichzeitiger Stärkung der Anklagebehörde; ab 1940 sofortige Verurteilung (häufig zum Tod) möglich.
Die Urteile wurden mit Verkündung rechtskräftig und z.T. umgehend vollstreckt. Herkömmliche Rechtsmittel waren nicht zulässig. Urteile der Sondergerichte konnten nur durch das Reichsgericht nach Einlegung des außerordentlichen Einspruchs oder Nichtigkeitsbeschwerde aufgehoben werden.<<
Die Mehrheit der deutschen Bevölkerung war trotz der drakonischen NS-Diktatur nicht unzufrieden, denn nach Hitlers Machtergreifung hatten viele ehemalige Arbeitslose im Jahre 1933 endlich wieder "Arbeit, Brot, Sicherheit und Ruhe".
Der französische Botschafter in Berlin, Andre Francois-Poncet, berichtete im Jahre 1933 über die Haltung der deutschen Bevölkerung (x243/45): >>Das Erstaunliche an dieser Revolution ist die Schnelligkeit, mit der sie vor sich ging, aber auch die Leichtigkeit, mit der sie sich überall vollzog, der geringe Widerstand, dem sie begegnete. ...
Die Vorstellung, daß eine Regierung lügen könne, geht nicht leicht in die Köpfe der Deutschen ein. Die angeborene Achtung, die sie vor der gesetzmäßigen Autorität haben, bringt sie dazu, sich allem unterzuordnen, was von ihr ausgeht, und dies erst recht, wenn es sich um einen so besonderen Mann handelt, den der Marschall als Reichskanzler berief und der sich als Retter der Bedrängten ausgibt. ...<<
Die deutsche Historikerin Adelheid von Saldern schrieb später über die "Wirtschaft" des NS-Regimes in den Jahren 1933-1935/36 (x051/649): >>Wirtschaft. Die Wirtschaft gehörte - neben Partei, Bürokratie und Militär - zu den Grundsäulen der nationalsozialistischen Herr-

schaft. Ihre Geschichte kann in drei Phasen untergliedert werden:
1) 1933-35/36: Zu Beginn dieser Phase stand die Wirtschaft im Zeichen der großen Krise. Bei ihrer Überwindung spielte die Aufrüstung von Anfang an eine namhafte Rolle. Die entsprechende Weichenstellung erfolgte 1933/34, und zwar auf zwei Ebenen: Zum einen stiegen die Rüstungsausgaben (Aufrüstung) bereits 1934 auf 4,2 Milliarden RM, zum anderen nahm man strukturelle Veränderungen in der Produktion vor, um den in wenigen Jahren zu erwartenden höheren Rüstungsanforderungen gewachsen zu sein.
Für die Öffentlichkeit standen 1933/34 nicht die Rüstungs-, sondern die Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung im Vordergrund. Besonders publikumswirksam waren zudem der Bau der Reichsautobahn und die Ehestandsdarlehen. Die Finanzierung der Aufrüstungs- wie der Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen wurde vorwiegend durch Geld- und Kreditschöpfung mittels der Mefo-Wechsel bewältigt.
Auch im Außenhandel kam es aufgrund des Neuen Plans vom September 34 unter Reichsbankpräsident und Reichswirtschaftsminister Schacht zu gravierenden Veränderungen. Obwohl die Anfänge einer Neuorientierung in diesem Bereich schon auf die Präsidialkabinette zurückgehen, bewirkten erst die komplette Reglementierung des Außenhandels (inklusive Devisenbewirtschaftung) sowie die Bilateralisierung der Außenhandelsbeziehungen eine Verlagerung des Außenhandels vom atlantischen in den (südost-)europäischen Raum, die den deutschen Großraumplänen zugute kommen sollte.
Die Wirtschaft wurde neu organisiert. In allen Bereichen (Industrie, Handwerk, Handel, Landwirtschaft) wurden die Betriebe zu hierarchisch (nach dem Führerprinzip) strukturierten Organisationen auf horizontaler wie auf vertikaler Ebene zusammengeschlossen. Im neuen "Reichsstand der deutschen Industrie" waren die Konzerne tonangebend. Sie profitierten zudem vom fortschreitenden Konzentrationsprozeß in der Wirtschaft, der nicht zuletzt mittels Zwangskartellierungen und Pflichtgemeinschaften vorangetrieben wurde.
Es ist immer wieder versucht worden, das Verhältnis von Industrie und nationalsozialistischer Führung theoretisch zu erfassen. Die Breite der Erklärungsansätze ist groß - allein schon innerhalb der Gruppe der Faschismustheorien.
Sie reicht von der Annahme bestimmter funktioneller und struktureller (Wirkungs-)Zusammenhänge von Politik und Ökonomie (bei gleichzeitiger Vergrößerung des staatlichen Handlungsspielraumes) bis hin zur Annahme einer Interessenidentität zwischen "Monopolkapital" und faschistischer Führung. Im Unterschied zu den Faschismustheorien werden in den Totalitarismustheorien mehr der Zwangscharakter der "Gleichschaltung" und die politische Machtlosigkeit der Wirtschaft hervorgehoben.
Die nationalsozialistische Führung verfügte über keine geschlossene Wirtschaftskonzeption. Sie orientierte sich jedoch an einigen Leitlinien: Beibehaltung des Privateigentums an den Produktionsmitteln (Ausnahme: Arisierung) bei gleichzeitiger Ausschaltung einer freien Arbeitervertretung in den Betrieben zum einen und Ausrichtung der Wirtschaft auf Rüstung und Autarkie im Zeichen expansionistischer Außen-(handels-)politik zum anderen.
Mit diesen Grundlinien der nationalsozialistischen Wirtschaftspolitik stimmten die führenden Unternehmer weitgehend überein, was Konflikte auf konkreter Handlungsebene nicht ausschloß. ...<<
Im Jahre 1933 verloren schon Hunderte von Hochschullehrern, 4.000 Rechtsanwälte, 3.000 Ärzte, 2.000 Beamte sowie etwa 2.000 Schauspieler und Musiker ihre Stellungen, weil sie Juden waren (x062/430). Die Entlassungen bzw. Berufsverbote für jüdische Beamte, Ärzte und Rechtsanwälte galten damals noch nicht für ehemalige jüdische Frontkämpfer des Ersten Weltkrieges.
Im Jahre 1933 verließen rund 37.000 jüdische Emigranten ihre deutsche Heimat (x075/81).
Ende 1933 lebten noch 408.082 deutsche Juden und 94.717 ausländische Juden im Deutschen

Reich (x014/22).
Der deutsche Oberstaatsanwalt Alfred Streim (1932-1996) schrieb später über die "Judenverfolgung" durch die NSDAP in den Jahren 1933-1935 (x051/289-290): >>(Judenverfolgung) ...
Das erste Ausnahmegesetz war dann das Berufsbeamtengesetz vom 7.4.33, nach dem u.a. Beamte nichtarischer Abstammung in den Ruhestand zu versetzen oder (Ehrenbeamte) zu entlassen waren (Arierparagraph).
Ausgenommen hiervon waren auf Wunsch des Reichspräsidenten Hindenburg zunächst Beamte, die bereits seit dem 1.8.14 im Beamtenverhältnis gestanden oder die im Ersten Weltkrieg für Deutschland bzw. seine Verbündeten gekämpft oder deren Väter und Söhne im Weltkrieg gefallen waren.
Als nichtarisch wurden nach der 1. Verordnung zur Durchführung (DVO) vom 11.4.33 angesehen, wer von nichtarischen, insbesondere jüdischen Eltern oder Großeltern abstammte, wobei es genügte, wenn ein Eltern- oder Großelternteil nichtarisch war.
Schon vor Erlaß des Berufsbeamtengesetzes hatten einzelne Länder und Kommunalbehörden (ohne Gesetzesgrundlage) Anordnungen zur Beurlaubung von Beamten getroffen. Während bei den Ländern hiervon überwiegend Richter und Staatsanwälte betroffen waren (Bayern und Preußen 31.3.33), fielen bei den Kommunen unter diese Maßnahme Beamte aller Laufbahnen und jeder (Fach-)Richtung. Darüber hinaus hatten sie häufig willkürliche Amtsenthebungen verfügt oder Beamte so unter Druck gesetzt, daß sie von sich aus ihr Amt niederlegten.
Parallel zu dem Ausnahmegesetz für die jüdischen Beamten wurden Maßnahmen ergriffen, die eine Einschränkung der Tätigkeit in vielen Berufen zum Gegenstand hatten: So wurde z.B. die Neuzulassung nichtarischer Rechtsanwälte ausgeschlossen und die Rücknahme der Zulassung zugelassener (unter gewissen Voraussetzungen) Anwälte gestattet (7.4.33), die Tätigkeit jüdischer Ärzte, Zahnärzte und Zahntechniker bei den Krankenkassen für beendet sowie die Neuzulassung für unzulässig erklärt (22.4.33); Juden erhielten keine Apothekenkonzession (17.4.34) mehr.
Neben den Maßnahmen gegen diese Berufsgruppen begann man mit der Ausschaltung der Juden aus dem Kulturleben. Grundlage hierfür war das "Gesetz über die Errichtung der Reichskulturkammer" vom 22.9.33. Nichtarier wurden in die Kammer nicht aufgenommen.
Während sich die einschränkenden Maßnahmen der Judenverfolgung in den ersten beiden Jahren der nationalsozialistischen Herrschaft im wesentlichen auf bestimmte Berufsgruppen beschränkten, wurden mit Erlaß der sogenannten Nürnberger Gesetze vom 15.9.35, dem "Reichsbürgergesetz" (RBüGes) und dem "Gesetz zum Schutze des deutschen Blutes und der deutschen Ehre" (BlSchGes), die Juden allgemein betroffen. Durch das RBüGes wurden Juden von der Reichsbürgerschaft ausgeschlossen, blieben jedoch deutsche Staatsangehörige.
Nach der "1. DVO zum RBüGes" vom 14.11.35 war nun als Jude anzusehen, wer von mindestens drei der "Rasse" nach volljüdischen Großeltern abstammte und (unter gewissen Voraussetzungen) der von zwei volljüdischen Großeltern abstammende Mischling.
Als Nichtreichsbürgern stand den Juden in politischen Angelegenheiten kein Stimmrecht zu und sie konnten keine öffentlichen Ämter bekleiden. Die noch tätigen jüdischen Beamten und andere im öffentlichen Dienst stehenden Juden waren zu entlassen. Die Ausnahmeregelung für Frontkämpfer und andere privilegierte Juden fiel damit weg. Das BlSchGes verbot die Eheschließung zwischen Juden und Nichtjuden und drohte im Falle der Zuwiderhandlung Zuchthausstrafe an. Untersagt und mit Zuchthaus oder Gefängnis bedroht war ebenfalls der außereheliche Verkehr zwischen Personen dieser Kreise.
Die Nürnberger Gesetze brachten nicht nur die von den Nationalsozialisten angestrebte Trennung zwischen Juden und Nichtjuden; sie waren in der Folgezeit auch die Grundlage für den systematischen Ausschluß der Juden aus der staatlichen Gemeinschaft. Von der Ausschaltung der Juden aus dem Wirtschaftsleben nahmen die Machthaber zunächst noch Abstand.

Zwar hatten jüdische Gewerbetreibende und Unternehmer verschiedentlich unter Einschränkungsmaßnahmen zu leiden (z.B. Aufruf der Parteileitung der NSDAP vom 29.3.33 zum planmäßigen Judenboykott) und in Einzelfällen war es auch schon zur Ausschaltung aus ihrem Tätigkeitsgebiet gekommen (z.B. Waffenherstellung, -reparatur und -handel; Versteigererergewerbe); aus Gründen eines störungsfreien wirtschaftlichen Wiederaufbaus ließ man sie fürs Erste unbehelligt. ...<<

Prof. Dr. Reinhart Beck schrieb später über die Verwirklichung der NS-Pläne (x051/406):

>>(Nationalsozialismus) ... Was den Nationalsozialismus aber v.a. vom übrigen europäischen Faschismus (auch vom italienischen) unterscheidet, ist die geradezu brutale Folgerichtigkeit, mit der er von 1933 an sein politisches Programm (mit Ausnahme des Antikapitalismus) verwirklichte:

1) Die völlige Zerstörung der parlamentarischen Demokratie, die Beseitigung des Rechtsstaates und der Aufbau einer totalitären Diktatur, d.h. eines nach dem Führerprinzip gestalteten Einparteienstaates der NSDAP mit dem "Führer und Reichskanzler" Hitler an der Spitze, war schon Mitte 34 im Wesentlichen abgeschlossen (Gleichschaltung).

Fast alle Deutschen waren in der NSDAP (1935 rund 2,5 Millionen Mitglieder) und/oder in den ihr angeschlossenen Verbänden total erfaßt, durch die Organe der Staatssicherheit (insbesondere den Sicherheitsdienst der SS) einer fast lückenlosen politischen Kontrolle unterworfen und völlig auf die politischen Ziele des nationalsozialistischen Regimes ausgerichtet.

Die Gegner des Nationalsozialismus waren zum Großteil ins Ausland geflohen, inhaftiert (schon Ende Februar 33 Errichtung der ersten Konzentrationslager) oder getötet, die innerparteilichen Konkurrenten Hitlers, v.a. die in der SA (Röhm-Affäre), ausgeschaltet worden.

Durch die Propaganda der jetzt staatlich gelenkten Medien (Presse, Rundfunk), die ständigen Massenveranstaltungen der NSDAP und ihrer Verbände und die v.a. auf den jährlich in Nürnberg stattfindenden Reichsparteitagen entfalteten Rituale und schließlich auch durch gelenkte Volksabstimmungen, mit denen Hitler und seine Regierung wichtige politische Maßnahmen scheindemokratisch legitimieren ließen, wurde die Fiktion einer unter der Führung Hitlers geeinten "Volksgemeinschaft" ständig neu erzeugt und aufrechterhalten. –

2) Die Judenverfolgung mündete in den Völkermord der Endlösung. Ein ähnliches Schicksal erlitten andere "rassisch minderwertige" Bevölkerungsgruppen, so die "Zigeuner" und die geistig Behinderten (Euthanasie). –

3) Der Vorbereitung eines Angriffskrieges zur "Eroberung neuen Lebensraumes im Osten und dessen rücksichtsloser Germanisierung" (Hitler am 3.2.33 vor Reichswehrgenerälen) dienten die bereits Ende 33 begonnene, zunächst geheime Aufrüstung, der Austritt des Deutschen Reiches aus dem Völkerbund und der internationalen Abrüstungskonferenz (Oktober 33) sowie – unter Bruch des Versailler Vertrages – die Wiedereinführung der allgemeinen Wehrpflicht (März 35) und die Rheinlandbesetzung (März 36).

Am 5.11.37 gab Hitler vor den Oberbefehlshabern der Wehrmacht seine Absicht, einen Angriffskrieg zu entfesseln, offen zu Protokoll (Hoßbach-Niederschrift) und entlarvte damit seine wiederholten öffentlichen Friedensbeteuerungen als Lüge. Am 1.9.39 begann mit dem Überfall auf Polen der Zweite Weltkrieg. –

4) Schon vor Kriegsbeginn hatte das nationalsozialistische Deutschland wesentliche Teile des Versailler Vertrages "revidiert", war durch die Rückgliederung des Saarlandes (Januar 35), den Anschluß Österreichs (März 38) und des Sudetenlandes (Oktober 38) ans Deutsche Reich dem Ziel der Schaffung eines "großdeutschen" Staates nahe gekommen; durch die faktische Angliederung der zum Protektorat Böhmen und Mähren ernannten sogenannten Resttschechei (März 39) war dieser über die Grenzen der deutschen Nationalität hinaus ausgeweitet, nach der Eroberung des westlichen Polens (Oktober 39) die Bildung des Großdeutschen Reiches abgeschlossen.

Der vom Nationalsozialismus entfesselte Weltkrieg endete mit der völligen Niederlage Deutschlands und der Bedingungslosen Kapitulation seiner Truppen am 7./8.5.45. Deutschland wurde von den Alliierten besetzt, die NSDAP mitsamt ihren Gliederungen und angeschlossenen Verbänden durch das Gesetz Nr. 2 des Alliierten Kontrollrats vom 10.10.45 verboten und aufgelöst; ihre Mitglieder (1945 rund 8,5 Millionen) und Sympathisanten wurden einem Entnazifizierungsverfahren unterzogen, die nationalsozialistischen Kriegsverbrecher angeklagt und verurteilt (Nürnberger Prozesse).
Mit Ausnahme der tatsächlich fast völligen Vernichtung des europäischen Judentums hat so Hitler keines seiner politischen Ziele erreicht. Die bis heute nachwirkenden Ergebnisse und Folgen des Nationalsozialismus sind vielmehr
das Ende eines gesamtdeutschen Staates, der Aufstieg der Sowjetunion zur Weltmacht, die Sowjetisierung Ost- und Ostmitteleuropas und die Teilung Europas in ein kommunistisch regiertes Ost- und ein demokratisches Westeuropa.
Im Neonazismus lebte der Nationalsozialismus in der Bundesrepublik Ende der 40er/Anfang der 50er Jahre weiter und seit Ende der 70er Jahre wieder auf, bisher freilich ohne wesentliche politische Bedeutung.<<
Im Winter 1932/33 verhungerten durch Stalins Zwangskollektivierung in der fruchtbaren Ukraine ("osteuropäische Kornkammer") etwa 6 bis 7 Millionen Ukrainer und starben vielfach unter grauenvollen Umständen (x046/190, x075/93, x087/71).
Alfred Grosser (französischer Politologe und Publizist) schrieb später über die Hungerkatastrophen 1932/33 in der Ukraine (x075/92-93): >>... Das Verbrechen, das am ehesten die Bezeichnung Genozid verdient, war sicher das an den Ukrainern zwischen 1930 und 1932.
Die Behandlung, der die Ukraine ausgesetzt war – "verschleierter Holocaust", "Holocaust durch Hunger" -, war grundsätzlich anderer Art als diejenige, die die sowjetische Gesamtbevölkerung unter der Bezeichnung "Kulakenvertreibung" erfuhr.
Dieses Verbrechen wurde aber so geschickt verschleiert, so erfolgreich totgeschwiegen, daß es erst nach mehreren Jahrzehnten wirklich in die Geschichte aufgenommen wurde: Selbst die besten Bücher über den Genozid im 20. Jahrhundert schweigen sich darüber aus.
... Es ging ganz einfach darum, auf brutale Weise zu verhindern, daß die Ukraine mit der 1921 grundsätzlich eröffneten Möglichkeit, einen eigenen nationalen bzw. regionalen Weg zum Sozialismus zu beschreiten und auch das Ukrainische als Amtssprache zu benutzen, Ernst zu machen versuchte.
In dem Agrarland Ukraine deckte sich die nationale Frage mit der Bauernfrage, so daß es am 25. Dezember 1929 zu folgender Entscheidung der Ukrainischen Kommunistischen Partei kam: 1930 sollte nur ein Fünftel der Landwirtschaft kollektiviert werden.
Ein paar Tage später kam aus Moskau der Befehl, innerhalb von drei Jahren hundertprozentig zu kollektivieren. Unter der Aufsicht von 100.000 von außerhalb zugezogenen Beamten wurden bis Ende 1930 siebzig Prozent der Betriebe auf Kolchosen umgestellt, während man die Ukrainer zugleich zwang, einen Großteil der Ernteerträge in die anderen Sowjetrepubliken auszuführen. Die Reserven wurden geplündert, einschließlich des Saatgutes, von dem sich auch die Hungernden ernährten; Getreideanbau war somit nicht mehr möglich.
Viele Ukrainer versuchten zu fliehen, andere suchten jenseits der Grenze nach Nahrung, aber die Grenze war geschlossen und wurde militärisch bewacht. Kein Grenzübertritt ohne Sondergenehmigung, keine Einfuhr von Nahrungsmitteln, obwohl die Dörfer jenseits der Grenze genügend Vorräte hatten.
Unter den etwa 7 Millionen Toten, die dieser organisierten Hungersnot zum Opfer fielen, waren – weniger überlebensfähig als die Erwachsenen – drei Millionen Kinder. Eine weitere Million Ukrainer, als Kulaken abgestempelt, wurde verschleppt, unter anderem nach Kolyma.
Vielleicht lag keine Absicht vor, die Ukrainer vollständig zu vernichten, zumindest aber gab

es den Entschluß, eine große Anzahl von ihnen umkommen zu lassen. Und auf jeden Fall sollten alle Eliten beseitigt werden, wie es später auch im Baltikum und in Polen geschah. ...<<
Der französische Historiker Nicolas Werth schrieb später über die große Hungersnot in der Ukraine und im Nordkaukasus 1932/33 (x265/183-184): >>... Unter Drohungen, ja sogar Folter, wurden die Landwirte gezwungen, ihre gesamten mageren Vorräte anzuliefern und hatten weder die Mittel noch die Möglichkeit, sich irgend etwas zu kaufen.
So waren Millionen von Bauern aus den reichsten Agrargebieten der Sowjetunion dem Hunger ausgesetzt und hatten keine andere Möglichkeit, als in die Städte zu ziehen. Deshalb führte die Regierung am 27. Dezember 1932 den Inlandspaß und die Zwangsregistrierung für alle Stadtbewohner ein. Die Absicht war, die Landflucht zu begrenzen, "das soziale Schmarotzertum auszumerzen" und "die kulakische Unterwanderung der Städte zu bekämpfen".
Im Blick auf die Massenflucht der um ihr Überleben kämpfenden Bauern gab die Regierung am 22. Januar 1933 ein Rundschreiben heraus, das für Millionen Hungernde den sicheren Tod bedeutete. Das von Stalin und Molotow unterzeichnete Schreiben befahl den Lokalbehörden und insbesondere der GPU, "die Massenabwanderung der ukrainischen und nordkaukasischen Bauern in die Städte" zu verbieten. "Die konterrevolutionären Elemente sind zu verhaften, und die übrigen Flüchtlinge in ihre Wohnorte zurückzubringen."
Das Rundschreiben hatte folgende Erklärung für die Lage: "Das Zentralkomitee und die Regierung haben Beweise dafür, daß die Massenflucht der Bauern von den Gegnern der Sowjetmacht, den Konterrevolutionären und den polnischen Agenten, organisiert worden ist. Ihr Ziel ist eine Propaganda gegen das Kolchosesystem im besonderen und der Sowjetmacht im allgemeinen."
In allen von der Hungersnot betroffenen Gebieten wurde der Verkauf von Bahnfahrkarten sofort eingestellt; von den Sondereinheiten der GPU errichtete Kontrollsperren sollten die Bauern daran hindern, ihre Distrikte zu verlassen. Anfang März 1933 meldete ein Bericht der politischen Polizei, daß im Rahmen der Operationen gegen die Abwanderung der Bauern in die Städte innerhalb eines Monats 219.460 Personen aufgegriffen worden seien. 186.588 von ihnen seien "in ihre Heimatregion zurückgebracht", die anderen festgenommen und verurteilt worden. Aber über den Zustand der aus den Städten Vertriebenen schweigt der Bericht.
Hierzu ein Augenzeugenbericht des italienischen Konsuls von Charkow, das mitten in den von der Hungersnot betroffenen Regionen liegt:
"Seit einer Woche wurde ein Dienst organisiert, um die ausgesetzten Kinder einzusammeln. Denn neben den Bauern, die in die Städte strömten, weil sie auf dem Lande keine Möglichkeit mehr zum Überleben haben, gibt es auch Kinder, die hierhergebracht und dann von den Eltern, die zum Sterben in ihre Dörfer zurückkehren, in der Hoffnung ausgesetzt werden, daß irgend jemand in der Stadt sich ihrer Nachkommenschaft annimmt. Seit einer Woche hat man ... (Frauen) organisiert, die in weißen Blusen durch die Stadt patrouillieren und die Kinder zum nächstgelegenen Polizeiposten bringen. ...
Gegen Mitternacht bringt man sie in Lastwagen zum Güterbahnhof von Severo Donetz. Auch die in den Bahnhöfen und Zügen aufgelesenen Kinder und die tagsüber in der Stadt aufgegriffenen Bauernfamilien und älteren Einzelpersonen werden dort zusammengetrieben. Das Sanitätspersonal ist mit der "Selektion" beauftragt. Diejenigen, die noch nicht aufgedunsen sind und eine Chance zum Überleben haben, kommen in die Backenlager von Holodnaja Gora, wo ein Volk von 8.000 Seelen, meistens Kinder, auf den Strohlagern der Lagerhallen mit dem Tode kämpft. ...
Die Aufgedunsenen werden mit Güterzügen aufs Land hinausgefahren und 50 bis 60 Kilometer hinter der Stadt ausgesetzt, wo sie sterben, ohne daß man sie sieht. ... Sofort nach der Ankunft an den Stellen, an denen entlassen wird, werden große Gruben ausgehoben, und die Toten aus den Waggons herausgeholt."

Auf dem Lande erreichte die Sterblichkeitsrate im Frühjahr 1933 ihren Höhepunkt. Zum Hunger kam der Typhus; in Ortschaften, in denen ursprünglich mehrere Tausend Menschen lebten, zählte man nur ein paar Dutzend Überlebende. In den Berichten der GPU werden Fälle von Kannibalismus erwähnt. Auch die in Charkow sitzenden italienischen Diplomaten schreiben davon:
"Jede Nacht werden in Charkow 250 Leichen eingesammelt, Verhungerte und Typhustote. Wie man feststellte, hatten viele von ihnen keine Leber mehr. Sie schien durch einen großen Schnitt in das Fleisch herausgerissen worden zu sein. Die Polizei stieß schließlich auf einige mysteriöse "Amputierer", die zugaben, mit diesem Fleisch die Füllung der Pirojiki (kleine Pasteten) zubereitet zu haben. Die Pirojiki hatten sie anschließend auf dem Markt verkauft. ...<<
Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete später (am 26.07.2008) über Stalins Völkermord an den Ukrainern 1932/1933 (x887/...): >>**Große Hungersnot in der Kornkammer**
Kiew nimmt es Moskau übel, daß es den Völkermord Stalins an den Ukrainern 1932/1933 leugnet
Die Angst vor dem Hungertod ist tief eingebrannt in das kollektive Gedächtnis der Menschen in der Ukraine. In dem Land, in dem der Boden von sprichwörtlicher Fruchtbarkeit ist, starben in den Jahren 1932/1933 sechs Millionen Menschen den Hungertod. Als "Golodomor" bezeichnen die Ukrainer diesen Genozid. Sie sind überzeugt, daß dieser millionenfache Hungertod willentlicher Völkermord Stalins war.
Präsident Viktor Juschtschenko brachte einen Gesetzentwurf ein, nach dem die große Hungersnot als Genozid am ukrainischen Volk anerkannt wird. Doch als jetzt vor einer Woche das Thema zum 75. Jahrestag auf die Tagesordnung der 62. UN-Vollversammlung gesetzt werden sollte, da scheiterten die Antragsteller am Einspruch des russischen UN-Botschafters.
Nach dem Polnisch-Ukrainischen Krieg wurde die Ukraine zwischen Polen und der Sowjetunion aufgeteilt, 1922 offiziell mit ihrem mittleren und östlichen Teil der Sowjetunion einverleibt. Nach der Zwangskollektivierung wurden die Bauern verpflichtet, einen vorgegebenen Prozentsatz ihrer Ernte an den Staat zu liefern. Anfangs betrug diese Quote 30 Prozent, 1931 wurde sie bei Getreide auf 40 Prozent erhöht.
Teilweise lagen die Quoten auch deutlich höher. Die Bauern, denen unter diesen Umständen kaum die Saat für das kommende Jahr, das Futter für das Vieh und das Mehl für das eigene Brot blieb, widersetzten sich. Sie versuchten einen Teil ihrer Ernte zu verstecken. Kommunistische Stoßbrigaden zogen über das Land und requirierten mit Härte.
Nach dem 1932 erlassenen "Ährengesetz" konnte "Diebstahl oder Verschwendung sozialistischen Eigentums" mit zehn Jahren Gefängnis und auch mit der Todesstrafe geahndet werden. In eineinhalb Jahren wurden 125.000 Menschen nach diesem Gesetz verurteilt, meist, weil sie Weizen- oder Kornähren von den Feldern gestohlen hatten. 5.400 Todesurteile wurden ausgesprochen. Trotz dieser drakonischen Maßnahmen blieb der Einzug von Getreide weit hinter dem Plan zurück. Eine vom Kreml in die Ukraine entsandte Sonderkommission versuchte mit einer Verhaftungswelle den Widerstand zu brechen.
Gleichzeitig wurden der Landbevölkerung lebensnotwendige Güter entzogen. Auf dem Land von der Versorgung abgeschnitten, versuchten die Menschen in die Städte zu fliehen. Als Reaktion wurden ein Inlandpaß und eine Meldepflicht für die Städte eingeführt. Menschen, denen die Flucht in eine Stadt gelungen war, wurden aufgegriffen und wieder auf das Land deportiert. In ihrer Not hatten Eltern Tausende von Kindern in die Städte gebracht. Sondereinheiten machten Jagd auf solche Kinder und setzten die verhungernden Kinder zum Sterben auf freiem Feld aus.
Zur gleichen Zeit exportierte die Sowjetunion 1,8 Millionen Tonnen Getreide. Das Ausland

wußte zwar um die Not in der Ukraine, kümmerte sich aber wenig darum. Oder ließ sich täuschen, wie der französische Abgeordnete Édouard Herriot, der 1933 schwärmte: "Ich habe die Ukraine durchquert und kann nur bestätigen, daß ich sie wie einen Garten mit vollem Ertrag erlebt habe."
Seine Gastgeber hatten ihn auf eine Route mit Musterkolchosen geschickt.
Für die Ukrainer aber ist das Sterben während der Hungersnot heute noch wie erlebte Vergangenheit. Und Grund, den Preis für Getreide staatlich festzulegen.<<
Die deutsche Publizistin Vera Lengsfeld berichtete später (im Juli 2019) über die Hungerkatastrophe in der Ukraine (x1.089/…): >>**Roter Hunger - Stalins Krieg gegen die Ukraine**
Autor: *Vera Lengsfeld*
Es gibt Bücher, die zu lesen es viel Überwindung kostet. Bei der Lektüre von Anne Applebaums "Roter Hunger" mußte ich mich mehrmals zwingen, weiterzumachen. Was hier über die politisch inszenierte und exekutierte Hungerkatastrophe in der Ukraine Anfang der 30er Jahre des totalitären 20. Jahrhunderts geschrieben wird erfordert starke Nerven und einen ebensolchen Magen. Aber ich sagte mir immer wieder, daß, was Menschen erleiden mußten, ich es wenigstens zur Kenntnis nehmen muß. Wir müssen in den Abgrund blicken, um Mittel zu finden, nicht endgültig in ihm zu versinken.
Die Ukraine ist Teil Europas und ihr Schicksal ist eng mit der europäischen Geschichte verknüpft. Wer die heutigen Konflikte um die Ukraine verstehen will, muß diese Geschichte zur Kenntnis nehmen.
Während eines großen Teils der Geschichte war das Gebiet, das wir heute Ukraine nennen, was im russischen und im polnischen Grenzland bedeutet, eine Kolonie anderer europäischer Mächte. Seit dem späten Mittelalter gibt es eine ukrainische Sprache, eine ukrainische Küche, Sitten, Bräuche, Legenden und Helden wie Bösewichte. Im 18. und 19. Jahrhundert bildete sich, wie bei anderen europäischen Völkern ein Nationalbewußtsein heraus. Aber fehlende natürliche Grenzen verhinderten lange die Bildung eines eigenen Staates.
Das gelang erstmals in der ukrainischen Revolution 1917, die eine Ukrainische Volksrepublik innerhalb der Russischen Föderation hervorbrachte. Diese Republik war den Bolschewisten von Anfang an ein Dorn im Auge. Sie starteten im Januar 1918 ihren ersten Angriff. Von da an gab es eine fast ununterbrochene ukrainische Nationalbewegung gegen die Bolschewiki. Diese Bewegung war selbst sozialistisch, wollte aber einen eigenständigen Weg. Um die lange Geschichte des Bürgerkrieges kurz zu fassen, kann man sagen, daß es in der Ukraine den heftigsten und längsten Widerstand gegen die Bolschewisten gab.
Neben ihrem nationalen Vorurteil hatten die Bolschewiki auch besondere politische Gründe, die ukrainische Unabhängigkeit abzulehnen. Hier lebten hauptsächlich Bauern und laut marxistischer Theorie waren die Bauern zweifelhafte Elemente.
Hinzu kam, daß die Bolschewiki den Zusammenhang zwischen Ernährung und Macht sehr gut kannten. Sie betrachteten Lebensmittel, wie heute noch die koreanischen Herrscher, als Waffe. Erstmals wurde diese Waffe im "Kriegskommunismus" eingesetzt. Im Mai 1918 rief der Rat der Volkskommissare eine "Ernährungsdiktatur" aus, stellte eine "Ernährungsarmee" auf und rief den Kampf an der "Ernährungsfront" aus. Hier finden sich alle Elemente des künftigen Holodomor. Der brutalste Ernährungskrieger war Stalin, der mit 450 Rotarmisten nach Zarizyn, heute Wolgograd fuhr und dort mit solcher Härte Getreide beschaffte, daß Leo Trotzki bei Lenin auf Stalins Abberufung drängte.
Lenin folgte Trotzkis Argumenten und holte Stalin zurück. Stalin empfand sein Wirken in der Stadt aber so wichtig, daß er später ihre Umbenennung in Stalingrad verfügte.
Als die Bolschewiki den Bürgerkrieg gewonnen hatten, begannen sie umgehend, ihre Vorstellungen von Landwirtschaft durchzusetzen. Der Kampf gegen die Kulaken wurde ausgerufen, der später in der Liquidierung der Menschen endete, die als Kulaken eingestuft wurden.

Wer waren die Kulaken? Es handelt sich hier um eine Begriffsschöpfung, die im Verlauf der Entkulakisierung immer mehr erweitert wurde. Im August 1929 erließ der ukrainische Rat der Volkskommissare ein Dekret, welches "Kulakenhöfe" definierte: Höfe, auf denen regelmäßig Saisonarbeiter angestellt wurden, zu denen eine Mühle, eine Gerberei, Ziegelei gehörten und deren Besitzer regelmäßig Gebäude oder landwirtschaftliche Geräte mieteten.
Bald fielen darunter aber auch Bauern, auf die das alles nicht zutraf, die aber trotzdem enteignet wurden. Sie wurden als Podkulaschniki, Unterkulaken bezeichnet. Es genügte, einmal eine Unzufriedenheit geäußert zu haben. Auf den Höhepunkt des Holodomor 1932 wurde allen Bauern alles weggenommen, auch das Saatgut und die Vorräte für den eigenen Verbrauch.
Die erste Hungersnot ereignete sich Anfang der Zwanzigerjahre. Sie unterschied sich grundsätzlich vom Holodomor. Das Regime gab zu, daß es eine Hungersnot gab, und ließ internationale Hilfe zu. Auslöser der Katastrophe waren das Scheitern des Kriegskommunismus und der ersten Welle der Kollektivierung der Landwirtschaft. Um diese Krise zu beenden, erfand Lenin die "Neue Ökonomische Politik", die wieder private Initiative und Handel zuließ. Der Erfolg der NEP zeigte, daß auch eine gefesselte rudimentäre Marktwirtschaft viel Kraft entfaltet. Der Hunger hörte schnell auf, aber die Bolschewiki lernten nicht aus ihren Fehlern, sondern wiederholten sie unter Stalin in verschärfter Form.
Was wir heute als Holodomor bezeichnen, die politisch organisierte und exekutierte Aushungerung der ukrainischen Bauernschaft begann Anfang der 30er Jahre mit der zweiten Kampagne zur Kollektivierung der Landwirtschaft. Stalin und seine Sowjetführung führten "außerordentliche Maßnahmen", d.h. den Ausnahmezustand ein. Die Gewalt, die Stalin zehn Jahre zuvor in Zarizyn angewandt hatte, kam in der Sprache des Kriegskommunismus zurück. Seine Kollektivierungspolitik war das ideologische Werkzeug, das Stalin zum unangefochtenen Führer der KPdSU machte. Er entledigte sich erst der "Linksabweichler" wie Trotzki, nach dem Holodomor beseitigte er die "Rechtsabweichler" wie Bucharin.
In der ersten Welle der Kollektivierung ging es darum, die Bauern durch immer höhere Abgaben zum Aufgeben und Übertritt in die Kolchosen zu bewegen. Als das nicht zum gewünschten Ergebnis führte, begann die Vertreibung der Kulaken aus ihrem Besitz und die Deportationen.
Manchmal konnten die Kulaken in ihrer Region bleiben, aber sie durften sich nur auf den schlechtesten Böden niederlassen. Die meisten aber wurden umgesiedelt, nach Sibirien oder nach Mittelasien. Mit diesen Kulakentransporten begann die Entwicklung des Gulag, des Zwangsarbeitslager-Systems. Die Deportationen fanden mit großer Brutalität statt. Applebaum schildert, daß auch Babys nackt ausgezogen und mit ihren ebenfalls nackten Müttern im Schnee ausgesetzt wurden, während man ihr Haus plünderte.
Verantwortlich dafür waren die Trupps der 25.000, Komsomolzen aus der Stadt, ländliches Lumpenproletariat und Kriminelle, die auf Anweisung der Partei die Entkulakisierung ausführten. Ein im Westen bekannter Entkulakisierer war der spätere Dissident Lew Kopelew, der im Alter tief beschämt war, wenn er an seine Beteiligung zurückdachte. Er konnte es nicht mehr fassen, daß er so mitleidlos, weil ideologisch verblendet war. Auch Wassili Grossman, der später als Kriegsberichterstatter berühmt wurde und der bewegende Romane über den Kampf der Roten Armee verfaßte, gehörte zu diesen Trupps.
"Ich bin nicht mehr behext und sehe die Menschen. Warum war ich wie Eis? Die Menschen haben doch so gelitten und was wurde ihnen nicht alles angetan! Aber immer wieder hieß es: Das sind keine Menschen, das ist Kulakenpack."
Natürlich konnten diese Zustände nicht verborgen bleiben. Es gab immer wieder Genossen, die es wagten, ihm das Elend zu schildern. Schließlich hielt es Stalin für notwendig, Stellung zu nehmen. In einem Prawda-Artikel schob er den Akteuren vor Ort die Schuld an allen Exzessen zu. Sie hätten, trunken von ihren Erfolgen, das richtige Maß verloren. Es sei die Auf-

gabe der Partei, diese gefährlichen und schädlichen Tendenzen "auszumerzen".
Wer sich nun eine Änderung der Politik erhofft hatte, lag nicht falsch, aber es war eine Veränderung zum Schlimmeren. Am 18. November 1932 wurde eine Resolution verabschiedet, nach der "die vollständige Erfüllung der Getreideabgabepläne erste Pflicht" sei, der alles untergeordnet werden müsse, einschließlich der Saatgutreserven, des Viehfutters und der Lebensmittelrationen. Danach wurden die Dörfer von der Geheimpolizei abgeriegelt und den Bauern alles weggenommen.
Die dritte Terrorwelle im Holodomor war auf die vollständige Vernichtung der Bauern durch Hunger ausgerichtet. Die Grenzen der Ukraine wurden abgesperrt, um die Flüchtlinge zu stoppen. Bauern, die es in die Städte geschafft hatten, in der Hoffnung, etwas zum Essen zu ergattern, wurden eingefangen und zurück in ihre Dörfer gebracht. Selbst etwas zu kaufen, wurde ihnen nicht gestattet. Sie waren in den Menschenschlangen, die nach Brot anstanden, leicht an ihren Lumpen zu erkennen. Sie wurden rausgezerrt, auf LKWs verladen und zum Schluß, als sie schon schwach genug waren, einfach in eine Schlucht gekippt, wo sie verendeten.
Die Trupps, die durch die Dörfer zogen, requirierten nicht mehr, sie vernichteten alle Lebensmittel, die sie fanden. Sie waren mit langen Eisenstangen bewaffnet, die sie in Wände, Öfen, Böden stachen, um versteckte Lebensmittel zu finden. Sie holten Brote aus den Öfen, nahmen Suppen vom Feuer und kippten sie aus. Sie bezogen auf Hügeln Stellung, um zu beobachten, ob aus einem Schornstein Rauch aufsteigt, weil gekocht wurde. Zum Schluß war jeder verdächtig, der noch lebte. "Warum seid ihr noch nicht tot?" schreien sie, wenn sie Menschen noch am Leben fanden, denen sie doch bereits alles weggenommen hatten.
Das alles hatte nichts mehr mit Nahrungsmittelbeschaffung zu tun, sondern mit bloßer Vernichtung. Wie es diese Komsomolzen fertig brachten, Menschen so in den Tod zu treiben, ist ein Phänomen, das zeigt, wie weit Ideologien entmenschlichen können. Natürlich waren es nicht die Komsomolzen allein. Sie hatten willige Helfer unter den Ukrainern. Applebaum schreibt, daß etwa die Hälfte dieser ukrainische Helfer selbst verhungerte, weil man ihnen nicht den versprochenen Anteil an requirierter Nahrung ließ, sondern ihnen ihre Beute vollständig abnahm.
Am Ende waren die Menschen so erschöpft, daß jeder Widerstand aufhörte.
Wer sich der Aushungerung der effektivsten Bauern entgegenstellte, auch nur leise Kritik anmeldete, oder als ineffizient bei der Ausführung der Befehle betrachtet wurde, geriet in die stalinsche Vernichtungsmaschinerie. Davon war Stalins eigene Familie nicht ausgenommen. Als ersten traf es Stalins Schwager Stalislaw Reddens, der Chef des ukrainischen Geheimdienstes. Er wurde auf Stalins Befehl abgesetzt und erschossen.
Seine Witwe erfuhr erst in der Chruschtschow-Ära von seinem Tod. Stalins Frau Nadeshda Allilujewa, die von Kommilitonen des Moskauer Technikums erfuhr, was sich in der Ukraine abspielte, verübte Selbstmord.
Es gibt keine verläßlichen Zahlen, wie viele während des Holodomor verhungert sind. Die Angaben schwanken zwischen 4 und 10 Million. Während die Menschen verhungerten, exportierten die Sowjets Getreide, Fleisch, Obst, Gemüse und andere Lebensmittel.
Mindestens ebenso viel Energie wie in die Entkulakisierung steckte die Partei in die Kampagne zur Vertuschung des Holodomor. Obwohl hunderttausende zum Skelett abgemagerte Menschen die Bahnhöfe, Bahnstrecken und Städte bevölkerten, kamen die Bolschewiki mit ihrer Leugnung durch. Das gelang, weil die Intellektuellen in der Sowjetunion schwiegen und es willige Helfer im Westen gab, wie der New York Times-Journalist Walter Duranty, der in einem wirksamen Artikel die Berichte über die Verhungernden in der Ukraine für unglaubwürdig erklärte. Erst nach dem Ende der Sowjetunion war es möglich, Licht in dieses dunkle Kapitel der Geschichte zu bringen.

Anne Applebaums Buch ist ein unverzichtbarer Beitrag.<<
Nach Hitlers Machtübernahme nahmen Staatschef Pilsudski und Außenminister Jozef Beck (1894-1944) im Jahre 1933 frühzeitig Kontakte mit dem NS-Reich auf. Die polnisch-deutschen Gespräche und Vereinbarungen unterstützten Hitlers Pläne und störten gleichzeitig das französisch-polnische Bündnissystem.
Das deutsche Nachrichtenmagazin "COMPACT-Geschichte" Nr. 8 berichtete später (im Oktober 2019) über das Schicksal der Volksdeutschen bis 1933 in Polen (x358/12-15): >>**Das Leid im Osten**
_ *von Rüdiger Lenhoff*
Nach dem Diktatfrieden von Versailles waren zahlreiche Deutsche in Posen, Westpreußen und Oberschlesien Repressionen durch Polen ausgesetzt. Dabei kam es zu furchtbaren Verbrechen.
… **Polnische Chauvinisten**
Der Versailler Vertrag hatte bei der Festlegung der deutsch-polnischen Grenze die Frage der Volkszugehörigkeit der ansässigen Bevölkerung weitgehend ignoriert. Ohne Referenden wurde der größte Teil Westpreußens, der Provinz Posen und ein kleiner Teil Ostpreußens (das Gebiet von Soldau) per Federstrich an Polen abgetreten. Unter Protest der deutschen Bevölkerung wurde Danzig als sogenannte Freie Stadt unter die Kontrolle des Völkerbundes gestellt und den Polen ein Katalog mit Sonderrechten gewährt.
Bei der Volkszählung 1923 hatten 97,6 Prozent der Danziger Deutsch als Muttersprache angegeben. Wo Volksabstimmungen stattfanden, stimmte die Mehrheit für die staatliche Zugehörigkeit zu Deutschland. So votierten am 11. Juli 1920 im ostpreußischen Abstimmungsbezirk Allenstein 97,9 Prozent und im westpreußischen Bezirk Marienwerder 92,8 Prozent für den Verbleib im Reich.
Schnell zeigte sich, daß die Regierung in Warschau den Minderheitenschutzvertrag mißachtete, den sie am 28. Juni 1919 in Versailles unterzeichnet hatte - und ohne dessen Annahme es die deutschen Gebiete nicht zugesprochen bekommen hätte. Selbst ein ausgewiesener Deutschenhasser wie Clemenceau sah sich daraufhin veranlaßt, den polnischen Ministerpräsidenten Ignacy Jan Paderewski auf die Bedeutung der Volksgruppenrechte hinzuweisen.
Trotz der Zusicherung ethnischer Minderheitenrechte und massiver Gebietszuwächse im Westen dachten viele Polen gar nicht daran, sich mit dem Status quo abzufinden. Es gab keine Spur von Dankbarkeit gegenüber Deutschland, das am 5. November 1916 zusammen mit Österreich-Ungarn ein selbständiges Polen ausgerufen hatte. Im November 1918 übernahm Jozef Pilsudski die vollziehende Gewalt in dem neu geschaffenen Staat, der zunächst aus dem historischen Kongreßpolen und Westgalizien bestand. Mit seiner Proklamation zum Staatsoberhaupt begann Pilsudskis erste Präsidentschaft.
Im Januar 1919 ernannte er Paderewski vom Polnischen Nationalkomitee zum Ministerpräsidenten. In dieser Funktion führte der Pianist zusammen mit dem deutschfeindlichen Nationalisten Roman Dmowski die polnische Delegation auf der Pariser Friedenskonferenz 1919 und unterzeichnete den Versailler Vertrag.
Nach einer Rede Paderewskis in der deutschen Provinz Posen und einem Treffen mit dem chauvinistischen früheren Reichstagsabgeordneten Wojciech Korfanty begann dort am 27. Dezember 1918 der großpolnische Aufstand. Sein Ziel war die Abtrennung Posens vom Deutschen Reich. Bereits im Oktober hatte Korfanty im Parlament für den Anschluß deutscher Ostgebiete an Polen plädiert.
Der Aufstand der Separatisten konnte von deutschen Grenzschutzverbänden zwar gestoppt werden. Am 16. Februar 1919 verfügten die Westalliierten jedoch einen Waffenstillstand und legten eine Demarkationslinie zur Teilung der Provinz vor, die fast vollständig Polen zugeschlagen wurde.

Terror gegen Deutsche

Die deutsche Minderheit in Polen - zunächst gut zwei Millionen Menschen - nimmt bis 1923 auf 1,2 Millionen ab. Als erstes inhaftiert man 16.000 Deutsche als Staatsfeinde in zwei Konzentrationslagern im Posener Gebiet. Ab 1922 werden die Deutschen ausgewiesen, die nach 1908 ins Land gekommen sind. Die Geschehnisse in Posen 1918/19 boten einen Vorgeschmack auf den Alltagsterror gegen Deutsche in den Polen zugesprochenen Gebieten.

Der Jäger Friedrich Stümmels von der 1. Kompanie des Jäger-Bataillons 10 schilderte vor einem Amtsgericht unter Eid, was er nach seiner Gefangennahme beobachtete: "In einer Zelle befanden sich zwei Kriegsgefangene, der Uniform nach Artilleristen.

Am 26. Februar nachmittags hörte ich, wie die beiden aus ihren Zellen herausgebracht wurden. Bald darauf hörte ich sie sehr schreien. Der eine schrie: "Laßt mir meine Augen!", der andere schrie: "Mein Ohr!" Durch den Türspalt sah ich, daß etwa 15 polnische Soldaten sich in zwei Reihen aufgestellt hatten und bemerkte, daß der eine Gefangene mit bloßem Körper und am Ohr blutend durch die Reihe schnell hindurchlief. Er blutete sehr stark, das Blut lief ihm seitlich am Kopf herunter. Die beiden Gefangenen kamen nicht in die Zellen zurück. Ich nehme an, daß sie von den Polen getötet worden sind."

Selbst Zivilisten waren schwersten Mißhandlungen durch die Aufständischen ausgesetzt, die offenbar keinerlei Sanktionen der Westmächte fürchteten. Während des Posener Aufstandes waren Plünderungen, Eigentumszerstörungen, Vergewaltigungen, Erschießungen, Folterungen und Verschleppungen an der Tagesordnung.

Viele deutsche Gemeinden flehten die eigene Regierung per Telegramm um Hilfe an, so am 24. Januar 1919 auch diese: "Unsere rein deutsche Gemeinde Deutschhöhe, Kreis Meseritz, wird seit zwei Wochen ständig von polnischen Banditen heimgesucht. Sie stehlen Bekleidungsstücke, Lebensmittel, Kriegsanleihen und bares Geld, schleppen unschuldige Männer und Jünglinge fort und bedrohen grundlos Leben und Eigentum der Einwohner. Unschuldige Opfer sind schon zu beklagen.

Wir verzweifeln in unserer Lage. Niemand wagt sich heraus, Wahlen können nicht stattfinden, Lebensmittel nicht geliefert werden. Wir sind ganz verloren, wenn nicht militärische Hilfe sofort erfolgt. Reschke, Gemeindevorsteher."

Aufgrund des unerträglichen Assimilationsdrucks der Behörden und ständiger polnischer Übergriffe kam es in den Jahren zwischen 1919 und 1921 zu einem wahren Exodus der Deutschen aus Posen und Westpreußen. Viele fürchteten nicht nur um ihre wirtschaftliche Existenz, sondern auch um ihre körperliche Unversehrtheit.

Beispielhaft für die auswanderungsfördernden Gewaltausbrüche steht eine polnische Demonstration in Bromberg, in deren Folge im Februar 1921 deutsche Geschäfte und die Redaktionsräume der deutschen Lokalzeitung angegriffen wurden. Im Juni 1921 plünderte in Ostrowo unter den Augen einer untätigen Polizei ein polnischer Mob deutsche Geschäfte und Privathäuser.

Griff nach Oberschlesien

Der Chauvinist Korfanty hatte aber nicht nur die Polonisierung Posens und Westpreußens im Blick, sondern auch die gewaltsame Aneignung Oberschlesiens. In seinem Geist und mit seiner organisatorischen Hilfe versuchten polnische Aufständische insgesamt dreimal, Oberschlesien unter ihre Kontrolle zu bringen. Man hoffte auch dort - mit dem Segen der Siegermächte -, vollendete Tatsachen schaffen zu können.

Die erste Insurrektion brach am 17. August 1919 aus, konnte vom deutschen Militär aber schon nach einigen Tagen erstickt werden. In der Nacht vom 19. auf den 20. August 1920 kam es zur zweiten polnischen Rebellion, die von Gewalttaten begleitet war.

Volksdeutsche wurden getötet, gequält, verschleppt und vertrieben - alles mit Duldung der Interalliierten Kommission. Während die italienischen Besatzungstruppen den Gewaltexzes-

sen Einhalt zu gebieten versuchten, wurden sie von den Franzosen teilweise gefördert.
Wilhelm Schellong aus Bittkow im Kreis Kattowitz gab am 9. September 1920 zu Protokoll: "In der Zelle, in die wir gebracht wurden, saßen die Lehrer Skrobek und Slowik und die vier Deutschösterreicher.
Nach einer Weile kamen ungefähr 30 Insurgenten herunter in den Keller. Dieselben nahmen sich einen Gefangenen nach dem anderen vor und bearbeiteten ihn mit Schlagringen, Gummiknüppeln, Eichenlatten, Eisenstäben und Gewehrkolben." Der zweite Überfall endete am 25. August, nachdem die Interalliierte Kommission der Entwaffnung der deutschen Sicherheitswehr und der polnischen Einflußnahme auf die Verwaltung zugestimmt hatte.
Ursprünglich sah der Versailler Vertrag auch die Überlassung Oberschlesiens an Polen vor. Nach scharfen Interventionen der deutschen Regierung wurde schließlich eine Volksabstimmung über die staatliche Zugehörigkeit der Region abgehalten. Am 20. März 1921 stimmten bei einer Wahlbeteiligung von 97,5 Prozent 59,6 Prozent der Oberschlesier für den Verbleib im Reich und nur 40,4 Prozent für Polen.
Dabei waren der Wahl eine massive Stimmungsmache und Einschüchterungspolitik sowie das pro-polnische Agieren der französischen Besatzungstruppen vorausgegangen. Trotz des 60-Prozent-Votums für Deutschland ordnete der Völkerbundrat die Teilung der traditionsreichen Provinz an. Polen bekam im Oktober 1921 vor allem das oberschlesische Industrie- und Kohlerevier und mehrheitlich deutsch besiedelte Städte wie Kattowitz und Königshütte zugeschlagen. Dabei hatten in der Stadt Kattowitz 85,4 Prozent und in Königshütte 74,5 Prozent der Wahlberechtigten für Deutschland votiert.
Obwohl er als polnischer Abstimmungskommissar alles auch noch so Rechtswidrige unternommen hatte, um einen deutschen Sieg zu verhindern, wollte sich Korfanty mit dem Wahlausgang nicht abfinden. In der Nacht zum 3. Mai 1921 zettelte er den dritten Annexionsversuch an, der am 5. Juli mit einem Waffenstillstand endete. Am 21. Mai 1921 hatten deutsche Selbstschutzeinheiten mit der Erstürmung des Annaberges die größte Schlacht des Aufstandes für sich entschieden.

Umvolkung

Maßgebliche Kreise forderten dennoch weitere Gebietszuwächse auf Kosten Deutschlands. Am 23. Mai 1922 war in der Warschauer Zeitung Die Republik Polen zu lesen: "Die Zerreißung Oberschlesiens ist, vom wirtschaftlichen Standpunkt aus betrachtet, eine Ungeheuerlichkeit. Ein unabhängiges Danzig sperrt uns den Zugang zum Meere, der pommerellische Korridor ist von zwei Seiten bedroht. ... Alle unsere polnischen Vereine müssen sich zusammentun, um den Kampf gegen das Deutschtum zu führen. Die Seebrise belebt die Phantasie der polnischen Patrioten und polnischen Dichter, und diese Phantasie streckt die Arme aus nach den Westslawen an der Elbe und an der Oder."
Weil ohne einen neuen Krieg eine weitere Grenzrevision unmöglich war, verlegte man sich auf ethnokulturelle Zwangshomogenisierung der durch den Versailler Vertrag neu gewonnenen Gebiete. Schon 1919 begann die Vertreibung von Deutschen durch die Schließung ihrer Behörden und Garnisonen.
Beschlagnahmungen von Eigentum und die Auflösung von Pachtverträgen machten deutsche Gewerbetreibende und Bauern arbeitslos. Ziel des Agrarreformgesetzes vom 28. Dezember 1925 war die grundlegende Änderung der Bodenbesitzverhältnisse zu Lasten Deutscher. Besonderen wirtschaftlichen Repressionen war die Stadt Danzig ausgesetzt, die unter Bruch des Selbstbestimmungsrechtes vom Reich abgetrennt und zu einer Freien Staat mit polnischem Sondereinfluß gemacht worden war. Die dortigen Deutschen sollten wirtschaftlich stranguliert und durch Zermürbung wehrlos gegen die Polonisierung gemacht werden.
In Posen, Westpreußen, Danzig und Teilen Oberschlesiens drängte man zudem die deutsche Sprache zurück, indem die meisten deutschen Schulen geschlossen wurden und Deutsch keine

Verwaltungssprache mehr war. Viele Volksdeutsche wurden Bürger zweiten Ranges, weil ihnen die Staatsbürgerschaft des Staates verwehrt wurde, auf dessen Territorium sie sich nun befanden. Ohne polnischen Paß galten sie plötzlich als Ausländer und mußten das Land vielfach verlassen, weil ihnen keine Aufenthaltsgenehmigungen erteilt wurden.
Nach dem Putsch des ehemaligen Staatschefs Jozef Pilsudski im Mai 1926 verschlechterte sich die Lage der deutschen Minderheit weiter. Der Staat ging von einer bislang vergleichsweise "planlosen" zu einer "planmäßigen Entdeutschung" über, wie der Historiker Albert Kotowski feststellte. Zwischen den beiden Weltkriegen wanderten mehr als eine Million Deutsche wegen der polnischen Schikanen aus ihrer jahrhundertealten Heimat aus und suchten Schutz im Reich.

Kriegsgefahr

1933 fordert Polen Frankreich dreimal zu einem Zweifrontenkrieg gegen Deutschland in ihrer Mitte auf, was Frankreich ablehnt, aber dennoch in Deutschland bekannt wird. Polen hat 1933 mit 298.000 Mann noch über dreimal so viel Militär wie Deutschland mit seinem 100.000-Mann-Heer. So wird Polen vor Hitlers Amtsantritt 1933 von allen demokratischen Parteien in Deutschland und auch von der Reichswehr als Bedrohung angesehen.<<
Ende 1933 zerbrach die erste Regierungskoalition der Zweiten Republik und wurde von der rechtskonservativen Zentrumsregierung (Parteien der rechten Mitte) abgelöst.
Die britische Tageszeitung "Morning Post" kritisierte im Jahre 1933 das "Braunbuch vom Hitler-Terror", in dem der britische Schriftsteller Victor Gollancz über den NS-Polizeistaat und die ersten NS-Konzentrationslager informierte (x268/62): >>Alles, was nicht bis ins letzte durch Nachrichten aus anderen Quellen bestätigt wird, muß selbstverständlich Zweifel erwekken und der vernünftige Leser wird geneigt sein, seine Sympathien eher Herrn Hitler zuzuwenden als seinen Anklägern. ...<<
US-Präsident Franklin D. Roosevelt verkündete im Jahre 1933 die "Politik der guten Nachbarschaft" zwischen den Vereinigten Staaten und den anderen amerikanischen Staaten.
Infolge der NS-Judenverfolgungen drängten die deutschen Juden ab 1933 verstärkt nach Palästina, obwohl die Gewalttaten der extremistischen Araber ständig zunahmen. Um das Einwanderungsverbot für Juden durchzusetzen, riefen die Araber auch zum Generalstreik auf.
Der jüdische Politiker David Ben Gurion (1886-1973, 1906 aus Polen eingewandert) berichtete im Jahre 1933 über ein Gespräch mit einem Repräsentanten der palästinensischen Araber (x128/362-363): >>Die seinerzeit in der zionistischen Bewegung allgemein verbreitete Meinung ging davon aus, daß wir den Arabern des Landes Nutzen brächten und daß demnach für sie kein Anlaß bestünde, unsere Gegner zu sein. Im ersten Gespräch, das ich zusammen mit Moshe Sharett mit Mussa Alami führte, wurde diese Annahme erschüttert.
Mussa Alami (Gründungsmitglied der Arabischen Liga und juristischer Berater der britischen Mandatsregierung) sagte: "Ich ziehe vor, daß das Land sogar noch hundert Jahre arm und wüst bleibt, bis wir Araber aus eigener Kraft imstande sein werden, es zur Blüte zu bringen und zu entwickeln."
Ich fühlte, daß er als arabischer Patriot das Recht zu dieser Äußerung hatte. Unser Gespräch war offenherzig, und Mussa Alami machte auf mich den Eindruck eines aufrichtigen, geraden und klugen Menschen. Er beschwerte sich über die Geringschätzung der Juden für die Auffassung der Araber. ...
Er unterstrich insbesondere die pessimistische Empfindung, die sich in arabischen Kreisen breitmachte: sie würden immer mehr aus den wichtigen Positionen verdrängt, und die besten Teile des Landes gingen in jüdischen Besitz über. Zwar käme dies auch Arabern zugute, doch die Lage der Massen sei verzweifelt. Die großen Konzessionen befänden sich in den Händen der Juden. ...<<
Dr. Horst Heidtmann schrieb später über den "Zionismus" (x051/658): >>Zionismus, poli-

tische und soziale Bewegung, die auf die Errichtung eines eigenen jüdischen Staates in Palästina zielte als "nationale Heimstätte" der in aller Welt zerstreuten Juden.
Der Zionismus entstand zusammen mit nationalistischen Bewegungen und als Reaktion auf neue Formen des Antisemitismus im Europa des späten 19. Jahrhunderts als eine Art jüdischer Nationalismus, in dem sich religiöse Vorstellungen (vom verheißenen Land Israel) und politische Ziele verbanden.
Als eigentlicher Begründer des Zionismus berief Herzl ab 1897 die ersten Zionistenkongresse ein, in deren Folge langsam eine Einwanderung von Juden in das vorwiegend von Arabern bewohnte Palästina einsetzte.
In Deutschland führten die nationalsozialistische Machtübernahme und das damit verbundene Scheitern einer Assimilation der Juden zur Stärkung der zionistischen Organisationen. Sie antworteten auf die antisemitischen Diffamierungen mit bewußter Betonung der "Hoheit" ihres Judentums und verwarfen alle Hoffnungen auf ein Arrangement mit Hitler: "Kein Schlupfwinkel birgt uns mehr. Wir wünschen an die Stelle der Assimilation das Neue gesetzt: das Bekenntnis zur jüdischen Nation und jüdischen Rasse" (Rabbiner J. Prinz).
Auch in der SS wurde als "Lösung der Judenfrage" zunächst die Abschiebung der jüdischen Bürger ins Ausland angestrebt und die zionistische Auswanderungspropaganda unterstützt. Im angeschlossenen Österreich baute Eichmann 1938 eine "Zentralstelle für jüdische Auswanderung" auf, später in Berlin eine entsprechende "Reichszentrale", die (mit Hilfe der Reichsvertretung der deutschen Juden) bis zum Auswanderungsverbot vom 23.10.41 Hunderttausende aus dem Reich, Österreich, Böhmen und Mähren ausschleuste.
Die sprunghaft zunehmende Einwanderung in Palästina führte zwar zu wachsendem arabischen Widerstand und zu erheblichen Restriktionen seitens der britischen Mandatsmacht, doch fanden nach 1945 unter dem Eindruck des nationalsozialistischen Völkermordes zionistische Gruppierungen besonders in den USA Unterstützung, so daß schließlich die vom Zionismus proklamierte "Gründung eines Judenstaates" am 14.5.48 durch Ausrufung des Staates Israel erreicht wurde.<<
Prof. Dr. Werner Stein berichtete in seinem Buch "Fahrplan der Weltgeschichte" im Jahre 1933 (x074/1.111): >>Mittlere Wintertemperatur auf Spitzbergen (1931 bis 1935) -8,6° C zeigt eine merkliche Erwärmung der Arktis (-17,6° C im Zeitraum 1900-1915; noch umstritten, ob Klimaschwankung oder Klimaänderung) ... Gletscherrückgang in allen Erdteilen.<<

1934

Reichspräsident Hindenburg dankte Reichskanzler Hitler am 1. Januar 1934 nach dem traditionellen Empfang des diplomatischen Korps für die erreichte politische Wende (x032/109): >>Dieser Umschwung ist in erster Linie Ihr Werk, Herr Reichskanzler.<<
Hitler schrieb am 1. Januar 1934 in seinem Neujahrsaufruf (x032/109): >>Nationalsozialisten, Nationalsozialistinnen, Parteigenossen! ...
So verlassen wir das Jahr der deutschen Revolution und gehen als Nationalsozialisten hinein in das Jahr des deutschen Aufbaues. ...<<
Am 1. Januar 1934 trat das "Sterilisierungsgesetz" in Kraft. Dieses "NS-Sterilisierungsgesetz" forderte die Sterilisierung von 400.000 Männern und Frauen. Unter diesen Personen waren etwa 200.000 Schwachsinnige, 60.000 Epileptiker und 80.000 Schizophrene (x032/109).
Der deutsche Staatssekretär Ernst Freiherr von Weizsäcker (1882-1951, 1949 zu 7 Jahren Haft verurteilt) schrieb am 1. Januar 1934 in Bern (x032/109): >>Über das letzte Jahr kann man nur still den Vorhang ziehen. ...<<
Hitler erklärte am 15. Januar 1934 während einer Rede in Detmold (x032/112): >>... Wir wollen keinem Volk an seinem Recht rütteln, kein Volk in seinen Lebensmöglichkeiten beschränken, kein Volk unterdrücken, unterwerfen oder unterjochen. Aber die Welt muß auch aufhören, uns zu unterdrücken.<<

7.036 evangelische Pfarrer, fast die Hälfte der evangelischen Geistlichen, waren am 15. Januar 1934 Mitglied des Pfarrernotbundes (x051/442). Sie bildeten in den evangelischen Landeskirchen Bruderräte, um die Gründung des Reichsbruderrates vorzubereiten.
Theophil Wurm (1868-1953, evangelischer Landesbischof von Württemberg, ab Herbst 1933 ein Wortführer der Bekennenden Kirche) wurde am 15. Januar 1934 wegen seines Widerstandes gegen das NS-Kirchenregiment unter Hausarrest gestellt.
Nach aufruhrartigen Bürgerprotesten ließ man den Landesbischof Theophil Wurm jedoch anschließend wieder frei. Wurm, der eher zu den gemäßigten Kirchenführern zählte, protestierte später entschieden gegen das Euthanasie-Programm und die Verfolgung der Juden.
Polen und das Deutsche Reich schlossen am 26. Januar 1934 einen Nichtangriffs- und Freundschaftspakt, der damals das französisch-polnische Bündnissystem nachhaltig erschütterte (x300/135): >>... Beide Regierungen erklären ihre Absicht, sich in den ihre gegenseitigen Beziehungen betreffenden Fragen, welcher Art sie auch sein mögen, unmittelbar zu verständigen. Sollten etwa Streitfragen zwischen ihnen entstehen, und sollten sich deren Bereinigung durch unmittelbare Verhandlungen nicht erreichen lassen, so werden sie in jedem besonderen Falle aufgrund gegenseitigen Einvernehmens eine Lösung durch andere friedliche Mittel suchen. ...
Unter keinen Umständen werden sie jedoch zum Zweck der Austragung solcher Streitfragen zur Anwendung von Gewalt schreiten.<<
Um die angestrebten außenpolitischen Pläne zu verwirklichen, benötigte Hitler vorläufige Rückendeckung im Osten. Ein deutsch-polnisches Bündnis gegen die Sowjetunion lehnten die Polen jedoch entschieden ab, denn sie verfolgten wesentlich andere Ziele.
Für Pilsudski bedeutete das deutsch-polnische Abkommen lediglich eine "Ruhepause" (x064/-134): >>... Danach müssen wir bereit sein, uns zu verteidigen. Es bleibt keine Alternative.<<
Gerd Schultze-Rhonhof (von 1959-1996 Angehöriger der deutschen Bundeswehr, seit 1991 Generalmajor, Autor des 2003 erschienen Sachbuch-Bestsellers "1939 - Der Krieg, der viele Väter hatte") berichtete später über das deutsch-polnische Verhältnis (x320/56): >>1933 forderte Polen Frankreich dreimal zu einem Zweifrontenkrieg gegen Deutschland in ihrer Mitte auf, was Frankreich ablehnt, aber dennoch in Deutschland bekannt wird. Polen hat 1933 mit 298.000 Mann noch (fast) über dreimal so viel Militär wie Deutschland mit seinem 100.000 Mann Heer. So wird Polen vor Hitlers Amtsantritt 1933 von allen demokratischen Parteien in Deutschland und auch von der Reichswehr als Bedrohung angesehen.
Erst unter den Diktatoren Hitler in Deutschland und Josef Pilsudski gibt es eine Annäherung für ein paar Jahre. Nach Pilsudskis Versuch von 1933, Frankreich zu einem Krieg gegen Deutschland aufzurufen - den Paris ja ablehnt -, lenkt er ein - und schließt 1934 mit Hitler einen Freundschaftsvertrag. …<<
Die evangelischen NS-Kirchenführer der "Deutschen Christen" erklärten am 27. Januar 1934 (x025/208): >>... Unter dem Eindruck der großen Stunde, in der die Kircheführer der deutschen evangelischen Kirche mit dem Herrn Reichskanzler versammelt waren, bekräftigen sie einmütig, ihre unbedingte Treue zum Dritten Reich und seinem Führer. Die Kirchenführer verurteilen auf das schärfste alle Machenschaften der Kritik an Staat, Volk und Bewegung, die geeignet sind, das Dritte Reich zu gefährden.<<
Gertrud Scholtz-Klink (1902-1999) wurde am 24. Februar 1934 zur Reichsführerin der Nationalsozialistischen Frauenschaft (NSF) und des Deutschen Frauenwerkes (DFW) ernannt.
Pastor Paul Schneider mußte im Februar 1934 die abgelegene Kirchengemeinde Dickenschied im Hunsrück übernehmen, weil er das NS-Regime kritisiert hatte.
Pastor Niemöller wurde wegen seiner kritischen Predigten am 1. März 1934 amtsenthoben.
Nach Protesten der Dahlemer Kirchengemeinde durfte Niemöller jedoch später wieder predigen.

Der Gauleiter von Oldenburg warnte am 6. April 1934 vor den Hirtenbriefen des neuen Bischofs von Münster, Clemens August Graf von Galen (x032/129): >>Jeder Satz ist von Haß gegen den Nationalsozialismus diktiert. ...<<
Der NS-Reichsinnenminister erließ am 12. April 1934 Richtlinien für die Durchsetzung der Schutzhaft (x032/130): >>... Nicht befugt zur Inschutzhaftnahme sind Stellen der NSDAP und der SA (Kreisleiter, Gauleiter, SA-Führer). ...
Die Verhängung der Schutzhaft ist nur zulässig, wenn der Häftling durch sein Verhalten, insbesondere durch staatsfeindliche Betätigung, die öffentliche Sicherheit und Ordnung unmittelbar gefährdet.<<
DAF-Leiter Robert Ley sprach am 14. April 1934 in Düsseldorf vor Wirtschaftsführern über die "Deutsche Arbeitsfront" (x129/82, x256/134): >>Denn darüber gibt es gar keinen Zweifel, daß wir durch unsere Betriebszellen und Betriebsblocks ein Instrument geschaffen haben, mit dem wir die ehrlichen und anständigen Menschen von den üblen Profitjägern genau zu unterscheiden wissen werden.
25 Menschen in einem Block, meine Volksgenossen, das bedeutet, daß der Blockwart jeden einzelnen dieser 25 genau kennenlernen wird.
Heute gehören 24 Millionen erwachsene Menschen der Partei und der Arbeitsfront an, 4 Millionen der Partei, 20 Millionen der Arbeitsfront! Was waren demgegenüber die Gewerkschaften oder die Arbeitgeberverbände?!
Wenn einer nun heute kommt und sagt: "In Eure Arbeitsfront, da will ich gar nicht hinein!", so antworten wir ihm: "Mein lieber Freund, das hängt nicht von dir ab! Erinnere dich an deine Schulzeit, wenn einer sich von seiner Klasse und seinen Schulkameraden absonderte, denke an die seelischen Schmerzen, die dieser Sonderling zu ertragen hatte."
Die Deutsche Arbeitsfront hat ungeschriebene Gesetze, und diesen ungeschriebenen Gesetzen wird sich niemand zu entziehen vermögen. ...<<
>>... Die DAF zwingt keinen Menschen in ihre Reihen, aber wo der Wille der Gemeinschaft anfängt, da hört der Wille des einzelnen auf. Wo alles zur Gemeinschaft drängt, darf niemand außerhalb der Gemeinschaft stehenbleiben.
In der DAF wird auf der Arbeitsstätte der Gemeinschaftsgedanke exerziert. Hinzu kommt noch die revolutionäre Neuformung, die Betreuung der Menschen durch "Kraft und Freude". Hier wird wiederum der Gesundheitsgedanke exerziert.
In Deutschland gibt es keine Privatsache mehr! Wenn du schläfst, ist es deine Privatsache, sobald du aber wach bist und mit einem anderen Menschen in Berührung kommst, mußt du eingedenk sein, daß du ein Soldat Adolf Hitlers bist und nach einem Reglement (Dienstanweisung) zu leben hast und zu exerzieren. Privatleute haben wir nicht mehr. Die Zeit, wo jeder tun und lassen konnte, was er wollte, ist vorbei.<<
Die deutsche Historikerin Birgit Wulff schrieb später über die "Deutsche Arbeitsfront" (x051/114-115): >>Deutsche Arbeitsfront (DAF), nach Zerschlagung der Gewerkschaften durch Einberufung eines Gründungskongresses am 10.5.33 gebildete Organisation, die anstelle der Gewerkschaften die Interessen der Arbeiter wahrnehmen sollte, und zwar durch "Bildung einer wirklichen Volks- und Leistungsgemeinschaft, die dem Klassenkampfgedanken abgeschworen hat".
Der erste vorläufige Organisationsplan knüpfte noch an den Aufbau der Gewerkschaften an und basierte zunächst auf dem 4-Säulen-Prinzip (Arbeiter, Angestellte, Unternehmer sowie gewerblicher und handwerklicher Mittelstand). Im November 33 wurde die relative Eigenständigkeit der einzelnen Gruppen aufgehoben und eine Einheitsmitgliedschaft aller "schaffenden Deutschen" verfügt.
Anfang 1934 erfolgte eine erneute Umgestaltung in eine analog der NSDAP rein vertikal gegliederte, zentralistisch geformte Organisation. Es gab Gau-, Kreis- und Ortsgruppen und auf

unterster Ebene Betriebs- und Straßenzellen. Die Entscheidungen fielen im Zentralbüro (Reichsleiter Ley) und den Fachämtern der DAF, z.B. Organisationsamt, Personalamt, Presse- und Propagandaamt u.a. Ende März 35 erhielt die DAF den Status eines der Partei angeschlossenen Verbandes, wodurch ihre Eigenständigkeit eingeschränkt wurde.
Die neue Großorganisation hätte eine machtvolle Vertretung der Interessen der Arbeiter werden können, zumal anfangs noch Vertreter der Nationalsozialistischen Betriebszellenorganisation (NSBO) mit ihren sozialrevolutionären Vorstellungen an führender Stelle saßen. Doch mit jeder Umgestaltung verlor die NSBO an Einfluß in der DAF. Das am 19.4.33 erlassene Gesetz über die Einsetzung staatlicher Treuhänder der Arbeit schränkte den Wirkungskreis der DAF wesentlich ein. Damit war die Aufhebung der Tarifautonomie der Arbeitnehmer und Arbeitgeber angebahnt. Sie wurde durch staatliche Zwangsregelung ersetzt.
Die Arbeit der DAF beschränkte sich auf rein propagandistische Tätigkeiten. Durch das Arbeitsordnungsgesetz vom 20.1.34 wurde diese Tendenz bestätigt. Die DAF hatte in Tarif- und Arbeitsvertragsfragen nur noch beratende Funktion. Ihr blieb nur das Vorschlagsrecht für den Vertrauensrat, der jährlich von den Arbeitnehmern gewählt werden sollte, bei Ablehnung aber vom Treuhänder der Arbeit eingesetzt wurde. Insgesamt wies das Arbeitsordnungsgesetz der DAF eine unbedeutende Rolle in der Sozialverfassung des Dritten Reiches zu.
Die Tätigkeit der Treuhänder der Arbeit wurde durch das Gesetz präzisiert und gefestigt. Es trieb außerdem den Abbau der Arbeitnehmerrechte und der Sozialpartnerschaft zugunsten eines Führer-Gefolgschaft-Verhältnisses voran. Die DAF entwickelte sich zu einer Großorganisation, die durch soziale und kulturelle Betreuung sowie fachliche Weiterbildung und durch soziale Befriedung der Arbeitnehmer die Ziele des Regimes unterstützte. Weiterhin fungierte sie als eine zusätzliche Kontrollinstanz des Regimes.
Mit ihren Aktivitäten unterstützte die DAF die Idee der Volksgemeinschaft: Der Leistungswille der Jugend wurde mit dem Reichsberufswettkampf geweckt; das Heimstättenamt "Gehag" (Gemeinnützige Heimstätten-Spar- und Bau AG) errichtete mustergültige Arbeitersiedlungen; jede Verbesserung der Arbeitsbedingungen (zuständiges Amt: "Schönheit der Arbeit") vom Unfallschutz am Hochofen bis zum Blumentopf auf dem Beamtenschreibtisch wurde gebührend herausgestellt; Werkpausenkonzerte vermittelten den Arbeitern das Gefühl, kein kulturelles Schattendasein zu führen.
Die Leistungen der Freizeitorganisation Kraft durch Freude (KdF), die die Aufgabe hatte, "alle Vorrechte des Besitzes auf die Kulturgüter der Nation und die Schönheiten der Welt zu brechen", machten aus dem Luxusartikel Reise eine für fast jedermann erschwingliche Ware und das Projekt KdF-Wagen (Volkswagen), mit Anleihen finanziert, rückte selbst die Anschaffung eines Autos in den Bereich des Möglichen.
Auf den Massenveranstaltungen zum 1. Mai, dem Tag der nationalen Arbeit, stellte sich das Regime mit Hilfe der DAF als "volksgemeinschaftlicher Arbeiterstaat" dar. Diese suggestiven Massenveranstaltungen mit ihrem Pomp und Pathos hatten eine wichtige Funktion bei der Integration der Arbeiterschaft in den nationalsozialistischen Staat.
Mit dem Vermögen der zerschlagenen Gewerkschaften wäre das alles nicht möglich gewesen. Die DAF finanzierte sich mit Zwangsbeiträgen, die automatisch vom Lohn (1,5 %) abgezogen wurden. Hinzu kamen wachsende Gewinne aus DAF-eigenen Wirtschaftsunternehmen und Beteiligungen: Bank der Deutschen Arbeit, Versicherungsring der Deutschen Arbeit, KdF-Wagen-Werk, Verlage u.a.
Nominell war der Beitritt zur Organisation freiwillig, aber "erwünscht" (1942: 25 Millionen Mitglieder). Die DAF, größte Arbeiterorganisation der Welt (40.000 hauptamtliche Mitarbeiter), half wesentlich bei der Umstellung der Wirtschaft auf die Kriegsproduktion.
Die DAF wurde am 10.10.45 durch das alliierte Kontrollratsgesetz Nr. 2 aufgelöst.<<
Der evangelische Theologieprofessor Karl Barth wurde am 16. April 1934 entlassen, weil er

den NS-Beamteneid als Hochschullehrer verweigerte.
Am 24. April 1934 wurde der NS-Volksgerichtshof errichtet.
Der deutsche Assessor Ulrich Bachmann schrieb später über den "Volksgerichtshof" (x051/-611-612): >>Volksgerichtshof, 1934 geschaffenes Gericht mit Sitz in Berlin für die Aburteilung bestimmter politischer Straftaten.
Durch Gesetz vom 24.4.34 (RGBl I, S. 341) zunächst als Sondergericht zur Aburteilung von Hoch- und Landesverratssachen gegründet, wurde der Volksgerichtshof durch Gesetz vom 18.4.36 (RGBl I, S. 369) in ein ordentliches Gericht umgewandelt und nach und nach sein Zuständigkeitsbereich erweitert, insbesondere auf Wehrkraftzersetzung, Spionage, Beschädigung von Wehrmachtseigentum.
Anlaß für seine Gründung war der für die Nationalsozialisten unbefriedigende Reichstagsbrandprozeß vor dem bisher für diese Verfahren zuständigen Reichsgericht. Eigentliches Ziel seiner Errichtung war es, der politischen Führung unmittelbaren Einfluß auf seine Besetzung zu geben. Denn die Mitglieder des Volksgerichtshofs ernannte in Abweichung vom Gerichtsverfassungsgesetz der Reichskanzler Hitler.
Der Volksgerichtshof hatte sechs jeweils mit fünf Richtern, von denen nur zwei Berufsrichter sein mußten, besetzte Senate. Die Laienrichter waren ehrenamtlich tätig und stammten aus Wehrmacht, Polizei oder Parteiorganisationen. Anklagebehörde war der Oberreichsanwalt. Erster Präsident des Volksgerichtshofs wurde 1936 der spätere Reichsjustizminister Thierack, unter dessen Führung die Rechtsprechung des Volksgerichtshofs ständig verschärft wurde.
Nachdem Freisler Präsident geworden war (1942), wurde der Volksgerichtshof ein reines Terrorinstrument zur Vernichtung politischer Gegner; er verhängte zwischen 1942 und 44 insgesamt 4.951 Todesurteile. Die Verhandlungen – v.a. vor dem 1. Senat unter dem Vorsitzenden Freisler – waren gekennzeichnet durch völlige Aufgabe rechtsstaatlicher Verfahrensgarantien und strafprozessualer Regeln. Vor dem Volksgerichtshof fanden auch die Strafverfahren gegen die Widerstandskämpfer des Zwanzigsten Juli 44 und die Mitglieder der Weißen Rose statt.
Trotz der beherrschenden Rolle, die der Volksgerichtshof in den Kriegsjahren spielte, ist das Bild der Justiz des Dritten Reiches nicht – wie heute allgemein angenommen – vom Volksgerichtshof, sondern von den traditionellen Gerichten geprägt worden, deren Rechtsprechung nur durch die Brutalität des Volksgerichtshofs in den Schatten gestellt wurde.
Der Bundesgerichtshof (BGH) hat sich – wie auch andere Gerichte – wiederholt mit Entscheidungen des Volksgerichtshofs befaßt und insbesondere seine mißbräuchliche Anwendung von Strafbestimmungen und übermäßig hohen Strafen gerügt (BGHSt 3, 110; 4, 66; 9, 302): Der Mißbrauch einer Strafbestimmung durch den Volksgerichtshof sei eine "Ausnutzung gerichtlicher Formen zur widerrechtlichen Tötung" und habe mit Rechtsprechung nichts zu tun.
Das einzige gegen ein Mitglied des Volksgerichtshofs ergangene Strafurteil wurde 1968 vom BGH allerdings aufgehoben (Rehse-Urteil, Neue Juristische Wochenschrift 1968, S. 1.339). 1979 wurden von der Staatsanwaltschaft Berlin die Ermittlungen gegen die damals noch lebenden 74 ehemaligen Mitglieder des Volksgerichtshofs wiederaufgenommen.
Der Bundestag nahm am 25.1.85 eine Entschließung an (BT-Drs. 10/2368, Plenarprotokolle 10/118, S. 8.761), in der festgestellt wird, "daß die als 'Volksgerichtshof' bezeichnete Institution kein Gericht im rechtsstaatlichen Sinne, sondern ein Terrorinstrument zur Durchsetzung der nationalsozialistischen Willkürherrschaft war". Den Entscheidungen des Volksgerichtshofs komme deshalb keine Rechtswirkung zu.<<
Goebbels schrieb am 18. Mai 1934 in der NS-Zeitschrift "Der Angriff" (x025/145): >>Kritik ist nur denen erlaubt, die sich nicht fürchten, ins Konzentrationslager zu kommen. ...<<

"Nacht- und Nebelaktionen" der SS

Der SS-Staat führte damals unentwegt systematische Verfolgungen durch, die oft verheimlicht

werden konnten ("Nacht- und Nebelaktionen"). Im Verlauf dieser großangelegten "Säuberungsaktionen" nahmen die SS- und SD-Einheiten ungezählte "Staatsfeinde" (Sozialdemokraten, Kommunisten, Konservative und andere Regimegegner) fest. Tausende wurden in den "wilden Schutzhaftlagern" inhaftiert.
Die SS-Terrororganisationen setzten alle politischen, militärischen, wirtschaftlichen, nationalen und sonstigen Ziele mit brutaler Gewalt durch. Das allgegenwärtige NS-Regime kontrollierte systematisch sämtliche Lebensbereiche. Mit Hilfe von brutalen Terrormethoden (Internierung, Folter oder Mord) wurden die persönlichen Freiheiten konsequent erstickt, das Recht gebeugt, der Anstand lächerlich gemacht und die christlichen Gebote verhöhnt, um letzten Endes das Leben, die Würde, die Gesundheit sowie das Lebensglück von Millionen Menschen zu vernichten.
Die Hauptaufgabe der Gestapo war es, politische Gegner und verdächtige Personen zu bespitzeln, zu verhaften und mit brutalsten Foltermethoden Geständnisse zu erpressen. Die Gestapo hatte gegenüber der Ordnungspolizei Weisungsrecht und wurde nicht durch Staatsanwälte der Justiz überwacht. Die Gestapo "korrigierte" sogar oftmals zu milde Gerichtsurteile und führte eigenhändige Verurteilungen sowie Hinrichtungen ohne offizielle Gerichtsverfahren durch. Solange die Gestapo den Willen des Führers durchsetzte, war jede Handlung legal. Die SS-Geheimpolizei wurde schon bald im gesamten Deutschen Reich gefürchtet.
Die Gestapo erhielt später auch den Auftrag, alle Juden, Zigeuner, Homosexuelle, Freimaurer und andere "Volksschädlinge" aufzuspüren und zu inhaftieren.
Wilhelm M. Rißmann schrieb später über die "Polizei" (x051/450): >>Polizei, staatliches Exekutivorgan, das ab der Neuordnung unter Himmler als Reichsführer-SS und Chef der Deutschen Polizei ... in Ordnungspolizei (Orpo) und Sicherheitspolizei (Sipo) zerfiel.
In der Sipo waren Kriminalpolizei (Kripo), Geheime Staatspolizei (Gestapo) und der Sicherheitsdienst des Reichsführers-SS (SD) zusammengefaßt. Während des nationalsozialistischen Umsturzes kam es zu Verhaftungen und Schutzhaftverbringung politischer Gegner unter massiver Beteiligung der zu Hilfspolizisten ernannten SA und SS. Wenige Monate danach wurden polizeiliche Generalklauseln durch die Polizeiführung im Sinne der nationalsozialistischen Ideologie ausgelegt. Bis 1943 wuchs die Verklammerung von SS und Polizei, uniformierte Ordnungspolizisten und Sicherheitspolizisten wurden in die SS aufgenommen.
Ab 1937 kontrollierten die Höheren SS- und Polizeiführer (HSSPF) alle Polizei- und SS-Formationen auf regionaler Ebene; Polizeioffiziere durchliefen ab 1941 die SS-Junkerschulen. Damit wurde die "Herausbildung eines einheitlichen Staatsschutzkorps" angestrebt. Der Prozeß fand mit der Ernennung Himmlers zum Reichsinnenminister den Abschluß.
Die Polizei war nicht an die Einhaltung der Gesetze, sondern an die Erfüllung des Führerwillens gebunden. Die Reichstagsbrandverordnung wurde als reichseinheitliche Generalklausel für staatspolitisch motiviertes Eingreifen über die bisherigen gesetzlichen Grenzen hinaus interpretiert (Maunz).
Gesetze über die polizeiliche Tätigkeit ergingen nicht mehr zum Schutz des einzelnen, sondern nur noch zur Sicherung und Vereinheitlichung des Organisationsgefüges. Die Polizei als wichtigstes Machtinstrument des totalitären Staates konnte damit ihre Machtentfaltung auf totale Rechtsunsicherheit stützen.<<

24.05.1934

NS-Regime: Reinhard Heydrich (stellvertretender Chef der Sicherheitspolizei) forderte am 24. Mai 1934, die Auswanderung der Juden vorzubereiten, zu lenken und zu beschleunigen (x172/61): >>... Jede zuständige Behörde soll ihre Bemühungen insbesondere darauf konzentrieren, die zionistischen Organisationen im Auge zu behalten und ihre Ausbildungs- und Emigrationsbestrebungen anzuerkennen; gleichzeitig sollten alle Aktivitäten von deutsch-jüdischen Gruppen insoweit eingeschränkt werden, daß sie die Idee aufgäben, in Deutschland

zu bleiben.<<
Am 29. Mai 1934 trat in Barmen die sogenannte Barmer Bekenntnissynode (29.-31.05.1934) zusammen.
Die Barmer Synode erklärte die Bekennende Kirche damals zur rechtmäßigen Vertretung der gesamten evangelischen Kirche (x199/242): >>Im Namen der deutschen Evangelischen Kirche rechtmäßig zu sprechen und zu handeln sind nur die berufen, welche an der Heiligen Schrift und dem Bekenntnis der Kirche als ihrer unantastbaren Grundlage festhalten und beidem die maßgebende Geltung in der deutschen evangelischen Kirche wiederverschaffen wollen. Die in solchem Bekenntnis einigen Gemeinden und Kirchen sind die rechtmäßige deutsche Evangelische Kirche; sie treten zur Bekenntnis-Synode der deutschen Evangelischen Kirche zusammen.<<
In der Barmer "Theologischen Erklärung" vom 31. Mai 1934 hieß es (x202/16-21): >>**Barmer Theologische Erklärung**
1. Ich bin der Weg und die Wahrheit und das Leben; niemand kommt zum Vater denn durch mich. (Johannes 14, 6)
Wahrlich, wahrlich, ich sage euch: Wer nicht zur Tür hineingeht in den Schafstall, sondern steigt anderswo hinein, der ist ein Dieb und Räuber. Ich bin die Tür; wenn jemand durch mich hineingeht, wird er selig werden. (Johannes 10, 1,9)
Jesus Christus, wie er uns in der Heiligen Schrift bezeugt wird, ist das eine Wort Gottes, das wir zu hören, dem wir im Leben und im Sterben zu vertrauen und zu gehorchen haben.
Wir verwerfen die falsche Lehre, als könne und müsse die Kirche als Quelle ihrer Verkündigung außer und neben diesem einen Worte Gottes auch noch andere Ereignisse und Mächte, Gestalten und Wahrheiten als Gottes Offenbarung anerkennen.
2. Durch Gott seid ihr in Christus Jesus, der uns von Gott gemacht ist zur Weisheit und zur Gerechtigkeit und zur Heiligung und zur Erlösung. (1. Korinther 1, 30)
Wie Jesus Christus Gottes Zuspruch der Vergebung aller unserer Sünden ist, so und mit gleichem Ernst ist er auch Gottes kräftiger Anspruch auf unser ganzes Leben; durch ihn widerfährt uns frohe Befreiung aus den gottlosen Bindungen dieser Welt zu freiem, dankbarem Dienst an seinen Geschöpfen.
Wir verwerfen die falsche Lehre, als gebe es Bereiche unseres Lebens, in denen wir nicht Jesus Christus, sondern anderen Herren zu eigen wären, Bereiche, in denen wir nicht der Rechtfertigung und Heiligung durch ihn bedürften.
3. Laßt uns aber wahrhaftig sein in der Liebe und wachsen in allen Stücken zu dem hin, der das Haupt ist, Christus, von dem aus der ganze Leib zusammengefügt ist. (Epheser 4, l5,16)
Die christliche Kirche ist die Gemeinde von Brüdern, in der Jesus Christus in Wort und Sakrament durch den Heiligen Geist als der Herr gegenwärtig handelt. Sie hat mit ihrem Glauben wie mit ihrem Gehorsam, mit ihrer Botschaft wie mit ihrer Ordnung mitten in der Welt der Sünde als die Kirche der begnadigten Sünder zu bezeugen, daß sie allein sein Eigentum ist, allein von seinem Trost und von seiner Weisung in Erwartung seiner Erscheinung lebt und leben möchte.
Wir verwerfen die falsche Lehre, als dürfe die Kirche die Gestalt ihrer Botschaft und ihrer Ordnung ihrem Belieben oder dem Wechsel der jeweils herrschenden weltanschaulichen und politischen Überzeugungen überlassen.
4. Jesus Christus spricht: Ihr wißt, daß die Herrscher ihre Völker niederhalten und die Mächtigen ihnen Gewalt antun. So soll es nicht sein unter euch; sondern wer unter euch groß sein will, der sei euer Diener. (Matthäus 20, 25,26)
Die verschiedenen Ämter in der Kirche begründen keine Herrschaft der einen über die anderen, sondern die Ausübung des der ganzen Gemeinde anvertrauten und befohlenen Dienstes.
Wir verwerfen die falsche Lehre, als könne und dürfe sich die Kirche abseits von diesem

Dienst besondere, mit Herrschaftsbefugnissen ausgestattete Führer geben und geben lassen.
5. Fürchtet Gott, ehrt den König. (1. Petr 2, 17)
Die Schrift sagt uns, daß der Staat nach göttlicher Anordnung die Aufgabe hat in der noch nicht erlösten Welt, in der auch die Kirche steht, nach dem Maß menschlicher Einsicht und menschlichen Vermögens unter Androhung und Ausübung von Gewalt für Recht und Frieden zu sorgen. Die Kirche erkennt in Dank und Ehrfurcht gegen Gott die Wohltat dieser seiner Anordnung an. Sie erinnert an Gottes Reich, an Gottes Gebot und Gerechtigkeit und damit an die Verantwortung der Regierenden und Regierten. Sie vertraut und gehorcht der Kraft des Wortes, durch das Gott alle Dinge trägt.
Wir verwerfen die falsche Lehre, als solle und könne der Staat über seinen besonderen Auftrag hinaus die einzige und totale Ordnung menschlichen Lebens werden und also auch die Bestimmung der Kirche erfüllen. Wir verwerfen die falsche Lehre, als solle und könne sich die Kirche über ihren besonderen Auftrag hinaus staatliche Art, staatliche Aufgaben und staatliche Würde aneignen und damit selbst zu einem Organ des Staates werden.
6. Jesus Christus spricht: Siehe, ich bin bei euch alle Tage bis an der Welt Ende. (Matthäus 28, 20) Gottes Wort ist nicht gebunden. (2. Timotheus 2, 9)
Der Auftrag der Kirche, in welchem ihre Freiheit gründet, besteht darin, an Christi Statt und also im Dienst seines eigenen Wortes und Werkes durch Predigt und Sakrament die Botschaft von der freien Gnade Gottes auszurichten an alles Volk. Wir verwerfen die falsche Lehre, als könne die Kirche in menschlicher Selbstherrlichkeit das Wort und Werk des Herrn in den Dienst irgendwelcher eigenmächtig gewählter Wünsche, Zwecke und Pläne stellen.
Die Bekenntnissynode der Deutschen Evangelischen Kirche erklärt, daß sie in der Anerkennung dieser Wahrheiten und in der Verwerfung dieser Irrtümer die unumgängliche theologische Grundlage der Deutschen Evangelischen Kirche als eines Bundes der Bekenntniskirchen sieht. Sie fordert alle, die sich ihrer Erklärung anschließen können, auf, bei ihren kirchenpolitischen Entscheidungen dieser theologischen Erkenntnisse eingedenk zu sein. Sie bittet alle, die es angeht, in die Einheit des Glaubens, der Liebe und der Hoffnung zurückzukehren.<<
"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtete später über die "Barmer Bekenntnissynode" (x051/60): >>Barmer Bekenntnissynode, vom 29. bis 31.5.34 in Barmen (heute Wuppertal) tagende Versammlung von "Vertretern lutherischer, reformierter und unierter Kirchen, freier Synoden, Kirchentage und Gemeindekreise".
Die Delegierten von insgesamt 19 der 28 evangelischen Landeskirchen einte der Widerstand gegen die Gleichschaltungsmaßnahmen des Reichskirchenregiments unter Müller und der Kampf gegen die Verfälschung der christlichen Lehre durch nationalsozialistisches rassistisches Gedankengut, wie es die meisten deutschchristlich beherrschten Kirchenführungen vertraten (Deutsche Christen, Arierparagraph).
Die Barmer Bekenntnissynode endete mit einer "Theologischen Erklärung", die in sechs Thesen und sechs Verwerfungen die Grundlagen des evangelischen Bekenntnisses formulierte und den Totalitätsanspruch des nationalsozialistischen Staates ebenso ablehnte wie staatliche Funktionen für die Kirche. Damit erhielt die sich hier formierende Bekennende Kirche ihr Grundgesetz, das für christliches Handeln und Verkünden allein das in Christus geoffenbarte Wort Gottes anerkannte.
Die Tatsache, daß die divergierenden protestantischen Richtungen unter dem Druck der nationalsozialistischen Revolution erstmals seit dem 16. Jahrhundert zu gemeinsamem Bekenntnis fanden, ließ die Barmer Bekenntnissynode weit über den Kirchenkampf hinaus wirken. Organisatorisch bedeutete sie die Legitimierung der Organe der Bekennenden Kirche als Widerpart des deutschchristlichen Kirchenregiments.<<
Der NS-Staat duldete jedoch keinen kirchlichen Widerstand und verschärfte danach die Verfolgung aller Gegner und "Staatsfeinde" (x073/159): >>In fast allen Teilen des Reiches wur-

den die Erklärungen der Bekenntnissynode von der geheimen Staatspolizei beschlagnahmt, während Flugblätter der Gegenseite mit hemmungslosen Angriffen gegen die bekenntnistreuen Kreise in keinem Falle beanstandet wurden.
Man veranstaltet Haussuchungen nach der Barmer Erklärung und stellt den Besitzern dieses Dokumentes das Konzentrationslager in Aussicht.
Das Treiben der deutschchristlichen Hetzer wird immer schlimmer: Auf ihr Betreiben werden bekenntnistreue Besprechungen und Andachten in Privatwohnungen verboten; Pfarrer, die wider Recht und Gesetz "strafversetzt" sind, werden in Schutzhaft genommen, weil sie dem Versetzungsbefehl nicht nachkommen. ...
Hitlerjungen dürfen in ihren Versammlungen die Pastoren ungestraft als "Aasgeier der deutschen Nation" bezeichnen. Und was tun die Behörden der zu elender Knechtsrolle degradierten deutschen Länder gegen diesen und ähnlichen Unfug? Nichts! ...<<
Im Verlauf der Barmer Bekenntnissynode einigten sich 19 der 28 evangelischen Landeskirchen am 31. Mai 1934, die Verfälschung der christlichen Lehre durch NS-Gedankengut und Gleichschaltungsmaßnahmen einzudämmen.
In einer theologischen Erklärung ("Grundgesetz der Bekennenden Kirche") wurde der Totalitätsanspruch des NS-Staates strikt abgelehnt. Die Bekennende Kirche verkündete das "kirchliche Notrecht" und rief auf, der NS-Kirchenleitung nicht mehr zu folgen. Sie übernahm die Aufgaben der rechtmäßigen evangelischen Kirche und kämpfte mit ihrer Kirchenzeitschrift "Junge Kirche" gegen die unchristlichen NS-Irrlehren des Reichsbischofs Müller.
In der Barmer "Theologischen Erklärung" vom 31. Mai 1934 hieß es (x199/241, x256/125): >>Wir bekennen uns angesichts der die Kirche verwüstenden und damit auch die Einheit der deutschen Evangelischen Kirche sprengenden Irrtümer der Deutschen Christen und der gegenwärtigen Reichskirchenregierung zu folgenden evangelischen Wahrheiten:
Jesus Christus, wie er uns in der Heiligen Schrift bezeugt wird, ist das eine Wort Gottes, das wir zu hören, dem wir im Leben und im Sterben zu vertrauen und zu gehorchen haben. ...<<
>>... Wir verwerfen die falsche Lehre, als könne und müsse die Kirche als Quelle ihrer Verkündigung außer und neben diesem einen Worte Gottes auch noch andere Ereignisse und Mächte, Gestalten und Wahrheiten als Gottes Offenbarung anerkennen.
Wir verwerfen die falsche Lehre, als gäbe es Bereiche unseres Lebens, in denen wir nicht Jesus Christus, sondern andere Herren zu eigen wären.
Wir verwerfen die falsche Lehre, als solle und könne der Staat über seinen besonderen Auftrag hinaus die einzige und totale Ordnung menschlichen Lebens werden und also auch die Bestimmung der Kirche erfüllen.<<
"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtete später über die "Bekennende Kirche" (x051/65-66): >>Bekennende Kirche (Bekenntnisbewegung, Bekenntnisfront), Zusammenschluß evangelischer Geistlicher und Laien gegen die Gleichschaltungsmaßnahmen des von der nationalsozialistischen Regierung gestützten Reichskirchenregiments des Reichsbischofs L. Müller und im weiteren Sinn der evangelische Widerstand gegen die nationalsozialistische Kirchenpolitik überhaupt.
Im Grunde waren 1933 Hitlers Bemühungen um eine Einigung der 28 evangelischen Landeskirchen unter einem Reichsbischof (als Gegenstück zum Konkordat mit der katholischen Kirche) nicht unpopulär und die Deutschen Christen, derer er sich dazu bediente, verdankten ihren Aufstieg neben der staatlichen Förderung nicht zuletzt diesem Einigungskonzept.
Widerstand aber regte sich bald gegen die dabei bevorzugte Unterwanderungstaktik, und als es im Mai 33 um die Wahl des ersten Reichsbischofs ging, forderten vor allem die Jungreformatoren eine Entscheidung allein "aus dem Wesen der Kirche". Zwar war ihnen mit der Wahl von Bodelschwinghs (27.5.) nur vorübergehend Erfolg beschieden, doch bildete sich hier ein erster Kern der Bekennenden Kirche.

Der Sommer 33 stand allerdings auch kirchlich noch ganz im Zeichen des nationalen Rausches und der Deutschen Christen: Sie erzwangen Bodelschwinghs Rücktritt (24.6.), setzten eine ihnen genehme Reichskirchenverfassung durch (11.7.) und brachten den Jungreformatoren und deren Liste "Evangelium und Kirche" bei den Reichskirchenwahlen (23.7.) dank massiver Unterstützung durch Hitler (Rundfunkrede 22.7.) eine verheerende Niederlage bei.
Sie aber löste die Lähmung der Gegner, die gegen die nun einsetzende Infiltration der Kirche mit nationalsozialistischem rassistischen Gedankengut Front machten: Am 5.9. beschloß die deutschchristlich beherrschte Synode der Altpreußischen Union die Übernahme des Arierparagraphen, wogegen sich am 21.9. der Pfarrernotbund um Niemöller bildete, angeregt durch die Schrift von Barth "Theologische Existenz heute" (1933). Er setzte ein unübersehbares Zeichen dafür, daß es im Kirchenkampf längst nicht mehr um kirchenpolitische Positionen, sondern um das evangelische Bekenntnis selbst ging.
Die Wahl von Hitlers Kirchenbeauftragtem L. Müller, der den Deutschen Christen nahe stand, zum Reichsbischof am 27.9.33 konnte den Riß nur vorübergehend überdecken. Als die Deutschen Christen am 13.11. bei einer Massenkundgebung im Berliner Sportpalast die Lösung vom jüdischen Alten Testament und den Ausschluß der Nicht-Arier vom Dienst in der Kirche forderten, ging eine Protestwelle durch die Gemeinden.
Die Eingliederung schließlich der evangelischen Jugendverbände in die HJ (19.12.) versteifte den Widerstand, den auch der sogenannte Maulkorberlaß des "Reibi", wie Müller nun abfällig abgekürzt im Volksmund hieß, vom 4.1.34 nicht brechen konnte. Und die folgenden administrativen Maßnahmen des Reichskirchenregiments führten dann zur Organisation dieses Widerstands in der Bekennenden Kirche:
Mit Hilfe seines "Rechtswalters" A. Jäger gliederte Müller die meisten Landeskirchen in die Reichskirche ein ("zerstörte" Landeskirchen), scheiterte aber in Bayern, Württemberg und z.T. in Hannover ("intakte" Landeskirchen). Von dort und vom Pfarrernotbund kam die Initiative zur Bündelung der Gegenmaßnahmen. Ein Reichsbruderrat übernahm im März 34 (22.4. Ulmer Einigung) die Koordination und lud zur Barmer Bekenntnissynode.
Vom 29.-31.5.34 tagten Vertreter von 19 Landeskirchen und verabschiedeten eine "Theologische Erklärung", die zum Grundgesetz der Bekennenden Kirche wurde. Sie verstand sich als allein rechtmäßige evangelische Kirche und trug nun den Kampf gegen die deutschchristlichen Irrlehren und den Gleichschaltungsdruck des Reichsbischofs. Publizistische Plattform war die Zeitschrift "Junge Kirche".
Als Müller mit Staatsgewalt gegen die renitenten Bischöfe Wurm (Württemberg) und Meiser (Bayern) vorging, zwangen die Proteste der Bekennenden Kirche schließlich Hitler selbst zum Handeln. Er rehabilitierte die verhafteten Kirchenführer und liquidierte damit das Müllersche Modell, ohne allerdings den Reichsbischof zum Rücktritt zu zwingen.
Es entstand ein Schwebezustand zwischen deutschchristlichen Kirchenbehörden und Bruderräten der Bekennenden Kirche, die sich unter Berufung auf kirchliches Notrecht nach der 2. Bekenntnissynode in Dahlem (Oktober 34) eine "Vorläufige Kirchenleitung" (VKL) gegeben hatte (Vorsitzender Marahrens).
"Zur Wiederherstellung geordneter Zustände" berief Hitler am 16.7.35 Kerrl zum Reichskirchenminister. Er bildete unter dem ehemaligen westfälischen Generalsuperintendenten Zöllner einen Kirchenausschuß, dem in Ansätzen die Überbrückung der Differenzen durch Entmachtung der deutschchristlichen Kirchenführungen gelang, aber auch die Spaltung der Bekennenden Kirche. Während nämlich die "intakten" Landeskirchen aus Gründen der Bestandssicherung zur Kooperation mit dem Kirchenausschuß tendierten, verweigerten sich die "zerstörten" einem Gremium, das bewußt "die nationalsozialistische Volkswerdung auf der Grundlage von Rasse, Blut und Boden" bejaht hatte.
Eine 4. (und letzte) Reichsbekenntnissynode vom 17.-22.2.36 in Bad Oeynhausen brachte kei-

ne Einigung mehr: Die "Gemäßigten" organisierten sich im "Rat der Evangelisch-Lutherischen Kirche Deutschlands" (18.3.36), die "Radikalen" gaben sich eine neue (2.) VKL (12.3.36). Bekennende Kirche war fortan erst in zweiter Linie eine organisatorische Größe, sie war zuallererst dort, wo sich evangelische Christen den völkischen, rassistischen, antisemitischen Ansprüchen der Nationalsozialisten verweigerten.
Auch der Kirchenausschuß war so gescheitert. Hitler verlor jedes Interesse an der Befriedung der evangelischen Kirche und ließ seinen Ideologen (Rosenberg) und Machtverwaltern (Bormann) freie Hand bei der Bekämpfung und Schikanierung der Bekennenden Kirche. Ihre Mitarbeit in der Ökumene wurde unterbunden, die Nachwuchsschulung behindert, Pfarrer wurden aus ihren Gemeinden verbannt oder mit Redeverbot belegt (Kanzelparagraph).
Mitte 37 wurde Niemöller verhaftet, am 2.3.38 aber freigesprochen und dennoch als "persönlicher Gefangener des Führers" ins KZ eingeliefert. Ihm folgten zahlreiche Geistliche, derer in Fürbitte-Listen von Bekennende-Kirche-Pfarrern öffentlich gedacht wurde.
Aus theologischem Widerspruch wurde so nicht selten politischer Widerstand (z.B. Euthanasie), wenn auch aktive Verschwörer wie D. Bonhoeffer die Ausnahme blieben. Zwar trat mit Kriegsbeginn eine Art Burgfrieden zwischen Bekennender Kirche und nationalsozialistischer Staatsführung ein, doch war offenes Bekennen Jesu Christi, des "einen Wortes Gottes" (Theologische Erklärung von Barmen), weiterhin mit erheblichen Risiken (18 Bekennende-Kirche-Pfarrer kamen 1937-45 im KZ um) und persönlichen Nachteilen verbunden.
Viele haben sie nicht gescheut und damit die Grundlagen für den Neuaufbau der evangelischen Kirche nach dem Zusammenbruch gelegt. Wenn sich gerade sie aber im Stuttgarter Schuldbekenntnis (19.10.45) anklagten, "nicht brennender geliebt" zu haben, dann weil auch die Bekennende Kirche weitgehend stumm geblieben war angesichts des nationalsozialistischen Völkermordes an den Juden.<<
Der deutsche Historiker Klaus Vondung schrieb später über die nationalsozialistischen Ersatzfeiern für kirchliche Feiern (x051/345): >>Lebensfeiern, nationalsozialistische Ersatzfeiern für kirchliche Taufe, Trauung und Begräbnis (die Ersatzfeier für Konfirmation und Firmung, die "Verpflichtung der Jugend", war Teil der Feiern im nationalsozialistischen Jahreslauf).
Während der ersten Jahre des Dritten Reiches wurden nationalsozialistische Lebensfeiern nur vereinzelt durchgeführt, am ehesten in der SS. Von 1936 an (Einführung der Bezeichnung gottgläubig) wurden zunächst standesamtliche Trauungen von Parteimitgliedern zunehmend zu nationalsozialistischen Hochzeitsfeiern ausgestaltet.
Erst 1942 gab die Dienststelle Rosenberg ausführliche Richtlinien für die Gestaltung der Lebensfeiern heraus, durch die einheitliche Organisation und ideologische Ausrichtung sichergestellt werden sollten. Gegenüber den kirchlichen Feiern, insbesondere den Beerdigungen, blieb der Anteil der Lebensfeiern äußerst gering, er lag vielfach unter 1 %, nur in einigen Gauen stieg er bis zu 4 %.<<
Der deutsche Historiker Klaus Vondung schrieb später über die nationalsozialistischen Feiern (x051/172-173): >>Feiern, nationalsozialistische Rituale zur kultischen Überhöhung von Ideologie und Institutionen.
Die zahlreichen Feiern wurden von den Organisatoren selbst drei Haupttypen zugeordnet: Feiern im nationalsozialistischen Jahreslauf, Lebensfeiern und Morgenfeiern. Diese Klassifizierung stellt die nationalsozialistische Feier in Parallele und Konkurrenz zum christlichen Kult: zu den Festen des Kirchenjahres, zu Taufe, Trauung und Beerdigung sowie zum sonntäglichen Gottesdienst. Auch Inhalte und Formen der nationalsozialistischen Feier besaßen kultischen Charakter, der sich nicht zuletzt durch zahlreiche Anleihen am christlichen Kult ergab.
Allerdings verbot Goebbels 1935 den Gebrauch des Begriffes "Kult"; Hitler selbst grenzte auf dem Reichsparteitag 1938 die nationalsozialistische Feier noch einmal vom "Kult" ab. Durch

diese Sprachregelung sollte jedoch nur verschleiert werden, daß die Feiern tatsächlich ein Ersatz- und Konkurrenzunternehmen zum christlichen Kult darstellten.
Den kultischen Charakter ließen Sprache, musikalische Gestaltung, Ritual, Feierstätten und liturgische Form deutlich erkennen. Die Texte, die bei nationalsozialistischen Feiern verwendet wurden - Gedichte, Liedtexte, chorische Dichtungen, Führerworte -, benutzten häufig sakrales Vokabular, dessen Bedeutung durch die christliche Religion vorgeprägt ist:
Hitler wird als "Erlöser" bezeichnet, den wir "notwendig haben wie Brot und Wein", das Blut ist "heilig", das Dritte Reich "aus heiligem Geist", die Feldherrnhalle "Altar", die Fahne "Sakrament" und "Licht der Offenbarung".
Unter den musikalischen Gestaltungsmitteln war das Lied, das den einstimmigen liturgischen Gesang nachahmte, das Wichtigste. Instrumentalmusik diente der "weihevollen" Umrahmung oder Untermalung ritueller Handlungen, wofür als besonders geeignete Instrumente vorzugsweise Trompeten und Posaunen, Trommeln und Pauken wie auch die Orgel eingesetzt wurden.
Beim Ritual spielte das "Schreiten" eine besondere Rolle: der Aufmarsch analog zur Prozession und das feierliche Schreiten des Führers zur Feldherrnhalle oder zum "Erntealtar" auf dem Bückeberg analog zum Schreiten des Priesters zum Altar. Die Feierstätten unterstützten das Ritual und vermittelten weihevolle Atmosphäre durch ihre Anordnung und Monumentalität (z.B. Reichsparteitagsgelände); geschlossene Feierräume hatten große Ähnlichkeit mit Kirchenräumen.
In den Feierfolgen gab es deutliche Parallelen zur gottesdienstlichen Liturgie: "Führerwort" analog zur Schriftlesung, "Ansprache" analog zur Predigt, "gemeinsames Lied", "Verkündigung", "Bekenntnis" und "Gelöbnis".
Hitler selbst schuf die Grundlagen des nationalsozialistischen Feierstils, Goebbels perfektionierte ihn und entwickelte neue Formen. Er besaß auf dem Gebiet der Feiergestaltung die meisten Lenkungsbefugnisse.
Eigens geschaffene Ämter im Propagandaministerium und in der Reichspropagandaleitung planten, organisierten und überwachten gleich Ritenkongregationen die nationalsozialistischen Feiern, eine besondere Parteizeitschrift, die seit 1935 monatlich erschien, diente der Vereinheitlichung und zentralen Lenkung der Feiergestaltung auf den unteren Ebenen. Für die Lebensfeiern und Morgenfeiern, die erst während des Krieges stärker ausgebaut wurden, konnte sich Rosenberg in einem Kompetenzstreit mit Goebbels schließlich die Lenkungsbefugnisse sichern.
Die nationalsozialistischen Feiern hatten vielfältige Funktionen: Zunächst dienten sie der Selbstdarstellung der Partei und ihres Führers sowie der politischen Werbung. Der kultische Charakter der Feiern verrät jedoch noch anspruchsvollere Funktionen: In den Feiern wurden Inhalte der nationalsozialistischen Ideologie und deren Symbole, Blut und Boden, Volk und Reich, die Fahne, auch Hitler selbst, zu "Glaubensinhalten" geweiht; sie präsentierten sich im kultischen Vollzug als eine "politische Religion", die Lebenssinn stiften und Geborgenheit vermitteln wollte und auf die man "Bekenntnisse" ablegen sollte.
Mit dieser Funktion kamen die Feiern durchaus den psychischen Bedürfnissen vieler Teilnehmer entgegen, zumal der Feierstil geschickt auf emotionale Wirkung zielte. Die Herstellung einer gläubigen "Gemeinde" hatte letztlich wieder das Ziel, die Menschen zu bedingungslosen Gefolgsleuten des Nationalsozialismus zu machen.
Das Fernziel der nationalsozialistischen Lenkungsorgane war, die christliche Religion und deren Kult zu verdrängen und die nationalsozialistischen Feiern als einzigen "Kult" zu etablieren. So nimmt es nicht wunder, daß die Aktivitäten auf dem Gebiet der Feiergestaltung während der letzten Kriegsjahre eher noch verstärkt wurden, auch wenn keine großen "Reichsfeiern" mehr wie vor 1939 stattfanden. Diese hatten aufgrund ihres aufwendigen und raffinierten

Stils viele, selbst skeptische Beobachter beeindruckt, was bei den Feiern während des Krieges in weit geringerem Maß der Fall war.<<

Vizekanzler Franz von Papen hielt am 17. Juni 1934 während der Jahresversammlung des Universitätsbundes in Marburg eine kritische Rede, die vom Schriftsteller Edgar Jung stammte (x032/141): >>Wer vom Preußentum spricht, sollte zunächst an selbstloses Dienen denken. ... Große Männer werden nicht durch Propaganda gemacht, sondern wachsen durch ihre Taten. ...<<

Rudolf Heß drohte am 25. Juni 1934 in einer Rundfunksendung allen Gegnern des NS-Regimes (x191/188): >>Es sind die Unbelehrbaren, die noch immer in ihrem Parteidenken befangen sind. ... Gleich, hinter welcher Front sie sich verbergen, ob in der Wirtschaft, ob in der Beamtenschaft oder sonstwo – wir werden sie eines Tages doch zu finden wissen! Dann sollen sie den Nationalsozialismus kennenlernen! Jeder, der öffentlich oder am Stammtisch Kritik übt, sei sich bewußt, daß er damit den Gegnern seines Volkes Beihilfe leistet. ...<<

Am 27. Juni 1934 wurde das deutsch-polnische Nichtangriffsabkommen vom 26.01.1934 ratifiziert.

Bei der NS-Säuberungsaktion am 30.06./1.07.1934 (sogenannte "Nacht der langen Messer"), die nachträglich durch das "Notwehr-Gesetz" vom 3.07.1934 gerechtfertigt wurde, liquidierten Heydrichs SS-Formationen fast alle bekannten SA-Führer, verschiedene politische Gegner und unbequeme Regimekritiker.

"Röhm-Putsch"

Ernst Röhm (Hitlers ältester Kampfgefährte und Duzfreund), den man wegen seiner angeblichen homosexuellen Neigungen landesweit verspottete, weigerte sich nach seiner Verhaftung am 30. Juni 1934, Selbstmord zu begehen und wurde daraufhin am folgenden Tag im KZ Dachau durch den Lagerkommandanten Theodor Eicke erschossen.

In der amtlichen Todesliste veröffentlichte man später 83 Namen, aber die "Röhm-Affäre" forderte tatsächlich mehrere hundert Mordopfer, die nach willkürlichen Verhaftungen liquidiert wurden.

Zu den Mordopfern des sogenannten "Röhm-Putsches" gehörten z.B.: SA-Stabschef Ernst Röhm, Gregor Strasser (während der NS-Gründerzeit Hitlers größter Konkurrent und unermüdlicher NSDAP-Organisator in Nord- und Westdeutschland), Kurt von Schleicher (letzter Kanzler der Weimarer Republik) und seine Frau, Edgar Jung (Anwalt und Politiker, plante Hitlers Sturz, schrieb die brisante "Marburger Rede" vom 17.06.1934), Erich Klausener (engagierter Katholik, kritisierte während des 32. Berliner Katholikentages am 24.06.1932 die NS-Rassenpolitik), Gustav von Kahr (bayerischer Ministerpräsident, ließ am 9.11.1923 den Hitler-Putsch niederschlagen).

Hitler, der vor der Weltöffentlichkeit erstmalig wie ein Gangsterboß handelte und seine Gegner rücksichtslos liquidieren ließ, schaffte es relativ leicht, diese Morde als "Staatsnotwehr" und die unschuldigen Mordopfer als verbrecherische, minderwertige Staatsfeinde hinzustellen.

Ernst Röhm (1887 in München geboren) bereitete damals vermutlich keinen direkten Aufstand gegen Hitler vor, sondern er beabsichtigte, die "SA-Parteikampfverbände" (ca. 525.000 Mann) in eine Volksarmee umzuwandeln. Röhm strebte außerdem Verhandlungen mit England und Frankreich an.

Angesichts der Tatsache, daß die deutsche Reichswehr nachdrücklich die Zuständigkeit für alle militärischen Angelegenheiten forderte, mußte Hitler unbedingt einen Militärputsch der gefährlichen Reichswehr vermeiden. Die Reichswehr war damals die letzte noch nicht gleichgeschaltete Organisation des Deutschen Reiches, die aufgrund ihrer militärischen Ausbildung und Bewaffnung in der Lage war, das NS-Regime kurzfristig auszuschalten.

Die Raufbolde und Straßenkämpfer der SA hatten außerdem ihre Pflicht getan. Hitler benötigte zukünftig keine ungehobelten Landsknechte oder brutale Schlägerbanden, sondern ausge-

bildete Spezialisten und disziplinierte Soldaten. Nach Ausschaltung der SA übernahm die SS (Schutzstaffel, ursprüngliche Leibgarde Hitlers) alle wesentlichen Aufgaben der SA, während die Reichswehr "Waffenträger der Nation" blieb. Nach der späteren Gleichschaltung der Reichswehr kontrollierte Hitler schließlich sämtliche wichtigen Machtpositionen des Deutschen Reiches und konnte seine Pläne ungestört realisieren.
Dr. Wolfgang Petter schrieb später über die "Röhm-Affäre" (x051/497-498): >>Röhm-Affäre, 1934 in die entscheidende Phase tretender und in der Mordaktion vom 30.6./1.7.34 gipfelnder Konflikt zwischen Hitler und der SA unter Röhm.
Als Hitler Ende 30 Röhm dafür gewann, als Stabschef der Sturmabteilung (SA) praktisch deren Führung zu übernehmen, hielt er sie für ausreichend fest strukturiert und von ihren politischen Kampfaufgaben absorbiert, um Röhms ihm bekannter Neigung zum Umbau der SA in ein Milizheer zu widerstehen. Eine Reihe höherer SA-Führer hatte sich gegen Röhms Berufung von vornherein gewehrt.
Der Widerspruch richtete sich neben Person und Konzeption gegen die Führung Röhms, der im Sinne seiner Volksheer-Ideen neben überzeugten Nationalsozialisten und Opportunisten auch ursprünglich politisch Andersdenkende und im bürgerlichen Sinne Gestrauchelte zur Vereinigung in der Kampfgemeinschaft SA aufrief.
Zunächst blieben diese Bedenken gegenstandslos. Im Zuge der Terror- und Gleichschaltungsmaßnahmen nach der Machtergreifung kamen 25.000 SA-Männer als preußische Hilfspolizisten und weitere als KZ-Mannschaften zum Einsatz; die übrigen ca. 500.000 führten die politische Agitation und Kriminalität der Vorjahre jetzt als legitime Gewaltinhaber gesteigert fort.
Im Herbst 33 wurden diese Aktivitäten jedoch abgeblasen, die Hilfspolizei entlassen und die KZ der SA aufgelöst oder der SS übergeben, die den Terror in gezielterer Weise fortsetzte.
Die auf dem Höhepunkt ihrer Entfesselung gekappte und zurückgestaute Aggressivität, die doch die "raison d'etre" (Existenzberechtigung) der SA war, suchte neue Objekte und fand sie in der Forderung nach einer neuen Welle der Rache, der sogenannten Zweiten Revolution, an subtileren politischen Gegenkräften. Diese Revolutionsrhetorik artikulierte dazu die Enttäuschung der zahllosen Arbeitslosen der nationalsozialistischen Bewegung – in der SA überproportional vertreten –, denen die Machtergreifung noch keine Versorgung beschert hatte.
Dadurch gewann sie eine sozialpolitische Dimension, die die konservativen Stützen Hitlers alarmierte und diesem zu entfremden begann. Gegen Hitler selbst lebten die alten Widersetzlichkeiten erneut auf, die 1929/30 im Konflikt um den "Legalitätskurs" aufgetreten und mit der Entlassung des Obersten SA-Führers Pfeffer unterdrückt worden waren (Stennes-Revolte). Durch diesen Angriff gegen das Bündnis des Nationalsozialismus mit den Etablierten und Konservativen wuchs sich die Beschäftigungskrise der SA zur Krise des Regimes aus.
Am gefährlichsten war der Kollisionskurs, auf den die SA mit der Reichswehr geriet. Im Frühjahr 33 hatte Röhm mit General Reichenau vom Reichswehrministerium vereinbart, daß die SA zwar von der Reichswehr militärisch ausgebildet, aber nur zum Einsatz für innere Aufgaben bewaffnet und ausgestattet werden sollte; als Gegenleistung wurde ihr erlaubt, mit Ausnahme des Stahlhelm, den die Reichswehr als wertvolle Ergänzung und als Verbündeten empfand, die paramilitärischen Verbände und Kriegervereine zu absorbieren.
Nach Zusammenstößen mit dem Stahlhelm saugte die SA, in geschickter Taktik seine Selbstauslieferung an den Nationalsozialismus ausnützend, auch diese Wehrbewegung auf. Röhm unterstanden nun ca. 4,5 Millionen Mann, großenteils weltkriegsgediente, erfahrene Soldaten, mit denen er sich jetzt seinen alten Milizplänen zuwandte.
Im Denken der Zeit spielte das Zwei-Komponenten-Heer nach Seeckt eine große Rolle: offensive Kriegführung durch eine relativ kleine Elitearmee, während die Defensivfronten durch eine Miliz zu verteidigen waren.

Auf dieser Basis wäre ein Kompromiß zwischen SA und Reichswehr schon möglich gewesen. Hitler und Blomberg waren jedoch starr auf das klassische Kaderheer fixiert. Röhm verfiel in das Gegenextrem, indem er am 1.2.34 das Aufgehen der Reichswehr in der SA und die Reduzierung des stehenden Heeres auf eine Kriegsschulungsorganisation für seine Landesverteidigungs-SA forderte.
Die Spannungen zwischen dem SA-Führerkorps, das größtenteils aus nicht in die Reichswehr übernommenen kaiserlichen Offizieren bestand, und dem etablierten Militär wuchsen dadurch an. Dabei war die Forderung am ehesten Ausdruck der "inhaltlich blinden Dynamik um ihrer selbst willen" (Broszat), in die die SA seit Herbst 33 verfiel.
Denn der Aufbau eines Milizheeres, das Kriegsabenteuer durch seine Schwerfälligkeit nicht erlaubte, mußte letztlich zur Einreihung in die "friedliche Internationale der Frontsoldaten" (Salewski) führen, zu der die Überlebenden der Schützengräben vielfach in romantisierender und antizivilistischer Haltung neigten. So sah Hitler sein Programm und die Reichswehr ihre Existenz ernsthaft gefährdet.
Wichtige SA-Führer wie der Obergruppenführer Nord, Lutze, und der Chef des (mit der Reichswehr gekoppelten) Ausbildungswesens der SA, Friedrich Wilhelm Krüger, warnten Hitler vor Röhms Tendenzen. Hitler hielt nun endgültig die Bändigung der SA für gescheitert, die er mit der Einbindung Röhms als Minister in die Reichsregierung (Gesetz zur Sicherung der Einheit von Partei und Staat, 1.12.33) und der Mitverantwortung von SA-Sonderbevollmächtigten für die Verwaltung gesucht hatte.
Angetrieben von Göring, Frick, Goebbels, Reichenau, Himmler und Heydrich steuerte er ab März 34 auf eine gewaltsame Auseinandersetzung zu, die er von den Medien propagandistisch vorbereiten ließ. Konkurrierende "Schwarze Listen" aus Partei-, SS- und Gestapokreisen bestimmten die Todeskandidaten der SA, denen zu offen enttäuschte Konservative – wie Vizekanzler Papen und seine Umgebung – hinzugefügt wurden. Die Politische Polizei wurde Himmler unterstellt, der damit die SS als Auftragsorgan einsetzen konnte.
Papens Marburger Rede vom 17.6., in der unter Beifall die konservative Unzufriedenheit öffentlich ausgesprochen wurde, drängte Hitler zum Handeln, obwohl sich durch die Beurlaubung der SA, die ihrerseits keine aktuellen Kampfabsichten hegte, die Lage entspannt hatte. Die SS empfing Waffen von der Reichswehr, die am Stichtag stellenweise selbst als Rückhalt aufmarschierte.
Hitler beorderte die arglosen SA-Führer zu einer Tagung nach Bad Wiessee, wo er Röhm und seine Anhänger am 30.6.34 morgens aus den Betten holte, nach München transportieren und dort – Röhm selbst erst nach einigem Zögern – erschießen ließ. Die Anreisenden wurden auf dem Münchener Bahnhof abgefangen und meist inhaftiert.
Diese Festnahmen lösten die vorbereitete Aktion im ganzen Reich aus, die rasch ihre Grenzen sprengte und Hunderte von ursprünglich nicht vorgesehenen Opfern forderte. Die amtliche Todesliste enthielt 83 Namen, darunter die gesamte SA-Prominenz, soweit sie sich nicht – wie der neue Stabschef Lutze – eindeutig gegen Röhm gestellt hatten, dazu Schleicher, Jung, Klausener, Kahr, G. Strasser. Papen kam davon. Nicht vermerkt wurden die ungezählten Opfer selbstherrlicher Entscheidungen der SS-Mordkommandos, v.a. in Schlesien.
Das Ermächtigungsgesetz der Reichsregierung vom 3.7.34 legalisierte das Massaker nachträglich als Akt der Staatsnotwehr gegen einen "Röhm-Putsch", den Heydrich aufgrund vagster Hinweise konstruiert hatte. Die stärkste Quelle von Unruhe und Willkür in der ersten Phase des Dritten Reiches war ausgeschaltet – freilich zugunsten der kalten Polizeiherrschaft der SS, mit der die Reichswehr das Waffenmonopol bald teilen mußte. Hitlers letzter Gegenspieler war beseitigt.<<
Staatssekretär Otto Meißner (1880-1953, 1934-45 Chef der NS-Präsidialkanzlei) schrieb später über die allgemeine Stimmung nach der NS-Säuberungsaktion (x299/85): >>Die Gerüchte

über die blutigen Ereignisse des 30. Juni verbreiten sich in Windeseile im deutschen Volke, das zunächst durch die Nachricht über die endliche Beseitigung des ... Terrors (der) SA erleichtert aufatmete; als dann aber die Einzelheiten, ... die blutigen Grausamkeiten und der Umfang der Hinrichtungen bekannt wurden, ging eine Welle der Empörung und des Schreckkens durch Deutschland! ...<<

Als Stalin von Hitlers Säuberungsaktion (der "Nacht der langen Messer") erfuhr, soll er Hitler angeblich gelobt haben (x080/231): >>Hitler, was für ein Kerl! Der weiß, wie man mit politischen Gegnern fertig wird! ...<<

Pastor Paul Schneider wurde nach einem Konflikt mit dem NS-Kreisleiter im Juni 1934 inhaftiert ("Schutzhaft"). Infolge von massiven Protestaktionen der Kirchengemeinde erhielt Schneider später aber noch einmal die Freiheit.

NS-Reichskriegsminister Blomberg hob am 1. Juli 1934 den Alarmzustand der Reichswehr auf (x032/145): >>... Der Führer hat mit soldatischer Entschlossenheit und vorbildlichem Mut die Verräter und Meuterer selbst angegriffen und niedergeschmettert.<<

Die NS-Presse berichtete am 2. Juli 1934 über den Abschluß der "SA-Säuberungsaktion" (x032/146): >>... Weitere Aktionen in dieser Richtung finden nicht mehr statt ... Das gesamte Volk steht in unerhörter Begeisterung hinter dem Führer.<<

Reichspräsident Hindenburg dankte Hitler und Göring am 2. Juli 1934 telegrafisch (x032/-146): >>... Sie haben das deutsche Volk aus einer schweren Gefahr gerettet.<<

Der DAF-Leiter Robert Ley telegrafierte am 2. Juli 1934 an Hitler (x032/146): >>... In Fortsetzung meiner Besichtigungsreise durch die Gaue werde ich von der Bevölkerung und in Sonderheit vom deutschen Arbeiter gedrängt, Ihnen, mein Führer, den unerschütterlichen Glauben an Sie und die Bewegung zum Ausdruck zu bringen.<<

Hitler erläuterte am 3. Juli 1934 vor dem Reichskabinett die "SA-Säuberungsaktion vom 30. Juni und 1. Juli 1934" (x032/146): >>... Unter Führung von Röhm hat sich ein eng begrenzter Klüngel von SA-Führern gebildet, der nicht aus Treue zur Bewegung, sondern lediglich durch persönlichen Ehrgeiz und besondere Veranlagung zusammengehalten wurde ... Die SA sollte nach den Wünschen Röhms ein Staat im Staate werden.<<

Das Reichskabinett erließ danach am 3. Juli 1934 das "Gesetz über Maßnahmen der Staatsnotwehr", um die Morde des "Röhm-Putsches" zu "legalisieren".

Der einzige Artikel des "Gesetzes über Maßnahmen der Staatsnotwehr" lautete (x243/56): >>Die zur Niederschlagung hoch- und landesverräterischer Angriffe am 30. Juni, 1. und 2. Juli 1934 vollzogenen Maßnahmen sind als Staatsnotwehr Rechtens. ...<<

Theodor Eicke (1892 in Elsaß-Lothringen geboren) wurde am 4. Juli 1934 für "seine persönlichen Dienste" bei der Röhm-Affäre zum "Inspekteur der Konzentrationslager und Führer der SS-Wachverbände" (SS-Totenkopfeinheiten) ernannt.

Für Eicke gab es damals grundsätzlich nur 2 Dinge, die Gültigkeit hatten: "BEFEHL und BEDINGUNGSLOSER GEHORSAM". Alle Angehörigen der SS-Wachmannschaften mußten sich total unterordnen und jeden Befehl (spezielle grausame Foltermethoden und Strafen etc.) bedingungslos ausführen (x030/79).

Hitler rechtfertigte am 13. Juli 1934 vor dem NS-Reichstag die Säuberungsaktion vom 30.06./1.07.1934 (x023/93): >>... Anfang Juni ließ ich als letzten Versuch Stabschef Röhm noch einmal kommen zu einer nahezu fünfstündigen Aussprache. ... Ich teilte ihm mit, daß ich den Eindruck gewonnen hätte, daß von gewissenlosen Elementen eine nationalbolschewistische Aktion vorbereitet würde, die über Deutschland nur namenloses Unglück bringen könnte. ...

Was aus Deutschland im Falle eines Sieges dieser Sekte geworden wäre, ist schwerlich auszudenken. ...

Ende Juni war ich daher entschlossen, dieser unmöglichen Entwicklung ein Ende zu setzen

und zwar ehe noch das Blut von zehntausend Unschuldigen die Katastrophe besiegeln würde. ... Nur ein rücksichtloses und blutiges Zugreifen war vielleicht noch in der Lage, die Ausbreitung der Revolte zu ersticken.
Und es konnte dann keine Frage sein, daß besser hundert Meuterer, Verschwörer und Konspiratoren vernichtet wurden als zehntausend unschuldige SA-Männer auf der einen, zehntausend ebenso Unschuldige auf der anderen Seite verbluten zu lassen. ... Wenn ich noch wenige Tage vorher zur Nachsicht bereit gewesen war, dann konnte es in dieser Stunde eine solche Rücksicht nicht mehr geben. Meutereien bricht man nach ewig gleichen eisernen Gesetzen.
Wenn mir jemand den Vorwurf entgegenhält, weshalb wir nicht die ordentlichen Gerichte zur Aburteilung herangezogen hätten, dann kann ich ihm nur sagen: In dieser Stunde war ich verantwortlich für das Schicksal der deutschen Nation und damit des deutschen Volkes oberster Gerichtsherr. ...
Ich habe den Befehl gegeben, die Hauptschuldigen an diesem Verrat zu erschießen. ...
Ich gab weiter den Befehl, bei jedem Versuch des Widerstands der Meuterer gegen ihre Verhaftung, diese sofort mit der Waffe niederzumachen.
Die Nation muß wissen, daß ihre Existenz – und diese wird garantiert durch ihre innere Ordnung und Sicherheit – von niemandem ungestraft bedroht wird! Und es soll jeder für alle Zukunft wissen, daß, wenn er die Hand zum Schlage gegen den Staat erhebt, der sichere Tod sein Los ist. ...<<
Am 20. Juli 1934 stellte man die ersten bewaffneten SS-Verbände auf (später Waffen SS).
Die SS-Freiwilligenverbände und die SS-Führerschulen ("Junkerschulen") wurden danach der Kontrolle durch die Wehrmacht entzogen und unterstanden der Befehlsgewalt der SS-Hauptämter (Hitler-Erlaß vom 17.08.1938).
Der deutsche Historiker Bernd Wegner berichtete später über die Schutzstaffeln (SS) von 1923 bis 1939 (x051/528-530): >>Schutzstaffeln (SS). Die SS der NSDAP war wie keine andere Institution des Dritten Reiches die Verkörperung nationalsozialistischer Herrenmenschen-Ideologie.
Die Frühgeschichte der SS reicht ins Jahr 1923 zurück, als Hitler eine "Stabswache" unter Führung von J. Berchtold aufstellte. Als Folge des Hitlerputsches vom 9.11.23 verboten, wurde sie Anfang 1925, diesmal unter dem Kommando von J. Schreck, neu begründet. Schon bald bildeten sich auch andernorts Staffeln in der Größe von zunächst nur je einem Führer und zehn Mann. Hauptaufgaben dieser ab Sommer 25 als "Schutzstaffeln" bezeichneten Stabswachen waren insbesondere der Schutz der Parteiprominenz, Versammlungsschutz sowie Werbeaktionen für die Partei.
Die Staffeln standen also nicht in der Tradition der Wehrverbände, sondern waren Parteikader, deren Bedeutung für Hitler in ihrer unbedingten - seitens der SA nicht immer verbürgten - Loyalität seiner Person gegenüber lag.
Die eigentliche Geschichte der SS beginnt mit der Berufung Himmlers zum - nach Berchtold und E. Heiden dritten - Reichsführer-SS (RFSS) am 6.1.29. Im Windschatten des allgemeinen Aufstiegs von NSDAP und SA gelang es Himmler, die Mitgliederzahl der SS von zunächst wenigen hundert auf rund 52.000 Ende 32 zu steigern.
Auch begannen sich neue Aufgabenfelder abzuzeichnen: Mit der Niederwerfung der parteiinternen Stennes-Revolte und dem 1931 von Heydrich begonnenen Aufbau eines "Ic-Dienstes", der Keimzelle des späteren Sicherheitsdienstes (SD), etablierte sich die SS als "Parteipolizei" der NSDAP. Zugleich dokumentierte die Errichtung eines "Rasse- und Siedlungsamtes" (1931) die Entschlossenheit des neuen RFSS, mit der SS einen Führungsorden auf der Grundlage "biologischer Auslese" zu schaffen.
Trotz nochmaliger Vervierfachung der Mitgliederzahl auf ca. 209.000 Ende 33 vollzog sich der machtpolitische Aufstieg der SS nach der sogenannten Machtergreifung zunächst eher im

Stillen. Himmlers Berufung auf die unscheinbare Stelle eines kommissarischen Polizeipräsidenten von München (9.3.33) erwies sich als Ausgangspunkt einer Entwicklung, welche den SS-Chef binnen fünfzehn Monaten zum Herrn der Politischen Polizei in sämtlichen deutschen Ländern aufsteigen ließ.
Damit verfügte Himmler nicht allein über ein schlagkräftiges Machtinstrument; wichtiger noch war, daß sich mit der Übernahme immer weiterer Partei- und Staatsfunktionen in die Hände der SS eine für die Systemstruktur dieses Regimes typische "Führerexekutive" herausbildete. Kennzeichnend für sie war, daß ihr Handeln letztlich nicht mehr durch allgemeine Rechts- und Gesetzesnormen, sondern allein durch den Willen des "Führers" legitimiert und bestimmt wurde.
Ihre diesbezügliche Bewährungsprobe bestand die SS mit der Liquidierung der SA-Führung am 30.6.34 bei der sogenannten Röhm-Affäre, welcher die Erhebung der - bis dahin der Obersten SA-Führung unterstellten - SS zur "selbständigen Organisation" der NSDAP folgte (20.7.34). Von der Vormundschaft der SA befreit, konnte Himmler nun jenes allumfassende Kontroll- und Beherrschungssystem aufbauen, das später "SS-Staat" genannt wurde.
Drei Entwicklungsstränge kennzeichnen diesen auf die Schaffung eines einheitlichen "Staatsschutzkorps" abzielenden Prozeß: Zum einen wurde die Verzahnung von SS und Polizei weiter vorangetrieben. Die Ernennung Himmlers zum Reichsführer SS und Chef der Deutschen Polizei ... am 17.6.36 sowie die Errichtung des Hauptamtes Ordnungspolizei und des Reichssicherheitshauptamts (RSHA) schufen die institutionelle Grundlage für die nun zunehmend auch personelle Verschmelzung.
Zugleich wurde der SD, der seit 1934 bereits über das Nachrichtenmonopol innerhalb der NSDAP verfügte, ausgebaut. Seit Herbst 38 durfte er offiziell auch in staatlichem Auftrag tätig werden; im Februar 44 wurde ihm auch die bis dahin zum OKW gehörige militärische Abwehr unterstellt.
Drittens erfuhren die z.T. erst im Sommer 34 von der SA übernommenen und Eicke als Inspekteur unterstellten Konzentrationslager (KZ) bis 1937 eine grundlegende, am "Modell" des Lagers Dachau orientierte Reorganisation. Ihr Ergebnis war eine Zentralisierung und straffere Kontrolle der Lager und ihrer Wachmannschaften (Totenkopfverbände), die effektivere Ausbeutung der Häftlingsarbeit sowie die planmäßige Abschottung dieses Sektors gegenüber den Hoheitsrechten von Justiz und Reichsinnenministerium.
Während sich die SS im Bereich der inneren Sicherheit des Regimes also rasch eine Monopolstellung zu verschaffen verstand, begegneten ihre militärischen Ambitionen stärkerem Widerstand. Mit der auf Befehl Hitlers im März 33 aufgestellten "Leibstandarte" und den bald darauf verschiedenenorts entstehenden "Politischen Bereitschaften", die im Herbst 1934 zur Verfügungstruppe zusammengefaßt wurden, verfügte die SS schon früh über militärisch organisierte Freiwilligenverbände.
Sie waren, ebenso wie die 1934/35 gegründeten SS-Führerschulen (Junkerschulen), der Kontrolle durch die Armee weitgehend entzogen. Die Bedeutung dieser Einrichtungen, deren militärische Funktion nach jahrelangem Tauziehen zwischen SS- und Heeresführung durch Erlaß Hitlers vom 17.8.38 ausdrücklich anerkannt wurde, lag zunächst weniger in ihrer Stärke (1.1.39: ca. 14.000 Mann) als vielmehr in der Tatsache, daß ihre Existenz an sich eine irreversible Durchbrechung des Waffenmonopols der Wehrmacht darstellte.
Der Einfluß der SS beschränkte sich indes nicht allein auf die Verfügungsgewalt über einige zentrale Gewaltinstrumente. Vielmehr verstand Himmlers "Schwarzer Orden" sich in bewußter Anlehnung an Adel und Ritterschaft früherer Jahrhunderte als eine gesamtgesellschaftliche Führungselite. Als solche beanspruchte sie, Vorbild und Erzieher des ganzen Volkes zu sein, um diesem seine "außerchristlichen arteigenen weltanschaulichen Grundlagen für Lebensführung" zurückzugeben, welche durch einen tausendjährigen Irrweg christlich-abendländischer

Geschichte verschüttet worden seien.
Unter solch versponnener Zielsetzung nahm die SS erheblichen Einfluß auf Propaganda und Kultur, Religion und Wissenschaft. Das SS-Hauptamt und das Rasse- und Siedlungshauptamt (RuSHA) produzierten zu diesem Zweck eine Fülle von Büchern, Pamphleten und Filmen; aber auch die von der SS kontrollierten Nationalpolitischen Erziehungsanstalten sowie die Vereine Lebensborn und Ahnenerbe dienten als Vermittlungsinstanzen des SS-Weltbilds.
Dieses Weltbild und der daraus abgeleitete Herrschaftsanspruch waren neben der Person des RFSS die einzige Klammer der in ihren Funktionen wie in ihrer sozialen Zusammensetzung ansonsten so heterogenen SS. Es zu pflegen, bemühte sich Himmler darum auf ebenso skurrile wie pedantische Weise: Er gab der SS eine Art von Ordensregel, schuf ihr mit der westfälischen Wewelsburg ein spirituelles Zentrum, führte in Anlehnung an unterschiedliche historische Vorbilder pseudoreligiöse Rituale und Weihefeiern, Symbole und Kultgegenstände (u.a. Ehrendolch, Totenkopfring, Julleuchter) ein.
All dies sollte nicht nur die mystischen Bedürfnisse religiös entfremdeter SS-Sippen befriedigen, sondern zugleich ein Korsett von Traditionen schaffen, welche auch in einem sich mehr und mehr ausdifferenzierenden SS-Imperium ein SS-mäßiges Verhalten des einzelnen garantieren würden.
Mit fortschreitender Dauer des Krieges erfuhren solche Bemühungen freilich Rückschläge. Das Gesicht der SS wandelte sich, ohne daß sich ihre machtpolitische Zielsetzung geändert hätte. V.a. die nichtberufliche Allgemeine SS, vor dem Krieg das weltanschauliche Herzstück des Ordens, büßte nun, da ihre Mitglieder bis auf wenige Ausnahmen zum Kriegsdienst eingezogen wurden, ihre frühere Bedeutung ein. ...<<
Dr. Reinhard Barth schrieb später über den SS-Verein "Lebensborn" (x051/345): >>Lebensborn, eingetragener Verein im Rahmen des Rasse- und Siedlungshauptamts (RuSHA) der SS, gegründet Dezember 35. In Fortführung des Heiratsbefehls von 1932 trug die Satzung des Lebensborns (13.9.36) jedem SS-Mann auf, mindestens vier Kinder zu zeugen; ob ehelich oder nicht, spielte dabei keine Rolle.
In den gut ausgestatteten Heimen des Lebensborns sollten die Kinder zur Welt kommen; die Mütter blieben abgeschirmt von der Umwelt, Lebensborn besorgte Geburtsurkunden, regelte den Unterhalt und warb Adoptiveltern. Von Zwangsbeiträgen der hauptamtlichen SS-Führer finanziert, wurden (bis 1944) insgesamt 13 Heime unterhalten, in denen ca. 11.000 Kinder geboren wurden.
Akten und Unterlagen des Lebensborns sind fast vollständig vernichtet, so daß die tatsächliche Arbeit des Lebensborns nur schwer rekonstruierbar ist. So bleibt fraglich, ob Himmlers unter der Hand verbreitetes Angebot, "daß sich jede unverheiratete Frau, die ... sich nach einem Kind sehne, vertrauensvoll an den Lebensborn wenden könne", der ihr einen "Zeugungshelfer" vermittele, auch wirklich vom Lebensborn eingelöst wurde.
Auf jeden Fall verbanden sich mit Lebensborn weitergehende Pläne, wie sie etwa in Himmlers im Mai 42 skizzierten Vorhaben deutlich werden, "unter dem Gesichtswinkel der rund 400.000 heute wohl schon vorhandenen Frauen, die durch den Krieg und seine Gefallenen keine Männer bekommen können", eine Zentrale einzurichten, die "entsprechend dem edlen Gedanken ... der unverheirateten Mütter" gestaltet werden sollte.
Unklar ist weiterhin der Umfang eines Tätigkeitsfeldes, das dem Lebensborn nach Beginn des Rußlandfeldzuges zugewiesen wurde, die Mitwirkung bei der Eindeutschung von Kindern "germanischen Typs". Auf 30 Millionen schätzten die Rasseideologen die Zahl des "guten Bluts", das in Europa den Eltern genommen, vom Lebensborn geprüft und an deutsche Adoptiveltern weitergegeben werden sollte.
Im RuSHA-Prozeß schoben die Verantwortlichen des Lebensborns die Schuld am Kinderraub (Angaben schwanken zwischen mehreren Tausend und 200.000 Fällen) anderen SS-

Organisationen zu und kamen mit milden Urteilen davon.<<
Bundeskanzler Engelbert Dollfuß (1892-1934) wurde am 25. Juli 1934 in Wien von Rechtsradikalen erschossen.
SS-Gruppenführer Theodor Eicke (1892-1943, seit Mitte 1934 Inspekteur der Konzentrationslager und Leiter der Wachverbände bzw. später SS-Totenkopfverbände) unterzeichnete am 1. August 1934 folgende interne Lagerordnung für das Konzentrationslager Esterwegen (x050/154-156): >>... **Zweck**
Es bleibt jedem Schutzhaftgefangenen überlassen, darüber nachzudenken, warum er in das Konzentrationslager gekommen ist. Hier wird ihm Gelegenheit geboten, seine innere Einstellung gegen Volk und Vaterland zugunsten unserer Volksgemeinschaft auf nationalsozialistischer Grundlage zu ändern, oder, wenn es der einzelne für wertvoll hält, für die schmutzige 2. oder 3. Judeninternationale eines Marx oder Lenin zu sterben.
Zucht und Ordnung
Ohne Rücksicht auf Herkommen, Stand und Beruf befinden sich die Gefangenen ausnahmslos in einem untergeordneten Verhältnis. Ob alt, ob jung, hat sich jeder an militärische Zucht und Ordnung vom ersten Tage an zu gewöhnen. Alle SS-Männer, bis zum Kommandanten des Konzentrationslagers sind Vorgesetzte der Gefangenen; ihren Befehlen ist unverzüglich und ohne Widerrede Folge zu leisten.
Ehrenbezeugung
Zur Förderung der Manneszucht sind die Gefangenen gezwungen, vor allen SS-Angehörigen militärische Ehrenbezeugung zu erweisen. Wird ein Gefangener von einem SS-Mann angesprochen, so hat er militärische Haltung anzunehmen. ...
Werden Gefangenen-Unterkünfte durch einen Vorgesetzten betreten, dann hat der nächststehende Gefangene durch den Ruf "Achtung" darauf aufmerksam zu machen. Der Stubenälteste meldet die Belegstärke; die Belegschaft hat Haltung anzunehmen. ...
Pflicht zur Arbeit
Die Gefangenen sind ausnahmslos zur körperlichen Arbeit verpflichtet. Stand, Beruf und Herkommen bleiben außer Betracht. Wer die Arbeit verweigert, sich vor ihr drückt oder zum Zwecke des Nichtstuns körperliche Gebrechen oder Krankheit vorschützt, gilt als unverbesserlich und wird zur Verantwortung gezogen.
Die Arbeitzeit im ganzen Lager bestimmt ausschließlich der Lagerkommandant. Beginn und Ende der Arbeit werden durch Hornsignale oder durch die Werkstattglocke bekanntgegeben. ...
Verhalten im Lager
Johlen, Schreien und überlautes Rufen ist im Lager untersagt. ... Zusammenrottungen in der Nähe der Drahthindernisse an der Lattengrenze sind verboten. Wird dieses Verbot nicht beachtet, dann wird scharf geschossen. Befehle der Lagerposten sind unverzüglich zu vollziehen; einem Befehl kann, wenn erforderlich, mit der Waffe Nachdruck verliehen werden.
Lagerarzt
Der Lagerarzt ist nur für Kranke, aber nicht für Arbeitsscheue da. Gefangene, welche sich durch eine grundlose oder zimperliche Krankmeldung von der Arbeit zu drücken versuchen, werden der Abteilung "Strafarbeit" zugeteilt. ...
Aufwiegler
Wer im Lager, an der Arbeitsstelle, in den Unterkünften und auf Ruheplätzen politisiert, aufreizende Reden hält ... wird als Aufwiegler behandelt.
Gemeingefährlich
Wer einem Posten Geschenke anbietet, zu bestechen sucht, in seiner Gegenwart den Marxismus oder eine andere Novemberpartei verherrlicht, abfällige Bemerkungen über den nationalsozialistischen Volksstaat und seine Regierung macht, sich widerspenstig zeigt, einem frem-

den Lagerbesucher heimlich Mitteilung über das Lager und seine Insassen macht, Briefe, Zettel, Lichtbilder und Kleidungsstücke zusteckt, im Lager verbotene Gegenstände, Kleidungsstücke, Mützen, Zigarettendosen, die sich als Verstecke eignen, herstellt, empfängt, weitergibt, verschickt, wird als gemeingefährlich behandelt.

Strafen

Verbrechen, Vergehen und Übertretungen werden nach der Disziplinar- und Strafverordnung für Schutzhaftgefangene geahndet. ...<<

Reichspräsident Paul von Beneckendorff und von Hindenburg starb am 2. August 1934 auf seinem Gut Neudeck in Ostpreußen.

In den Todesanzeigen wurde der Verstorbene wunschgemäß zitiert (x269/313): >>... Maßgebend in meinem Leben und Tun war für mich nicht der Beifall der Welt, sondern die eigene Überzeugung, die Pflicht und das Gewissen.

Ich bin todmüde, aber ich werde stehen, bis ich umfalle, solange dieser alte Körper noch zu etwas gut ist, für ein Beispiel.

Bis zu meinem letzten Atemzuge wird die Wiedergeburt Deutschlands meine einzige Sorge, der Inhalt meines Bangens und Betens sein.<<

Hitler ernannte sich am 2. August 1934 eigenmächtig "per Gesetz" zum sogenannten "Führer" des Deutschen Reiches (das Amt des Reichspräsidenten und des Reichskanzlers wurden verfassungswidrig vereinigt).

Adolf Hitler, der sich danach "Führer und Reichskanzler" nannte, war jetzt nicht nur Reichspräsident und Reichskanzler, sondern auch Oberbefehlshaber der Streitkräfte und realisierte damit die wesentlichsten Grundlagen des sogenannten "Führerprinzips" (persönliche Diktatur).

NS-Reichsrechtsführer Hans Frank berichtete später über die Machtposition Hitlers (x256/-121): >>Der Führer ist der oberste weltanschauliche Repräsentant des deutschen Volkes, der höchste Lenker seiner staatlichen Geschicke, Staatschef des deutschen Reiches, Chef der deutschen Regierung und damit Chef des gesamten Verwaltungsapparates des Deutschen Reiches, der verfassunggebende Abgeordnete des deutschen Volkes, Oberbefehlshaber der deutschen Wehrmacht, Oberster Gerichtsherr des Deutschen Reiches und Volkes. ...<<

Nach dem Tod des Reichspräsidenten gab es verfassungsrechtlich kein deutsches Staatsoberhaupt mehr, denn das Amt des sogenannten "Führers" existierte in der Verfassung des Deutschen Reiches überhaupt nicht.

Seit dem 2. August 1934 mußten alle Soldaten der Wehrmacht folgendes Treuegelöbnis auf den "Führer des Deutschen Reiches, Adolf Hitler", leisten (x128/161): >>Ich schwöre bei Gott diesen heiligen Eid; daß ich dem Führer des Deutschen Reiches und Volkes, Adolf Hitler, dem Oberbefehlshaber der Wehrmacht, unbedingten Gehorsam leisten werde und als tapferer Soldat bereit sein will, jederzeit für diesen Eid mein Leben einzusetzen.<<

Bei Hindenburgs Beisetzung (Tannenberg-Denkmal in Ostpreußen) rief Hitler am 7. August 1934 theatralisch (x032/153): >>Toter Feldherr, geh' nun ein in Walhall!<<

Die Volksabstimmung vom 19. August 1934 über die Ämterfusion des Reichspräsidenten und des Reichskanzlers ergab zwar nach NS-Angaben eine Zustimmung von 89,9 %, aber angesichts der diktatorischen Verhältnisse fand naturgemäß keine demokratische Abstimmung statt.

Hitler erklärte am 20. August 1934 in einem Aufruf an das deutsche Volk (x245/361): >>... Angefangen von der obersten Spitze des Reiches über die gesamte Verwaltung bis zur Führung des letzten Ortes befindet sich das Deutsche Reich heute in der Hand der Nationalsozialistischen Partei. ...<<

In Nürnberg begann am 4. September 1934 der 6. NS-Reichsparteitag ("Triumph des Willens" vom 4. bis zum 10.9.1934).

"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtete später über die "Reichsparteitage" der NSDAP (x051/481): >>Reichsparteitage, Zusammenkünfte der NSDAP, die anders als bei demokratischen Parteien nicht der politischen Willensbildung, sondern der Selbstdarstellung, Parolenausgabe und Machtdemonstration dienten.
Ab 1927 fanden die Reichsparteitage in Nürnberg statt, 1933-38 jährlich Anfang September eine Woche lang. Die Stadt war zum einen eine erste nationalsozialistische Hochburg und wurde zudem gewählt, weil hier die Reichstage des "ersten Reiches der Deutschen" getagt hatten, in deren Tradition die Reichsparteitage gestellt werden sollten.
Die Anlagen dafür wurden von Speer im Südosten der Stadt großzügig ausgebaut: 1935 wurde die Luitpoldarena fertig, eine Kongreßhalle für 60.000 Menschen war im Bau, 1936 marschierten die Formationen der Partei auf dem Zeppelinfeld auf, das mehrere hunderttausend Personen faßte, von Walltribünen mit steinernen Fahnentürmen gesäumt war und eine Haupttribüne mit gewaltiger Pfeilerhalle erhielt, Märzfeld und Stadion ergänzten die Schauplätze, zu denen eine breite Aufmarschstraße führte. Obwohl während des Krieges keine Reichsparteitage stattfanden, ging der Ausbau weiter.
Die Rituale der Reichsparteitage waren konstant: In endlosen Kolonnen zogen SA, SS, NSKK und HJ, die einen Adolf-Hitler-Marsch nach Nürnberg veranstaltete, an Hitler vorbei, später ergänzt durch Wehrmacht-Einheiten, denen ein eigener Tag auf den Reichsparteitagen gewidmet wurde. Die Marschierer formierten sich zu unübersehbaren Menschenquadern auf dem Reichsparteitagsgelände, wo Hitler als Höhepunkt seine programmatischen Reden hielt, zu denen das Diplomatische Korps und ausländische Ehrengäste geladen wurden.
Fahnen wurden geweiht, Sportvorführungen gezeigt, Treuegelöbnisse und Totenehrungen zelebriert, ein blutrotes Fahnenmeer umwogte die Massen, ein Ring von Flakscheinwerfern überwölbte die abendlichen Appelle mit einem "Lichtdom". Diese ganz auf propagandistische Wirkung berechneten Inszenierungen sollten Hitler als den unangefochtenen Volksführer zeigen und das Gemeinschaftsgefühl stärken.
Der erste Reichsparteitag fand vom 27.-29.1.23 in München, der zweite nach Wiederbegründung der Partei in Weimar am 3./4.7.26 statt. Es folgten zwei weitere Reichsparteitage in Nürnberg (19.-21.8.27 und 1.-4.8.29), bevor die Reichsparteitage nach 1933 als wichtige Feiern quasi staatlichen Charakter bekamen.
Sie wurden nun jeweils unter ein Motto gestellt: 31.8.-3.9.33 "Sieg des Glaubens" zur Feier der Machtergreifung, 4.-10.9.34 "Triumph des Willens" nach Vollendung der Diktatur Hitlers, 10.-16.9.35 "Reichsparteitag der Freiheit" zur Verkündung der Nürnberger Gesetze über die Judendiskriminierung, 8.-14.9.36 "Reichsparteitag der Ehre" nach den erfolgreichen Olympischen Spielen und der Rheinlandbesetzung, 6.-13.9.37 "Reichsparteitag der Arbeit" zur Verkündung des Vierjahresplans, 5.-12.9.38 "Reichsparteitage Großdeutschlands" nach dem Anschluß Österreichs. Der für 1939 vorgesehene (11.) "Reichsparteitag des Friedens" fiel aus wegen des Kriegsbeginns.<<
Ein Sozialdemokrat berichtete damals über die Wirkung der NS-Propaganda in Süddeutschland (x149/78): >>Die politisch ungeschulten Menschen stehen im Bann der Nazipropaganda, die täglich die Sinne vernebelt. ...
Das Absinken der Arbeitslosigkeit ist einer der Erfolge, der Hitler gutgeschrieben wird. Daß die gesamte Weltwirtschaft nach der vorangegangenen großen Krise wieder im Aufstieg begriffen ist, daß Millionen deutsche Arbeitskräfte in den Dienst der Hochrüstung für Kriegspläne gestellt werden, vermag die breite Masse nicht zu erkennen. ...<<
Der deutsche Historiker Joachim C. Fest (1926-2006) schrieb später über die psychologischen Folgen der NS-Propaganda (x245/370-371): >>... Die sofort rigoros in Anspruch genommene Verfügungsmacht über die publizistischen Massenmedien schuf die technischen Vorbedingungen für die Durchsetzung eines Denk- und Gefühlsschemas, nach dem die Nation nun ein-

heitlich erfaßt und ausgerichtet wurde. In seinem Mittelpunkt stand, unendlich und bisweilen grotesk variiert, das Motiv der Führergestalt.
Aus dem ständig anschwellenden Lärm aller mit allem staatlichen Nachdruck betriebenen Propaganda, die Hitler als "Volkskanzler", "nationaler Befreier", "Erneuerer des deutschen Blutes" und mit nie abreißender Erfindungsgabe vom Größten aller Deutschen bis hin zum Kinderfreund feierte, erhob er sich alsbald zu mythischer Größe, und vor den Tribünen, die er betrat, stieg süchtiger denn je der manipulierte Brunstschrei der Massen hoch.
In der Tat hatte er, der "Großmagier Hitler", weit stärker als irgendein Ereignis, irgendeine Person oder Personengruppe seines Gefolges daran Anteil, daß der Jubel sich so überwältigend steigerte und alsbald die Schreie übertönte, die aus den "Heldenkellern" der SA-Stabswachen nach oben drangen.
Der Vereinigung von taktischem Geschick und massensicherem Instinkt in seiner Person war es zuzuschreiben, daß die NSDAP innerhalb eines Jahres nicht nur nahezu vollständig die Macht, sondern auch die Mehrheit des deutschen Volkes eroberte und in einen Erregungszustand versetzte, der aus Selbsttäuschung, Idealismus, Furcht, Opferbereitschaft und Gläubigkeit seltsam gemischt war und als "Wunder deutscher Volkswerdung" überschwenglich gefeiert wurde. ...<<
Da Polen wegen Mißachtung des vereinbarten Minderheitenschutzabkommens verstärkt kritisiert wurde, kündigte die polnische Regierung in der Vollversammlung des Völkerbundes das Minderheitenschutzabkommen.
Der polnische Außenminister Beck erklärte am 13. September 1934 (x028/29): >>... von heute ab sich jede Zusammenarbeit mit den internationalen Organen zu versagen, soweit es sich um die Kontrolle der Anwendung des Systems des Minderheitenschutzes durch Polen handelt.<<
Der spätere britische Premierminister Winston Churchill erklärte am 17. September 1934 nach einem Gespräch mit Heinrich Brüning in London (x032/162): >>... Deutschland muß wieder besiegt werden, und diesmal endgültig. Sonst werden Frankreich und England keinen Frieden haben.<<
Die UdSSR wurde am 18. September 1934 in den Völkerbund aufgenommen. Stalin versuchte danach, die westeuropäischen Beziehungen zu verbessern.
Die "Allgemeine Deutsche Haus- und Grundbesitzer-Zeitung" berichtete im September 1934 über "die Enteignung im neuen Reich" (x256/136): >>Auch das außerordentliche Enteignungsrecht hat seinen Platz im nationalsozialistischen Staat; denn ist auch das Gesetzgebungsverfahren heute wesentlich schneller als im Weimarer Staat, so kann doch jederzeit der Fall eintreten, daß augenblicklich einer dem Staate drohenden Gefahr begegnet werden muß.
Zu den Gefahren, die den Staatsnotstand rechtfertigen können, gehören auch solche, die man vielfach erst jetzt als solche erkannt hat, nämlich die Gefahren für Blut und Rasse. Darum ist ein Vorgehen gegen fremdrassige Elemente im Wege der Enteignung ohne gesetzliche Ermächtigung möglich, wenigstens so weit es sich um deutschen Grund und Boden handelt.
Von den liberalistischen Ideen des "Rechtsstaats" muß man da völlig abkommen. Unser oberstes Gesetz ist: "Recht ist, was dem deutschen Volke nützt.<<
Der jugoslawische König Alexander I. und der französische Außenminister Louis Barthou (Befürworter der französisch-sowjetischen Beziehungen) wurden am 9. Oktober 1934 in Marseille durch kroatische und makedonische Attentäter ("Ustascha" und "IMRO") ermordet (x086/34).
Nachfolger des ermordeten jugoslawischen Königs Alexander I. wurde Prinzregent Paul (1893-1976).
Der evangelische Landesbischof von Württemberg, Theophil Wurm, wurde am 11. Oktober 1934 zwangsweise in den Ruhestand versetzt.

Die Braunschweiger NS-Organisation ermahnte am 16. Oktober 1934 säumige Mitglieder der "NS-Volksgemeinschaft", ihre "freiwilligen Spenden" zu leisten (x301/57): >>Deutscher Volksgenosse!
Am vergangenen Sonntag sind Sie dem Ruf unseres Führers und Reichskanzlers, aus Anlaß des Eintopfgerichts eine entsprechende Geldabgabe zu machen, leider nicht gefolgt.
Ich setze voraus, daß Sie dazu in der Lage sind und ihre Weigerung auch nicht aus Mangel an gutem Willen, sondern aus Verkennung der ganzen Sachlage erfolgte. Ich gestatte mir daher, Sie darauf hinzuweisen, daß die Eintopfsammlung ein Glied in der Kette des großen Winterhilfswerks und eine Angelegenheit des ganzen deutschen Volkes ist.
Jeder Deutsche kann und darf es sich nicht nehmen lassen, sofern er dazu irgend in der Lage ist, in Grenzen der Möglichkeit mit zu sorgen für die Ärmsten der Armen. Danken Sie Gott, daß Sie nicht zu diesen gehören. ...
Darum hoffe ich bestimmt, daß Sie sich nun nicht weiter Ihrer Ehrenpflicht als Deutscher entziehen werden.
Der betr. Blockleiter wird in den nächsten Tagen zur Entgegennahe einer Ihren wirtschaftlichen Verhältnissen entsprechenden Spende nochmals bei Ihnen vorsprechen.
Heil Hitler!<<
Die Zweite Bekenntnissynode der Evangelischen Kirche in Berlin-Dahlem erklärte am 20. Oktober 1934 (x050/160): >>Mit Polizeigewalt hat die Reichskirchenregierung nach der Kurhessischen auch die Württembergische und die Bayerische Kirchenleitung beseitigt. Damit hat die schon längst in der Evangelischen Kirche bestehende und seit dem Sommer 1933 offenbar gewordene Zerrüttung einen Höhepunkt erreicht, angesichts dessen wir uns zu folgender Erklärung gezwungen sehen,
I ... 3. Die angemaßte Alleinherrschaft des Reichsbischofs und seines Rechtswalters hat ein in der Evangelischen Kirche unmögliches Papsttum aufgerichtet. ...
6. Die Ausschaltung der Synoden hat die Gemeinden im Widerspruch zur biblischen und reformatorischen Lehre vom Priestertum aller Gläubigen mundtot gemacht und entrechtet. ...
II ... 2. Durch die Verwaltung der süddeutschen Kirchen ist uns die letzte Möglichkeit einer an den bisherigen Zustand anknüpfenden Erneuerung der kirchlichen Ordnung genommen worden.
3. Damit tritt das kirchliche Notrecht ein, zu dessen Verkündigung wir heute gezwungen sind.
III 1. Wir stellen fest: Die Verfassung der Deutschen Evangelischen Kirche ist zerschlagen. Ihre rechtmäßigen Organe bestehen nicht mehr. Die Männer, die sich der Kirchenleitung im Reich und in den Ländern bemächtigen, haben sich durch ihr Handeln von der christlichen Kirche geschieden.
2. Auf Grund des kirchlichen Notrechts der an Schriften und Bekenntnis gebundenen Kirchen, Gemeinden und Träger des geistlichen Amtes schafft die Bekenntnissynode der DEK neue Organe der Leitung. Sie beruft zur Leitung und Vertretung der DEK als eines Bundes bekenntnisbestimmender Kirchen den Bruderrat der DEK und aus seiner Mitte den Rat der DEK zur Führung der Geschäfte. ...<<
Mao Zedong entschloß sich am 27. Oktober 1934 zu einer großen Flucht- und Ausweichbewegung, um dem Vernichtungsfeldzug, den Chiang Kai-shek gegen die kommunistische Partisanenbewegung anordnete, zu entgehen.
Während des 12.000 km langen Marsches, der etwa ein Jahr dauerte, kamen etwa 9 Zehntel der 300.000 Kommunisten um. Nur höchstens 30.000 Kommunisten überlebten die ständigen Kämpfe und großen Strapazen des "Langen Marsches" (x175/304).
Da die autoritäre Regierung der vereinigten Rechtsparteien alle Reformen der Sozialisten rückgängig machte und Katalonien seine Autonomierechte verlor, verschlimmerte sich die Lage der Arbeiter derartig, daß die Sozialisten und die bürgerliche katalanische Regierung im

Oktober 1934 zum Aufstand aufriefen.
Die rechtskonservative Zentrumsregierung verhängte danach das Kriegsrecht und ließ den Aufstand durch General Francisco Franco (Chef des spanischen Generalstabs) kompromißlos niedergeschlagen. Der anschließenden Verhaftungswelle fielen zahlreiche sozialistische und liberale Politiker zum Opfer.
In der 3. Ausbürgerungsliste vom 1. November 1934 befanden sich z.B. (x032/169): >>... Die Schriftsteller Klaus Mann, Bodo Uhse und Erich Weinert, ... der Theaterregisseur Erwin Piscator und der Führer der Schwarzen Front, Otto Strasser, einer der nationalsozialistischen Alt-Kämpfer, wegen Verbreitung von "Hetzschriften" ausgebürgert.
Ebenso ergeht es dem Schriftsteller Alfred Kantorowicz, den die Nationalsozialisten wegen seiner antifaschistischen Tätigkeit als den "übelsten Hetzer gegen das neue Deutschland" bezeichnen. Leonhard Frank, John Heartfield und Wieland Herzfelde, ... der Jurist Hubertus Friedrich Prinz zu Löwenstein, früher Mitglied der Zentrumspartei, des Reichsbanners und Vorsitzender des Republikanischen Studentenbundes, der in Saarbrücken als Herausgeber und Chefredakteur der Wochenzeitung "Das Reich" lebt. ...<<
Ehemalige deutsche KZ-Häftlinge veröffentlichten am 3. November 1934 in Karlsbad ihre KZ-Berichte über Dachau, Hohnstein, Lichtenburg, Oranienburg, Papenburg und Sonnenburg ("Adolf Hitler - Deine Opfer klagen an!").
In Preußen wurden am 27. November 1934 die Werke folgender Schriftsteller verboten (x032/174): >>Heinrich Mann, Lion Feuchtwanger, E. J. Gumbel, Leonhard Frank, Alfred Kerr, Johannes R. Becher, Oskar Maria Graf, Georg Bernhard, Ernst Toller, Balder Olden, Anna Seghers, Theodor Plivier, Erwin Piscator, Prinz Max Karl zu Hohenlohe-Langenburg, Carola Reher, Leopold Schwarzschild, Gustav von Wangenheim, Klaus Mann, Gustav Regler, Erich Heinert, Ernst Ottwalt, Kurt Rosenfeld, Bode Uhse, Helmut Herzfeld alias John Heartfield, Walter Schönstedt, Alfred Kantorowicz, Willi Bredel und Peter Maslowski.<<
NS-Reichserziehungsminister Rust ordnete am 12. Dezember 1934 obligatorische Leibesübungen für Studierende des 1. bis 3. Semesters an.
DAF-Leiter Robert Ley erklärte in der Deutschen Allgemeinen Zeitung vom 12. Dezember 1933 (x243/57): >>... Oberstes Gesetz der Gemeinschaft ist die Disziplin, ausgedrückt durch die Begriffe "Führer" und "Gefolgschaft". ...
Damit die Gemeinschaft den Kampf mit dem Schicksal bestehen kann, muß sie zur Höchstleistung erzogen werden. ...
Unser Vorbild ist der Soldat. ... Die Begriffe "Führer" und "Gefolgschaft" ... haben allein Sinn, ... wenn aus dem liberalistischen Begriff "Arbeitgeber" ein Offizier der Wirtschaft, und aus dem "Prolet" sein Gefolgsmann wird und beide zusammen den neuen Typ, den Soldaten der Arbeit darstellen. ...<<
Die NS-Presse berichtete am 14. Dezember 1934 (x032/176): >>Nur nicht vergessen! Am kommenden Sonntag Eintopf essen!<<
Am 18. Dezember 1934 wurde für alle uniformierten Polizeiverbände der Hitler-Gruß angeordnet.
Das politische NS-Strafrecht wurde am 20. Dezember 1934 um das "Gesetz gegen heimtückische Angriffe auf Staat und Partei ..." ergänzt.
Der deutsche Assessor Christoph Schmidt schrieb später über das "Heimtückegesetz" (x051/-244): >>Heimtückegesetz, nationalsozialistische Strafvorschriften zur Bekämpfung oppositioneller Meinungsäußerungen.
Nachdem die "Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutz des Deutschen Volkes" vom 4.2.33 (RGBl. I, S. 35) der Regierung die Möglichkeit gegeben hatte, die Meinungs- und sonstige Betätigungsfreiheit oppositioneller politischer Gruppen und Parteien im wesentlichen zu unterbinden, und nachdem die Reichstagsbrandverordnung darüber hinaus organisierte politi-

sche Opposition praktisch unmöglich machte, wurde durch die "Verordnung des Reichspräsidenten zur Abwehr heimtückischer Angriffe gegen die Regierung der nationalen Erhebung" vom 21.3.33 (RGBl. I, S. 135) sogar die Bestrafung von regimekritischen Äußerungen von Privatpersonen in privatem Kreis möglich.
Nach § 3 war es bereits strafbar, wenn jemand eine "unwahre oder gröblich entstellte Behauptung" aufstellte, die geeignet war, das Ansehen der Regierung oder der hinter ihr stehenden Parteien zu schädigen.
Nach der Ausschaltung auch der nationalkonservativen ehemaligen Koalitionspartner der NSDAP ersetzte das "Gesetz gegen heimtückische Angriffe auf Staat und Partei und zum Schutz der Parteiuniformen" vom 20.12.34 (RGBl. I, S. 1.269) das eigentliche Heimtückegesetz, die Verordnung.
Es brachte insoweit Verschärfungen der Rechtslage, als z.B. der strafrechtliche Schutz der Parteiabzeichen derart verstärkt wurde, daß der Mißbrauch von Uniformen beim Begehen einer strafbaren Handlung die Todesstrafe begründen konnte (§ 3). Auch "nichtöffentliche böswillige Äußerungen" wurden nun mit Strafe bedroht, "wenn der Täter damit ... rechnen muß, daß die Äußerung in die Öffentlichkeit dringen werde" (§ 2, Absatz 2). Dem Denunziantentum war damit gesetzlich Tür und Tor geöffnet.
Um eine schnelle und effiziente strafrechtliche Verfolgung politischer Kritik zu erreichen, wurde der Erlaß der Heimtückeverordnung begleitet von der Errichtung der Sondergerichte. Nach der Kriminalstatistik von 1933 wurden 3.744 Verstöße gegen das Heimtückegesetz geahndet. In späteren Jahren wurde bei politischen Delikten keine Statistik mehr geführt.<<
Die Hitlerjugend (HJ) zählte Ende 1934 bereits etwa 3.500.000 Mitglieder (x067/115).
NS-Reichspropagandaminister Goebbels schrieb im Jahre 1934 (x243/45): >>... Wir Nationalsozialisten haben ... niemals behauptet, daß wir Vertreter eines demokratischen Standpunktes seien, sondern wir haben offen erklärt, daß wir uns demokratischer Mittel nur bedienen, um die Macht zu gewinnen, und daß wir nach der Machteroberung unseren Gegnern alle die Mittel versagen würden, die man uns in Zeiten der Opposition zugebilligt hatte. ...<<
Rudolf Heß, der "Stellvertreter des Führers", erklärte im Jahre 1934 im Kölner Rundfunk (x149/77): >>Mit stolz sehen wir: einer bleibt von aller Kritik ausgeschlossen, das ist der Führer.
Das kommt daher, daß jeder fühlt und weiß: Er hatte immer recht, und er wird immer recht haben. In der kritiklosen Treue, in der Hingabe an den Führer, die nach dem Warum im Einzelfall nicht fragt, in der stillschweigenden Ausführung seiner Befehle liegt unser aller Nationalsozialismus verankert.
Wir glauben daran, daß der Führer einer höheren Berufung zur Gestaltung (des) deutschen Schicksals folgt. An diesem Glauben gibt es keine Kritik. ...<<
Der jüdische Arzt und Schriftsteller Martin Gumpert (1897-1955, emigrierte 1936 in die USA) schrieb im Jahre 1934 über das zukünftige Schicksal der Deutschen (x149/75):
>>Euch fehlt die Phantasie ...
Daß man euch durch die Straßen jagen wird,
Daß man eure Schränke durchwühlen wird,
Daß man euer Telefon überwachen wird, ...
Daß man euch hinter Stacheldraht sperren wird,
Daß man euch ins Gesicht speien wird,
Daß man eure Bücher verbrennen wird ...<<

NS-Gleichschaltung im Jahre 1934

Ab 1934 bestimmten und kontrollierten die NS-Gau-, Kreis-, Ortsgruppen- und Blockleiter sowie NS-Blockwarte (ca. 15-20 Personen bildeten jeweils einen Block) das gesamte Leben der deutschen Volksgenossen. Der Blockleiter ("Hoheitsgebiet" ca. 160-240 Personen) führte

z.B. Karteien über alle Bewohner, kassierte Parteimitgliedsbeiträge und war verpflichtet, alle "schädigenden Gerüchte" zu melden.
Mit Hilfe der politischen "NS-Hoheitsträger", die ihre Machtpositionen häufig schamlos ausnutzten, reichte der Einfluß des NS-Regimes bis in jede Familie. Das kirchliche Leben wurde zwar erheblich eingeengt, aber Gottesdienste und die meisten Seelsorger blieben zunächst noch unbehelligt.
Jeder Deutsche, der sich dem Willkürregime jedoch aktiv widersetzte, wurde sofort eingeschüchtert, verprügelt oder landete unverzüglich in den "Schutzhaftlagern" bzw. Konzentrationslagern. Die unorganisierte Machtlosigkeit der deutschen NS-Gegner hatte gegenüber der militärisch organisierten Gewalt des NS-Regimes naturgemäß keine Chance.
Ab 1934 wurden fast alle Deutschen allmählich planmäßig durch die zahlreichen NS-Organisationen "erfaßt", auch wenn sie keine Parteimitglieder waren. Es gab für die Deutschen praktisch kein Privatleben mehr. Jeder Sport-, Gesangs-, Kegel- und Schützenverein, Handwerks-, Angestellten- und Beamtenverbände sowie sonstige Gemeinschaften wurden von NS-Beauftragten überwacht und "gleichgeschaltet".
Wer im NS-Staat berufliche oder wirtschaftliche Erfolge erreichen wollte, wie z.B. Angestellte und Beamte des öffentlichen Dienstes oder Handwerker und Unternehmer, die Staatsaufträge benötigten, mußte zwangsläufig NSDAP-Mitglied werden.
Man begrüßte sich auch nicht mehr, wie bisher mit "Guten Tag", sondern in den Schulen, Geschäften und Behörden mußte man ab 1934/35 grundsätzlich mit dem sogenannten "Deutschen Gruß" (heben des ausgestreckten rechten Armes und den Worten "Heil Hitler") grüßen. Der "Deutsche Gruß" wurde auch beim Schriftverkehr verlangt ("Mit Deutschem Gruß Heil Hitler"). Der persönliche "Deutsche Gruß" gegenüber Hitler lautete etwa seit 1935 "Heil, mein Führer".
Viele Deutsche, die sich weigerten, in eine der vielen NS-Organisationen einzutreten, mußten wenigstens als gutwillige Mitglieder der "Volksgemeinschaft" persönlich Spenden sammeln oder großzügige Spenden ("freiwilliger Zwang") leisten.
Horst Krüger (1919-1999, deutscher Schriftsteller) berichtete später am Beispiel der Berliner Stadtrandsiedlung Eichkamp über die Auswirkungen der NS-Gleichschaltungsmaßnahmen (x105/228-230): >>... Das Reich Hitlers kam über Eichkamp eigentlich wie eine Himmelsmacht. Man hatte es nicht gerufen, man hatte es nicht bekämpft. Es war einfach da, wie eine Jahreszeit kommt. Die Zeit war reif. Alles war hier Natur, nichts Gesellschaft. Niemand hatte da mitgemacht, keiner war Nazi gewesen. Es kam aus dem fernen Berlin und stand nun wie eine Wolke über Eichkamp: hoch und schön gefiedert.
Am wenigsten waren es vaterländische Motive bei uns. Von Deutschlands Niederlage 1918 und der Schande von Versailles habe ich in den Gesprächen meiner Eltern kaum etwas gehört. Die deutsche Schmach ist nie bis Eichkamp gedrungen, sie war wohl mehr in Potsdam zu Hause.
Es war nicht das Negative deutscher Geschichte, was in Eichkamp rumorte. Man hatte nur immer Angst gehabt, wieder abzurutschen, und nun kam einer, der wie auf Flügeln immer höher tragen wollte. Das war es. Es war einfach zu schön. Alles wurde nun so weit und groß und hoffnungsvoll.
Der 1. Mai, der meinen Eltern wegen der Roten immer befremdlich war, wurde nun auch in Eichkamp ein freundlicher Festtag und erinnerte mit seinen vielen Fahnen und Gesängen an "Die Meistersänger von Nürnberg". Die Künstler der Staatsoper sammelten im November Unter den Linden für das Winterhilfswerk, Sänger und Schauspieler zogen mit roten Klapperbüchsen durch die Straße. Meine Mutter kochte nicht ohne innere Anteilnahme das erste Eintopfgericht und wir aßen an diesem Sonntag die klumpige Graupensuppe mit dem Gefühl, etwas für die Volksgemeinschaft getan zu haben. Das war etwas ganz Neues für Eichkamp –

Volksgemeinschaft.
Dann kam der Blockleiter, holte die zwei Mark fünfzig ab, wir bekamen eine Plakette. Das war wieder was Neues. Dazu sang ein gutmütiger Bariton aus dem Radio "Warum ist es am Rhein so schön?" und "Trink ein Gläschen Wein". Das war die neue Zeit bei uns: ein bißchen Größe und Gemütlichkeit. Es wurde damals viel in Deutschland gesungen. Die Jugend trug jetzt so adrette Uniformen, der Arbeitsdienst war eine gute Sache, die geschulterten Spaten leuchteten den Eichkampern ein, und es gab nun so viele Feiertage mit mächtigen Aufmärschen und Kundgebungen: ein Zug von Größe ging damals durch unser Land.
Hitlers Einbruch in unser Haus – Im Eichkamp 35 geschah wesentlich unter ästhetischen Kategorien. Das Schöne – das war es. Der Mann war doch ein Künstler, ein Baumeister und Maler, und hatte sich in seiner Wiener Jugend "innerlich durchgekämpft", wie meine Mutter es nannte. Sie hatte dafür Verständnis, meinte es freilich mehr moralisch als politisch, sie hatte ja auch einmal Künstlerin werden wollen.
Und nun baute er überall Opernhäuser und Kunsthallen, riß halb Berlin ab, plante alles im Großen, richtete herrliche neue Ministerien ein, eine Reichskanzlei, die von außen wie ein griechischer Tempel aussah, zog saubere Straßen durchs Land: meiner Mutter tat das physisch wohl. Sie trat damals in die NS-Kulturgemeinde ein, da konnte man verbilligt "Die Fledermaus" sehen und Elly Ney hören und Emmy Sonnemann sehen, die an der Seite ihres gewaltigen Gatten (Hermann Göring) es nun auch geschafft hatte. Alle Deutschen schafften es jetzt. ...
Ich erinnere mich an den Morgen nach der "Reichskristallnacht". Die Tauentzienstraße ist übersät mit zersplittertem Glas, sie haben die Schaufenster der Juden eingeschlagen, und nun stehen SA-Männer mit Schulterriemen daneben und beobachten die Passanten. Man geht betreten und schweigend vorbei. Am Abend erzählt mein Vater, daß Synagogen gebrannt hätten und das "Pack" die jüdischen Schaufenster und Wohnungen plündere. Bedenkliche Mienen zu Hause, stille Entrüstung: ob das wohl der Führer wußte?
Aber solche nachdenklichen Stunden konnten nicht darüber hinwegtäuschen, daß wir in einer neuen und großen Zeit lebten. Das Reich und die Jugend, die Kunst und der Staat - erst jetzt sah man in Eichkamp, was das für Mächte waren. Alles war jetzt so feierlich: vor den Führerreden Beethovenkonzerte im Radio, nach Bayreuth ging der große Mann auch ganz bescheiden, nackte Jünglingsstatuen grüßten von Postämtern mit lodernden Fackeln in der Faust. ...
Eigentlich stand so viel Größe in einem seltsamen, bizarren Gegensatz zu unserer kleinen Siedlung, aber wenn ich so recht bedenke, so lag darin die Faszination. Die Eichkamper waren diese Ausmaße nicht gewöhnt. Es machte sie waffenlos, willig und wundergläubig. Sie waren wie Kinder, waren einfach beglückt zu hören, wie groß es sei, ein Deutscher zu sein, zu sehen, wie dieses Deutschland nun dauernd größer wurde.
Und das Reich wuchs ja nun täglich. Alles wurde immer besser, alles kam immer mehr nach oben, und da die Eichkamper eigentlich von unten kamen, ließen sie sich von diesen Wogen der Erhebung gern noch ein Stückchen höher tragen. Es ging ja noch immer weiter hinauf.
Und doch – sie waren keine Nazis. Die wirklichen Nazis waren wirklich aus dem Nichts gekommen, es waren höchstens 5 %, die hatten nie etwas gelernt, konnten nichts, waren gescheiterte Existenzen und wären wirklich nach 3 oder 4 Monaten wieder "abgewirtschaftet" gewesen, wenn nicht all diese guten und braven Deutschen in Eichkamp ihnen ihre Kraft, ihren Fleiß, ihren Glauben und ihr Geschick blind zur Verfügung gestellt hätten.
Sie waren so langsam aus ihrem kleinbürgerlichen Traum hineingeschlittert in die Zeit der Größe, fühlten sich nun ganz wohl, waren mächtig stolz, was der Mann aus ihnen gemacht hatte. Sie begriffen nie, daß sie, sie alle zusammen, diesen Mann erst gemacht hatten. Ohne sie wäre er doch nie aus dem Hinterzimmer des Hofbräuhauses (in München) herausgekommen. Bis zum Schluß meinten sie immer, alles Hitler verdanken zu müssen: die Zeit der Grö-

ße und die Zeit des Sterbens.<<

"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtete später über die "Nationalsozialistische Volkswohlfahrt" (x051/411-412): >>Nationalsozialistische Volkswohlfahrt (NSV), angeschlossener Verband der NSDAP (ab 29.3.35), entstanden aus sozialfürsorgerischen Initiativen der Partei im Vorfeld der Machtergreifung, etabliert mit Verfügung Hitlers vom 3.5.33, Sitz: Berlin.

Die Nationalsozialistische Volkswohlfahrt war zuständig "für alle Fragen nationalsozialistischer Wohlfahrtspflege und Fürsorge" und wurde gelenkt vom Hauptamt für Volkswohlfahrt in der Reichsleitung der Partei, dessen Leiter Hilgenfeldt in Personalunion "Reichswalter" der NSV und Reichsbeauftragter für das Winterhilfswerk war. Regional gegliedert wie die Partei (Gau-, Kreis-, Ortsgruppenverwaltungen, Zellen und Blocks) und fachlich aufgeteilt in sechs Ämter (Organisation, Finanzverwaltung, Wohlfahrtspflege und Jugendhilfe, Volksgesundheit, Propaganda, Schulung), betreute die NSV "bedürftige Volksgenossen", sofern sie politisch, rassisch und erbbiologisch "würdig" waren, parallel zu den staatlichen Wohlfahrtseinrichtungen.

Die Hilfe sollte dabei immer als "Erziehung zur Selbsthilfe" gedacht sein und sich nicht an der Not des Einzelnen orientieren, sondern einen "möglichst hohen Leistungsstand des deutschen Volkes" sichern helfen. "Hoffnungslose Fälle" wie Alkoholiker und entlassene Sträflinge waren daher Stiefkinder der Nationalsozialistischen Volkswohlfahrt, die letztlich im Dienst des nationalsozialistischen Imperialismus stand: "Wir müssen ein gesundes Volk besitzen, um uns in der Welt durchsetzen zu können" (Goebbels auf dem Reichsparteitag September 38).

Innenpolitisch war die NSV ein Instrument der Sozialpolitik und trug mit ihren zahlreichen Hilfseinrichtungen wesentlich zur propagandistischen Selbstdarstellung des Nationalsozialismus als "Sozialismus der Tat" bei, diente der Gleichschaltung der Verbände der freien Wohlfahrtspflege (Caritas, Innere Mission, DRK u.a.) im März 34 in einer von der NSV geführten Reichsgemeinschaft und zur Verzahnung von Partei und Staat auch auf sozialpolitischem Sektor: Im April 41 zog die NSV staatliche Kompetenzen der Kinder- und Jugendbetreuung an sich und am 22.8.44 verfügte Hitler schließlich pauschal, die NSV sei "Träger und Repräsentant der Volkspflege". Personell waren ohnehin auf allen Ebenen Positionen im staatlichen Fürsorgebereich und in der NSV oft in einer Hand.

Die Leistungen der NSV wurden v.a. durch die halbfreiwilligen Beiträge der elf Millionen Mitglieder (1938) und Einkünfte aus dem Winterhilfswerk finanziert und durch die ehrenamtliche Tätigkeit von fast einer Million Mitarbeitern ermöglicht. Im Vordergrund standen Gesundheitspflege und -beratung u.a. durch das Hilfswerk Mutter und Kind, Kuren, Tuberkulosebekämpfung, zahnmedizinische Reihenuntersuchungen u.a., während die oft betonte Behindertenfürsorge in engen Grenzen blieb.

Darüber hinaus gab es zur Verdrängung der kirchlichen Bahnhofsmission den NSV-Bahnhofsdienst; ein "Hilfswerk für die deutsche bildende Kunst" sollte notleidende Künstler fördern, die den nationalsozialistischen Anforderungen entsprachen; das Ernährungshilfswerk unterstützte die Autarkiebestrebungen.

Alle Leistungen und Programme der Nationalsozialistischen Volkswohlfahrt wurden propagandistisch flankiert und mit weltanschaulicher Indoktrination verbunden. Die ambulanten Beratungen wurden durch rassenhygienische Belehrungen ergänzt, "Mütterfreizeiten" zu politischen Unterweisungen genutzt nach dem Grundsatz der NSV, daß neben der sozialen Hilfe die "noch höher zu bewertende politische Leistung" stehen müsse.<<

Mit der Parole "Gemeinnutz geht vor Eigennutz" verkündete die NSDAP den sogenannten "Eintopfsonntag" zu Gunsten des Winterhilfswerks (WHW). Das Winterhilfswerk wurde bereits im Krisenwinter 1931/32 zur Unterstützung von Bedürftigen und Erwerbslosen gegründet. Alle deutschen "Volksgenossen" konnten am monatlichen "Eintopfsonntag" für 50

Reichspfennig an dem öffentlichen Eintopfessen teilnehmen.
Im Jahre 1933/34 sammelten bereits über 1,5 Millionen freiwillige Sammler der NS-Volkswohlfahrt (NSV) und andere NS-Organisationen für das WHW. Mehr als 16,5 Millionen Menschen, hauptsächlich Arbeitslose und Rentner, wurden damals mit den Geld- und Sachspenden unterstützt.
Alle Volksgenossen, die der NSDAP im Dezember 1934 erlaubten, "feste Spenden" abzubuchen, erhielten eine viereckige Haustürplakette mit der Inschrift: "Dem Führer bring' ich als Weihnachtsgabe ein Opfer für des Volkes Not!".
Da das NS-Regime ständig dringend Geld für die Aufrüstung benötigte, erklärte man das Sammeln zum "Dienst am Volk". Das NS-Jungvolk, HJ, SA, und andere NS-Organisationen wurden bei jeder Gelegenheit mit künstlichen Edelweißblüten, Heimaterde aus dem Memelland, Oberschlesien und anderen besetzten Gebieten sowie Sammelbüchsen zum "Betteln" auf die Straße und in die Häuser der Volksgenossen geschickt.
Die Berliner lästerten damals über die "NS-Sammelwut" bzw. aufdringliche "Bettelei": "Keiner darf hungern - ohne zu frieren!"
Von 1933/34 bis 1938/39 spendeten die deutschen Volksgenossen rd. 2,5 Milliarden Reichsmark (RM) für das WHW. Ab 1940 entwickelte sich die WHW-Spende zu einer indirekten "Sondersteuer". In zahlreichen Behörden und Betrieben wurde die sogenannte "freiwillige" WHW-Spende kurzerhand eigenmächtig vom Lohn oder Gehalt abgezogen. Ein großer Teil der Spenden traf nie bei den staatlichen Fürsorgebehörden ein, sondern wurde direkt an die NS-Rüstungswirtschaft weitergeleitet.
Der deutsche Historiker Bernd-Jürgen Wendt schrieb später über das "Winterhilfswerk" (x051/647-648): >>Winterhilfswerk (WHW), im Krisenwinter 1931/32 entstandene Organisation zur Unterstützung von Erwerbslosen und Bedürftigen mit Geld, Lebensmitteln, Speisen, Kleidung und Feuerung.
Getragen wurde das WHW im Zeichen der Weltwirtschaftskrise gemeinsam von privaten Wohlfahrtsverbänden, u.a. DRK, Paritätischer Wohlfahrtsverband, Deutsch-Israelitische Gemeinde, Arbeiterwohlfahrt, Innere Mission und Caritas, und staatlichen Fürsorgebehörden; die NSDAP organisierte schon vor 1933 konkurrierende Winterhilfsmaßnahmen.
Mit Aufrufen von Hitler und Goebbels wurde am 13.9.33 das erste nationalsozialistische WHW 1933/34 eingeleitet.
Obwohl offiziell als breit angelegte Organisation aller wohlfahrtspflegerischen Kräfte proklamiert, unterstand das WHW faktisch der Nationalsozialistischen Volkswohlfahrt (NSV) als dem mit einem Sammlungsmonopol ausgestatteten führenden Spitzenverband der freien Wohlfahrtspflege; die noch nicht gleichgeschalteten Organisationen wie die Innere Mission, die Caritas und das DRK spielten dagegen nur eine untergeordnete Rolle. Die enge Anbindung des - 1936 mit eigener Rechtsfähigkeit ausgestatteten - WHW an die NSV zeigte sich auch in seiner hierarchischen Parallelgliederung (Gau, Kreis, Bezirksstelle) und in der Personalunion auf den jeweiligen parallelen Amtsebenen.
Die Aktivitäten des WHW waren vielfältig: Straßen- und Haussammlungen für Geld und Kleidung, monatlicher Eintopfsonntag, Lohn- und Gehaltsabzüge mit Zwangscharakter, Sammelbüchsen für einen "Winterpfennig" in Geschäften, Reichswinterhilfslotterie; Spendenaufkommen 1933/34-38/39: 2,5 Milliarden RM.
Die Zuweisung der Unterstützung wurde in Zusammenarbeit mit den staatlichen Fürsorgebehörden über die Bezirksstellen abgewickelt. Der ursprünglich sehr weitgespannte Kreis der Spendenempfänger wurde bald auf politisch, rassisch und erbbiologisch "würdige Personen" eingegrenzt.
Das WHW war als Kernbestandteil nationalsozialistischer Sozialpolitik unter verschiedenen Aspekten auf die innere Stabilisierung des Regimes und seine totalitäre Durchsetzung ausge-

richtet:
Es diente der Behebung der materiellen Not als vorrangiges Prestigeziel der Machthaber, der Mobilisierung und totalen, engmaschigen Erfassung der Menschen bis in die Privatsphäre der Wohnung hinein, der Stimulierung einer natürlichen Aufbruchstimmung, der Gleichschaltung und Selbstanpassung der freien Fürsorgeverbände, der propagandistischen Selbstdarstellung des für das WHW verantwortlichen Propagandaministeriums mit Hilfe von Film-, Zeitungs-, Plakat- und Rundfunkwerbung, dem Appell an "Volksgemeinschaft", "nationale Solidarität", "Opferbereitschaft" und der Dokumentation eines gruppen- und klassenübergreifenden "Tatsozialismus" (K. Kaufmann).
Die Selektion von "Asozialen" und "rassisch und erbbiologisch Minderwertigen" und die Bekämpfung des "Bettelunwesens" machten das WHW aber auch zu einem Mittel der politisch-ideologischen Unterdrückung. Dauernde Belästigungen in der privaten und beruflichen Sphäre durch Spendenaufforderungen und die durch sie bedingten finanziellen Belastungen v.a. für untere Gehaltsgruppen führten zunehmend zu Überdruß und einer Abnahme der "freiwilligen" Spendenbereitschaft.
Zahllose Beispiele für Macht- und Kompetenzstreitigkeiten sowie Doppelbetreuung zwischen NSV/WHW und staatlichen Behörden deuten auf einen grundlegenden und bis zuletzt nicht ausgetragenen Strukturdefekt des Dritten Reiches, den Dualismus zwischen Partei und Staat (Doppelstaat).<<

Emigration oder Widerstand

Nachdem die NSDAP alle wesentlichen Machtpositionen innerhalb des Deutschen Reiches besetzt hatte, kontrollierte das NS-Regime planmäßig und konsequent fast sämtliche Lebensbereiche. Der SS-Staat war militärisch strukturiert und gewährleistete eine totale Überwachung des gesamten Landes. Das NS-Regime unterdrückte jeden Einwand, jegliche Kritik und jede aktive oder passive Opposition mit den härtesten Strafen. Jeder Auflehnungsversuch wurde sofort mit drakonischen Strafen geahndet.
Während der gnadenlosen Hetzjagd nach politischen Feinden schlugen die allgegenwärtigen SS-Angehörigen schnell und erbarmungslos zu. Das NS-Regime führte gegen die sogenannten "Staatsfeinde" (Sozialdemokraten, Kommunisten, Konservative und andere) systematische Verfolgungen ("Nacht- und Nebelaktionen") durch, die oft vor der deutschen Bevölkerung verheimlicht werden konnten. Im Verlauf dieser großangelegten "Säuberungsaktionen" nahm man Tausende von "Verdächtigen" fest und inhaftierte sie.
Obwohl die NS-Diktatur in kurzer Zeit einen totalitären Polizeiapparat errichtet hatte, formierte sich ebenso rasch eine demokratische Widerstandsbewegung. Trotz der allgegenwärtigen Gestapo und des tödlichen Terrors nahm diese Widerstandsbewegung den ungleichen und selbstmörderischen Kampf um Freiheit und Menschenwürde des deutschen Volkes auf.
Tausende von Widerstandskämpfern aus allen Gesellschaftsschichten des deutschen Volkes (Politiker, Diplomaten, Geistliche, Gewerkschaftler, Arbeiter, Angestellte, Beamte, Angehörige der freien Berufe, Studenten und Offiziere) sahen damals nicht tatenlos zu, wie die NS-Terroristen die Freiheit und das Recht mit Füßen traten und verhöhnten.
Die meisten deutschen Widerstandskämpfer stellten Adel und politische Gesellschaftskreise, aber auch viele evangelische und katholische Geistliche zählten zu den Gegnern des NS-Regimes. Zu den aktiven demokratischen Widerstandsgruppen gehörten z.B. Goerdeler Kreis, Freiburger Kreis, Kreisauer Kreis, Solf-Kreis und Weiße Rose.
In jener Zeit gab es natürlich auch viele Deutsche, die sich sofort in das sichere Ausland absetzten, um dort den "Widerstand" fortzusetzen, denn nach Hitlers Machtübernahme quälte man Tausende von aufrechten deutschen Frauen und Männern in den Gefängnissen und Lagern regelrecht zu Tode.

Der deutsche Historiker Heinrich Walle berichtete später über die großen Gefahren von Widerstandsaktionen während des NS-Terrors (x301/86): >>Angesichts der Tatsache, daß jeder, der sich nicht vollkommen mit den Zielen der NS-Herrschaft identifizierte, als außerhalb der Volksgemeinschaft stehend betrachtet wurde und der allgemeinen Ächtung und Verfolgung verfiel, war bereits ein geistiges Abweichen von dem in einer allgegenwärtigen Propaganda vorgezeichneten Wege ein Schritt in die Isolation.
Bereits ein Verweigern oder Abseitsstehen wurde von den braunen Nachbarn als aktive Gegnerschaft angesehen und verfolgt. Eine Mitwisserschaft von möglichen Aktionen gegen das System oder auch nur von kritischen Äußerungen anderer konnte, wenn sie nicht sofort "angezeigt" wurden, tödlich sein. ...<<
Nur sehr wenige ehemalige demokratische Politiker der Weimarer Republik, wie Theodor Haubach, Julius Leber, Wilhelm Leuschner, Carlo Mierendorff, Adolf Reichwein, Kurt Schumacher und andere, leisteten damals im Inland aktiven Widerstand.
Da es während der NS-Diktatur keinen ungefährlichen Widerstand gab, sondern höchstens nur Märtyrertum und Todesgefahr, entschlossen sich die meisten prominenten Politiker, Literaten und Akademiker zur Emigration.
Der Sozialdemokrat Friedrich Stampfer (1874-1957, Journalist und Politiker, 1900-02 Redakteur der Leipziger Volkszeitung, 1916-33 Chefredakteur des "Vorwärts", 1920-33 sozialdemokratischer Abgeordneter und Mitglied des Deutschen Reichstages) forderte damals alle Deutschen zum Widerstand gegen das NS-Regime auf (x149/105): >>Wer da zusieht, wie Deutschland dem Abgrund zugeführt wird und sich nicht auflehnt, der begeht wirklichen Landesverrat. ...<<
Friedrich Stampfer brachte sich jedoch selbst rechtzeitig in Sicherheit. Er emigrierte bereits 1933 nach Prag, floh 1939 nach Frankreich und 1940 nach Nordamerika.
In den Jahren 1933 bis 1935 flohen etwa 6.000-8.000 Kommunisten, 5.000-6.000 Sozialdemokraten, 2.000 Pazifisten und Demokraten und 2.000 Personen unterschiedlicher politischer Richtungen aus dem Deutschen Reich (x149/81).
Diese angeblichen "Widerstandskämpfer", wie z.B. Willy Brandt (eigentlich Herbert Frahm; emigrierte im April 1933 nach Dänemark und später nach Norwegen), Herbert Wehner (floh 1935 nach Schweden und später nach Moskau) und Walter Ulbricht (1893-1973, emigrierte ebenfalls schon 1933 und traf 1938 in Moskau ein), sowie viele andere Emigranten waren damals nicht bereit, ihre Ehre, Gesundheit oder ihr Leben für den Freiheitskampf der Deutschen zu gefährden bzw. zu opfern.
Andere deutsche Emigranten, wie die einflußreichen Politiker Heinrich Brüning (1885-1970), Otto Braun (1872-1955) und Hermann Rauschning (1887-1982), spielten später im Ausland keine Rolle und konnten politisch fast nichts ausrichten. Alle Versuche, im Ausland (in Nordamerika und England) ein deutsches Nationalkomitee zu gründen, scheiterten an der strikten Ablehnung der jeweiligen Regierungen.
Der Diplomat Bernardo Attolico (1880-1942, italienische Botschafter in Berlin) meinte später gegenüber dem schweizerischen Geschichtsprofessor Carl J. Burckhardt (x025/150): >>... Das Leichteste ist emigrieren und protestieren, aber auch Aufstände anzetteln, Komplotte schmieden braucht weniger Kraft als der harten Wirklichkeit Tag für Tag das Mögliche abzuringen, ohne Pathos, immer wieder geschlagen, immer wieder beginnend, Dinge scheinbar sanktionierend, die man verabscheut, zäh und ohne jeden Eigennutz, klug, mit beständiger äußerster Aufmerksamkeit und Anspannung.<<
Der deutsche Historiker Sebastian Haffner schrieb später über die "Emigration" der Deutschen (x051/147-148): >>Die deutsche Emigration 1933-45 war keine Kollektivbewegung, sie brachte es nicht zu einer Organisation, und sie hat politisch nichts ausgerichtet. Der Unterschied etwa zu den österreichischen und tschechischen Emigranten von 1938/39 – zu schwei-

gen von dem Londoner "Freien Frankreich" de Gaulles – fällt ins Auge. ...
Auch unter den deutschen Emigranten gab es einige einst prominente Politiker – Brüning, Braun, Rauschning -, aber sie haben im Ausland keine Rolle mehr gespielt und gelegentliche Versuche, in England oder Amerika so etwas wie ein deutsches Nationalkomitee zu gründen, sind stets im Ansatz steckengeblieben.
Sie scheiterten nicht erst an der wenig ermutigenden Haltung der englischen und amerikanischen Regierung. Schon die deutsche Emigration selbst – immerhin von Anfang an einige zehntausend, zum Schluß mehrere hunderttausend Menschen umfassend – war zu diffus, politisch zu gespalten und in ihrer großen Masse zu unpolitisch. Zugespitzt könnte man sagen: Es gab keine deutsche Emigration; es gab nur deutsche Emigranten. ...
Sehr möglich, daß der Wettlauf um die Atombombe durch die deutsche Emigration entschieden worden ist – durch den Zuwachs an wissenschaftlicher Kapazität, den sie Amerika und England, den Verlust, den sie für Deutschland bedeutete. Das war freilich zu der Zeit, als die zehn oder zwanzig Wissenschaftler der Extraklasse, von denen dieser weltgeschichtliche Effekt abhing, Deutschland verließen, nicht vorauszusehen, auch von ihnen selbst nicht.
Man muß zwischen Wirkungen und Motiven unterscheiden. Auch war die wissenschaftliche Prominenz der Zahl nach in der Emigration weit schwächer vertreten als etwa die literarische. Die deutsche Wissenschaft erlitt durch die Emigration lediglich einen Aderlaß; die deutsche Literatur jedoch blutete aus.
Auch auf den Nachbargebieten wie Journalismus, Theater und Film waren die Verluste enorm. Und auf dem Feld des akademischen Humanismus sind in den 30er Jahren Denkschulen von Deutschland nach Amerika verpflanzt worden, die Frankfurter Schule der Soziologie zum Beispiel, oder die Psychoanalyse. Das alles, hat Geschichte gemacht; aber Geistesgeschichte, nicht politische.
Emigration war in jedem Fall ein einsamer individueller Entschluß; und dieser Entschluß trug fast immer ein Doppelgesicht: Er bedeutete Flucht und Protest. ... Flucht war in dieser Frühzeit weit öfter das Emigrationsmotiv von Politikern, die in vielen Fällen auch allen Grund hatten zu fliehen. Brüning und Treviranus etwa standen auf der Abschußliste des 30. Juni 1934 (Röhm-Affäre) und wären unfehlbar ermordet worden, wenn sie sich nicht in letzter Stunde in Sicherheit gebracht hätten. Hätten sie bleiben sollen?
Die Frage ist nach 1945 oft in vorwurfsvollem Ton gestellt worden, gerade im Fall der Politiker, aber auch in dem der literarischen und akademischen Prominenz, die einen so großen Anteil an der Frühemigration hatte. Wenn die Besten weggingen, so hat man gefragt, was konnte man vom Durchschnittsmenschen noch erwarten? War Emigration Desertion?
Die Gegenfrage erledigt solche Vorwürfe: Was hätten sie denn in Deutschland tun sollen?
Mit ihrer Emigration setzten sie immerhin ein Zeichen. In Deutschland hätten sie kein Zeichen mehr setzen können. Es gab hier keine Möglichkeit politischer Opposition, es gab nicht einmal mehr das öffentliche freie Wort. Die Alternative hieß nach März 33 nicht mehr Weggehen oder Mitmachen. Denn selbst wer sich zu entziehen suchte, wer in die innere Emigration ging, verstummte und sich in einen harmlosen Brotberuf verkroch, konnte sich auf die Dauer nicht verhehlen, daß er, wie widerwillig und wie indirekt auch immer, mitmachte. Alles, auch das Harmloseste, diente letztlich dem Regime, das sich ganz Deutschlands bis in den letzten Winkel bemächtigt hatte.
Nur eine Alternative gab es noch: Märtyrertum. Aber es war Märtyrertum unter Ausschluß der Öffentlichkeit. Die Märtyrer Ossietzky z.B. oder die Geschwister Scholl – haben damals innerhalb Deutschlands wenig bewegt. Die Emigranten dagegen hat man wenigstens nicht totschweigen können – zum mindesten die prominenten Emigranten nicht. ...<<
Ab 1937 verstärkte das NS-Terrorsystem die Verfolgung der "Staatsfeinde". Verhaftungen und Hinrichtungen schwächten die deutschen Widerstandsgruppen immer mehr. Im NS-Staat

waren falsche Beschuldigungen, üble Nachrede und Verleumdungen an der Tagesordnung. Überall trieben Spitzel und sogenannte "Vertrauensmänner" ihr Unwesen. Sie kontrollierten und überwachten Tag und Nacht verdächtige Personen. Seit 1942 wurden alle Häftlinge, die länger als 6 Jahre in Gefängnissen oder Zuchthäusern saßen, in die Konzentrationslager "verlagert". Allein von April bis Juni 1944 ließ der NS-Justizminister 20.748 Deutsche aus politischen Gründen verhaften (x023/446).
Obgleich die deutschen Widerstandsbewegungen völlig allein gegen das hoffnungslos überlegene NS-System kämpfen mußten, gaben die entschlossenen Widerstandskämpfer den Freiheitskampf niemals auf. Trotz der großen Gefahr verübten deutsche Widerstandskämpfer seit 1933 fast 4 Dutzend Anschläge auf Hitler, die jedoch vielfach durch seltsame Ereignisse oder äußerst unglückliche Umstände scheiterten (x023/335).
Der israelische Historiker Saul Friedländer berichtete später über die totalitäre Macht und den totalitären Terror der NS-Diktatur (x036/25-26): >>... (Es ist) der Wille zur totalen Beherrschung von Individuen und Gruppen, der das totalitäre System antreibt, seine Opfer zu unterdrücken und sie entsprechend auszuwählen. Wenn die Kontrolle es erfordert, entscheidet man sich ohne Unterschied für die Vernichtung dieser oder jener Gruppe. Der zu vernichtende Feind wird zu einem funktionalen Element im System totaler Herrschaft. Um eine ganze Bevölkerung zu terrorisieren oder ihre Kräfte zu sammeln, kann mehr oder weniger willkürlich erst eine Gruppe und dann eine andere herausgegriffen werden.
Die Bürokratie ist das wirkungsvollste Element totalitärer Macht und totalitären Terrors. Sie besitzt jene niedrigen Diener, deren einziger Ehrgeiz es ist, ihre Aufgabe so wirkungsvoll wie möglich zu erfüllen. Und sie kann, einmal in Gang gesetzt, von den einfachsten erkennungsdienstlichsten Maßnahmen bis zur totalen Vernichtung führen. ...<<
Der deutsche Historiker Bodo Scheurig schrieb später über den deutschen Widerstand nach Hitlers Machtübernahme (x245/483-484): >>... Nehmen wir die Generale, bei denen man sich beinahe an jeden halten könnte: sie hatten in der Weimarer Republik, die auf die Reichswehr ohne Vertrauen herabsah, keine Heimstatt finden können.
Sie hatte die Ohnmacht jenes 100.000-Mann-Heeres erbittert, das nicht einmal den Armeen Polens und der Tschechoslowakei gewachsen gewesen wäre. Hitler versprach ihnen nur eine Wiederaufrüstung, welche die Wehrmacht befähigen sollte, das Reich zu verteidigen; er wollte auch für ein besseres Ansehen der Soldaten bürgen. All das entschied nicht zuletzt über die Haltung der jungen Offiziere. Man lese Briefe Stieffs, und man wird einen Geist gewahren, der geradezu prädestiniert war, Hitler und seinen Zielen anheimzufallen. Dies galt auch für den Stauffenberg des Jahres 1933.
Wir mögen diese Tatsachen beklagen. Wir mögen jene, die Hitler nicht durchschauten, heute kurzsichtig nennen. Wahrheit bleibt, daß er sich zunächst auf die Männer stützen konnte, die ihn am 20. Juli 1944 auf Leben oder Tod bekämpfen sollten.
Selbst die Kirchen haben dem Nationalsozialismus anfangs Kredite nicht versagt. Wohl suchte der Papst die Rechte seiner Kirche durch ein Konkordat zu sichern, nach dessen Abschluß Hitler gleichsam hoffähig geworden war. Doch in dem Willen, eine nationale Gesinnung – auch im Geiste der nationalsozialistischen "Bewegung" – zu bezeugen, wollte keine der Konfessionen zurückstehen.
Nicht einmal die politische Linke leistete nachdrücklichen Widerstand. Gewiß Leber und Mierendorff litten seit 1933 in Gefängnissen und Konzentrationslagern, ohne ihre feste Gesinnung und Haltung preiszugeben. Aber selbst wer Wels' tapfere Absage an das Ermächtigungsgesetz anerkennt, muß einräumen, daß die bereits angeschlagene oder unterdrückte Linke zum Rückzug entschlossen war.
Vollends verfielen viele Konservative Hitler und seiner Macht. Versprach er doch lautstark und beredt, nicht wenige ihrer Wünsche zu erfüllen. Somit mußte der Nationalsozialismus

zunächst jene lähmen, die eine nationale Wiedergeburt ihres Vaterlandes ersehnten. Es bleibt ein Verdienst der jüngsten Forschung, eindeutig herausgearbeitet zu haben, daß die konservativnationalen Honoratioren manchen von Hitlers Zielen und Erfolgen zustimmen mußten. Wie er, so wünschten sie die Folgen des Ersten Weltkrieges zu überwinden. Wie er, so zielten sie auf ein machtvolles Reich. ...<<

Der deutsche Historiker Hubertus Prinz zu Löwenstein (1906-1984) schrieb später über die deutsche Widerstandsbewegung (x063/580): >>Man kann zusammenfassen, daß Deutschland das erste von Nationalsozialisten besetzte Land war. Die Allmacht der Geheimen Staatspolizei, der SA und SS schützte sie gegen jeden Auflehnungsversuch. Um so bemerkenswerter ist es, daß es von Anfang an trotz eines bis dahin in Europa nicht dagewesenen Terrors eine Widerstandsbewegung gab, die um des wahren Deutschlands, um der Freiheit und Menschenwürde willen Verfolgung, Folter und Tod auf sich nahm. ...<<

Der deutsche Historiker Dieter Langewiesche schrieb später über den deutschen "Widerstand" gegen das NS-Regime (x051/640-643): >>Widerstand gegen den Nationalsozialismus umfaßte ein weites Spektrum von Anlässen, Formen und Zielen.

Widerstand konnte aus bewußtem Entschluß, aber auch wider Willen entstehen, wenn einzelne oder Gruppen sich der verordneten "Volksgemeinschaft" entzogen. Da das nationalsozialistische Regime Opposition gegen Teilbereiche der Herrschaft ebenso wenig dulden wollte wie den Rückzug in partei- oder staatsfreie Lebensbereiche, wandelten sich mit der Verfestigung und Radikalisierung der nationalsozialistischen Herrschaft die Anlässe für Konflikte, die das Regime als Widerstand wertete.

Widerstand in dieser von den Nationalsozialisten erzwungenen weiten Definition, die auch Menschen erfaßte, die ihr Handeln selbst nicht als Widerstand begriffen, reichte von bloßen Unmutsäußerungen, die gleichwohl hart bestraft wurden, über gesellschaftliche Verweigerung und Kritik an Teilbereichen nationalsozialistischer Politik bis zum politischen Kampf, der auf den Sturz des Regimes zielte. Welche Form der Resistenz zwischen Nonkonformismus und aktivem Widerstand dem einzelnen möglich war, hing nicht nur vom individuellen Entschluß ab.

Es war von zentraler Bedeutung für die Möglichkeit zur Resistenz und für die Form, die diese annahm, ob man einer Gruppierung angehörte, die sich als Institution behaupten konnte. Wer als Offizier oder Beamter beruflich zum Herrschaftsapparat gehörte, konnte andere Oppositionsformen entwickeln als derjenige, der den Machtzentren fern stand.

Katholiken oder Protestanten konnten sich in ihre kirchlichen Organisationen zurückziehen und dort etwa durch Teilnahme an Prozessionen oder durch besonders regen Kirchenbesuch eine Form der Verweigerung üben, die von den Machthabern auch dann als Opposition gewertet wurde, wenn sie sich nicht gegen das Regime insgesamt, sondern gegen dessen antikirchliche Politik richtete. Kommunisten, Sozialisten und Gewerkschaftler praktizierten zwangsläufig andere Widerstandsformen, da ihre Organisationen zerschlagen wurden und sie deshalb in der Illegalität wirken mußten.

Wer nicht in institutionellen Schutzräumen wie Militär und Kirchen lebte oder sich nicht wenigstens in der informellen Gesinnungsgemeinschaft behaupten konnte, war in besonderem Maße dem Zugriff des Regimes ausgesetzt.

Das gilt für die Juden, die Ernsten Bibelforscher und für die nationalsozialistischen Feindgruppe der sogenannten Asozialen, deren Kreis vom Regime immer weiter gezogen und dem terroristischen Zugriff der Staatsmacht ausgesetzt wurde: Sinti und Roma ("Zigeuner"), Homosexuelle oder sogenannte Arbeitsscheue. Diese Gruppen standen auch den Gegnern des Nationalsozialismus so fern, daß sie nur in Ausnahmefällen auf Solidarität rechnen konnten. Die Regel hieß hier nicht Hilfe, sondern Gleichgültigkeit, so daß staatlicher Terror im Unterschied zur Euthanasie keinen Widerstand hervorrief.

Wie die Geschichte der Machtetablierung des Nationalsozialismus nicht zuletzt die Geschichte seiner Unterschätzung war, so bestimmte diese Fehleinschätzung zunächst auch die Haltung fast aller Gruppen, aus denen während der nationalsozialistischen Herrschaft Widerstand hervorging. Die Rücknahme oder zumindest Teilkorrektur der ursprünglichen Fehleinschätzung hat viel mit der Entstehung und dem Wandel von Widerstand und Widerstandsformen in der deutschen Gesellschaft nach 1933 zu tun.
Die KPD-Führung, die die nationalsozialistische Herrschaft zunächst völlig irreal als Etappe auf dem Weg zur proletarischen Revolution einschätzte, setzte anfangs in der Illegalität die alte Politik der massenhaften Agitation in der Öffentlichkeit fort. Das führte dazu, daß die Kommunisten zwar den frühesten und umfangreichsten Widerstand leisteten, aber enorme Verluste erlitten.
Von den ca. 300.000 Mitgliedern des Jahres 1932 sollen bis 1945 ca. 150.000 verhaftet worden sein. Erst 1935 begann ein realistischerer Kurs. Man ging nun von der Konsolidierung des Regimes aus. Neue Organisationsstrukturen für die deutschen Widerstandsgruppen und die KPD-Exilleitung sollten den kommunistischen Widerstand besser an die Bedingungen der nationalsozialistischen Herrschaft anpassen. Diese Form der Distanz zu allen Leitbildern verringerte die Risiken, aber auch die Möglichkeiten zum agitatorischen Widerstand.
Der Überfall Hitler-Deutschlands auf die UdSSR stimulierte erneut den kommunistischen Widerstand. Es entstanden mehrere große Widerstandszirkel, die unabhängig von der Exilpartei arbeiteten. Viele ihrer Mitglieder bezahlten ihren Widerstand mit dem Leben. Umstritten war lange die Einschätzung der Schulze-Boysen/Harnack-Gruppe (Rote Kapelle), die Widerstand mit Spionage für die Sowjetunion verband. In der neueren Literatur wird aber anerkannt, daß "Landesverrat" auch eine Form des Widerstands gegen ein totalitäres Regime sein kann. Das galt für den kommunistischen Widerstand ebenso wie für den militärischen (Oster).
Auch Sozialdemokraten und die Gewerkschaftler schätzten das nationalsozialistische Regime zunächst falsch ein. Sie rechneten allenfalls mit Verhältnissen wie unter dem Sozialistengesetz (1878-90). Dies und ihre Verfassungstreue erschwerten es ihnen, sich auf Widerstand in der Illegalität umzustellen. Der Weg in die Illegalität war zudem von Kontroversen begleitet, die dazu beitrugen, daß weder im Exil noch im Reich ein einheitlicher Widerstand von Sozialdemokraten und Gewerkschaftlern entstand.
Die SPD-Exilführung konzentrierte sich auf Information und Aufklärung, indem Berichte aus Deutschland geschmuggelt und für die Aufklärungsarbeit im Ausland verwertet wurden. Die Informationen flossen über Broschüren, Flugblätter und Zeitschriften ("Sozialistische Aktion") auch ins Reich zurück. Neben der aus dem Exil unterstützten anti-nationalsozialistischen Propaganda stand bei den sozialdemokratischen Widerstandsgruppen, die sich bisher in ca. 40 deutschen Städten nachweisen lassen, das Bemühen im Vordergrund, sich auf den Zusammenbruch des Regimes vorzubereiten.
Die Gewerkschaftsführer, deren Handlungsfähigkeit 1933 durch die hohe Arbeitslosigkeit stark eingeschränkt war, hatten zunächst gehofft, ihre Organisationen auch im nationalsozialistischen Staat erhalten zu können. Diese Illusion zerstob, als die Nationalsozialisten am 2.5.33 die Gewerkschaftshäuser stürmten und viele Gewerkschaftler verhafteten. Der nun einsetzende gewerkschaftliche Widerstand äußerte sich in mehreren Bereichen. In den Betrieben verweigerten in den Betriebs- bzw. Vertrauensmännerwahlen von 1933, 1934 und 1935 die Arbeiter mehrheitlich dem Regime die Zustimmung. Weitere Wahlen fanden deshalb nicht mehr statt.
Andere Formen der Verweigerung am Arbeitsplatz waren schwer zu verwirklichen. Streiks gab es unter den Bedingungen der nationalsozialistischen Diktatur nur in geringer Zahl. Es kam aber zu verdeckten Formen des Arbeitskampfes von Bummelei bis zu Sabotage oder verbotener Hilfe für Fremd- und Zwangsarbeiter. Ehemalige Gewerkschaftsfunktionäre organi-

sierten Widerstandszirkel auf der Ebene der zerschlagenen Einzelverbände wie auch über deren Grenzen hinweg.
Es entstand eine illegale Reichsleitung, die frühere Ansätze zur Überwindung der drei Richtungsgewerkschaften (sozialdemokratische, christliche und Hirsch-Dunckersche) durch eine Einheitsgewerkschaft fortführte. In realistischer Einschätzung, daß sie allein das Regime nicht gefährden konnten, nahmen schließlich Gewerkschaftler wie Leuschner oder J. Kaiser und Sozialdemokraten Kontakte zu oppositionellen Machteliten auf und beteiligten sich an Vorbereitungen des Zwanzigsten Juli 44. Das Mißlingen des Tyrannensturzes büßten viele von ihnen mit ihrem Leben.
Neben den großen Arbeiterorganisationen leisteten kleinere Verbände von Anfang an Widerstand. Dazu zählten die "Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands" (SAP), der "Internationale Sozialistische Kampfbund" (ISK), die Gruppen "Neu-beginnen" und "Volksfront" und die "Kommunistische Partei Deutschlands/Opposition" (KPO). All diese Gruppen standen vor dem Dilemma, die Nationalsozialisten mangels anderer Handlungsmöglichkeiten nur propagandistisch bekämpfen zu können, was hohe Verluste kostete, oder sich in kleine, von der Außenwelt abgeschirmte Zirkel zurückzuziehen, was den Widerstand auf Selbstbehauptung und Vorbereitung für die Neugestaltung Deutschlands nach dem Ende der Diktatur beschränkte.
Auch die evangelische und die katholische Kirche waren 1933 in der Illusion befangen, ihre Position in Staat und Gesellschaft wahren oder gar noch verbessern zu können. Parallel zur staatlichen Gleichschaltung setzte 1933 die Gleichschaltung der evangelischen Landeskirchen ein.
Gegen die zum Teil aufgezwungene, zum Teil freiwillig vollzogene Nazifizierung der evangelischen Kirche, zu der auch die Übernahme des sogenannten Arierparagraphen gehörte, erhob sich eine innerkirchliche Opposition, die sich als Bekennende Kirche zusammenschloß. Sie wollte keinen politischen Widerstand leisten, aber sie beanspruchte ein Wächteramt, das der totalitären Durchdringung der Gesellschaft Grenzen zog und zu ständigen Konflikten mit dem Staat führte (Kirchenkampf).
So protestierte z.B. der entschiedene Flügel 1936 in einer Denkschrift gegen zentrale Teile der nationalsozialistischen Ideologie (Rassenlehre, Antisemitismus), gegen Führerkult und Manipulation der Reichstagswahl 1936, gegen Unrechtsakte der Gestapo und Beibehaltung der KZ.
Diese kirchliche Fundamentalopposition, die in den politischen Bereich übergriff, wurde aber nur von einer Minderheit der Bekennenden Kirche geteilt. Kirchlicher Widerstand bedeutete im Protestantismus v.a. Kampf gegen die Verdrängung des Christentums aus dem öffentlichen Leben und religiös begründeten Protest gegen Mißachtung der Menschenrechte.
Diese Versuche evangelischer Kirchenkreise, die nationalsozialistische Herrschaft zu begrenzen, lösten aber nicht die (im Krieg noch weiter gefestigte) Loyalität gegen die nationalsozialistische Obrigkeit. Gleichwohl wurden sie von den Machthabern als Widerstand gewertet und entsprechend verfolgt. Zum bewußten politischen Widerstand drangen evangelische kirchliche Organisationen nicht vor, wohl aber zahlreiche evangelische Christen, die als einzelne oder in Widerstandsgruppen wie dem Kreisauer oder dem Freiburger Kreis aus christlicher Überzeugung Widerstand leisteten.
Die katholische Kirche schien durch das Reichskonkordat vom 20.7.33 als Institution gesichert zu sein, nachdem zuvor die Zentrumspartei preisgegeben worden war und die Fuldaer Bischofskonferenz die ablehnende Haltung zum Nationalsozialismus revidiert hatte. Der noch 1933 einsetzende Kirchenkampf provozierte dann jedoch einen kirchlichen Widerstand, dem es um Behauptung der institutionellen Autonomie und darüber hinaus um die Verteidigung der kirchlichen Werte ging.
Die Enzyklika "Mit brennender Sorge" von 1937 markiert einen ersten Höhepunkt dieser

Selbstbehauptungspolitik, die die katholische Kirche geschlossener und wirksamer als die evangelische führte. Auch sie verband den Kampf um Selbstbehauptung jedoch mit fortdauernder Loyalität gegen das Regime.
Im Kreis der Kirchenführer rivalisierten unbemerkt von der Öffentlichkeit zwei Richtungen: Kardinal Bertram war Exponent des Verhandlungskurses, der sich durchsetzte. Kardinal Preysing forderte eine Politik des öffentlichen Protests. Die Entfesselung des Krieges durch Hitler veränderte die Haltung der katholischen Kirchenführung nicht, wohl aber die Radikalisierung des nationalsozialistischen Terrors im Krieg. Bischöfliche Hirtenworte protestierten öffentlich gegen die Mißachtung elementarer Menschenrechte, zum Teil mit Erfolg. So trugen Kardinal Galens berühmte Predigten von 1941 dazu bei, die Ermordung von Geisteskranken (Euthanasie) zu stoppen.
Beide Kirchen haben ihren Kampf um Selbstbehauptung und Verteidigung christlicher Werte nicht als politischen Widerstand verstanden und sie stießen nie bis zur prinzipiellen Aufkündigung des Gehorsams gegen die verbrecherische Obrigkeit vor. Doch sie zogen mit ihrer partiellen Opposition der ideologischen Gleichschaltung Grenzen, die die Nationalsozialisten nicht durchbrechen konnten. Das mag es einzelnen wie Bonhoeffer, Delp und Mitgliedern der katholischen Arbeiterbewegung erleichtert haben, sich politischen Widerstandskreisen anzuschließen.
Der Widerstand, der aus den traditionellen Machteliten Militär und hohe Bürokratie erwuchs, setzte eine grundlegende Distanzierung von den ursprünglichen Erwartungen voraus, hatten sie doch gehofft, im Bund mit den Nationalsozialisten ihre traditionellen innen-, außen- und militärpolitischen Ziele zu verwirklichen.
Nachdem die Fritsch-Krise bereits eine noch begrenzte Militäropposition entstehen ließ, formierte sich in der Sudetenkrise 1938 erstmals eine Antikriegsgruppe, der im Militär u.a. Generalstabschef Beck, dessen Nachfolger Halder und Abwehrchef Canaris, in der Diplomatie Staatssekretär Weizsäcker angehörten. Mit der Konferenz von München fielen die bis zum Staatsstreich reichenden Planungen dieser Gruppe jedoch zusammen.
Im Krieg erweiterten sich die national-konservativen Widerstandskreise, indem nun verstärkt zivile Oppositionelle hinzustießen. Die raschen Siege der deutschen Truppen schwächten jedoch die Handlungschancen der Opposition. Dazu trug das Prestige, das dem Hitler-Regime aus den Blitzsiegen erwuchs, ebenso bei wie die Steigerung der deutschen Großmachtstellung, die auch viele Oppositionelle begrüßten.
Seit Anfang 1942 wuchs die Entschlossenheit der Militäropposition zum Widerstand. Sie erweiterte sich erneut politisch, aber auch sozial, indem sie Kontakt v.a. zum Kreisauer Kreis fand, der preußische Adelige, katholische und evangelische Geistliche, Beamte, Sozialdemokraten und Gewerkschaftler umfaßte. Unter den Kreisauern wurden Konzepte entworfen, die eine Erneuerung Deutschlands anstrebten und sich von überlieferten Leitbildern der Machteliten mehr und mehr lösten.
Die Handlungsfähigkeit der Militäropposition erhöhte sich 1943, als die konspirativen Kontakte in den militärischen Führungskreisen ausgedehnt wurden und sich, vorangetrieben durch Tresckow und Stauffenberg, die ethisch begründete Überzeugung durchsetzte, daß auch ohne außenpolitische Absicherung der Tod des Diktators die Voraussetzung für einen Umsturz schaffen müsse.
Nach mehreren im Vorfeld gescheiterten Attentatsplänen mißlang dann am Zwanzigsten Juli 1944 Stauffenbergs Bombenattentat auf Hitler, das den Weg frei machen sollte zur Beendigung der nationalsozialistischen Terrorherrschaft mit Hilfe der Wehrmacht. Damit hatten die national-konservativen Widerstandskreise in wenigen Jahren eine Entwicklung vollzogen, die von der Zusammenarbeit mit den Nationalsozialisten über die systeminterne Teilopposition bis zum bedingungslosen Widerstand geführt hatte.

In anderen gesellschaftlichen Bereichen entstanden andere Formen von Widerstand. So entzogen sich in vielfältiger Weise Jugendliche der "Volksgemeinschaft". Das reichte von provokativ unangepaßtem Verhalten und zum Teil gewaltsamen Protesten wie bei den Edelweißpiraten über den organisierten und informellen Zusammenhalt nationalsozialistisch-feindlicher Gruppen (kirchliche Jugend, Arbeiter-, Jugendcliquen) bis zum Widerstand der Weißen Rose. Im KZ entwickelten Häftlinge Widerstandsarten, die – zum Teil organisiert – halfen, das Lager zu überstehen. In der letzten Phase der nationalsozialistischen Herrschaft kam es vereinzelt auch zu offenen Revolten.
Wie sehr die Form des Widerstands von den besonderen Lebensverhältnissen abhing, zeigt das Beispiel der Juden. Einen kollektiven spezifisch jüdischen Widerstand konnte es nicht geben, da ein homogenes Judentum lediglich im nationalsozialistischen Feindbild existierte. Juden beteiligten sich aber im gesamten Bereich zwischen Widerstand und Verweigerung, sie waren je nach ihrer politischen Haltung in den verschiedenen Widerstandsgruppen vertreten, sie leisteten Widerstand im KZ, im Getto und in der europäischen Résistance.
Zur Selbstbehauptung durch Verweigerung gehörte das Leben im Untergrund, die Emigration und auch die Selbsttötung, mit der sich in Berlin vier Prozent der Juden dem staatlichen Mord entzogen.
Einen einheitlich deutschen Widerstand hat es also nicht gegeben, wohl aber ein weites abgestuftes Verhaltensspektrum von der Verweigerung bis zum aktiven Widerstand. Der Bestand des nationalsozialistischen Regimes wurde dadurch nicht gefährdet. Insofern war der Widerstand vergeblich. Er hat jedoch die ideologische Gleichschaltung der Bevölkerung begrenzen helfen und die Erinnerung an ihn hat nach 1945 dazu beigetragen, an politische und moralische Werte anzuknüpfen, die der Nationalsozialismus mit Hilfe vieler, die erst in einem mühsamen Prozeß zum Widerstand fanden, zerstört hatte.<<
Die mittlere Lebenserwartung der Deutschen erhöhte sich von 1910/11 bis 1932/34 um rd. 12 Jahre (x141/164): >>1910/11 = 49,1 Jahre, 1924/26 = 57,4 Jahre, 1932/34 = 61,3 Jahre.<<
Nach heftigen Auseinandersetzungen zwischen Deutschen und Tschechen wurde im Jahre 1934 der Rektor der Deutschen Universität entlassen.
Stalin leitete allmählich die Wiedergewinnung der früheren russischen Großmachtstellung ein. Die sowjetische Rote Arme besaß im Jahre 1934 bereits das größte Landheer der Welt (x059/37).
Stalin schlug dem Zentralkomitee der KPdSU während des XVII. Parteitages im Jahre 1934 vor, die sowjetisch-deutschen Beziehungen zu erweitern (x080/278): >>... Gewiß, wir sind weit davon entfernt, von dem faschistischen Regime in Deutschland entzückt zu sein. Doch handelt es sich hier nicht um den Faschismus, wie allein die Tatsache zeigt, daß der Faschismus zum Beispiel in Italien für die UdSSR kein Hindernis war, die besten Beziehungen zu diesem Lande herzustellen.<<
Der deutsche Historiker Bernd-Jürgen Wendt schrieb später über die "Sowjetunion" in den Jahren 1934-1945 (x051/545-546): >>(Sowjetunion) ... Die wider Erwarten starke Stellung des nationalsozialistischen Regimes und die rasche Abkühlung der deutsch-sowjetischen Beziehungen nach 1933 mit einer Hinwendung Hitlers zu Polen (1934 Deutsch-Polnischer Nichtangriffspakt) führten von 1935 an unter dem Außenminister Litwinow in Abwehr der faschistischen Gefahr zu einem – ideologisch durch die Strategie der "Volksfront" zwischen kommunistischen, sozialistischen und linksbürgerlichen Parteien abgestützten – Kurswechsel hin zur Politik der kollektiven Sicherheit (18.9.34 Beitritt zum Völkerbund) und zur Öffnung nach Westen (1933 Anerkennung durch die USA, 1935 französisch-sowjetischer und sowjetisch-tschechischer Beistandspakt).
Vorbereitet durch die blutigen "Säuberungen" im Staats-, Partei- und Militärapparat 1935/37, den Aufstieg Stalins zur Alleinherrschaft und durch die politisch-diplomatische Isolierung der

Sowjetunion durch die Westmächte 1938 (Appeasement, Münchener Abkommen) und personell dokumentiert in der Ablösung Litwinows durch Molotow (3.5.39), folgte im Sommer 39 nach zweigleisigen Verhandlungen mit London/Paris und Berlin mit dem Deutsch-Sowjetischen Nichtangriffsvertrag vom 23.8.39 ein erneuter Richtungswechsel der sowjetischen Außenpolitik, der mit in den Zweiten Weltkrieg führen sollte.
Bis 1941 konnte die Sowjetunion – mit Ausnahme Finnlands (Winterkrieg) – das ihr vertraglich zugesicherte Glacis okkupieren: 17.9.39 Einmarsch in Ostpolen, 27.6.40 Annexion Bessarabiens und der Nordbukowina, Juli/August 40 Anschluß der Baltischen Staaten.
Der fast vierjährige Abwehrkampf gegen den deutschen Überfall (22.6.41) wurde zum "Großen Vaterländischen Krieg" proklamiert (Rußlandfeldzug). Er brachte durch die Mobilisierung des nationalen Patriotismus, die große Zahl der Kriegsopfer, den Partisanenkampf, die brutale deutsche Kriegführung und Besatzungspolitik (Generalplan Ost) und den schließlichen Sieg für das Stalin-Regime nicht nur innenpolitisch ein hohes Maß an Massenloyalität und Legitimität, sondern auch außenpolitisch – auf der Basis der oft recht eigenwillig ausgelegten Abmachungen von Teheran (1943), Jalta (1945) und im Potsdamer Abkommen – eine Erweiterung der sowjetischen Einflußsphäre bis tief nach Mittel- und Südosteuropa hinein.<<
Außenminister Jean Louis Barthou lobte Hitler im Jahre 1934 als einen "wahren Friedensfreund" (x025/129).
Ab 1934 zeichnete sich in Großbritannien bereits die Isolierung des NS-Reiches ab.
Stanley Baldwin (1867-1947, britischer konservativer Staatsmann) erklärte damals (x054/211): >>Englands Grenze liegt am Rhein. ...<<

Hinweise für den Leser

Einstellungstermin: 01.11.2023
Die PDF-Datei wird **kostenlos** zur Verfügung gestellt.

Rechtschreibregeln: Diese Chronik wurde nach den "alten Rechtschreibregeln" erstellt.

Zitate: Die zitierten Zeitzeugenberichte, Berichte von Historikern, Publikationen und sonstige Quellentexte werden stets mit offenen Klammern >> **...** << gekennzeichnet.
Bei Auslassungen **...** wurde sorgfältig darauf geachtet, daß der ursprüngliche Sinnzusammenhang der Zitate nicht unzulässig gekürzt oder verfälscht wurde.

Anregungen und Kritik: Für Anregungen bin ich stets dankbar. Sollten mir in dieser Chronik Fehler unterlaufen sein, bitte ich um Nachsicht und Benachrichtigung.

Urheberrechte: Alle Rechte vorbehalten. Diese Chronik ist ausschließlich für den privaten Gebrauch bestimmt.

Quellen- und Literaturnachweis

Die Quellenangaben kennzeichnen nur die Fundstellen. **Nach dem x wird der Buchtitel und nach dem Schrägstrich die Seite angegeben.**
Beispiel: (x025/79) = Vertreibungs-Verbrechen an Deutschen. Tatbestand, Motive, Bewältigung. 4. überarbeitete Auflage, Seite 79.

x014	Statistisches Reichsamt (Hg.): Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1938, 57. Jahrgang. Berlin.
x023	Maser, Werner: Das Regime. Alltag in Deutschland 1933-45. Berlin 1990.
x025	Nawratil, Heinz: Vertreibungs-Verbrechen an Deutschen. Tatbestand, Motive, Bewältigung. 4. überarbeitete Auflage. Frankfurt/Main; Berlin 1987.
x028	Zayas, Alfred Maurice de: Die Anglo-Amerikaner und die Vertreibung der Deutschen. Vorgeschichte, Verlauf, Folgen. 7. Auflage. Frankfurt/Main; Berlin 1988.
x030	Wistrich, Robert: Wer war wer im Dritten Reich? Ein biographisches Lexikon. Frankfurt/Main, 1987.
x032	Overesch, Manfred, und Friedrich Wilhelm Saal: Das III. Reich 1933-1939. Eine Tageschronik der Politik - Wirtschaft - Kultur. Augsburg 1991.
x036	Jäckel, Eberhard, und Jürgen Rohwer (Hg.): Der Mord an den Juden im Zweiten Weltkrieg. Entschlußbildung und Verwirklichung. Stuttgart 1985.
x041	Hillgruber, Andreas, und Jost Dülffer (Hg.): PLOETZ "Geschichte der Weltkriege". Mächte, Ereignisse, Entwicklungen 1900-1945. Freiburg/Würzburg 1981.
x050	Ruhl, Klaus-Jörg: Brauner Alltag 1933-1939 in Deutschland. Bindlach 1990.
x051	Zentner, Christian, und Friedemann Bedürftig (Hg.): Das große Lexikon des Dritten Reiches. München 1985.
x054	Ploetz, Karl: Hauptdaten der Weltgeschichte. 28. Auflage. Würzburg 1957.
x058	Tenbrock, R. H. u.a. (Hg.): Zeiten und Menschen. Ausgabe G. Band 2. Die geschichtlichen Grundlagen der Gegenwart; 1776 bis heute. Geschichtliches Unterrichtswerk. Paderborn 1970.
x059	Lasius, Rolf, und Hubert Recker: Geschichte. Band 3. Das Zeitalter der Weltmächte und Weltkriege. 3.-5. Auflage. Weinheim 1964.

x062	Mann, Golo u.a.: Unser Jahrhundert im Bild. Gütersloh 1964.
x063	Löwenstein, Hubertus Prinz zu: Deutsche Geschichte. Erweiterte Auflage. Bindlach 1990.
x064	Pfister, Hermann (Hg.): Polen und Deutsche. Der lange Weg zu Frieden und Versöhnung. 2. Auflage. Waldkirch 1977.
x067	Hüttenberger, Peter u.a. (Hg.): Geschichtsbuch. Band 4. Die Menschen und ihre Geschichte in Darstellungen und Dokumenten. Vom Ende des 1. Weltkrieges bis heute. 1. Auflage. Berlin 1988.
x073	Hug, Wolfgang (Hg.): Unsere Geschichte. Band 3. Von der Zeit des Imperialismus bis zur Gegenwart. Frankfurt/Main 1986.
x074	Stein, Werner: Fahrplan der Weltgeschichte. Die wichtigsten Daten aus Politik, Kunst, Religion, Wirtschaft. Augsburg 1994.
x075	Grosser, Alfred: Ermordung der Menschheit. Der Genozid im Gedächtnis der Völker. München/Wien 1990.
x080	Conquest, Robert: Stalin. Der totale Wille zur Macht. München 1991.
x086	Stiglmayer, Alexandra (Hg.): Massenvergewaltigung. Krieg gegen Frauen. Frankfurt/Main 1993.
x092	Chronik Verlag (Hg.): Chronik der Deutschen. 3. überarbeitete Auflage. Gütersloh/München 1995.
x105	Wildermuth, Rosemarie: Als das Gestern heute war. Erzählungen Gedichte und Dokumente zu unserer Geschichte (1789-1949). 3. verbesserte Auflage. München 1978.
x121	Grube, Frank, und Gerhard Richter: Alltag im Dritten Reich. So lebten die Deutschen 1933-1945. Hamburg 1982
x128	Kampmann, Wanda, und Berthold Wiegand (Hg.): Politik und Gesellschaft. Band 2. 1917 bis heute. 7. aktualisierte Auflage. Frankfurt/Main 1980.
x129	Klett, Ernst (Hg.): Politische Weltkunde II. Nationalsozialismus und Faschismus. E. Klett Verlag, Stuttgart 1987.
x141	Marschalck, Peter: Bevölkerungsgeschichte Deutschlands im 19. und 20. Jahrhundert. 6. Auflage. Frankfurt/Main 1989.
x149	Klett, Ernst (Hg.): Erinnern und urteilen. Band IV. Unterrichtseinheiten Geschichte. 1. Auflage. E. Klett Verlag, Stuttgart 1982.
x172	Baker, Nicholson: Menschenrauch. Wie der Zweite Weltkrieg begann und die Zivilisation endete. 2. Auflage. Hamburg 2009.
x175	Harenberg Lexikon-Verlag (Hg.): Harenberg Schlüsseldaten 20. Jahrhundert. Dortmund 1997.
x191	Klett, Ernst (Hg.): Menschen in ihrer Zeit. Band 6. In unserer Zeit. 3. Auflage. Stuttgart 1978.
x199	Rang, Martin, und Otto Schlisske: Die Geschichte der Kirche. 3. durchgesehene Auflage. Göttingen 1952.
x202	Mohn, Gerhard (Hg.): Der kleine Katechismus Doktor Martin Luthers. 26. Auflage. Gütersloh 1993.
x243	Schmid, Heinz Dieter (Hg.): Fragen an die Geschichte. Band 4. Die Welt im 20. Jahrhundert. Geschichtliches Arbeitsbuch für Sekundarstufe I. Frankfurt/Main 1984.
x245	Ripper, Werner, und Eugen Kaiser (Hg.): Weltgeschichte im Aufriß. Band 3, Teil 1. Vom Ersten Weltkrieg bis 1945. Frankfurt/Main; Berlin, München 1976.
x256	Tenbrock, R. H. u.a. (Hg.): Zeiten und Menschen. Ausgabe B. Band 4. Das 20. Jahrhundert. Geschichtliches Unterrichtswerk. Paderborn 1966.
x265	Courtois, Stèphane u.a.: Das Schwarzbuch des Kommunismus. Unterdrückung,

	Verbrechen und Terror. München 2004.
x268	Nawratil, Heinz: Der Kult mit der Schuld. Geschichte im Unterbewußtsein. 2. Auflage. München 2004.
x269	Ferber, Christian (Hg.): Berliner Illustrirte Zeitung. Zeitbild, Chronik, Moritat für jedermann 1892-1945. Frankfurt/Main; Berlin 1989.
x299	Klett, Ernst (Hg.): Menschen in ihrer Zeit. Band 4. In unserer Zeit. 2. Auflage. Stuttgart 1980.
x300	Hug, Wolfgang (Hg.): Geschichtliche Weltkunde. Band 3. Von der Zeit des Imperialismus bis zur Gegenwart. 1. Auflage. Frankfurt/Main 1976.
x301	Heumann, Hans (Hg.): Geschichte für Morgen. 1. Auflage. Frankfurt/Main 1988.
x320	Schultze-Rhonhof, Gerd: Der Krieg, der viele Väter hatte. Europas Weg in die Katastrophe. COMPACT-Geschichte Nr. 4. Werder (Havel) 2018.
x358	Elsässer, Jürgen (Hg.): Verbrechen an Deutschen. Vertreibung, Bombenterror, Massenvergewaltigungen. COMPACT-Geschichte Nr. 8. Werder (Havel) 2019.

Internet

x887	http://www.preussische-allgemeine.de/archiv-suche.html - Dezember 2016
x1.001	https://www.apostasia.net/images/Jesuiten.pdf ("Die verborgene Geschichte der Jesuiten") - März 2021
x1.089	https://horst-koch.de/holdomor-stalins-terror-applebaum/ - April 2022